



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Periphere Integration in Europa: das Beispiel
Andalusien“

Verfasserin

Anna Luisa Dreier, BSc

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Rudolf Weissenbacher

Für meine Eltern

Danksagung

Besonders danken möchte ich hier drei Menschen, die auf unterschiedliche Art und Weise diese Arbeit unterstützt haben.

Meinem Betreuer Dr. Rudy Weissenbacher danke ich für seine wertvollen Hinweise, guten Ratschläge und die anregenden Gespräche, die ich mit ihm führen durfte.

Dr. Manuel Delgado Cabeza, Professor an der Universität von Sevilla, stellte mir bereitwillig seine Arbeiten zur Verfügung und Mag^a. Elena Rosa Pérez vom spanischen nationalen Statistikamt war mir eine große Unterstützung beim Zugang zu regionaler Literatur und statistischen Daten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Forschungsfragen und Methoden der Arbeit.....	2
1.2 Struktur der Arbeit.....	4
2. Strukturelle Ungleichheit in Europa – Dependenztheoretische Ansätze	6
2.1 Zentrum-Peripherie-Beziehungen in Europa.....	7
2.2 Alternative Ansätze zur ungleichen regionalen Entwicklung: Entwicklung „von unten“ ..	16
2.3 Einordnung Andalusiens in die Zentrum-Peripherie-Beziehungen.....	21
3. Die beginnende Integration Andalusiens in den Weltmarkt – Festschreibung der peripheren Position	24
3.1 Spaniens Wirtschaft in der Franco-Zeit.....	24
3.2 Von der partiellen Öffnung der andalusischen Wirtschaft zu den Wirtschaftskrisen	25
3.2.1 Die 1950er Jahre.....	25
3.2.2 Die partielle Öffnung der andalusischen Wirtschaft	28
3.2.3 Die Wirtschaftskrise der 1970er und 1980er Jahre	32
3.3 Nationale Entwicklungspläne unter Franco	41
3.4 Fazit: Die Region Andalusien: Festschreibung als Peripherie	49
4. Die Herausbildung der autonomen Region Andalusien 1980 und die Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer Vorstellungen	51
4.1 Der Autonomieprozess in Spanien und wirtschaftspolitische Vorstellungen im andalusischen Autonomiestatut.....	51
4.2 Realisierung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen in den regionalen Entwicklungsplänen	56
4.2.1 Die Region im Mittelpunkt – ein Paradigmenwechsel.....	56
4.2.2 Regionale Entwicklungspläne als Instrument für die „Entwicklung von unten“?	57
4.2.2.1 Schaffung von Organisationen zur Umsetzung der regionalen Entwicklungspläne	57
4.2.2.2 Die regionalen Entwicklungspläne	60
4.3 Fazit: Ein ernüchterndes Ergebnis.....	67
5. Integration Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft 1986.....	68
5.1 Internationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Beitritts	71
5.2 Die forcierte Integration: Vom Garten Spaniens zum Garten Europas.....	72
5.2.1 Die Entwicklung des Außenhandels	75

5.2.2	Ausländische Direktinvestitionen	76
5.2.3	Die Entwicklung der Industrie	78
5.2.4	Die Entwicklung der Landwirtschaft	83
5.2.5	Die Ausreißer: Bau und Dienstleistung.....	85
5.3	Fazit: Was zu erwarten war: Landwirtschaft für den großen Markt	88
6.	Die vertiefte Integration: Andalusien in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	90
6.1	Erwartungen an die vertiefte Integration.....	92
6.2	Die Zunahme der internationalen Ungleichheiten.....	94
6.3	Die fortschreitende Öffnung der andalusischen Wirtschaft und Andalusiens neue/alte Position in einer zunehmend globalisierten Welt.....	96
6.3.1	Die Entwicklung des Außenhandels	97
6.3.2	Der Boom der Bauwirtschaft und dynamische Entwicklung des Tourismus.....	99
6.3.3	Die zunehmende Spezialisierung der Wirtschaft: Garten Europas	101
6.3.4	Die Entwicklung der Industrie	103
6.4	Fazit: Die Europäische Währungsunion: Zwei Seiten einer Medaille	109
7.	Andalusien als Projekt der europäischen Regionalförderung	111
7.1	Europäische Regionalpolitik zwischen Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit.....	111
7.2	Spanien und seine Regionen: Regionalpolitik im Lichte der Europäischen Gemeinschaft.....	117
7.3	Andalusien: eine der Ziel-1-Regionen der Europäischen Union.....	120
7.4	Konsequenzen der Regionalpolitik für Andalusien.....	125
7.5	Fazit: Grenzen regionalpolitischer Projekte	129
8.	Die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008: Vertiefte Peripherisierung	130
8.1	Spanien in der Krise	132
8.2	Andalusien in der Krise.....	136
8.2.1	Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Wirtschaftssektoren	138
8.2.2	Fazit: Industrialisierung als Weg aus der Krise?	142
9.	Zusammenführung und Schlussfolgerungen	145
9.1	Krise der Entwicklungsmodelle	147
9.2	Eine periphere Region	148
9.3	Die Industrie in Andalusien zwischen Fördermodellen und Wettbewerbsdruck: Industrialisierung oder Deindustrialisierung?	150
9.4	Ausblick.....	156

10. Bibliographie.....	159
11. Anhang	179
11.1 Zusammenfassung	179
11.2 Abstract	180
11.3 Curriculum Vitae.....	181

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Andalusiens Lage in Europa	21
Abbildung 2: Andalusien und seine Provinzen	21
Abbildung 3: Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität: Andalusien 2012	22
Abbildung 4: Beschäftigung und Grad der Diversifizierung der Industrie: Andalusien: 2012	23
Abbildung 5: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens von Spanien, Andalusien und der Provinzen 1955-1998 (Peseten 1990)	32
Abbildung 6: Andalusischer Außenhandel in nominalen Zahlen: 1990-2007	98
Abbildung 7: Anteile an der Bruttowertschöpfung der andalusischen Industrie an der nationalen Industrie: 1987-2010.....	104
Abbildung 8: Anteil der einzelnen Subsektoren der andalusischen und spanischen Industrie an der gesamten Industrie: 2007	106
Abbildung 9: Gemeinschaftliche Unterstützung im Verhältnis zum Regionalprodukt Andalusiens 1989-2013.....	127
Abbildung 10: Wachstum der Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren in %: Andalusien zw. 1996-2010.....	141
Abbildung 11: Bruttoregionalprodukt Andalusien, Bruttoinlandsprodukt Spanien, Konvergenzrate 1995-2008	147
Abbildung 12: Anteil der Wirtschaft Andalusiens in Prozent der spanischen Volkswirtschaft 1900-2000.....	150
 Tabelle 1: Verteilung des andalusischen Wirtschaftswachstums nach Sektoren in %, 1952- 1959	 26
Tabelle 2: Real geschaffene Arbeitsplätze in Andalusien 1971-1980	34
Tabelle 3: Regionale und nationale Wirtschaftsstruktur in % für 1977	38
Tabelle 4: Andalusische Produktionsstruktur für die Jahre 1955, 1975, 1995	40
Tabelle 5: Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Bereiche der regionalen Wirtschaft 1955, 1975, 1995	41
Tabelle 6: Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität: reale Wachstumsraten des BIPs.....	74

Tabelle 7: Reale Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes nach Sektoren	74
Tabelle 8: Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen nach Autonomen Regionen.....	77
Tabelle 9: Verteilung der Bruttowertschöpfung nach Subsektoren der andalusischen Industrie 1987 (in %).	81
Tabelle 10: Anteil der andalusischen Industrie an der nationalen Industrie für die Periode 1986-1992.....	82
Tabelle 11: Verteilung des Wirtschaftswachstum auf die Sektoren in % 1987-1999.....	101
Tabelle 12: Strukturelle Unterstützung für Spanien für die fünf Planungsperioden (1989-93, 1994-99, 2000-06).....	120
Tabelle 13: Öffentliche und private Verschuldung Spaniens gemessen am BIP: 1980, 1990, 2000, 2010	134
Tabelle 14: Anteile der andalusischen Sektoren am Bruttoregionalprodukt 1955-2012	146

1. Einleitung

“Europe sees its future as striking a balance between competition and cooperation, collectively trying to steer the destiny of the men and women who live in it. Is this easily done? No. Market forces are powerful. If we left things to their own devices, industry would be concentrated in the north and leisure pursuits in the south. But these market forces, powerful though they may seem, do not always pull in the same direction. Man’s endeavour and political aspiration is to try to develop a balanced territory.” (Jacques Delors 1989, Präsident der Europäischen Kommission 1985-1995 zitiert nach Europäische Kommission 2011)

Die im Jahre 2008 in Europa einsetzende Krise entfachte neuerlich eine wissenschaftliche und auch öffentliche Debatte über bestehende Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union, welche die Europäische Einigung schon seit vielen Jahren begleitete und auf die das Zitat von Jacques Delors hinweist, das auf der EU-Website dem geschichtlichen Überblick über die europäische Regionalpolitik als Leitzitat voran gestellt wird¹. Die Krise deckte große Ungleichheiten zwischen den einzelnen Mitgliedsländern auf, die in den Jahren davor durch ein hohes Wirtschaftswachstum induziert durch Kapitalimport und hohe Transferzahlungen verdeckt worden waren. Die Auswirkungen der Krise zeigten sich mit unterschiedlichen Gesichtern. So traf die Krise die südeuropäischen Länder wie Spanien mit besonderer Härte. Sie stellte bestehende Entwicklungsmodelle und besonders die Idee der nachholenden Entwicklung sowie die Möglichkeit der Erreichung einer Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft in Frage.

Auf der Suche nach neuen Erklärungsmodellen, von denen Antworten auf die Wurzeln der ungleichen Entwicklung der europäischen Länder erwartet wurden, rückte die Dependenztheorie und alternative Ansätze der Regionalentwicklung als mögliches Erklärungsmodell wieder in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Von spezieller Relevanz sind hier die Arbeiten von Rudy Weissenbacher im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Wirtschaftsuniversität Wien, die sich sowohl mit möglichen Anwendungen der Dependenztheorie auf gegenwärtige europäische Verhältnisse als auch mit alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen beschäftigen. Dabei wird an theoretische Strömungen angeknüpft, die in den 1970er und 1980er Jahren versuchten,

¹ http://ec.europa.eu/regional_policy/archive/policy/history/index2_de.htm

dependenztheoretische Ansätze auf die europäische Situation anzuwenden. Auch die vorliegende Diplomarbeit stützt sich auf diesen theoretischen Rahmen. (Becker/Jäger/Weissenbacher 2013; Weissenbacher 2013; auch Fischer 2013)

Die Dependenztheorie liefert Fragen und zu den bisherigen Vorstellungen alternative Antworten bei der Suche nach den strukturellen Gründen von Entwicklungsdivergenzen zwischen einzelnen Ländern und Regionen. Sie stellt dabei hierarchische Abhängigkeitsverhältnisse und Auswirkungen von Integrationsprozessen in den Vordergrund.

In Rahmen der vorliegenden Arbeit beschäftige ich mich genauer mit der südspanischen Region Andalusien.

Andalusien, auch geographisch an der Peripherie Europas gelegen und in etwa von der Größe Portugals, ist eine jener Regionen Spaniens, die am härtesten von der Krise getroffen wurden. Andalusien war schon vor dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft eine der ärmsten Regionen des Landes und gehörte danach bis zur Osterweiterung zu den ärmsten Regionen der Europäischen Union. Die Region profitierte darum in hohem Maße von regionalpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union, die auf die Erreichung der Konvergenz mit den restlichen Regionen der Gemeinschaft ausgerichtet waren. In den Jahren vor der Krise verzeichnete die Region deutliche Aufholprozesse, die Hoffnungen auf eine mögliche nachholende Entwicklung entfachten. Diese Hoffnungen mussten jedoch mit Ausbruch der Krise relativiert bzw. verworfen werden. Nunmehr erhalten vielleicht alternative Ansätze zur Regionalentwicklung, wie der von Stöhr (1981) beschriebene endogene Entwicklungsansatz, wieder verstärkte Aufmerksamkeit.

1.1 Forschungsfragen und Methoden der Arbeit

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, werde ich mich im Kern mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

Welche Folgen für die regionale Wirtschaft sowie die regionale Industrie im Besonderen hatte die Integration Andalusiens in den Weltmarkt ab Ende der 1950er Jahre sowie in das Europäische Integrationsmodell EG/EU/EWU? Welche Rolle kommt Andalusien in diesem europäischen und globalen Wirtschaftsregime zu?

Mit welchen Maßnahmen wurde auf die Entwicklungsunterschiede auf regionaler, nationaler sowie auch europäischer Ebene reagiert und welchen Erfolg zeitigten diese Maßnahmen angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise?

Zur Beantwortung dieser Fragen beschreibe ich der Dependenztheorie und dem endogenen Entwicklungsansatz folgend die Entwicklung der andalusischen Wirtschaft von der Integration Andalusiens Ende der 1950er Jahre in den Weltmarkt bis zur Krise von 2008 und zeige dabei Abhängigkeitsverhältnisse und integrationsdynamische Auswirkungen auf, die mögliche Erklärungsansätze für die heutige wirtschaftliche Situation der Region anbieten.

Andalusien eignet sich unter den europäischen Regionen für eine derartige Analyse besonders wegen der peripheren Lage innerhalb der Gemeinschaft, aber auch weil es durch die Franco-Diktatur vom restlichen Europa abgeschottet war und die Folgen der späten Öffnung nach Europa und zum Weltmarkt für die regionale Wirtschaft gut darstellbar sind.

Ausgehend von einer Beschreibung Andalusiens als periphere Region untersucht diese Arbeit die Auswirkungen einiger auf verschiedenen Entwicklungsvorstellungen beruhenden regionalpolitischen Entwicklungsprogramme, die seit der beginnenden Öffnung der andalusischen Wirtschaft Ende der 1950er Jahre sowohl von nationaler als auch von regionaler und später supranationaler Ebene implementiert wurden. Ferner gilt die Analyse dem endogenen Entwicklungsansatz, der alternative Entwicklungswege eröffnet.

Die Grundlage dieser Analyse bilden neben allgemeiner Literatur zu Europa und Spanien insbesondere auf die Region fokussierte sozial- und wirtschaftsstatistische Daten sowie wirtschafts- und entwicklungspolitische Analysen und Strategiepapiere.

Zentrale Begriffe

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit beschäftige ich mich unter anderem mit der Entwicklung der andalusischen Industrie. Dem Analyseansatz von Delgado (2002), Holman (1996) bzw. Lizárraga (2009) folgend, deren Analysen auf relativen Zahlen basieren, beruht die Analyse auf einem Vergleich der relativen Anteile der Produktionssektoren und deren Veränderung im Zeitverlauf, sowie des Anteils der regionalen an der nationalen Industrie bzw. dem Index der industriellen Produktion. Dabei lässt sich in Andalusien ein Prozess der Deindustrialisierung im Sinne eines Rückganges der Bedeutung der Industrie feststellen, sowohl was den Anteil an der gesamten regionalen Produktion als auch den Anteil an der nationalen Industrie betrifft.

Unter dem Begriff der peripheren Integration verstehe ich die Integration einer peripheren Region in ein übergeordnetes System. Aus der engeren Bindung der peripheren Region an andere Länder oder Regionen resultieren Abhängigkeitsverhältnisse sowie eine relative Schwächung der peripheren Wirtschaft. Am Beispiel Andalusiens zeigte sich dies im Rahmen der Integration der regionalen Wirtschaft in den Weltmarkt Ende der 1950er Jahre und im

Rahmen der europäischen Integrationsprozesse. Die engere Bindung der einzelnen Länder bzw. Regionen aneinander löste ungleiche Entwicklungsprozesse aus. Wirtschaftlich stärkere Regionen bzw. Länder profitierten auf Kosten wirtschaftlich weniger entwickelter Länder, was im Falle Andalusiens zu einer Festschreibung der peripheren Position führte.

1.2 Struktur der Arbeit

Zu Beginn gebe ich einen Überblick über den theoretischen Analyserahmen und analysiere anschließend darauf aufbauend die wirtschaftliche Entwicklung der Region Andalusien. Dabei stelle ich Ansätze der auf Europa angewandten Dependenztheorie vor und beschreibe einen sich daraus ergebenden möglichen alternativen Entwicklungsweg.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage Andalusiens unter Franco in den 1950er Jahren zeigt die Arbeit auf, welche Folgen die partielle Öffnung der spanischen Wirtschaft Ende der 1950er Jahre und die daran anschließende Integration in den Weltmarkt nach sich zogen. Die Arbeit befasst sich auch mit den entwicklungspolitischen, im Wesentlichen industriepolitischen Maßnahmen des Franco-Regimes zur Reduzierung der interregionalen Entwicklungsunterschiede zwischen Andalusien und den übrigen Regionen Spaniens.

In weiterer Folge werden die neuen wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufgezeigt, wie sie mit der Herausbildung der autonomen Region Andalusien einher gingen und wie sie von der Region selbst formuliert wurden.

Die Integration Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft 1986 sowie die vertiefte Integration durch die Errichtung einer gemeinsamen Währungsunion 1999 mit den daran geknüpften Erwartungen und Folgen für die Wirtschaft Andalusiens werden anschließend besprochen.

Der europäischen Regionalpolitik und deren Konsequenzen für die Region Andalusien wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, weil der Region aufgrund bestehender Entwicklungsunterschiede zu den restlichen europäischen Regionen über lange Zeit besondere Priorität eingeräumt wurde.

Schließlich befasst sich die Arbeit mit den Fragen, welche Auswirkungen die gegenwärtige Krise, die im Jahr 2008 Europa erreichte, auf Andalusien hat und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Region während der letzten 50 Jahre im Lichte dieser Krise beschrieben werden kann.

Abschließende Schlussfolgerungen münden in einen Ausblick, der versucht auf den Erkenntnissen der Arbeit aufbauend mögliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen.

2. Strukturelle Ungleichheit in Europa – Dependenztheoretische Ansätze

In den 1970er und 1980er Jahren entstand im Zuge der Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft in Europa vermehrt das Forschungsinteresse die strukturelle Ungleichheit innerhalb Europas genauer zu analysieren und zu begreifen. Mit Hilfe der Dependenztheorie und der daran angelehnten Weltsystemtheorie wurde versucht, die unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Machtstrukturen innerhalb Europas zu erfassen. In diesem Zusammenhang entstanden Ansätze, die die Bedeutung der Entwicklung „von unten“ anstatt der traditionellen staatszentrierten bzw. neoklassischen, auf die selbstregulierenden Kräfte der Märkte abgestellten Entwicklungsansätze aufzeigten.

Die Dependenztheorie wird seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts zur Beschreibung der als Unterentwicklung begriffenen Lage insbesondere Lateinamerikas im Verhältnis zu Westeuropa und den USA verwendet. Sie gilt als eine Art kritische Antwort auf die Modernisierungstheorie, welche rein von endogenen Entwicklungsfaktoren ausgeht und mangelnde Modernisierungsprozesse für die Unterentwicklung verantwortlich macht. (Larrain 1989: 111ff.)

Im Rahmen einer theoretisch-historischen Analyse werden von André Gunder Frank hierarchische Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den entwickelten Zentren und den unterentwickelten Peripherien aufgedeckt. Die ungleiche Integration in den Weltmarkt und der damit verbundene ungleiche Zugang zu Rohstoffen und Kapital führen demnach zu einer forcierten Entwicklung der Länder des Zentrums und zu einer Unterentwicklung der Länder der Peripherie. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen der Peripherien sind eng mit jenen der jeweiligen Zentren verbunden. Je schwächer die Verbindung zwischen dominanten Zentren und den abhängigen Peripherien ist, desto eher ist dort eine regionale autonome Entwicklung denkbar. Die unterschiedlichen Rollen, die den einzelnen Regionen in der Weltwirtschaft zukommen, sind damit ausschlaggebend für die mögliche Entwicklung der Region. Der Kapitalismus löst in diesem Zusammenhang zwei zwar unterschiedliche, doch parallele Prozesse aus. Während den einen Regionen eine starke Position in der Weltwirtschaft zukommt und damit eine kontinuierliche Entwicklung dieser Regionen einhergeht, führt die Integration anderer Regionen zu einer zunehmenden Schwächung und damit einer kontinuierlichen Unterentwicklung. Diese Prozesse sind eng miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig. (vgl. Frank 1969: 30ff.) Gerade im Zuge der

Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft beschrieben Autoren wie Dudley Seers (1979), Immanuel Wallerstein (1985) oder Giovanni Arrighi (1985) diese Zentrum-Peripherie-Beziehungen, die zuvor vor allem für die USA und Lateinamerika angewendet worden waren. Die Einbindung von Ländern wie Spanien, Griechenland oder Portugal in die internationale Wirtschaftsordnung bzw. die Europäische Gemeinschaft zeigen eben diese Merkmale der Ungleichheit.

Der Ansatz der Dependenztheorie wird jedoch auch kritisch betrachtet. So besteht der Einwand der nur begrenzt möglichen empirischen Belegbarkeit der Grundthesen. Ferner sei es fraglich, ob ein direkter Zusammenhang zwischen den ungleichen Welthandelsbeziehungen und der Unterentwicklung herstellbar ist. KritikerInnen der Dependenztheorie beanstanden ebenfalls eine Überbetonung der exogenen Verursachung von Unterentwicklung. Die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der einzelnen Länder fänden in der Theorie keine Beachtung. Somit stelle die Dependenztheorie das Gegenstück zur Modernisierungstheorie dar. (Bachinger/Mathis 2009: 140) Die Dependenztheorie sei jedoch keine geschlossene Theorie. Sie bestehe vielmehr aus vielen unterschiedlichen Ansätzen, die nach Palma (1978: 911) unter der „school of dependency“ zusammengefasst werden können. Die Dependenztheorie liefert Fragen und alternative Antworten bei der Suche nach den strukturellen Gründen von Entwicklungsunterschieden zwischen einzelnen Ländern und auch Regionen. Im Gegensatz zur Modernisierungstheorie werden im Rahmen der Dependenztheorie hierarchische Abhängigkeitsverhältnisse und die Auswirkungen von Integrationsprozessen in den Vordergrund gestellt. (Fischer 2013: 9ff.) Palma (1978: 911) führt in diesem Zusammenhang Dudley Seers (1963) an, der die Gemeinsamkeit der Entwicklungsansätze darin sehe, dass der Anspruch nicht nur darin bestehe, die Realität zu verstehen, sondern diese auch zu verändern.

In Anlehnung an Rudy Weissenbachers (2013) Analyse dependenztheoretischer Konzepte werden im Folgenden analytische Modelle vorgestellt, die die binneneuropäischen Verhältnisse im Allgemeinen und die Situation in Spanien im Besonderen als Zentrum-Peripherie-Beziehungen zu beschreiben versuchen.

2.1 Zentrum-Peripherie-Beziehungen in Europa

Um die Bedeutung der Dependenztheorie im Kontext der europäischen Integration einordnen zu können, braucht es zunächst eine Beschäftigung mit den Konzepten von „Peripherie“ und „Zentrum“, wie sie unter anderem Seers (1979), Sewyn (1979), Wallerstein (1985) und

Arrighi (1985) auf die europäischen Verhältnisse anwenden. Die Welt-System-Theorie von Wallerstein basiert unter anderem auf dem Ansatz der Dependenztheorie. (Bachinger/Mathis 2009: 141)

Europäische Peripherie

Die Zuordnung von Ländern zur Peripherie hängt nach Seers (1979) und Wallerstein (1985) von unterschiedlichen Kriterien ab. Nach Seers, der die Zuordnung der europäischen Länder für die Zeit der Öffnung Ost- bzw. Südosteuropas vornahm, zählten die Länder Südeuropas, also Portugal, Griechenland, Spanien, das damalige Jugoslawien und auch Irland zur europäischen Peripherie. (Seers 1979:3) Bereits in den 1920er Jahren war Südeuropa im Vergleich zum Zentrum sowohl wirtschaftlich als auch sozial rückständig gewesen. (Seers 1979: 6)

Typische Merkmale für ein peripheres Land sind sowohl für Wallerstein (1985) als auch für Seers (1979) begrenzte technologische Kapazitäten, begrenzte Investitionsgüterindustrien, eine geringe Diversität und eine deutlich geringere Produktivität der Wirtschaften. (vgl. Wallerstein 1979: 97; Seers 1979: 3ff.)

Landwirtschaft und Tourismus sind demnach bedeutende Bereiche der Wertschöpfung in peripheren Ländern und führen gleichzeitig zu einem direkten Abhängigkeitsverhältnis der Länder der Peripherie vom Zentrum. Länder wie Spanien wiederum importierten hauptsächlich Industrieerzeugnisse und Halbfertigprodukte des Zentrums. (Seers 1979: 3ff.) In Griechenland, Portugal und Spanien waren die Rücküberweisungen von MigrantInnen und die Einkünfte aus Tourismus vergleichbar mit dem Wert der exportierten Waren. (Seers 1979: 6) Für den meist schwachen Industriesektor der Peripherie ist eine hohe ausländische Kontrolle charakteristisch. Auch gibt es Unterschiede hinsichtlich Größe und Integration der vorhandenen Industriestrukturen in die übergeordneten Märkte. (Seers 1979: 3; 14) Ray Hudson und Jim Lewis beschreiben Industrialisierungsprozesse in Südeuropa in Bezug auf die vorhandenen Abhängigkeitsverhältnisse der Wirtschaft von den Ländern des Zentrums als eine große Herausforderung. Die räumliche Verteilung der Industrie innerhalb Spaniens beispielsweise und die steigende, aber selektive Integration der Industrie in die Sphäre der industrialisierten Wirtschaften des Zentrums schaffen immer neue Spannungen und Schwierigkeiten. Gewinnrückführung, technologische Abhängigkeit der peripheren Industrien vom Zentrum und auch die Abhängigkeit vom Zugang zu ausländischen Märkten erschweren die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrien deutlich. (Hudson/Lewis 1985: 203)

In der Peripherie existieren nach Wallerstein weder einflussreiche, starke Staaten noch oligopolistische Strukturen, somit sehen sich die Produkte der Peripherie mit einem ungeschützten Wettbewerb konfrontiert, während die Zentren in der Lage sind, sich davor besser zu schützen. (Wallerstein nach Bachinger/Mathis 2009: 145) Staatliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind im Vergleich zum Zentrum in den Ländern der Peripherie sehr schwach ausgeprägt. (Seers 1979: 16)

Aufgrund der geringen Kapazitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Arbeitsmigration aus der Peripherie in das wirtschaftlich starke Zentrum ein häufig auftretendes Phänomen. (Seers 1979: 3ff.)

Es bestehen jedoch Unterschiede zwischen den Peripherien. Innerhalb der peripheren Wirtschaften gibt es durchaus Bereiche, die der dort ansässigen Bevölkerung einen Lebensstandard ermöglichen, welcher dem in den Zentren sehr nahe kommt, während die in den ländlichen Gebieten lebenden Teile der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit, Armut und von Landflucht betroffen sind. In globaler Perspektive lagen die Länder der europäischen Peripherie in den siebziger Jahren insgesamt näher bei den Ländern des globalen Zentrums als bei den sogenannten globalen Peripherien, etwa in Bezug auf Kriterien wie Wohnqualität, Geburtsraten oder die Lebensqualität ganz allgemein. Doch andererseits blieb der Abstand der europäischen Peripherien zum Zentrum in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen ganz beträchtlich. (Seers 1979: 3)

Die Außenverschuldung der südeuropäischen Länder nahm Anfang der 1970er Jahre drastisch zu und führte zu einem Schuldendienst, der ein Viertel der Exporteinnahmen ausmachte. (Seers 1979: 7) Die steigende Abhängigkeit peripherer Länder von ausländischem Kapital hatte einen Kontrollverlust der nationalen Regierungen über die eigene Wirtschaft zur Folge. Die Entscheidungen ausländischer Unternehmen über den Produktionsprozess und damit verbundene Entscheidungen bezüglich Investitionen, Beschäftigung und Output sind noch weniger an nationale Interessen gebunden bzw. in nationale Diskurse eingebunden als die Entscheidungen nationaler Unternehmen. Ausländisches Kapital verstärkte weiters den internen Dualismus, da es hauptsächlich in die urbanen Zentren floss und ländliche Gebiete häufig marginalisiert blieben. (Seers 1979: 26)

Percy Selwyn (1997) fügt in seinen Überlegungen zur Peripherie noch weitere Charakteristika zur Beschreibung der Peripherie hinzu. In den Wirtschaften des Zentrums bestehen Multiplikatoreffekte, die in der Peripherie kaum vorhanden sind. Während im Zentrum nicht selten wirtschaftliche Aktivitäten das Entstehen neuer Aktivitäten fördern, haben

wirtschaftliche Aktivitäten in der Peripherie nur begrenzten Einfluss auf eine weitere wirtschaftliche Entwicklung. Auch hinsichtlich der Informationsflüsse können Unterscheidungen getroffen werden: Information zirkuliert hauptsächlich vom Zentrum in die Peripherie. In die andere Richtung oder auch innerhalb der Peripherie ist die Zirkulation von Information um einiges schwächer ausgeprägt. (Selwyn 1979: 38)

Den Regierungen wurde in Bezug auf die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung eine differenzierende Rolle zugeschrieben. In den Wirtschaften des Zentrums bestehen vielfältige Entscheidungsmechanismen, Regierungen verlieren daher an Bedeutung. In den Ländern der Peripherie kommt den Regierungen aufgrund der fehlenden privaten Entscheidungsmechanismen ein größerer Handlungsspielraum zu, gerade in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, direkte Fördermaßnahmen oder Konzessionen. (Selwyn 1979: 38f.)

Kostis Papadantonakis lenkt den Blick auf die Konsequenzen der Einbindung peripherer Ökonomien in dominante übergeordnete Systeme. Er konstatiert eine überwältigende Dominanz der Länder des nordeuropäischen Zentrums über die südeuropäischen Volkswirtschaften und er erwartet die zunehmende Verstärkung der intraregionalen Differenzen zwischen höher entwickelten, zumeist städtischen Zentren und den agrarisch dominierten, ländlichen Gebieten. (Papadantonakis 1985: 87; 103)

Europäisches Zentrum

Der europäischen Peripherie stand ein starkes Zentrum gegenüber. Zum Zentrum zählten nach Wallerstein jene Länder, die über diversifizierte Wirtschaften mit hoher Produktivität verfügten. Höhe Löhne, neueste Technologien und ein hoher Mechanisierungsgrad stellten weitere typische Merkmale für die Länder des europäischen Zentrums dar. Die Produkte des Zentrums zeichneten sich durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aus, die deutlich über jener der Produkte der europäischen Peripherie lag. (Wallerstein 1979: 97)

Für Seers zählten zum einen die USA und zum anderen Zentraleuropa zu den Ländern des Zentrums. Diese beiden Zentren versorgten die Peripherie mit Kapital, Technologie, Infrastruktur und Kulturgütern. Sie bildeten das Zentrum in politischer, militärischer und auch kultureller Hinsicht. Für ihn gehören zentraleuropäische Länder wie Westdeutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Schweiz, Österreich, Dänemark, Norwegen und Schweden zum europäischen Zentrum. (Seers 1979: 8f.) Kulturell gesehen herrschte in den Ländern des Zentrums große Homogenität. (Seers 1979: 9) In sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht waren

die Länder des europäischen Zentrums mit den USA vergleichbar. Sowohl steigende Wechselkurse, als auch eine geringe Inflationsrate waren für diese Länder charakteristisch. (Seers 1979: 9)

Seers stellt zwar auch innerhalb der Länder des europäischen Zentrums regionale Ungleichheiten fest – denken wir etwa an die Gegensätze in Österreich zwischen dem Burgenland und Wien und der dadurch ausgelösten Arbeitsmobilität –, doch seien die Binnenkontraste in Ländern des Zentrums weitaus geringer als die zur europäischen Peripherie. (Seers 1979: 9)

Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie und das Konzept der Semiperipherie

Zwei Merkmale streicht Seers (1979) bei seiner Untersuchung heraus, die für die Zentrum-Peripherie-Beziehungen besonders charakteristisch sind: Das sind zum einen die Migrationsbewegungen aus der Peripherie in das Zentrum und zum anderen Tourismusströme aus dem Zentrum in die Peripherie. Diese Merkmale sind für ihn jedoch nur Symptome, da ihre Wurzeln in den Einkommensunterschieden innerhalb Europas zu finden sind. Für ein besseres Verständnis der wechselseitigen Beziehungen ist daher die Analyse von Asymmetrien auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. (Seers 1979a:XIV)

Nach Wallerstein stellen die Zentrum-Peripherie-Beziehungen ein Null-Summenspiel dar. „*The more one zone became ‘core-like’, the more another became ‘peripheral’.*” (Wallerstein 1985: 33) Zentrum und Peripherie stehen in einer ungleichen Beziehung zueinander, welche sich in unterschiedlichen Formen zeigen kann. (Wallerstein 1985: 33)

Das binäre Zentrum-Peripherie-Konzept reicht jedoch laut Wallerstein nicht aus, um staatliche Politik in Beziehung zum bestehenden Prozess der weltweiten Kapitalakkumulation zu verstehen. (Wallerstein 1985:33) Es existiert eine Anzahl von Staaten, die beide Merkmale vereinen. In Verbindung mit manchen Ländern nehmen sie die Position der Peripherie ein und gegenüber anderen Ländern wiederum kommt ihnen eine zentrumsähnliche Position zu. (Wallerstein 1979: 97) Die Produktion von Gütern findet in sogenannten Güterketten statt, welche häufig auch nationale Grenzen überschreiten. In manchen Ländern mischen sich somit Aktivitäten des Zentrums mit Aktivitäten der Peripherie. Wallerstein wie auch Seers führen daher das Konzept der Semiperipherie ein. In der Semiperipherie ist ein Mix von Zentrum-Peripherie-Aktivitäten vorhanden. Für semiperiphere Länder besteht die Möglichkeit durch lenkende Maßnahmen ihren Aktivitätenmix in Richtung zentrumtypischer Verhältnisse zu leiten. Es ist ihnen so möglich die Güterketten der Weltwirtschaft neu anzuordnen.

(Wallerstein 1985: 34f.) „*They can as a first step make sure that more of the links occur within state boundaries, thereby tending to 'upgrade' the mix. They can, via 'subimperialism' create new links that are 'core-like' in nature.*” (Wallerstein 1985: 35)

Giovanni Arrighi (1985) kritisiert in seinen Überlegungen zu Südeuropa Wallersteins Konzept der Semiperipherie. Dem Konzept der Semiperipherie, wie es Wallerstein verwendet, fehle es an Operationalisierbarkeit zur Identifikation semiperipherer Staaten. Wallerstein verwende die Begriffe „core-like“ und „periphery-like“, doch welche Aktivitäten in den globalen Güterketten welchen Kategorien zugeordnet werden können, bleibe dabei ungewiss. In Wallersteins Ausführungen bleibe unklar, welches Gewicht den Aktivitäten innerhalb eines Staates zukomme und welches der Position des Staates im zwischenstaatlichen System. (Arrighi 1985: 243)

Zwei Drittel der Weltbevölkerung lebten nach Wallerstein in der Semiperipherie, darunter fielen in Europa unter anderem Portugal und Spanien (Wallerstein 1979: 100) Arrighis Kritik gilt dieser doch recht großzügigen und unpräzisen Einteilung. (Arrighi 1985: 244) Doch bestehen klare Unterschiede zwischen Wallerstein und Seers hinsichtlich dieser Zuordnungen. Für Seers zählten, wie bereits erwähnt, sowohl Spanien als auch Portugal zur europäischen Peripherie und auch Seers verwendet die Kategorie der Semiperipherie. Dazu rechnete er in den siebziger Jahren Länder wie Großbritannien, Italien oder auch Finnland, da sich diese zum einen aufgrund sozialer Bedingungen im Land, dem Pro-Kopf-Einkommen, sowie der Geburtenrate und zum anderen auch aufgrund einer geringeren Arbeitsemigration und einem geringeren Einfluss des Tourismus auf die Zahlungsbilanz von Ländern der Peripherie einerseits und auch von Ländern des Zentrums andererseits unterschieden. (Seers 1979:9f.)

Die Semiperipherie bildet nach Wallerstein eine Zone zwischen Zentrum und Peripherie und lässt sich von den anderen beiden Kategorien abgrenzen. Die Semiperipherie gilt es auf dem Weg zum Zentrum zu durchlaufen. Diese Perspektive des möglichen Aufstiegs zum Zentrum ist damit ein wichtiger Faktor für die Stabilität der kapitalistischen Weltwirtschaft. (Wallerstein 1979: 21f.). Grundsätzlich ist sowohl ein Aufstieg als auch ein Abstieg (bspw: GB in den 1970er) semiperipherer Länder im bestehenden kapitalistischen Weltsystem möglich. Verändert ein Land jedoch seine Position, ist dies nur auf Kosten eines anderen Landes möglich. „*This is simply the state-level adaptation of the traditional 'dog eat dog' workings of capitalism.*” (Wallerstein 1979: 101)

Nach Arrighi (1985) könnte durch die Setzung von Kriterien – wie beispielsweise das Bruttosozialprodukt – eine höhere Operationalisierbarkeit des Konzepts der Semiperipherie

erreicht werden. (Arrighi 1985: 244) Bei der Betrachtung des Bruttosozialproduktes pro Kopf in den unterschiedlichen Ländern wird laut Arrighi ersichtlich, dass Länder existieren, die zwischen dem Zentrum und der Semiperipherie angesiedelt sind. Diese Länder gehörten demnach zum sogenannten „no man's land“. (Arrighi 1985: 246f.) Der Aufstieg von der Peripherie zur Semiperipherie und von dort zum Zentrum ist ein Prozess, der Jahrzehnte in Anspruch nehmen kann. (Arrighi 1985: 247) Im Vergleich zu Arrighi beinhaltet Peter Langes Definition des Bereichs zwischen Zentrum und Semiperipherie zusätzlich eine zeitliche Dimension. „*The concept is meant, therefore, to capture the regency of a change in position and, thus, the difference between a consolidated position in the world-economy and the processes of transition from one position to another, processes that begin when the country is in the semiperiphery but continue after it has structurally already entered the core.*“ (Lange 1985:185) Strukturanpassungsprozesse innerhalb eines Landes sind kein Indikator für die Veränderung der Position innerhalb des Weltsystems. Sie könnten auf eine Veränderung des Aktivitätenmix der jeweiligen Zonen hinweisen. Was auf Entwicklung auf nationaler Ebene hinweisen könnte, könnte ebenso Teil der Reproduktion der Zentrum-Peripherie-Dichotomie auf globaler Ebene sein. (Arrighi 1985: 248f.)

Neben der Abhängigkeit peripherer Länder vom Zentrum hinsichtlich Kapital, Technologie, politischen Entscheidungen und kulturellen Gütern und dem Austausch von Tourismus- und Migrationsbewegungen zwischen Zentrum und Peripherie sind es nach Seers (1979) aber auch geographische Merkmale, die Aussagen zu der Zentrum-Peripherie-Konstellation ermöglichen. Die Länder des europäischen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentrums liegen geographisch gesehen auch im Zentrum. Um das Zentrum herum sind Peripherie und die Semiperipherie angeordnet. (Seers 1979: 16)

Lässt man mit Seers (1979) nationale Grenzen außer Acht, wird die Annahme der geographischen Verteilung noch deutlicher. In den Ländern am Rande des Zentrums weisen jene Regionen, die am weitesten vom Kern des Zentrums entfernt sind, höhere Arbeitslosenraten und Landflucht auf. Jene Regionen, die nahe am Zentrum liegen, sind dementsprechend relativ wohlhabender und vergleichsweise dynamischer. (Seers 1979: 18) In zentrumsnahen Regionen sind allgemein Aktivitäten in der Landwirtschaft oder im Tourismus dementsprechend weniger von Gewicht. In peripheren Regionen hingegen sind Abwanderung oder niedrige Löhne von großer Bedeutung. Große transnationale Unternehmen, Fernsehstudios, Zeitungen oder Verlage haben ihren Sitz im Zentrum. Sowohl die politische, wirtschaftliche als auch kulturelle Macht ist sehr stark auf das Zentrum konzentriert. Jedoch

kann laut Seers eine Region, die abseits vom europäischen Zentrum liegt, durchaus ein hohes Maß an politischer und kultureller Autonomie bewahren. (Seers 1979: 19f.)

Arrighi sieht bei den Arbeiterbewegungen, die seit dem Faschismus und der darauf folgenden wirtschaftlichen Umstrukturierung deutlich an Bedeutung gewannen und den daraufhin gesetzten wirtschaftspolitischen Antworten, die die Position der Arbeitskräfte kontinuierlich schwächten, klare Parallelen zu den Ländern des Zentrums. Der politische Umbruch, der in Südeuropa in den 1980er stattfand, sei vergleichbar mit jenen liberal-korporatistischen Vereinbarungen in den 1930er und 1940er Jahren in den USA und Skandinavien und in den 1960er und 1970er Jahren in Nordwesteuropa. Diese sozialen Bewegungen entstanden im Kontext der Industrialisierungsprozesse und der kapitalistischen Rationalisierung, die in Spanien mit dem Ende des Faschismus ihren Anfang nahmen. Diese durch ausländischen Einfluss generierten Industrialisierungsprozesse führten jedoch zu keiner Veränderung der Position von Ländern wie Spanien im Weltsystem. (Arrighi 1985: 274)

Die zunehmende Bedeutung vertikal integrierter transnationaler Konzerne in allen wirtschaftlichen Aktivitäten macht die Unterscheidung zwischen der Produktion von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten oder von verschiedenen Produktionstechniken für die Einteilung der Länder in Zentrum und Peripherie bedeutungslos. „*The relevant distinction is between activities that involve strategic decision making, control and administration, R&D, and other 'brain' activities, on the one hand, and activities of pure execution, on the other. To the extent that this distinction has actually become more relevant than the agriculture/industry or the high-productivity/low productivity dichotomies, core states are those where they concentrate their muscle-and-nerves activities.*” (Arrighi 1995: 275) Spanien befindet sich laut Arrighi im sogenannten “no man’s land”, welches die Semiperipherie vom Zentrum trennt. (Arrighi 1985: 276)

Javier Braña, Mikel Buesa und José Molero führen die starke Abhängigkeit Spaniens von ausländischem Kapital und Technologie unter anderem auf die Autarkiepolitik der 1940er und 1950er Jahre während der Diktatur unter Franco zurück. Diese Autarkie konservierte veraltete Produktionstechniken und führte schließlich zur dringenden Notwendigkeit der technischen Erneuerung. Dies war nur durch Importe von Investitionsgütern möglich. Die drei Autoren sehen bezüglich des spanischen Abhängigkeitsverhältnisses vom Zentrum große Ähnlichkeiten mit einigen Ländern Lateinamerikas. (Braña/Buesa/Molero zitiert nach Love 2004: 128)

Wallerstein analysiert auf einer recht oberflächlichen Ebene die Entwicklungen der Beziehung zwischen Zentrum und Südeuropa im Zeitverlauf. Das Abhängigkeitsverhältnis und der ungleiche Tausch zwischen dem Zentrum und den Ländern Südeuropas, welcher zu einer kontinuierlichen Peripherisierung der Wirtschaften führte, ließen sich nach Wallerstein bereits 1815 erkennen. (Wallerstein 1985: 36) Faschismus, Korporatismus und politischer sowie wirtschaftlicher Nationalismus waren eine Antwort auf das Gefühl der südeuropäischen Länder, zurückgelassen worden zu sein. (Wallerstein 1985: 37) Faschistische Bewegungen können demnach zum einen als eine Reaktion der Ablehnung der angloamerikanischen wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft und zum anderen als ein Versuch des Aufholens verstanden werden. (Wallerstein 1985: 38) Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fand nach Wallerstein eine neuerliche Veränderung der Beziehung der südeuropäischen Länder mit dem Zentrum statt. Die wirtschaftliche Öffnung dieser Länder war auf die wirtschaftlichen Interessen des Zentrums ausgerichtet. Eine Phase der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung nahm ihren Anfang, die zu einer stärkeren Integration Südeuropas in das neue Wirtschaftssystem führte. Ein steigendes Interesse des Zentrums an einer semiperipheren Position der südeuropäischen Länder in der Weltwirtschaft wurde erkennbar und damit einhergehend eine engere ideologische und politische Verbindung dieser Länder mit dem Zentrum. Die Mitgliedschaft in der NATO und die Integration in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft waren für die Stabilisierung des Systems von Bedeutung. (Wallerstein 1985: 38f.) Wallerstein stellt sich weiters die Frage, ob die Integration nicht zu einer Fortschreibung bestehender (Abhängigkeits-)Verhältnisse führt: „*To what extent is the inclusion (present or prospective) of these countries in the ECM a mechanism designed to constrain their ability to change state policies, and thereby to defuse the prospective politics of semiperipheral states?*“ (Wallerstein 1985: 35)

Seers (1979) beschäftigte sich ebenfalls mit der Frage, welche Folgen der EU-Beitritt für die Länder der europäischen Peripherie haben werde. Peripheren Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien ermöglichte demnach der EU-Beitritt unter anderem das Recht auf Emigration ins Zentrum, der Beitritt gewährte Unterstützung bei der Erhaltung politischer Stabilität und er sicherte den Zugang zu öffentlichem und privatem Kapital wie auch zu den europäischen Regionalfonds, Sozialfonds und dem Europäischen Investitionsfonds. Die wirtschaftliche Öffnung der Länder hätte aufgrund des verstärkten Wettbewerbs jedoch auch die Zerstörung kleiner Unternehmen zu Folge. Arbeitsmigration und die Abhängigkeit von transnationalen Konzernen könnte die Position peripherer Länder weiter erschweren. Strukturanpassungen im Bereich der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, aber auch der

Produktionssektoren in den Ländern des Zentrums wären für die Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft von großer Bedeutung. (Seers 1979: 27f.)

Die Dependenztheorie ermöglicht also ein Verständnis für die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Länder in Europa. Die hier angeführten Vertreter der Dependenztheorie, wie Wallerstein zeigen die strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse von Ländern auf. Deren Unterentwicklung ist somit nicht bzw. nicht nur auf endogene Faktoren zurückzuführen, sondern resultiert aus einer ungleichen Einbindung der Länder in größere Strukturen wie den Weltmarkt bzw. die Europäische Gemeinschaft. Die vertiefte Integration von Ländern unterschiedlicher Entwicklungsstufen kann somit zu einer Desintegration auf nationaler Ebene führen. Im Falle der Integration der südeuropäischen Länder in die europäische Gemeinschaft ließ sich diese ungleiche Einbindung bzw. eine periphere Integration aufzeigen.

Basierend auf der Dependenztheorie wurden dann regiozentrierte Ansätze entwickelt, die als Antwort auf die bisher gescheiterten traditionellen Entwicklungsstrategien gesehen werden können. Darunter fällt der endogene Entwicklungsansatz von Stöhr, der auf den Erkenntnissen der Dependenztheorie aufbaut und einen alternativen Entwicklungsweg für die Länder der Peripherie beschreibt. Weissenbacher (2013:1) sieht in diesen Ansätzen eine alternative Theoriebildung, die nicht den Gegensatz zwischen Staat und Markt betonte, sondern „die Wirkung herrschender Entwicklungsmodelle und -vorstellungen grundsätzlich in Frage stellte und somit im Widerspruch zu den beiden liberalen Ansätzen keynesianischer und neoliberaler Prägungen stand.“

2.2 Alternative Ansätze zur ungleichen regionalen Entwicklung: Entwicklung „von unten“

Im Anschluss an diese im Wesentlichen auf Staaten fokussierten Ansätze wird nun ein Ansatz vorgestellt, der eng mit der Dependenztheorie verbunden ist und auf den Erkenntnissen der Dependenztheoretiker aufbaut. Der Fokus, der im folgenden beschriebenen Ansätze, liegt auf der ungleichen Entwicklung von Regionen und Kritikpunkten an den traditionellen Entwicklungsstrategien. Da traditionelle Entwicklungsstrategien „von oben“ durch den Staat oder durch die freien Kräfte der Märkte überwiegend nicht die erwarteten Entwicklungen brachten, erweiterten Politikwissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftler wie Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze bzw. Walter Stöhr ihre Analysen um weitere Betrachtungsebenen. Ohne das Verständnis reziproker Abhängigkeitsverhältnisse lässt sich

nach diesen Autoren die komplexe Realität nicht erfassen. Neben den ungleichen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie werden vermehrt auch interregionale und intraregionale Entwicklungen untersucht und neue Handlungsalternativen aufgezeigt. (Nohlen/Schultze 1985: 17ff.; Stöhr 1990:3ff.)

Nohlen und Schultze beschäftigen sich mit der ungleichen Entwicklung von Regionen innerhalb einzelner Staaten und deren Verursachungsfaktoren, da die bisherigen neoklassischen oder keynesianischen Regionalpolitiken, welche von westlichen Wohlfahrtsstaaten implementiert wurden, zu ernüchternden Ergebnissen geführt hätten. (Nohlen/Schultze 1985: 17) Sie hätten weder die Verringerung struktureller Ungleichheiten und Entwicklungsgefälle erreicht, noch eine Veränderung der Außenabhängigkeit der Peripherien. In der bisherigen traditionellen Regionalpolitik liege der Fokus auf Strategien und Programmen regionaler Wirtschafts- und Wachstumsförderung, auf Modellen der strukturellen Differenzierung, der arbeitsteiligen Spezialisierung und der funktionalen Integration. Hierbei stünden vor allem die gesamtwirtschaftlichen und nationalen Zielsetzungen der Staaten im Vordergrund. Den spezifischen Bedingungen und Bedürfnissen einzelner Regionen seien diese Politiken nicht gerecht geworden. (Nohlen/Schultze 1985: 19f.)

Dem konventionellen Blick auf die Probleme regionaler Entwicklung fehlen nach Nohlen und Schultze wichtige Aspekte. Neben den ökonomischen und geographischen Analysen seien für ein umfassendes Verständnis regionaler Entwicklung auch gesellschaftsgeschichtliche Analysen, die Analyse von strukturellen Wechselbeziehungen ungleicher Entwicklung sowie die Analyse exogener Faktoren relativer Unterentwicklung, das Verhältnis von Politik und Ökonomie (Machtstrukturen und Machtinteressen) von großer Bedeutung. Alternative Entwicklungsstrategien müssten sich auf die Bedürfnisse und Interessen der Region beziehen. (Nohlen/Schultze 1985: 39)

Dieser sogenannte regiozentrierte Ansatz, der den alternativen Entwicklungsstrategien angehört, geht wie die Dependenztheorie davon aus, dass das sozioökonomische Entwicklungsgefälle und die relative Unterentwicklung der Peripherien strukturell erklärbar und auf die industriell- kapitalistische Produktion und Arbeitsteilung zurückführbar sind. Die ökonomisch, politisch und auch kulturell geprägten Zentrum-Peripherie-Strukturen und die strukturellen Abhängigkeiten des Hinterlandes von den Interessen der Metropole bestehen nach Nohlen und Schultze aus sehr komplexen internationalen, interregionalen und intraregionalen Metropole-Hinterland-Beziehungen. (Nohlen/Schultze 1985: 42) Die

Peripherien sind gekennzeichnet durch ein sozio-ökonomisches Entwicklungsgefälle und Unterentwicklung. Dies kann zurückgeführt werden auf eine Produktion in den unterentwickelten Regionen, die auf die Metropole ausgerichtet ist, und auf die durch die strukturelle Durchdringung der peripheren Gebiete entstandene Außenabhängigkeit. Eine Veränderung der Position der peripheren Regionen ist nur unter der Bedingung möglich, dass die territorialen Interessen der funktionalen wirtschaftlichen Macht übergeordnet werden. (Nohlen/Schultze 1985: 42f.)

Schon vor Nohlen und Schultzes Kritik an den traditionellen Entwicklungsstrategien formulierten Stöhr und Tödtling ihre Kritik. (Stöhr/Tödtling 1977: 33) Nicht das Wohlergehen der Bevölkerung sei demnach im Zentrum der herkömmlichen Entwicklungspolitik gestanden, sondern die funktionelle Spezialisierung und die Integration einer Region in ein übergeordnetes System. Stöhr kritisierte auch die angewandten Maßnahmen, v.a. finanzielle Anreizsysteme und Transfer öffentlicher Mittel, mit denen hauptsächlich die Infrastruktur zur besseren Anbindung an die Zentren ausgebaut wurden. (Stöhr 1983: 10) Maßnahmen zur Förderung industrieller auf den Export ausgerichteter Aktivitäten und die Entwicklung des Tourismus führten nach Stöhr zu einer intraregionalen Desintegration und einem Rückgang der wirtschaftlichen Diversität. Durch die von Stöhr kritisch betrachtete Konzentration auf Bereiche, die vor allem vom wirtschaftlichen Zentrum nachgefragt wurden, blieben regionale Ressourcen häufig ungenutzt. Diese verstärkte Außenorientierung der regionalen Wirtschaften führte zu vermehrter Instabilität und Außenabhängigkeit. (Stöhr 1983: 10)

Zudem steht Stöhr dem traditionellen Konzept der von „oben“ organisierten Entwicklungsstrategien kritisch gegenüber, da diese in der Vergangenheit tendenziell eher zu einer Verstärkung der Ungleichheit geführt hätten. (Stöhr 1981: 40) Zentral initiierte Entwicklungsprozesse führten zu einer kontinuierlichen Schwächung der Kapazitäten der Regionen, den Herausforderungen, die durch die weltweite Restrukturierung der Wirtschaftsstrukturen entstanden, zu begegnen. Die traditionellen Strategien eigneten sich zur Verteilung des Wachstums in wachstumsstarken Phasen, doch seien diese für die Entwicklung lokaler Innovationskraft und Flexibilität nicht förderlich. (Stöhr 1990: 2)

Auch Saenz de Buruaga setzt sich kritisch mit entwicklungspolitischen Vorstellungen auseinander. Er bewertet jene auf neoklassischem Gedankengut basierenden regionalpolitischen Maßnahmen als erfolglos, die vor allem auf Exporte abstellen und die komparativen Vorteile ausnützen. Für Saenz de Buruaga sind, wie schon für Stöhr und

Tödtling, regionale Entwicklungsmodelle, die eine Entwicklung von oben anstreben, aussichtslos. Für die Verringerung von regionalen Disparitäten brauche es vielmehr langfristige Bemühungen auf regionaler Ebene. (Saenz de Buruaga 1980: 70) Für Saenz de Buruaga bietet gerade der politische und administrative Wandel eine Notwendigkeit und auch eine Möglichkeit regionalpolitische Defizite zu überwinden. (Saenz de Buruaga 1983: 107; 122) Der spanische Autonomieprozess eröffnete demzufolge die Möglichkeit zur Einführung eines Entwicklungsansatzes von unten. (Saenz de Buruaga 1983: 107; 122)

John Friedmann kritisiert ganz grundsätzlich die Durchdringung des „life space“ durch den „economic space“. Nach ihm führte die Durchdringung von Regionen, Städten oder Ländern durch globales Kapital zu neuen Abhängigkeiten bzw. zur Unterordnung der lokalen Arbeitskraft unter die Logik des Kapitals. (Friedmann 1983: 153) Traditionelle Regionalpolitik war demnach ein hilfloser Versuch Probleme zu lösen, die durch die Einbindung von Regionen und Länder in ein System entstanden, in welchem die unregulierten Marktkräfte dominierten und die Bevölkerung ihnen ohne staatlichen Schutz ausgesetzt wurde. Die Integration von Regionen in das globale Netzwerk der Wirtschaftsbeziehungen führte nach Friedman zur Ausbeutung der Arbeitskräfte. Auch er kritisiert Strategien zur Beschleunigung der Industrialisierung, das Modell der Wachstumspole und Anreizsysteme. Trotz der regionalpolitischen Maßnahmen konnte demnach die Position der Peripherie nicht verändert werden.

Friedmann sieht die Chance auf Veränderung in einer radikalen Umkehr der Wertehierarchie, nicht die Ökonomie dürfe das Leben dominieren, sondern zuerst komme das Leben. Er sieht den Staat als Garanten für den Schutz des Lebens vor der Dominanz der Ökonomie. Damit die von ihm geforderte Entwicklung von innen gelingen kann, bedarf es der Ermächtigung der Zivilgesellschaft wie auch regionaler Strukturen. (Friedmann 1983: 155ff.)

Stöhr schlägt einen alternativen Entwicklungsansatz für „periphery up and inward development“ vor, der über die traditionellen regionalpolitischen Ansätze hinausgeht. (Stöhr 2001:47) Er spricht von einem endogenen Entwicklungspotential, das mehr oder weniger selbstbestimmt realisiert werden kann. Unter „self-reliant development“ versteht er eine unabhängige, selbstbestimmte Entwicklung aus eigener Kraft. Grundvoraussetzungen hierfür sind die Kontrolle und eigenständige Nutzung regionaler, endogener Ressourcen. (Stöhr 1985: 231f.)

Die Instrumente der Regionalpolitik sollten zu einer Mobilisierung zusätzlicher endogener regionaler Ressourcen führen, statt auf den Transfer von Ressourcen aus entwickelten

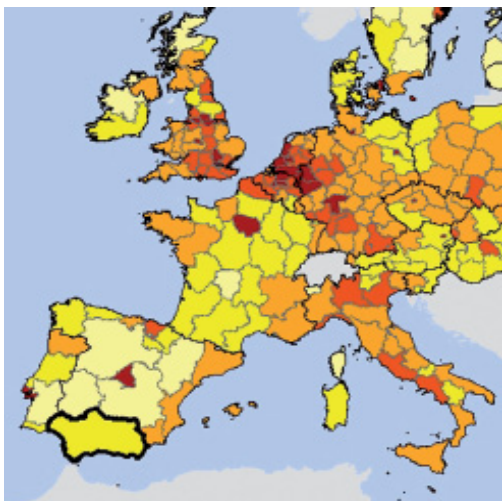
Zentrumsregionen angewiesen zu sein. Dieser Ansatz sieht die größtmögliche Nutzung von regionalen Ressourcen vor, um die regionalen Grundbedürfnisse zu befriedigen, anstatt der Konzentration auf einige wenige Ressourcen mit hoher internationaler Nachfrage. (Stöhr 1983: 11) Dieser Ansatz distanziert sich von den herkömmlichen Vorstellungen einer nachholenden Entwicklung. Eine gewisse selektive Geschlossenheit gegenüber dem Einfluss von außen ist hier nötig, wobei hier nicht von Autarkie die Rede ist. (Stöhr 1984:4) Diese selektive regionale Geschlossenheit ist notwendig, um regionale Strukturen zu stärken und eine nach innen orientierte Wirtschaft aufzubauen. (Stöhr 1990: 455)

Die Bedeutung lokaler und regionaler Entwicklung gewann gerade im Kontext der Globalisierung und Deregulierung deutlich an Relevanz. Mit der Öffnung nationaler Wirtschaften und der steigenden Globalisierung stieg der Druck nach einer Repositionierung der lokalen Wirtschaften in den neuen nationalen und globalen Märkten. Die Beschleunigung des technischen Wandels und die schwierige Vorhersehbarkeit von zukünftigen Markttrends erschweren die Situation der Regionen zusätzlich. Nach Stöhr besteht darum die Notwendigkeit der Ermächtigung der Regionen, ihre eigenen Prioritäten zu definieren und ihre eigenen Entwicklungsstrategien zu implementieren. Die Umverteilung der jeweiligen Entscheidungsbefugnisse sei für die adäquate Verteilung von Ressourcen notwendig. (Stöhr 2001: 47) Regionale Entwicklungsinitiativen legen den Fokus hauptsächlich auf traditionelle Klein- und Mittelbetriebe und in diesem Rahmen auf die Neugründung von Betrieben sowie auf technologische Erneuerungen und die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz. (Stöhr 1990: 49) Die Entwicklung „von unten“ bedeutet nach Stöhr (1981) einen größeren Anteil des Surplus in der Region zu halten, sowie diesen in die Diversifizierung der Region zu reinvestieren, um in weiterer Folge die materiellen Grundbedürfnisse der regionalen Bevölkerung zu sichern. Die Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit sollte daraus hervorgehen. (Stöhr 1981:43) Für diese wirtschaftliche Eigenständigkeit stellt jedoch die Veränderung der Beziehung mit dem Zentrum eine Voraussetzung dar. Darunter wird eine kurzzeitige Schwächung der Verbindungen mit den Zentren verstanden, um endogenen Entwicklungsstrategien Platz einzuräumen. Die regionale Koordination wird wiederum als geeignetes Instrument zur Stärkung der regionalen Position gesehen. Die Entwicklungserfolge auf lokaler und regionaler Ebene tragen aufgrund von Ausbreitungseffekten schlussendlich zur nationalen Entwicklung bei. (Stöhr 1981: 43)

2.3 Einordnung Andalusiens in die Zentrum-Peripherie-Beziehungen

Die hier gewählte Zuordnung Andalusiens wie auch Spaniens insgesamt als europäische Peripherie orientiert sich an den Vorstellungen von Seers (1979: 3ff.). Andalusien, mit einem nominalen Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 16.960 Euro (2012) und seinen 8 Millionen Einwohnern (INE 2013b: 2), zählt im Sinne der Dependenztheorie sowohl aufgrund seiner geographischen Lage als auch aufgrund der Beschaffenheit der regionalen Wirtschaft insgesamt, v.a. der Bedeutung der Landwirtschaft und der Schwäche der Industrie sowie den konträr verlaufenden Austauschbeziehungen mit dem Zentrum im Rahmen von Tourismus- und Arbeitskräftebewegungen, aber auch wegen der Abhängigkeit von ausländischem Kapital und Technologie, zur Peripherie. Vor der Öffnung der spanischen Wirtschaft in den 1950er Jahren bestanden klare Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Andalusien und den vor allem im Norden Spaniens gelegenen höher entwickelten Regionen wie Madrid, dem Baskenland oder Katalonien. Mit der Öffnung der spanischen Wirtschaft und der finanziellen Unterstützung der USA zum Wiederaufbau der Wirtschaft entstanden bzw. vertieften sich die Abhängigkeitsverhältnisse über die nationalen Grenzen hinaus. Durch die Integration Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft 1986 verstärkte sich die Abhängigkeit von den europäischen Ländern, die durch die Einführung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion zunahm. Andererseits kommt Andalusien gegenüber den nordafrikanischen Ländern eine Zentrumsfunktion zu, die sich in der Immigration afrikanischer Arbeitskräfte nach Andalusien zeigt. (Vgl. dazu Kap. 6) Abbildung 1 zeigt die geographische Lage Andalusiens in Europa. Die unterschiedlichen Farben weisen auf die Bevölkerungsdichte hin. Andalusien gehört demnach zu den weniger dicht besiedelten Regionen Europas.

Abbildung 1: Andalusiens Lage in Europa



(Quelle: Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía 2013: 8)

Abbildung 2: Andalusien und seine Provinzen

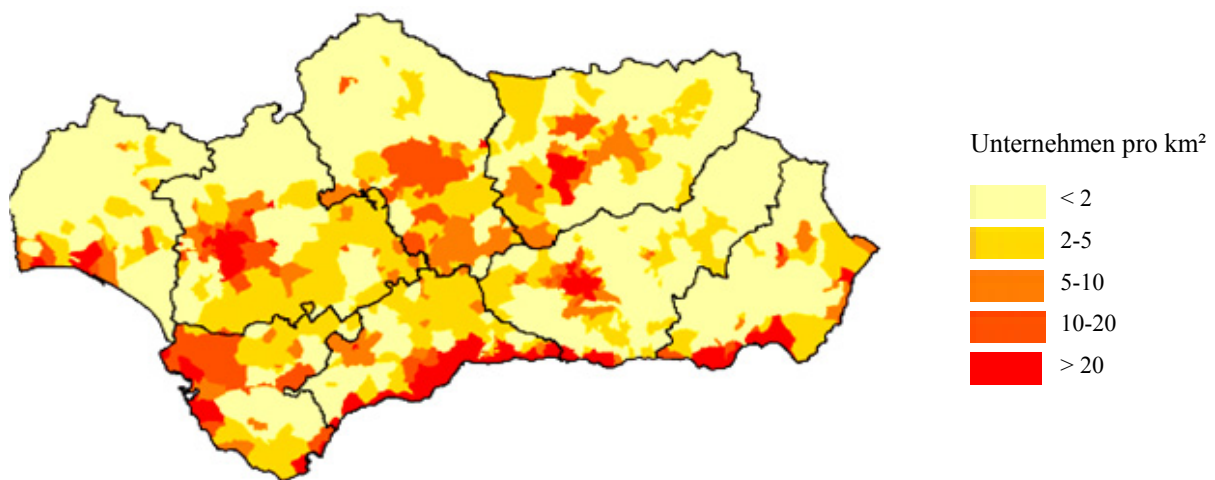


(Quelle: Andalucía.com SL)

Innerhalb der Region Andalusien bestehen ebenfalls Zentrum-Peripherie-Beziehungen, die sich aufgrund intraregionaler Entwicklungsunterschiede ergeben. Die großen intraregionalen Entwicklungsunterschiede können unter anderem auf die hohe geografische Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten in bestimmten Zentren zurückgeführt werden. Diese konzentrieren sich heute hauptsächlich an den Küstenregionen, sowie in den größeren Städten der Region, wie der Hauptstadt Sevilla. (Grupo de Investigación Estructuras y Sistemas Territoriales 2005: 127)

In der Abbildung 3 lässt sich die Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität in Andalusien erkennen – sie zeigt die Unternehmensdichte pro Quadratkilometer ohne die Aktivitäten aus dem Bereich der Landwirtschaft. Der landwirtschaftliche Anbau ist beinahe auf die gesamte Region verteilt. Die wettbewerbsfähigsten und produktivsten Bereiche der andalusischen Landwirtschaft finden sich jedoch in Almería und Huelva, im Osten und im Westen der Region. (Grupo de Investigación Estructuras y Sistemas Territoriales 2005: 127)

Abbildung 3: Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität: Andalusien 2012

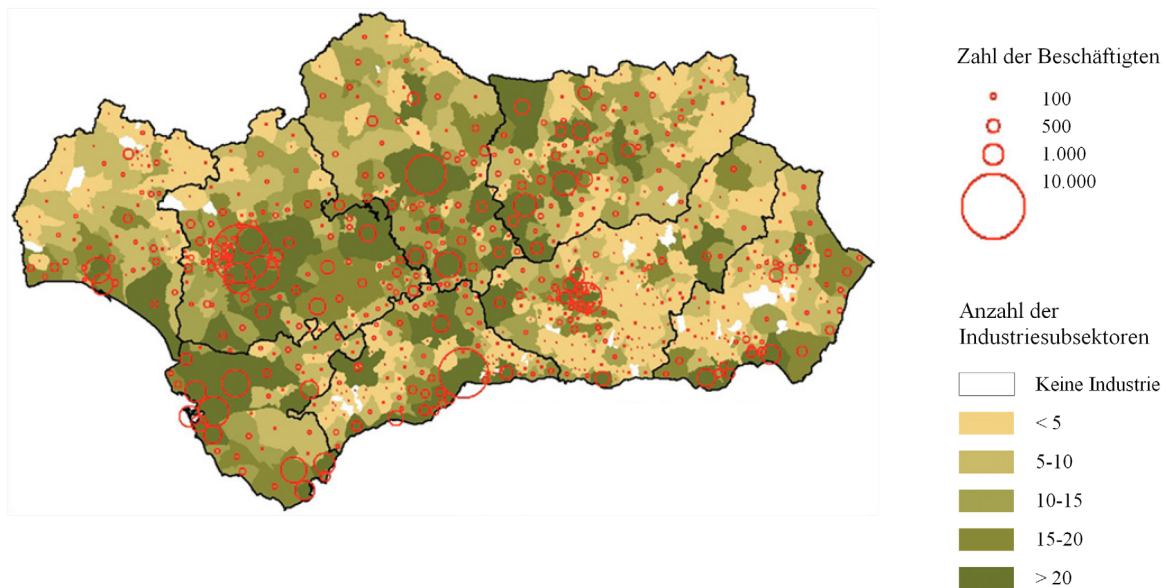


(Quelle: Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía 2013: 34)

Die industrielle Aktivität in Andalusien ist heute – wie auch schon früher – verhältnismäßig stark konzentriert. Die größte Zahl an Industriebetrieben findet sich in der Provinz Sevilla, mit Abstand folgen Córdoba und Málaga. (Instituto de Estadística de Andalucía 2010) In diesen Provinzen finden sich ebenfalls, wie in Abbildung 4 deutlich wird, die höchste Anzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte, die roten Kreise markieren die Zentren der industriellen Beschäftigung. Sie zeigt auch die Diversifizierung des regionalen Industriesektors, wobei die dunklere Färbung höherer Diversität entspricht. Auch im Bereich der Dienstleistungen und speziell im Tourismus lässt sich eine hohe Konzentration erkennen.

Der Tourismus konzentriert sich überwiegend auf die andalusische Küstenregion, sowie auf die Städte Sevilla und Granada. Die größeren Städte der Region sowie die Küstenregion bilden zentrale Bereiche der wirtschaftlichen Aktivitäten der Region. Hier lassen sich deutliche Zentrum-Peripherie-Beziehungen innerhalb Andalusiens erkennen. (Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía 2013: 43)

Abbildung 4: Beschäftigung und Grad der Diversifizierung der Industrie: Andalusien: 2012



(Quelle: Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía 2013: 37)

3. Die beginnende Integration Andalusiens in den Weltmarkt – Festschreibung der peripheren Position

3.1 Spaniens Wirtschaft in der Franco-Zeit

Über Jahrhunderte hatte Uneinigkeit über die Zugehörigkeit Spaniens zu Europa bestanden und es war unklar, ob die Zukunft des Landes in Europa läge. Als Grund dafür könnte der über einen langen Zeitraum andauernde arabische Einfluss auf Spanien genannt werden. Zwischen dem Ende des spanischen Bürgerkrieges und der wirtschaftlichen Öffnung 1959 befand sich Spanien zwanzig Jahre lang in einer Situation beinahe vollkommener Isolierung von Europa. (Musto 1975: 5; 17) Während vor dem Bürgerkrieg insbesondere ein hoher Zollschatz für die Abkapselung Spaniens von Europa sorgte, isolierte nach dem Bürgerkrieg eine gezielte Politik Spanien zunehmend. Der spanische Bürgerkrieg, der im Juli 1936 seinen Anfang genommen und im April 1939 mit dem Sieg des Generals Francisco Franco geendet hatte, brachte für Spanien schwere materielle und humane Verluste, die die spanische Wirtschaft zerrüttet zurück ließen. Im Zuge des Bürgerkrieges war ein großer Anteil der Produktionsanlagen und der Transportinfrastruktur zerstört worden, was eine rasche Erholung der spanischen Wirtschaft hinderte. (Nohlen 1992: 26)

Francisco Franco, seit 1939 der neue Staatschef Spaniens, führte eine strenge Autarkie-Politik mit den Zielen der Abschottung vom Weltmarkt und wirtschaftlicher Selbstversorgung des Landes. Die wirtschaftspolitisch leitenden Prinzipien der Autarkie sowie des Staatsinterventionismus hatten direkte Interventionen in die Wirtschaft und eine strenge Kontrolle des Außenhandels zur Folge. (Musto 1977:23f.) Spanien hatte im Zweiten Weltkrieg eine neutrale Position eingenommen, aber konnte im Vergleich zu anderen neutralen Staaten keinen wirtschaftlichen Nutzen aus dem kriegszerstörten Europa ziehen. Nur aus dem Export einiger Rohstoffe konnte Spanien relevante Deviseneinnahmen generieren. Doch erschwerte die politische Isolation des franquistischen Spanien dem Land den Zugang zu Krediten, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes benötigt wurden. Ferner wurde Spanien vom Marshall-Plan, der den Aufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg förderte, ausgeschlossen. Die wirtschaftliche Stagnation zwischen 1939 bis 1951 traf das Land hart. (Nohlen 1992: 25f.)

Mittels einer Industriepolitik der Importsubstitution sollte die Unabhängigkeit Spaniens gesichert werden. Dem Nationalen Industrieministerium (INI) kam die Aufgabe zu, Schlüsselindustrien zu kontrollieren und gezielt zu fördern. Ferner wurden Investitionen,

Löhne, Landwirtschaftspreise sowie Rohstoffzuteilungsquoten zentral festgelegt und kontrolliert. (Nohlen 1992: 25.ff.) Anstelle einer umfassenden Agrarreform wurde unter dem Franco-Regime die Landwirtschaft einerseits stark gefördert, andererseits durch eine Hochpreispolitik für landwirtschaftliche Produkte gestützt, was sowohl zu einer Vergrößerung der Anbauflächen als auch zu überhöhten Preisen für landwirtschaftliche Produkte und damit zu einer Schwächung der Exportchancen dieser Produkte führte. Zusammen mit der Überbewertung der spanischen Währung Peseta führte diese Entwicklungen zu großen Problemen hinsichtlich der Beschaffung von Devisen, die Spanien für die Importe von Rohstoffen und Investitionsgütern für den weiteren Industrialisierungsprozess des Landes benötigte. Die Rückständigkeit der Agrarstruktur und die damit in Verbindung stehende geringe Produktivitätsentwicklung der Landwirtschaft wurden von der franquistischen Politik bewusst in Kauf genommen. Im Vordergrund stand die politische und soziale Stabilität. Ferner wurden Handelsbilanzprobleme für die Industrialisierung des Landes geduldet, deren Entwicklung schlussendlich zu hohen Wachstumsraten führte. Diese industrielle Autarkiepolitik unter Franco führte schließlich zu einer verhältnismäßig diversifizierten, aber geografisch konzentrierten Industrieproduktion. Dadurch waren einige Regionen begünstigt, während andere mehr oder weniger außen vor blieben. Die spanische Industrie, die dem Druck des internationalen Wettbewerbs nicht ausgesetzt war, war sowohl in Bezug auf die Produktqualität als auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Produktion deutlich weniger entwickelt als die Industrie der Mehrheit der europäischen Länder. Ein weiterer Nachteil der franquistischen Autarkiepolitik war die große Kluft zwischen den Exporten und Importen. Die über die Jahre angestiegene negative Handelsbilanz galt als eine der Schwachstellen der Autarkiepolitik. Sie verunmöglichte schlussendlich die nationale Selbstversorgung und erzwang eine partielle Öffnung der spanischen Wirtschaft Ende der 1950er Jahre. (Musto 1977: 24ff.)

3.2 Von der partiellen Öffnung der andalusischen Wirtschaft zu den Wirtschaftskrisen

3.2.1 Die 1950er Jahre

Während Andalusien im 18. Jahrhundert noch zu einer der reichsten Regionen Spaniens gehört hatte und der regionale Anteil an der nationalen gewerblichen bzw. frühindustriellen Produktion bei 20% lag, ist die Region heute in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

die zweitärmste Region des Landes mit einem Anteil an der nationalen Industrie in Höhe von 7,9% (Delgado 2012: 103f.). Diese Unterentwicklung der andalusischen Wirtschaft bzw. deren mangelnde Diversifizierung haben historische Wurzeln, die weit zurückreichen und viel diskutiert sind. Während in den heutzutage vergleichsweise wirtschaftlich starken Regionen Spaniens, wie Katalonien oder das Baskenland, im 18. Jahrhundert und später auch im Rahmen der Industriepolitik Francos wirtschaftliche Transformationsprozesse bzw. Industrialisierungsprozesse vonstatten gingen, die diese Regionen zum industriellen und wirtschaftlichen Zentrum Spaniens machten, fand in Andalusien kein grundlegender wirtschaftlicher Wandel von der landwirtschaftlichen hin zu einer industrialisierten Gesellschaft statt. (Parejo Barranco 2011: 12ff; 20ff.) Das vorhandene Privatkapital wurde lange Zeit über fast ausschließlich in den Erwerb und den Erhalt von Grund und Boden und nicht in Aktivitäten des Industriesektors investiert. (Lebon Fernandez 1980: 391)

Tabelle 1: Verteilung des andalusischen Wirtschaftswachstums nach Sektoren in %, 1952-1959

	Ldw.	Industrie	Bau	Dienstl.	Gesamt	Ø Wirtschaftswachstum
1952-1959	44,42	8,75	1,15	45,68	100	2,88

(Quelle: eigene Darstellung nach Lizarraga 2009: 45)

Die traditionelle Wirtschaftsstruktur Andalusiens war lange von einem dominanten Primärsektor geprägt. Unter dem Regime Francos galt Andalusien als der Garten Spaniens. Die Region wurde zudem als Rohstoff- und Arbeitskräftelieferant für die übrigen Regionen Spaniens gesehen. (Parejo Barranco 2011: 20)

Neben der Landwirtschaft hatte auch der Fischfang große Bedeutung für die regionale Wertschöpfung. Die Produktionsweise des Primärsektors war stark geprägt von der ungleichen Verteilung des Landes. Großgrundbesitzer stellten die herrschende Klasse in weiten Teilen der Region dar, welche von der traditionellen, wenig mechanisierten Anbauweise profitierten und somit wenig an einer Modernisierung des Sektors interessiert waren. Extensive Bewirtschaftung, geringe Kapitalisierung, geringe Forschung und große Abhängigkeit von Produktionsfaktoren wie Bodenbeschaffenheit und Klima waren über lange Zeit hinweg charakteristisch. (Martínez Romero 1997: 104) Mitte der 1950er Jahre gehörte Andalusien zu jenen Regionen Spaniens mit dem höchsten Anteil der aktiven Beschäftigten im Bereich der Landwirtschaft, 56,7% der aktiven andalusischen Bevölkerung arbeitete dort. (Delgado 1981: 69f.)

Gleichzeitig war der bedeutendste Bereich der andalusischen Industrie eng mit der Landwirtschaft verbunden, nämlich die Produktion und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln. 1955 produzierte Andalusien ein Viertel der nationalen Lebensmittel und belieferte damit sowohl nationale als auch internationale Märkte. (Delgado 1981: 72)

Industrie und Dienstleistungen machten in den 1950er Jahren im Vergleich zur Landwirtschaft einen deutlich geringeren Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten aus. 22% der andalusischen Bevölkerung war Mitte der 1950er Jahre im Bereich der andalusischen Industrie beschäftigt. (Delgado 1981: 72) Zentren der industriellen Aktivität waren Cádiz, Huelva und Sevilla. Der Schwerpunkt der andalusischen Industrieaktivitäten lag auf der bereits erwähnten Lebensmittelverarbeitung, auf Weinbau, Chemie, Metallverarbeitung, Textil- und Lederindustrie. Die Bedeutung der andalusischen Industrie war verhältnismäßig sehr gering, so dass sie nicht einmal die regionalen Bedürfnisse der Region decken konnte. (Martínez Romero 1997: 105)

In Tabelle 1 wird die Verteilung des durchschnittlichen Wirtschaftswachstum Andalusiens für den Zeitraum zwischen 1952-1959 ersichtlich.

Interessant ist hier jedoch, dass die Zahl der unbezahlten Arbeitskräfte, wie z.B. mithelfende Familienangehörige, in der Industrie nicht zu unterschätzen war. Dies ist ein Hinweis darauf, dass traditionelle vorkapitalistische Produktionsweisen im Andalusien der 1950er Jahre durchaus noch relevant waren. Es bestand jedoch ein Unterschied zwischen Ost- und Westandalusien. In Ostandalusien waren diese Produktionsweisen verhältnismäßig weit verbreiteter. Austauschbeziehungen zwischen den wirtschaftlich stärkeren Regionen Spaniens und Andalusien waren zu jener Zeit noch nicht so stark ausgeprägt, als dass jene vorindustriellen Arbeitsweisen durch kapitalistische ersetzt worden wären. (Delgado 1981: 73f.) Die zunehmende Integration Andalusiens in die spanische Ökonomie sowie die damit verbundene Intensivierung der Beziehungen mit wirtschaftlich stärkeren Regionen führte jedoch in den darauffolgenden Jahren zu einem allmählichen Abbau dieser Produktionsweisen. (Jordá Borrell 1989: 95)

Charakteristisch für den Industriesektor Andalusiens waren zu jenem Zeitpunkt eine geringe Kapitalakkumulation, ein technologischer Stand, der sich weit unter jenem der wirtschaftlich starken Regionen Spaniens oder auch Europas befand, und gering qualifizierte Arbeitskräfte. Die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors lag somit weit unter jenem der industriellen Zentren Spaniens, welche sich überwiegend in Katalonien und dem Baskenland konzentrierten. (Delgado 1981: 74) Aufgrund der schwachen regionalen Wirtschaftsstruktur war Emigration

ein wichtiger Faktor in Andalusien. Zwischen 1950 und 1975 emigrierten rund 1,7 Millionen Menschen ins Ausland oder in andere spanische Regionen wie Katalonien oder das Baskenland. (Sánchez Díaz 1998: 68)

Neben der Industrie kam auch dem tertiären Sektor im Vergleich zur Landwirtschaft eine untergeordnete Rolle zu. 21,3% der aktiv Beschäftigten waren im Jahre 1955 in jenem Bereich tätig, wobei hier das Gastgewerbe (6%), Baugewerbe und öffentliche Arbeiten (7%) und andere Dienstleistungen (12%) die bedeutendsten Bereiche darstellten. (Delgado 1981: 72)

Andalusien zeigte in den 1950er Jahren dem Konzept von Seers (1979:3ff.) und auch Wallerstein (1979: 97ff.) folgend klare Anzeichen einer peripheren Region. Abgesehen von der geographischen Lage der Region waren es auch Faktoren wie die Beschaffenheit der Produktionsstrukturen, das bedeutende Gewicht der Landwirtschaft und die deutlich geringere Bedeutung des Industriesektors im regionalen Wertschöpfungsprozess, welche die Beschreibung Andalusiens als periphere Region nach Seers und Wallerstein unterstützen. Ferner waren auch die geringe Ausstattung der Produktionssektoren mit Kapital und Technologie sowie die geringe Bedeutung von Forschung und Entwicklung nach Seers und Wallerstein typisch für periphere Wirtschaften. Ebenfalls ist die direkte Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie in Form von Migration von Arbeitskräften und Tourismus für die Zentrum-Peripheriebeziehungen nach Seers (1979: 3ff.) charakteristisch.

3.2.2 Die partielle Öffnung der andalusischen Wirtschaft

Mit dem Stabilisierungsplan aus dem Jahre 1959, der die Liberalisierung der spanischen Wirtschaft einleitete, begann eine neue Phase für die spanische und damit auch für die andalusische Wirtschaft. (Nohlen 1992: 27) Aufgrund der zunehmenden Zahlungsbilanzprobleme Spaniens und der Kreditkrise, welche die klaren Grenzen des vorherrschenden Wirtschaftssystems unter Franco aufzeigten, schien eine partielle Öffnung der spanischen Wirtschaft unvermeidbar. (Charnock/ Ribera-Fumaz 2013: 5) Nach vielen Jahren der Autarkie wurden im Rahmen des Stabilisierungsplanes deutliche Zeichen der Öffnung gesetzt. (Nohlen 1992: 27) Auch führte die Öffnung Spaniens gegenüber den Institutionen von Bretton Woods ebenfalls zu einem Paradigmenwechsel in der spanischen Wirtschaftspolitik. Unterstützung fand dieser grundsätzliche Wandel durch ausländische finanzielle Hilfe, vor allem von Seiten der USA. (Ruiz Ligeró 2005: 181) In dem Zeitraum zwischen 1951 und 1963 betrug die Wirtschaftshilfe der USA 1,5 Milliarden US-Dollar. Die

Hälfte dieser Hilfe wurde in Form von Krediten gewährt, die einem genauen Verwendungszweck unterlagen. Spanien konnte damit den USA überwiegend nur Landwirtschaftsüberschüsse und veraltetes Kriegsmaterial abkaufen. Die dringend benötigten Industriegüter machten nur einen geringen Teil aus. (Nohlen 1992: 27)

Grundlagen der neuen Wirtschaftspolitik waren die Abwertung der Peseta zur Exportstützung sowie die allmähliche Lockerung der Importbeschränkungen, die Schaffung von Anreizen zur Anziehung von Auslandsinvestitionen und die Gewährung der Devisenfreiheit. (Nohlen 1992: 27) Auslandskapital spielte in der spanischen Volkswirtschaft besonders in Bezug auf Industrialisierungsprozesse eine große Rolle. Aufgrund der mangelnden eigenen Ressourcen bestand hier eine große Abhängigkeit von ausländischem Kapital. Die selektive Industrialisierung Spaniens konnte nicht zu Letzt auf die hohe Konzentration des ausländischen Kapitals in den am meisten entwickelten Regionen Spaniens (Katalonien, Madrid) zurückgeführt werden. Mit der Öffnung der spanischen Wirtschaft gegenüber dem ausländischen Kapital flossen in den 1960er Jahren ausländische Investitionen in Form von Kapital und Technologie in damalige Wachstumsbranchen wie Chemie, Eisen und Stahl, Nahrungsmittel und Energie. Tiefgreifende Modernisierungsprozesse fanden in den wirtschaftlich bedeutenden Regionen statt und trugen neben den Tourismuseinnahmen und den Rücküberweisungen von MigrantInnen wesentlich zu dem spanischen Wirtschaftswunder der 1960er Jahre bei. (Nohlen 1992: 128ff.)

Für Andalusien bedeutete diese partielle Öffnung, welche erst mit der Integration in die Europäische Gemeinschaft ganz durchgeführt wurde, im Vergleich zur nationalen wirtschaftlichen Situation eine Verschlechterung der regionalen Position. In Andalusien lag der Fokus der wirtschaftlichen Aktivitäten auf Bereichen, für welche ein geringes Wachstum, nur ein geringer Beitrag für die Wertschöpfung und geringe Investitionen charakteristisch waren. (Osuna Llaneza 2010: 48) Der Anteil des andalusischen Bruttoregionalproduktes am nationalen BIP sank von 13,72% im Jahre 1955 auf 12,51% im Jahre 1975. (Cuevas 1979) Während der Anteil Andalusiens am spanischen Gesamteinkommen Mitte der 1970er Jahre bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 17% gerade 12% ausmachte, betrug der Anteil Kataloniens bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von knapp 16% rund 29%. (Alcaide Inchausti 1979: 198) Andalusien verlor zwischen 1955 und 1975 sowohl Anteile an der nationalen Produktion als auch am nationalen Einkommen. Von dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation Andalusiens waren die Provinzen Córdoba und Jaén am härtesten betroffen. (Cuevas 1979)

Die Öffnung der Volkswirtschaft führte zu einer kontinuierlichen Veränderung der Spezialisierung der Region. Ersichtlich wird dies anhand der sektoriellen Verteilung der aktiven andalusischen Bevölkerung. Eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den industrialisierten Regionen und Andalusien fand statt und es änderte sich auch die funktionale Position Andalusiens in der vorherrschenden Wirtschaftsordnung. Positive Veränderungen wurden im Bereich der Landwirtschaft, des Tourismus und dem Bausektor verzeichnet, während der Industriesektor außen vor blieb. Modernisierungsprozesse in der Landwirtschaft führten zu einer Abnahme der dort beschäftigten Arbeitskräfte. (Parejo Barranco 2011: 20) Während im Jahre 1955 noch 56,7% der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es 1975 nur mehr 30,4%. Parallel dazu nahm die Bedeutung des Dienstleistungssektors deutlich zu, für welchen jedoch eine geringe Produktivität charakteristisch war. Die Anzahl der im tertiären Sektor beschäftigten Arbeitskräfte verdoppelte sich und betrug 1975 40,6% der aktiven Beschäftigten. (González Moreno/Camacho Ballesta 1999: 218)

Während das Wirtschaftswachstum im Bereich der Industrie in einigen wirtschaftlich entwickelten Regionen Spaniens stagnierte, fand ein Outsourcing bestimmter industrieller Aktivitäten in Regionen wie Andalusien statt. Bestimmte Teile der Wertschöpfungskette im Bereich der Chemie, des Erdöls, der Papierproduktion und Erstverarbeitung von Metallen wurden nach Andalusien ausgelagert. Es handelte sich hier vor allem um die erste Phase des Weiterverarbeitungsprozesses von Rohstoffen. Ferner waren es häufig Aktivitäten mit hoher Umweltbelastung. Die ausgelagerten Aktivitäten waren mehr oder weniger von außen vorgegeben und für ihre Umsetzung war meist eine Adaptierung der in Andalusien vorhandenen Wirtschaftsstrukturen im Sinne der Bedürfnisse der zentralen Regionen notwendig. In diesem Rahmen fand eine Modernisierung durch beispielsweise die Einführung moderner Technologien statt. Der neue technologische Stand war in eben diesen Bereichen nun vergleichbar mit jenem in wirtschaftlich weiterentwickelten Regionen. Aus diesen Entwicklungen resultierte eine starke Polarisierung innerhalb des andalusischen Industriesektors und dies führte wiederum zu einer Dualität von Bereichen, die von verstärkten überwiegend öffentlichen Investitionen profitierten und anderen marginalisierten und nur in sehr geringem Maße wettbewerbsfähigen Bereichen. Die Investitionen in den Industriesektor gingen meist von Großunternehmen aus, welche ihren Sitz in wirtschaftlich stärkeren Gebieten hatten. (Delgado 1991: 77ff.)

Diese von außen induzierten und auf Abhängigkeit beruhenden Entwicklungen sind nach Seers (1979: 3ff.) ein weiterer Hinweis auf den peripheren Charakter der andalusischen Wirtschaft.

Die politischen Vorstellungen von Entwicklung jener Zeit – auf welche in Kapitel 3.3 genauer eingegangen wird – unterstützten diese zunehmende Polarisierung im Bereich der Industrie. Die Entwicklung einer Region insgesamt wurde abhängig von der industriellen Entwicklung gesehen. Doch war es schlussendlich nicht die Industrie, die zu einem gewissen Wirtschaftswachstum in Andalusien führte, sondern Bereiche der Wirtschaft, welche nur in geringem Maße in den zentralen Entwicklungsplänen integriert wurden, nämlich Tourismus und modernisierte Bereiche der Landwirtschaft. (Jordá Borrell 1989: 94ff.)

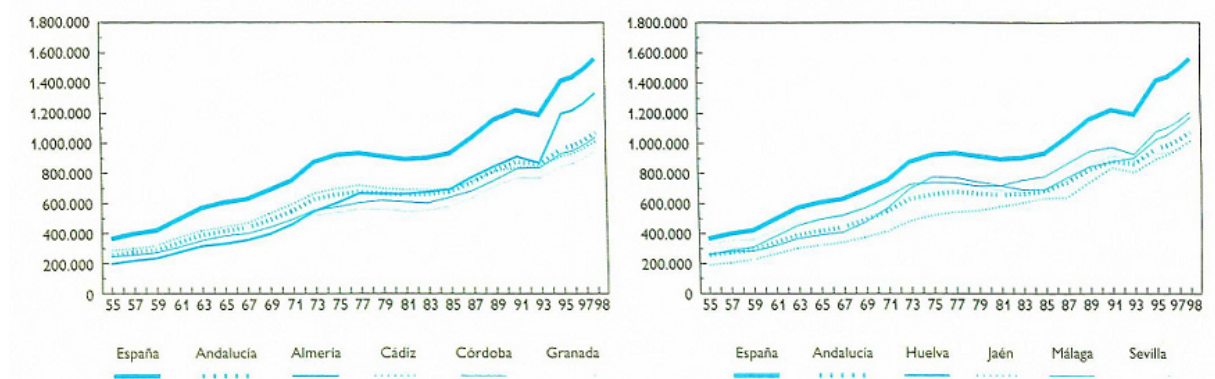
Während einige Bereiche der Industrie in Andalusien Veränderungen durch Eingriffe von außen erfuhren, erlebten andere, wie beispielsweise die Lebensmittelindustrie, deutlich Rückgänge. Die Lebensmittelindustrie, die über einen langen Zeitraum hinweg einer der bedeutendsten Bereiche der andalusischen Industrie gewesen war und noch 1955 25,6% der spanischen Lebensmittelproduktion ausmachte, verlor mit der Zeit immer mehr an Gewicht, so dass der Anteil Andalusiens an der spanischen Lebensmittelproduktion 1975 nur mehr 19,8% betrug. Andalusien konnte immer weniger dem Wettbewerbsdruck der weiter entwickelten Regionen Spaniens standhalten. 1964 verfügte Andalusien im Bereich der Lebensmittelindustrie noch über mehr als doppelt so viele Produktionsstandorte wie Katalonien und dreimal so viele Beschäftigte, doch betrug die Wertschöpfung pro Kopf nur ein Drittel jener Kataloniens. (Delgado 1981:83ff.)

Die Intensivierung der Beziehungen Andalusiens mit anderen Regionen bzw. Ländern führte zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in den traditionellen Produktionsbereichen, wie beispielsweise der Landwirtschaft oder der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln. (Entrena u.a. 2000: 96) Die kontinuierliche Integration Andalusiens in den Weltmarkt führte gewissermaßen zu einem Prozess der Desintegration ebendieser traditionellen Produktionsbereiche, die dem steigenden Wettbewerbsdruck u.a. zwischen den einzelnen Regionen nicht gewachsen waren. (Delgado 1991: 78)

Der Zeitraum zwischen 1955-1975, welcher für Andalusien einige große Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedeutete – von absoluter Autarkie hin zu einer partiellen Öffnung –, war über weite Strecken hinweg gleichzeitig eine Zeit der wirtschaftlichen Rezession. Das lässt sich unter anderem am Vergleich zum nationalen Durchschnitt verlangsamten Anstieg des Bruttoregionalproduktes ablesen. (Entrena u.a. 2000:

96) In Abbildung 5 wird die unterschiedliche Entwicklung des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens auf nationaler und regionaler Ebene, sowie der Provinzen ersichtlich. Unter den Provinzen verzeichneten Almería und Huelva den höchsten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens pro Jahr.

Abbildung 5: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens von Spanien, Andalusien und der Provinzen 1955-1998 (Peseten 1990)



(Quelle: De Rus Mendoza 2001: 77)

3.2.3 Die Wirtschaftskrise der 1970er und 1980er Jahre

Die Krise der 1970er, genauer genommen der Jahre von 1973-1975, traf die Weltwirtschaft besonders schwer und wurde von Patnaik mit der großen Depression von 1929-1933 verglichen. (Patnaik 1982: 19)

Es war dies eine Krise des Fordismus, der bisherigen Form der industriellen Warenproduktion, die sich aufgrund stagnierender Produktivitätsentwicklungen, einer Ausreizung der Binnenexpansion, sowie einer verschärften Konkurrenz zwischen den Industriestaaten ergab. (Weissenbacher 2005: 113) Die Überakkumulation führte zu sinkenden Profiten im realen Sektor. Die Unternehmen investierten daraufhin verstärkt im Finanzsektor (OPEC-Kartell). Der drastische Anstieg der Ölpreise und die daraus resultierende Ölkrise 1973 sorgte nicht nur für einen Einbruch in der Nachfrage in vielen Bereichen der Industrie, sondern auch für zusätzliche Liquidität auf den Finanzmärkten (Petro- Dollar- Recycling). Die drohende Überproduktion, die aus dem Nachfragerückgang resultierte, wurde häufig zu spät wahrgenommen. Die starke Liquidität der 1970er Jahre führte zu einer Vergünstigung der Kredite und besonders in den peripheren Ländern zu einem Anstieg der Verschuldung. (Weissenbacher 2007: 70) Mit Hilfe von Defizitfinanzierung wurde versucht die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder anzukurbeln. Das Wachstum der Industrieländer ging in den 1970er und 1980er Jahren stark zurück und damit verbunden stieg

die Arbeitslosigkeit an. Besonders zeigte sich dies in einer Schwäche der Industrieproduktion sowohl in den USA als auch in Europa. Die Wachstumsrate des realen BIPs der G-7-Industrieländer sank von 3,6% im Jahre 1979 auf 0,3% im Jahre 1982. (Sarkar 2009: 155)

Das Jahr 1973 war auch eine der Schlüsselperioden für die spanische und bis zu einem gewissen Grad auch für die andalusische Wirtschaft. Die starke Erhöhung der Erdölpreise, der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems 1973, das Steigen der Auslandsverschuldung und die industrielle Krise führten zu einem Wandel der wirtschaftlichen Situation. Spanien verlor mit dem Anstieg der Erdölpreise 25% seiner Kaufkraft gegenüber den ölproduzierenden Ländern. (López Rodó o.J.: 241) Aufgrund der hohen Abhängigkeit Spaniens von Energierohstoffimporten und der Spezialisierung der spanischen Industrie auf Bereiche wie Eisen- und Stahlerzeugung, Schiffbau, Textil- und Bekleidungsindustrie, welche einem zunehmenden Wettbewerbsdruck aufgrund der steigenden Bedeutung dieser Bereiche in den immer konkurrenzfähigeren Wirtschaften der sogenannten Schwellenländer bzw. Entwicklungsländer ausgesetzt waren, wurde Spanien in besonderem Maße von der Wirtschaftskrise getroffen, die durch die Verteuerung der Erdölpreise 1973/74 und dann in Folge der zweiten Verteuerung der Erdölpreise 1979/1980 ausgelöst worden war. Die Krise zeigte sich in einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, einem Sinken der Industrieinvestitionen, einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits, der Inflation, sowie der Auslandsverschuldung. Da die Wirtschaftskrise der 1970er und 1980er Jahre zur selben Zeit wie die spanische politische Systemkrise stattfand – Tod Francisco Francos im November 1975, Ende der Franco-Diktatur und die Errichtung einer neuen Regierung – wurde viel später als in den restlichen OECD-Ländern mit einer Antikrisenpolitik auf die zunehmend instabile wirtschaftliche Situation des Landes reagiert. Als Hauptprobleme der Krise wurden ein geringes Wirtschaftswachstum, hohe Inflation und hohe Arbeitslosigkeit ausgemacht. (Nohlen 1992:29f.)

In Andalusien traf diese Krise auf eine in besonderem Maße unbalancierte Wirtschaft mit wettbewerbsfähigen Bereichen wie etwa einer chemischen Industrie, welche sich durch moderne Technologien auszeichnete, aber auch einer schwachen, in Regression befindlichen Wirtschaft insgesamt, für welche eine mögliche Integration in das allgemeine Wirtschaftssystem immer unwahrscheinlicher wurde. (Delgado 1988:13)

Eines der größten Probleme, das sich für Andalusien im Rahmen dieser Krise stellte, war die Arbeitslosigkeit. Die Unfähigkeit der andalusischen Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen führte zu einer besonders ausgeprägten Emigration andalusischer Arbeitskräfte. (Sánchez

Díaz 1998: 68) Allein zwischen 1971 und 1975 sahen sich 374.905 andalusische Arbeitskräfte dazu gezwungen die Region zu verlassen. (Lebon Fernandez 1980: 392) Zwischen 1950 und 1975 waren es insgesamt 1,7 Millionen Menschen, die Andalusien verließen – bei einer Gesamtbevölkerung von insgesamt 6,1 Millionen – um sich außerhalb der Region einen Arbeitsplatz zu suchen. Diese Zahlen verdeutlichen die prekäre wirtschaftliche Situation Andalusiens. (Sánchez Díaz 1998: 68) Die Arbeitslosigkeit stellte in ganz Spanien ein Problem dar, jedoch war dies in Andalusien besonders konzentriert. Es bestand ein enger Zusammenhang zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft, sowie dem Grad der Industrialisierung einer Region. (Alcaide Inchausti 1979: 193f.) In Andalusien war die Arbeitslosigkeit, aufgrund der strukturellen Schwierigkeiten der regionalen Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen, doppelt so hoch wie in Spanien insgesamt. Hauptziele der Arbeitsmigration waren Regionen mit einer höheren industriellen Entwicklung, neben dem Baskenland, Katalonien, Madrid etc. auch Frankreich, Deutschland und die Schweiz. (de Rus Mendoza/Rastrollo Horrillo 2001:55)

Tabelle 2: Real geschaffene Arbeitsplätze in Andalusien 1971-1980

	1971-1980	Jahresdurchschnitt
Landwirtschaft	-264.400	-26.440
Industrie	-74.400	-7.440
Bau	-44.000	-4.400
Dienstleistungen	-3.400	-340
Total	-379.400	-37.940

(Quelle: eigene Darstellung nach Lebon Fernandez 1980: 393)

Im Bereich der Landwirtschaft machte sich die nachteilige Situation aufgrund der Zunahme der Rohstoffpreise besonders bemerkbar. Arbeitslosigkeit und Migration wegen mangelnder Arbeitsplätze stellten für Andalusien im Bereich der Landwirtschaft ein altbekanntes Phänomen dar, doch verschärfte sich die Situation im Rahmen der Wirtschaftskrise deutlich. Zwischen 1971 und 1980 gingen allein in der Landwirtschaft Andalusiens 264.400 Arbeitsplätze verloren. Der starke Abbau von Arbeitsplätzen in diesem Sektor ließ sich zum einen auf die Umstellung vom arbeitsintensiven Anbau von Pflanzen wie Baumwolle oder Oliven hin zum Anbau von Nutzpflanzen wie Getreide zurückführen, der einen höheren Mechanisierungsgrad mit sich brachte. Zum anderen wirkte sich die ungünstige Entwicklung der Preise in der Landwirtschaft aus, denn die Divergenz zwischen den für die landwirtschaftlichen Güter bezahlten Preise und den von den LandwirtInnen erlösten Preisen

war beträchtlich. Aufgrund der steigenden Lohnkosten für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte stiegen die Produktionskosten gegenüber den Erlösen deutlich an. (Lebon Fernandez 1980: 393)

Der Primärsektor stellte trotz dieser negativen Entwicklungen noch immer jenen Sektor dar, der als Motor der andalusischen Wirtschaft galt. Der Sektor Landwirtschaft zählte auch nach der Krise 1985 zu den bedeutendsten wirtschaftlichen Aktivitäten der Region. Während der andalusische Beitrag an der nationalen landwirtschaftlichen Produktion 1973 20,5% betrug, stieg dieser bis 1985 auf 26,8%. In diesem Zeitraum fand eine Vertiefung der Spezialisierung innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion statt. (Delgado 1988: 15) Der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft konnte nicht durch andere Sektoren, insbesondere nicht durch den Industriesektor, kompensiert werden. (Entrena u.a. 2000: 96)

Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre wirkte sich auch auf den andalusischen Industriesektor aus. Im Vergleich zu den Auswirkungen der Krise auf die nationale Industrie waren jene auf den andalusischen Industriesektor jedoch von geringerem Ausmaß. Hier muss zwischen den unterschiedlichen Subsektoren der andalusischen Industrie unterschieden werden. Manche besonders von der Krise betroffenen Subsektoren konnten aufgrund der geringen Anpassungsfähigkeit des andalusischen Produktionssystems nicht auf die Krise reagieren, andere wiederum zeichneten sich durch eine gewisse Dynamik aus. (Gutiérrez Fernández 1984/5: 108)

Im Gegensatz zur Landwirtschaft, bei welcher die Wertschöpfung auch in Krisenzeiten gewachsen war, verzeichneten die Lebensmittelindustrie sowie allgemein die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte deutliche Rückgänge. Während Mitte der 1950er Jahre große Teile der andalusischen landwirtschaftlichen Güter innerhalb der Region weiterverarbeitet wurden, hier ist von 25% der gesamten spanischen Produktion die Rede, waren es 1975 19,5% und 1985 nur mehr 15,8% der nationalen Produktion, die in Andalusien weiterverarbeitet wurden. (Delgado 1988:15f.)

Die negative Entwicklung der Lebensmittelindustrie in Andalusien wurde nicht direkt durch die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre ausgelöst, zumal es bereits Ende der 1950er Jahre erste Zeichen für die negative Entwicklung dieses Sektors gab, sie verstärkte sich jedoch durch die Krise deutlich. Gegenteilige Entwicklungen machten sich weiterhin in anderen Regionen Spaniens bemerkbar, wie beispielsweise in Katalonien, wo die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln im Zeitverlauf deutlich zunahm. Die Anteile der katalonischen Produktion an der nationalen Gesamtproduktion verdoppelten sich zwischen 1955 und 1985. (Delgado

1988:15f.) Da die Lebensmittelindustrie mit 29,7 % der industriellen Wertschöpfung Andalusiens einen der wichtigsten Subsektoren der andalusischen Industrie darstellte, hatten die Auswirkungen der Krise auf diesen Subsektor große Bedeutung für die Entwicklung des industriellen Sektors insgesamt. (Rodríguez López 1983: 30)

Besonders betroffen von der Wirtschaftskrise waren in der andalusischen Industrie neben der Lebensmittelindustrie die Textil-, Holz-, Kork- und Möbelindustrie, die Weiterverarbeitung von Gummi und Plastik, die Elektrik- und Elektronikindustrie sowie die Transportindustrie. Verluste dieser Sektoren zeigten sich zwischen 1978-1981 in einem Rückgang der realen Wertschöpfung. Diese Bereiche verloren nicht nur im Bezug auf die regionale Produktion an Gewicht, sondern es ging auch der Anteil an der nationalen Produktion zurück (Gutiérrez Fernández 1984/5: 114f.) Die Auswirkungen, die die Wirtschaftskrise seit 1974 weltweit auf die Schiffbauindustrie, ein Subsektor der Transportindustrie, hatte, zeigten sich auch in der Region Andalusien. Bemerkbar machte sich dies zuerst mit einem Rückgang der Nachfrage nach Tankschiffen und zeigte sich dann allmählich auch in anderen Bereichen des Schiffbaus. Diese Auswirkungen der Krise waren für Andalusien nicht unbedeutend, zumal die Region über eine Schiffbauindustrie verfügte, die nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch weltweit von Bedeutung war. (Lebon Fernandez 1980: 399) Während die Transportindustrie neben dem Bergbau bis Mitte der 1970er Jahre einen der wichtigsten Industriezweige Andalusiens darstellte – sie machten gemeinsam ein Fünftel der Bruttowertschöpfung im Industriesektor aus, verlor dieser im Rahmen der Krise und mit dem Einbruch in der Schiffbauindustrie innerhalb von kürzester Zeit an Bedeutung. 1975 umfasste die andalusische Schiffbauindustrie eine Produktion in Höhe von rund 607.600 Bruttoregistertonnen (BRT), davon waren 206.500 BRT für den nationalen Markt bestimmt und 401.500 BRT wurden in die restliche Welt exportiert. 1978 umfasste die Gesamtproduktion nur mehr 289.300 BRT, davon wurden 212.600 BRT auf dem nationalen Markt abgesetzt und nur mehr 76.700 BRT ins Ausland exportiert. (Lebon Fernandez 1980: 400)

Die Auslagerung von industriellen Aktivitäten aus anderen Ländern bzw. Regionen nach Andalusien, welche zu durchaus positiven Ergebnissen innerhalb der andalusischen Industrie führte, nahm mit der Krise ein Ende. Es fand ferner eine Vertiefung der traditionellen Spezialisierung statt, mit welcher aufgrund der Krise ein relativer Rückgang einiger Industrien einherging. (Junta de Andalucía 1996: 19) Die zunehmende Verschlechterung der Situation des Industriesektors im Rahmen der Wirtschaftskrise ließ sich nicht zuletzt durch den Rückgang der Investitionen zwischen 1974 und 1980 in ebendiesem Sektor erklären. Im

Jahre 1980 waren die Investitionen in den Industriesektor besonders gering und sie waren regional konzentriert, vor allem auf die Provinz Cádiz. (Giraldez 1983/ Auriolés 1988 zitiert nach Delgado 1988: 22) Das geringe Gewicht der andalusischen Industrie im nationalen Vergleich war ein wesentlicher Grund für die nur sehr begrenzten Investitionen in die Region. Investitionen zur industriellen Revitalisierung flossen überwiegend in die Regionen Spaniens, in welchen die regionale Industrie weiter entwickelt sowie international wettbewerbsfähiger war (Katalonien, Baskenland, Madrid). (Consejería de Economía y Hacienda 1984.: 55)

Ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils der andalusischen Industrie an der gesamten spanischen Industrie wurde in den Krisenjahren beobachtet. Während die Industrie Andalusiens 1975 10% der gesamten spanischen Industrie ausmachte, waren es 1979 nur noch 8,6%. Die Entwicklungsunterschiede zu Regionen wie Katalonien und dem Baskenland vergrößerten sich zunehmend. Das Industrieprodukt pro Kopf betrug 1975 24.500 Pesetas für das Baskenland, 18.000 für Katalonien und nur 10.000 für Andalusien. Im Rahmen der Krise nahmen diese Unterschiede noch weiter zu. (Parejo/Barranco 2011: 20; Rodríguez López 1983: 30) Die Anteile der Industrie an den wirtschaftlichen Aktivitäten Andalusiens nahmen kontinuierlich ab. Traditionelle industrielle Aktivitäten verloren hier weiter an Gewicht. Diese Entwicklungen waren jedoch nicht neu, sondern bestanden bereits vor der Krise. Der Chemiesektor, welcher eine Enklave in der andalusischen Industrie darstellte, war jener Bereich, in welchen noch am meisten Investitionen getätigt wurden und dessen Entwicklung sich auch von der übrigen andalusischen Industrie unterschied. (Delgado 1988: 23) Der Chemiesektor war auf wenige große Unternehmen konzentriert, hatte aber nur eine geringe Kapazität zur Schaffung von Arbeitsplätzen. (Lebon Fernandez 1980: 399) Doch auch dieser Bereich verzeichnete im Rahmen der Krise Rückgänge (Delgado 1988: 23) Im Zeitraum zwischen 1971 und 1980 wurden insgesamt 74.400 Arbeitsplätze in der andalusischen Industrie abgebaut, knapp 20% davon in der chemischen Industrie. (Lebon Fernandez 1980: 393)

In relativen Zahlen wurde der Bausektor am härtesten von der Krise getroffen. 40% der im Bausektor beschäftigten Arbeitskräfte verloren im Zuge der Krise ihren Arbeitsplatz. Insgesamt arbeiteten 11% der andalusischen aktiven Bevölkerung im Bausektor. Grund für den starken Rückgang dieses Sektors waren die in der Krise drastisch gestiegenen Kosten. Die Gesamtkosten im Bausektor verdoppelten sich im Zeitraum zwischen 1974 und 1978. Mit Blick auf den Zeitraum zwischen 1970 und 1978 vervierfachten sie sich sogar. Grund dafür waren vor allem die stark steigenden Löhne. Der Anstieg der Löhne im andalusischen Bausektor war seit 1975 höher als jener auf nationaler Ebene. Damit fand ein Prozess des

Angleichens der Lohnkosten statt, da die Löhne im andalusischen Bausektor zuvor noch unter dem nationalen Durchschnitt gelegen waren. Auch die Materialkosten erfuhren einen Anstieg zwischen 35% (Holz und Eisen) und 75% (Aluminium, Zement und Strom), doch war jener vergleichsweise moderat. (Lebon Fernandez 1980: 395) Zur Verschlechterung der Situation des Bausektors in Andalusien trug auch der Zusammenbruch der Nachfrage nach Zweitwohnungen in Küstenregionen im Jahre 1975 bei. (Lebon Fernandez 1980: 395)

Bereits Anfang der 1980er Jahre zählte Andalusien mit Madrid, den Balearen und den Kanaren zu den Regionen, in welchen der Dienstleistungssektor von größter Bedeutung war. (González Moreno/ Camacho Ballesta 1999: 220) 47% der Arbeitsplätze in Andalusien wurden im Bereich Dienstleistung und Handel geschaffen. Auf den Dienstleistungssektor hatte die Wirtschaftskrise im Vergleich zu den restlichen Sektoren die geringsten Auswirkungen. Mit einer Arbeitslosenrate in Höhe von 6.1% traf die Krise diesen Sektor mit Abstand am geringsten. Ein Grund für die zunehmend dominante Stellung des Dienstleistungssektors in der regionalen Wirtschaft war die nur sehr schwache Position der andalusischen Industrie innerhalb der regionalen Wirtschaft. Dazu kam die große Abhängigkeit Andalusiens von Produkten, welche außerhalb der Region produziert wurden, was die Bedeutung des Handels und des Transports hervor strich, und vor allem der zunehmende Anstieg des Tourismus. (Lebon Fernandez 1980: 401)

In Tabelle 3 zeigt sich die klare Dominanz der Landwirtschaft in der regionalen Wirtschaft im Vergleich zur nationalen. Aber auch im Bereich der Industrie lassen sich klare Unterschiede erkennen. Während die Industrie auf regionaler Ebene im Jahre 1977 einen Anteil von 23,6% inne hatte, waren es auf nationaler Ebene 30,8%. (Lebon Fernandez 1980: 389)

Tabelle 3: Regionale und nationale Wirtschaftsstruktur in % für 1977

	Ldw./Fischfang	Industrie	Bau	Dienstleistungen
Andalusien	15,3	23,6	7,6	53,5
Spanien	8,9	30,8	7,4	52,9

(Quelle: eigene Darstellung nach Lebon Fernandez 1980: 389)

Während das Bruttoinlandsprodukt Andalusiens vor der Krise im Zeitraum zwischen 1955-1964 ein akkumuliertes jährliches Wachstum von 3,6% und zwischen 1964 und 1973 von 6,7% erfuhr, betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1973 und 1985 nur mehr 2,1%. Das Wachstum des andalusischen BIPs 1955-1964 lag unter dem Spaniens, doch

dies veränderte sich im Zuge der Outsourcing-Aktivitäten zwischen 1964 und 1973. Aus einer ursprünglich nachteiligen wirtschaftlichen Situation heraus verzeichnete Andalusien in der darauffolgenden Etappe Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes, die jenen der wirtschaftlich starken Regionen Spaniens deutlich näher kamen. In Bezug auf die Bruttowertschöpfung lag Andalusien in jener Zeit sogar vor Katalonien. Die Krise der 1970er und 1980er Jahre wiederum hatte eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums Andalusiens zur Folge. Aber auch dieser Rückgang fand in ähnlichem Ausmaß wie in den wirtschaftlich stärkeren Regionen des Landes statt. Was jedoch Andalusien klar von der Entwicklung anderer Regionen unterschied, war die Entwicklung der Beschäftigung, die trotz eines Wachstums des BIPs kontinuierlich und seit 1964 drastisch zurückging. Die wirtschaftliche Rezession hatte auf diese Region die größten Auswirkungen. (Delgado 1989: 4ff.)

Veränderungen, die sich im Rahmen der partiellen Öffnung der Wirtschaft ergaben und durch die Krisen noch deutlich verstärkten, waren somit eine zunehmende Spezialisierung im Rahmen der Landwirtschaft mit einer steigenden Bruttowertschöpfung sowie eine Verringerung der traditionellen industriellen Produktionsformen. In absoluten Werten war der Chemiesektor der bedeutendste Sektor der andalusischen Industrie, in welchen in jener Zeit die meisten Investitionen flossen. Während die Lebensmittelindustrie kontinuierlich an Bedeutung verlor, war der Dienstleistungssektor kontinuierlich maßgeblich am andalusischen Wirtschaftswachstum beteiligt. (Delgado 1989: 18)

Eine gewisse Dualität innerhalb der andalusischen Wirtschaft wurde deutlich: Auf der einen Seite moderne dynamischere Wirtschaftsbereiche, welche eng mit dem Ausland bzw. anderen Regionen verknüpft waren, und Aktivitäten, die aus anderen Regionen nach Andalusien ausgelagert wurden. Auf der anderen Seite traditionellere Sektoren, die im Laufe der Zeit immer deutlicher an Bedeutung verloren. Insgesamt verstärkt diese Entwicklung die asymmetrische Beziehung zwischen Andalusien und den wirtschaftlich stärkeren Regionen Spaniens. (Delgado 1989: 18) Die Tabelle 4 gibt Auskunft über die Spezialisierung der regionalen Wirtschaft im Zeitverlauf. Zum einen wird in der ersten Spalte die prozentuelle Verteilung der regionalen Wertschöpfung auf die einzelnen Subsektoren ersichtlich und zum anderen in der zweiten Spalte der Grad der Spezialisierung der regionalen Wirtschaft gegenüber der nationalen Wirtschaft. Die große Bedeutung der Landwirtschaft blieb über die Jahre erhalten. Die andalusische Landwirtschaft verzeichnete in den Jahren der EG-Integration eine zunehmende Spezialisierung und eine steigende Produktivität. Ein Rückgang der Anteile der Landwirtschaft an der Wertschöpfung war in Andalusien, wie auch auf

internationaler Ebene zu erkennen, doch behielt die andalusische Landwirtschaft ihre große Bedeutung bei. Das zeigt sich beispielsweise im Verhältnis zum nationalen Durchschnitt. (de Rus Mendoza 2001: 217f.)

Tabelle 4: Andalusische Produktionsstruktur für die Jahre 1955, 1975, 1995

	1955		1975		1995	
	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100
ANDALUSIEN	100,00		100,00		100,00	
Landwirtschaft	26,45	137,60	14,33	164,84	9,99	230,77
Fischerei	2,37	188,97	1,97	262,83	0,55	127,18
Energieerzeugnisse und Wasser	2,42	61,15	2,75	83,66	2,67	73,75
Mineralien und Metalle	1,97	103,98	1,81	66,39	0,42	65,74
Mineralien und Waren nicht aus Metall	1,47	78,99	1,95	95,21	1,25	79,92
Chemische Produkte	1,17	47,51	1,78	67,14	0,98	57,96
Metallische Produkte und Maschinen	1,13	33,12	2,41	39,57	1,72	37,96
Transportmaterial	0,66	95,98	1,46	65,77	0,98	56,19
Lebensmittel, Getränke und Tabak	7,26	171,48	4,53	148,51	4,20	124,91
Textile, Leder und Schuhe	3,07	37,86	1,97	50,16	0,75	39,04
Papier, Papier- und Druckartikel	0,45	42,37	0,87	55,73	0,59	41,90
Holz, Kork und Holzmöbel	1,66	74,44	0,88	67,75	0,53	62,96
Kautschuk, Plastik und sonstige Fertigungen	0,24	27,78	0,31	24,05	0,26	36,90
Bauwirtschaft und Technik	7,24	114,19	11,42	110,58	9,09	113,45
Wiederverwertung und Instandhaltung	2,66	111,17	2,74	106,36	2,58	109,90
Kommerzielle Dienstleistungen	6,41	91,47	10,82	101,37	12,52	99,35
Hotel- und Gastronomiegewerbe	2,62	112,53	3,90	104,19	8,09	113,03
Transport und Kommunikation	4,01	88,95	5,54	99,80	6,18	99,65
Kredite und Versicherungen	1,62	65,51	2,85	74,49	5,67	84,49
Vermietung von Immobilien	6,70	106,6	4,45	99,60	5,76	106,02
Privates Bildungs- und Gesundheitswesen	3,14	97,82	2,72	99,95	2,26	97,59
Andere Dienstleistungen für den Verkauf	7,42	100,63	7,80	100,96	6,71	74,66
Dienstleistungen im Haushalt	1,51	119,29	0,77	105,88	1,41	113,43
Öffentliche Dienstleistungen	6,38	113,63	9,95	123,95	14,95	120,65

(Quelle: eigene Darstellung nach de Rus Mendoza 2001: 219)

In Tabelle 5 wird die Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Subsektoren der andalusischen Wirtschaft ersichtlich. Während beispielsweise im Jahre 1955 54,17% der aktiven Beschäftigten in der regionalen Landwirtschaft beschäftigt waren, waren es 1995 14,69%. Die zweite Spalte der Tabelle zeigt den Spezialisierungsgrad der regionalen Wirtschaft gegenüber der nationalen Wirtschaft auf. So wird am Beispiel der Landwirtschaft deutlich, dass der Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte in Andalusien deutlich geringer war, als jener auf nationaler Ebene.

Tabelle 5: Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Bereiche der regionalen Wirtschaft 1955, 1975, 1995

	1955		1975		1995	
	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100	In %	Spezialisierungs- Index Spanien = 100
ANDALUSIEN	100,00		100,00		100,00	
Landwirtschaft	54,17	120,29	29,81	133,61	14,69	172,11
Fischerei	1,75	145,71	1,30	139,84	0,95	128,63
Energieerzeugnisse und Wasser	0,58	42,78	0,70	58,83	0,74	77,51
Mineralien und Metalle	0,84	80,48	0,67	52,20	0,31	59,59
Mineralien und Waren nicht aus Metall	1,00	70,98	1,57	87,83	1,00	80,60
Chemische Produkte	0,41	41,24	0,93	60,06	0,66	53,03
Metallische Produkte und Maschinen	0,51	29,07	1,69	37,61	1,76	40,59
Transportmaterial	0,30	98,82	1,16	77,20	1,01	72,62
Lebensmittel, Getränke und Tabak	4,53	135,86	4,69	133,74	3,46	109,90
Textile, Leder und Schuhe	1,95	38,24	2,40	50,54	1,50	49,50
Papier, Papier- und Druckartikel	0,27	34,67	0,60	46,96	0,55	44,81
Holz, Kork und Holzmöbel	1,01	63,64	1,36	61,68	1,09	71,42
Kautschuk, Plastik und sonstige Fertigungen	0,12	30,85	0,25	28,70	0,43	43,33
Bauwirtschaft und Technik	6,55	101,09	9,59	97,84	9,38	105,88
Wiederverwertung und Instandhaltung	2,00	102,24	2,13	105,45	2,49	108,12
Kommerzielle Dienstleistungen	4,60	76,92	10,92	98,85	13,96	101,03
Hotel- und Gastronomiegewerbe	3,05	97,02	5,12	105,49	7,79	108,28
Transport und Kommunikation	2,85	79,45	4,94	94,36	5,25	90,24
Kredite und Versicherungen	0,51	54,30	1,56	73,79	2,10	80,44
Vermietung von Immobilien	0,14	48,41	0,10	62,72	0,05	71,48
Privates Bildungs- und Gesundheitswesen	1,14	84,90	1,80	96,15	2,32	90,09
Andere Dienstleistungen für den Verkauf	2,86	92,17	4,22	94,80	5,60	71,12
Dienstleistungen im Haushalt	4,67	99,40	3,53	107,79	4,89	114,53
Öffentliche Dienstleistungen	4,20	99,46	8,96	118,95	18,02	114,61

(Quelle: eigene Darstellung nach de Rus Mendoza 2001: 220)

3.3 Nationale Entwicklungspläne unter Franco

Unter dem Franco-Regime wurden auch regionalpolitische Überlegungen formuliert. Da im Zuge der Öffnung Spaniens durchaus negative Entwicklungen für die nationale Wirtschaft sichtbar wurden, nahm das Interesse der zentralen Verwaltung an nationalen Entwicklungsplänen zu. Bereits im Stabilisierungsplan von 1959-1961 wurde eine Veränderung der Ausrichtung der franquistischen Politik deutlich. Ziele des Planes waren zum einen die Öffnung der Wirtschaft und die Förderung der Beziehungen mit der Außenwelt, vor allem mit der Europäischen Gemeinschaft, und zum anderen die Förderung einer kontinuierlichen Entwicklung des Landes. (Nohlen 1992: 28ff.)

Während vor der liberalen Öffnung vor allem die Substitution von Importen von zentralem Interesse für die franquistische Politik war und die Existenz von unterschiedlichen Regionen innerhalb Spaniens ignoriert wurde, wurde im Zuge der nationalen Entwicklungspläne, wenn auch nur in einem sehr begrenzten Rahmen, regionalpolitischen Fragestellungen Platz

eingräumt. (Nohlen/Schultze 1985: 33) Unter der faschistischen Diktatur Francisco Francos waren regionalpolitische Maßnahmen Resultat von Entscheidungen des zentralistischen Verwaltungsapparates, welcher regionalspezifischen Bedürfnissen und Herausforderungen aufgrund der hohen Zentralisierung der Entscheidungsfindung und der damit verbundenen Inflexibilität nicht gerecht wurde. (Villar Rodríguez 1986: 31)

Als Instrument der zentralisierten Wirtschaftsplanung dienten Entwicklungspläne, von denen im Zeitraum zwischen 1964 und 1975 drei tatsächlich von Bedeutung waren. Es wurde noch ein vierter Entwicklungsplan entwickelt, jedoch aufgrund von Francos Tod 1975 nie umgesetzt. Das zentrale Ziel dieser Entwicklungspläne war ein möglichst schnelles Wirtschaftswachstum auf nationaler Ebene. Aufgrund der Grenzen der traditionellen administrativen Institutionen, welche sehr schwerfällig und einer raschen Umsetzung der Pläne nicht gewachsen waren, wurde die verstärkte Partizipation lokaler und regionaler Institutionen und damit eine gewisse Dezentralisierung angestrebt. (Garrido López 2002:120f.)

Der erste Plan (1964-1967) beinhaltete nicht das Ziel der Umverteilung von sozialem und wirtschaftlichen Wohlstand für den Ausgleich der regionalen Unterschiede, die durch die einheitliche Politik von oben zunehmend gestiegen waren, sondern vielmehr die punktuelle Förderung und Entwicklung von bestimmten kleinen geografischen Einheiten mit Hilfe von Wachstumspolkonzepten. (Garrido López 2002:120f.)

Die Idee dieser Wachstumspolkonzepte ging auf die Polarisierungstheorie zurück, die auf der Annahme aufbaut, dass wirtschaftliches Wachstum nicht gleichmäßig entsteht. Vielmehr hat dieses seinen Ausgangspunkt in sogenannten „motorischen Einheiten“, den sogenannten Wachstumspolen. Von diesen Wachstumspolen wurden positive Rückkoppelungseffekte erwartet, die schlussendlich zu der Entwicklung der gesamten Region führen sollten. (Maier u.a. 2010: 78) Durch die Ansiedlung von Industrien, die durch hohe Nachfrageelastizitäten und außerordentliche Wachstumsraten gekennzeichnet sind, sollten Entwicklungsimpulse innerhalb regionaler Wirtschaften ausgelöst werden. Das Nachziehen von vor- und nachgelagerten Betrieben wurde in weiterer Folge erwartet und langfristig damit die Erreichung der Diversifizierung der Regionalwirtschaften sowie die Einkommenserhöhung in ebendiesen Gebieten. (Hildenbrand 1985: 118)

Die Kooperation mit lokalen und regionalen Instanzen wurde im Rahmen des ersten Planes auf ein Minimum reduziert. (Garrido López 2002:120f.) Im Zentrum standen hier drei Methoden, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten: Die Schaffung und

Förderung von Entwicklungspolen, die Verbesserung von Agrarstrukturen und die Förderung des Dienstleistungssektors. (Buttler 1969: 33f.) Der erste sowie der zweite Entwicklungsplan (1968-1971) beinhalteten Politiken zur Reduzierung von Einkommensunterschieden und Strategien zur Aufhaltung und Umorientierung der Bevölkerungskonzentration, da Migrationsbewegungen zwischen den einzelnen Regionen eine immer größer werdende Herausforderung darstellten. Besonders der erste Entwicklungsplan orientierte sich an den neoklassischen Vorstellungen der Weltbank, welche zu einem hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum, freier Arbeitskräfte- und Kapitalmobilität und zu Investitionen vor allem in den Industriesektor riet. Maßnahmen für diese Politik waren die Schaffung von Polen der Industrieförderung, die bereits angesprochenen regionalen Entwicklungspole und Entlastungspole für die städtischen Ballungszentren wie Madrid oder Barcelona. (Buttler 1969:32ff; Hildenbrand 1985: 117)

Besonders in marginalisierten Regionen wie in Andalusien und Galicien fanden sich im Rahmen des ersten und zweiten Entwicklungsplanes festgelegte Wachstumspole. Entwicklungspole fanden sich vor allem in Gebieten wie im andalusischen Huelva (Bergbau), wo bereits – wenn auch unterentwickelte – Industriestrukturen vorhanden waren, der Landwirtschaft jedoch eine größere Bedeutung zukam. In diesen Gebieten spielte Emigration häufig ebenfalls eine große Rolle. (Villar Rodríguez 1986: 28ff.) Mit Hilfe unterschiedlicher Anreize wie beispielsweise Steuervergünstigungen, Krediten, Befreiung von Importabgaben für nicht in Spanien produzierte Güter förderte der spanische Staat die Entstehung dieser Pole. (Hildenbrand 1985: 118).

Die Wachstumspolstrategie führte jedoch zu einer Verstärkung sowohl der interregionalen als auch intraregionalen Ungleichgewichte. Im Zeitraum zwischen 1960 und 1972 spielten ausländische Investitionen hauptsächlich in Madrid, Katalonien und im Baskenland eine Rolle, während marginalisierte Regionen wie Andalusien nur in geringerem Maße von ausländischen Investitionen profitierten. (Liebert 1985: 101) Die Verstärkung der intraregionalen Ungleichgewichte resultierte aus der Konzentration der Entwicklungspole auf städtische Gebiete, in Andalusien waren hauptsächlich die Provinzen Huelva, Sevilla und Cádiz von dem industriellen Wachstum betroffen. Diese Entwicklungen führten zu Migrationsbewegungen von den peripheren Regionen hin zu den städtischen Gebieten. Neben der geografischen Konzentration ließ sich auch eine sektorale Konzentration der Investitionen erkennen. In Huelva flossen 65,5% der Investitionen in den Chemiesektor und somit in einen stark umweltbelastenden Sektor. Neben dem Chemiesektor wurden in Andalusien im Rahmen der Wachstumspolstrategie besonders auch die metallverarbeitende Industrie und die

Lebensmittelindustrie gefördert. Aufgrund der fehlenden vor- und nachgelagerten Betriebe und der hochtechnologisierten Arbeitsprozesse traten auch die erwarteten Beschäftigungseffekte nicht ein. Mit der Wachstumspolpolitik ging weiters eine verstärkte Außenabhängigkeit einher. Dies geschah im Zuge der zunehmend spezialisierten Ausrichtung der weniger entwickelten Industrien auf die Bedürfnisse der hegemonialen Zentren, hier vor allem die wirtschaftlich stärker entwickelten Regionen Spaniens wie Madrid oder Katalonien. (Narbona/Roman 1979: 129ff.) Bei der genaueren Betrachtung der Input-Output-Verflechtungen am Beispiel Huelva zeigt sich, dass dieser Pol nur in sehr geringem Ausmaß in die regionale Wirtschaft integriert wurde. Eine hohe Abhängigkeit von importierten Inputs für die Produktion und die überwiegende für den Export produzierten End- und Zwischenprodukte machen dies deutlich. Die engen Verbindungen mit den reicheren Gebieten Spaniens und dem Ausland werden hinsichtlich der Kapitalstruktur und der damit verbundenen Entscheidungsfindung spanischer, auch ausländischer multinationaler Unternehmen ersichtlich. (Hildenbrand 1985: 120) Die funktionalen Pole waren nur in geringem Maße auf ihr Umfeld, die dort vorherrschenden natürlichen Ressourcen und das Entwicklungspotenzial abgestimmt. Die Zentralregierung setzte sich gegenüber den Regionen durch, denn die nationalen Entwicklungspläne gaben die Ausrichtung der Politik vor ohne regionale Eigenheiten zu beachten. Eine immer stärkere Abkopplung der funktionalen Wachstumspole von ihrem Hinterland fand statt. Unternehmerische Initiativen außerhalb der Wachstumspole verloren dabei an Bedeutung. (Villar Rodríguez 1986: 31)

Die spanische Regionalpolitik unter Franco sah keine Maßnahmen zur Gegensteuerung der Abwanderung von Arbeitskräften aus marginalisierten und weniger entwickelten Regionen in weiter entwickelte Regionen vor. Von der Umverteilung von Arbeitskräften und Kapital wurde eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftswachstums erwartet und damit einhergehend eine graduelle Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens auch in den weniger entwickelten Regionen. Der Anstieg regionaler Entwicklungsungleichgewichte wurde als kurzfristiger Prozess geduldet. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum stand im Zentrum der Überlegungen und investiert wurde darum in industrielle Ballungsräume der reicheren Regionen, beziehungsweise wurden regionalpolitische Förderungen an weniger entwickelte Regionen dann vergeben, wenn die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekten möglich war. In den öffentlichen Planungsdokumenten standen die Verringerung von Entwicklungsunterschieden und eine harmonische und ausgeglichene räumliche Entwicklung im Vordergrund. In der Praxis zeigte sich jedoch, dass verteilungs-

und sozialpolitische Ziele nationalen Wachstumszielen klar untergeordnet wurden. (Hildenbrand 1985: 117f.)

Im Rahmen des dritten Entwicklungsplanes (1972-1975), in einer Zeit in welcher die globale Nachfragekonjunktur sich aufgrund der Krise der 1970er Jahre deutlich verschlechterte, wurde den regionalen und lokalen Bedürfnissen mehr Bedeutung geschenkt. Regionale Entwicklungsinstanzen erhielten im dritten Entwicklungsplan eine größere Bedeutung. Die Erkenntnis setzte sich durch, dass lokale und regionale Entwicklungsimpulse des Staates nur unter der Einbeziehung der Regionen durchgeführt werden sollten, um eine nachhaltigere Entwicklung der Regionen zu erreichen. (Garrido López 2002: 123f.) Ausgleichszielen wurde im Rahmen des dritten Planes vermehrt Beachtung geschenkt. Die Siedlungsstrukturpolitik, eine auf der Theorie der Zentralen Orte basierende Urbanisationsstrategie, die eine hierarchische Reihung von Orten nach Ausstattungsmerkmalen vorsah, machte einen wichtigen Teil der neuen regionalpolitischen Strategien aus. Ein hierarchisches System bestehend aus regionalen Zentren und Subzentren sollte Entwicklungsprozesse in den jeweiligen Einzugsbereichen fördern. Von den Zentren und Subzentren ausgehende Innovations- und Modernisierungseffekte sollten diese Prozesse unterstützen. (Hildenbrand 1985:118f.)

Die Entwicklung und Implementierung der „Gran Áreas de Expánsion Industrial“ (G.A.E.I) brachte im Rahmen des dritten Entwicklungsplanes eine große Veränderung der Maßnahmen der Industrieförderung mit sich. Die flächendeckende Industrieförderung verband zwei Ziele, zum einen die Industriepolitik durch die Ansiedlung großer Produktionseinheiten und zum anderen die regionale Entwicklung. Im Zuge der flächendeckenden Industrieförderung wurde die Region als Einheit gesehen und der Fokus lag somit auf einer integralen Industrialisierung und basierte nicht mehr nur auf einer punktuellen Industrialisierung. Es waren nicht mehr einzelne Wachstumspole, die gefördert werden sollten, sondern die Förderung galt einer Verbindung von mehreren mittleren und kleineren Wachstumszentren. (Villar Rodríguez 1986: 32f.)

Eine Veränderung in Bezug auf das Dilemma von Effizienz versus Gleichheit konnte auch mit diesem Ansatz nicht erreicht werden. (Villar Rodríguez 1986: 32f.) Die starken regionalen Ungleichheiten blieben in Andalusien bestehen bzw. verstärkten sich noch weiter. Große Unterschiede ließen sich hier vor allem zwischen Küsten- und Hinterlandregionen und zwischen Provinzhauptstädten und den restlichen Gemeinden erkennen. Die Investitionen in die G.A.E.I konzentrierten sich in Andalusien hauptsächlich auf Westandalusien und dort

überwiegend auf die Provinzhauptstädte. Die bereits bestehenden Zentren wurden somit weiter gefördert. Die traditionelle Industriestruktur wurde nicht verändert, der Fokus der Investitionen lag vor allem auf den bereits bestehenden Industriebereichen. Eine Diversifizierung der Industrie, die für die andalusische Wirtschaft von großer Bedeutung gewesen wäre, wurde mit Hilfe dieser Politik nicht erreicht. Die Investitionen waren isoliert und von ausländischer Herkunft und förderten nur zu einem sehr geringen Grad die Generierung von lokalem Einkommen. In Andalusien wurden je nach Region unterschiedliche Bereiche gefördert: in Huelva die Extraktion von metallischen Mineralien und die chemische Industrie, in Cádiz die Energieproduktion und die erste Verarbeitung von Metallen, die Produktion von Fahrzeugen und in Sevilla der Abbau von nicht-metallischen Mineralien und die dazugehörige Weiterverarbeitungsindustrie. (Villar Rodríguez 1986: 53)

Erste regionale Entwicklungsgesellschaften etablierten sich Ende der 1970er Jahre in den weniger entwickelten Regionen Galizien, Andalusien, Extremadura und auf den Kanaren, die es sich zur Aufgabe machten, die jeweilige regionale Industrie zu fördern. Hauptkapitalgeber für diese Institutionen waren das Instituto Nacional de Industria (INI) und Sparkassen der jeweiligen Regionen. Den regionalen Sparkassen kam in ganz Spanien eine große Bedeutung für die regionale Entwicklung zu. Sie hatten unter Franco, aber auch nach dem Franco-Regime, eine große politische Macht und sie steuerten bis zu einem gewissen Maße die Entwicklung der regionalen Wirtschaften (Saenz de Buruaga 1980: 96; Nohlen 1992: 78f.) Die spanischen Entwicklungsgesellschaften orientieren sich an den französischen und italienischen Gesellschaften. Die spanischen Gesellschaften unterschieden sich jedoch von denen der Nachbarländer durch geringere Ressourcenausstattung und fehlende Strategien für die einzelnen Sektoren. Dennoch stellten die Entwicklungsgesellschaften erstmals verstärkt die regionale Perspektive wirtschaftlicher Entwicklung in den Vordergrund und versuchten die regionalen Wirtschaften zu stärken, durch Beratung, Bürgschaft und die Vergabe von Krediten an Mittel- und Kleinunternehmen der Privatwirtschaft. (Sánchez Carreira 2009: 3)

Die Bedeutung der spanischen Entwicklungsgesellschaften und auch des Instituto Nacional de Industria für die regionale Entwicklung wurde sehr kontrovers diskutiert. Das Instituto Nacional de Industria (INI) ist eine Holdinggesellschaft, die 1941 gegründet wurde und zu einer der wichtigsten Unternehmensgruppen in Spanien zählte. Den öffentlichen Unternehmen, hier im speziellen der INI wurde beispielsweise von Esteban und Curiel (1984) oder García Fernández (1976) eine in weiten Teilen passive Rolle in Hinblick auf die regionale Entwicklungspolitik zugesprochen. (Sánchez Carreira 2009: 6) So verfolgte das INI nicht das Ziel der Industrialisierung wirtschaftlich rückständigerer Regionen. Unternehmen in

Regionen wie Andalusien erhielten zwar öffentliche Investitionen, um industrielle Strukturen zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen, im Laufe der Jahre war jedoch eine immer deutlicher werdende Konzentration der Aktivitäten des INI auf wirtschaftlich stärkere Regionen zu verzeichnen. (Sánchez Carreira 2009: 8)

Die andalusische Entwicklungsgesellschaft Sociedad de Desarrollo Industrial de Andalucía (SODIAN) wurde 1977 gegründet, mit dem Ziel die Industrie Andalusiens zu fördern und eine größere Diversität in der regionalen Wirtschaft zu ermöglichen. SODIAN beteiligte sich an rund fünfzig Unternehmen, überwiegend Klein- und Mittelbetrieben. Unter den von SODIAN übernommenen Aufgaben finden sich auch unterstützende Tätigkeiten, die sich nicht direkt auf den Industriesektor bezogen, jedoch der positiven Entwicklung der andalusischen Wirtschaft förderlich waren. Die von SODIAN eingegangenen Kapitalbeteiligungen an Klein- und Mittelunternehmen überstiegen die 20% Grenze nicht. Aufgrund des begrenzten Umfangs der Ressourcen, die SODIAN von dem Instituto Nacional de la Industria zur Verfügung gestellt wurden, war der Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region jedoch sehr begrenzt. Keine nennenswerten Ergebnisse konnten hinsichtlich der andalusischen Industrie erreicht werden. Die finanziellen Ressourcen wurden durch wenige, finanziell sehr aufwändige Projekte ausgeschöpft. Neben den geringen finanziellen Ressourcen war auch die wirtschaftliche Durchführbarkeit der unterstützten Projekte häufig zweifelhaft. Weiters fehlte es an einer Abstimmung der Politiken der SODIAN mit der vorherrschenden Industriepolitik, was zu weiteren Effizienzeinbußen führte. (Ortega Almón 2003: 19)

Mit zunehmender Verstärkung der industriellen Krise zwischen 1977 und 1978 und dem daraus resultierenden Druck der lokalen und regionalen Autoritäten auf die spanischen Entwicklungsgesellschaften widmeten sich diese vermehrt der Rettung von Unternehmen. Der Fokus lag dabei auf der Erhaltung von Arbeitsplätzen und darauf, dem zunehmend sich beschleunigenden Prozess der Deindustrialisierung entgegen zu wirken. Der Rückgang der Bedeutung des produzierenden Gewerbes war vor allem auf den steigenden Wettbewerbsdruck im Zuge der Öffnung der spanischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland, in welchem die Nachfrage nach Industriegütern zu jener Zeit krisenbedingt relativ gering war, und auch auf die zunehmende Konkurrenz zwischen den spanischen Regionen zurück zu führen. Die ursprünglichen Ziele der Entwicklungsgesellschaften wurden der Kriseninterventionen untergeordnet. Anfang der 1980er Jahre befanden sich die spanischen Entwicklungsgesellschaften somit in einer aussichtslosen Situation. Aufgrund der schwierigen

finanziellen Situation war eine Neuausrichtung der Funktionen und Aufgaben der Entwicklungsgesellschaften nicht mehr möglich. (Ortega Almón 2003:19)

Die Schwäche der franquistischen Regionalpolitik hinsichtlich der Stärkung regionaler Wirtschaften und der Verringerung regionaler Divergenzen wurde im Laufe der 1970er Jahre immer deutlicher. Unter den lokalen Eliten stieg die Unzufriedenheit mit den politisch-administrativen Entscheidungen der Zentralregierung stetig an. Unter Franco galt der Regionalismus als ein Konzept, welches die Reduzierung der Komplexität des Staates unterstützte und eine besser handhabbare Führung ermöglichte. Die franquistische Zentrale sah die einzelnen Regionen als „regiones funcionales“. (Garrido-López 2002: 127) Für die Zentralregierung bestanden unterschiedliche Gründe, die eine Einteilung Spaniens in funktionale regionale Einheiten notwendig machten. Es bestand die Notwendigkeit der Einführung handhabbarer funktionstüchtiger administrativer Einheiten, um eine effizientere politische Führung und Modernisierungsprozesse zu ermöglichen. Auch machte die verstärkte ungleiche regionale Entwicklung die Unterteilung in planbare übersichtliche Einheiten notwendig und auch der Wandel in der Städteplanung – Städten kam eine besondere Rolle in Bezug auf Arbeit und Wohnen zu – konnte nach Meinung des Regimes durch funktionale Einheiten besser begleitet werden. (Garrido-López 2002: 112) Dieses Konzept orientierte sich an der französischen Doktrin, nach welcher die Konstruktion eines sogenannten regionalen Raumes nicht auf seinen historischen Eigenheiten und Wurzeln oder auf einem bestehenden Abgrenzungsbedürfnis, sondern vielmehr auf Kriterien administrativer Handhabbarkeit basierte. (vgl. Quermonne 1963: 855ff.)

Diese einseitige Vorstellung der Region als bürokratische Einheit des Staates verlor jedoch immer mehr an Legitimität. Immer deutlicher zeigten sich die Dysfunktionen und Grenzen des vorhandenen zentralistischen Systems in Spanien. Die Schaffung neuer Strukturen der Entscheidungsfindung, eine neue autonome Organisation, welche unabhängig vom Zentrum agiert und die aufgrund ihrer Nähe zum Objekt eine schnellere Entscheidungsfindung ermöglicht und sich an den Interessen vor Ort orientiert, war aus der Sicht antifranquistischer Gruppierungen unumgänglich. Sie forderten die Wiedereinführung der Demokratie und sahen damit die territoriale Aufteilung der Macht eng verbundenen. Auch außerhalb Spaniens fanden die Autonomiebestrebungen Unterstützung. Gerade im europäischen Kontext waren der Demokratisierungsprozess und die politische Dezentralisierung Spaniens von Bedeutung. Schlussendlich waren Faktoren wie die autokratischen Exzesse, die territorialen Ungleichgewichte und fehlende Initiativen für Veränderungen auf regionaler Ebene

ausschlagend für den Autonomieprozess in Spanien, welcher einen wichtigen Teil der politischen Transition Spaniens darstellte. (Garrido-López 2002: 115 ff.)

3.4 Fazit: Die Region Andalusien: Festschreibung als Peripherie

Für die Region Andalusien hatte die Öffnung der spanischen Wirtschaft, die aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation des Landes notwendig wurde, harte Anpassungsmaßnahmen zur Folge. Eine zunehmende Peripherisierung fand im Rahmen der Anpassung der regionalen Wirtschaftsstrukturen an die neue internationale Arbeitsteilung statt. Die Öffnung brachte zum einen die Desintegration traditioneller Wirtschaftsbereiche und zum anderen eine Durchdringung einzelner Bereiche der regionalen Wirtschaft durch ausländisches Kapital mit sich. Die durch das ausländische Kapital geschaffenen dynamischen Bereiche, die meist von internationalen Großkonzernen mit Sitz im Ausland geleitet wurden, orientierten sich vor allem an ausländischen Interessen und trugen nur begrenzt zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region insgesamt bei. Sie generierten nur zu einem geringen Grad lokales Einkommen. Der Verlust an Arbeitsplätzen in der Region führte zu einer zunehmenden Emigration regionaler Arbeitskräfte in höher industrialisierte Regionen Spaniens, wie Katalonien oder Madrid. Diese Tendenzen verstärkten sich aufgrund der Krisen der 1970er und 1980er Jahre noch weiter. Ferner führten die regionalpolitischen Maßnahmen unter Franco zu einer punktuellen Entwicklung, die kleine Erfolge wie im Falle Huelvas brachten, grundsätzlich jedoch eher zu einer Verstärkung der inter- und intraregionalen Ungleichheiten beitrug. Die von der staatlichen Entwicklungspolitik geförderten Wachstumspole waren nur in sehr geringem Maße in die regionale Wirtschaft integriert.

Die Öffnung ergab eine ungleiche Einbindung der Region in den Weltmarkt, die ganz den Vorstellungen für die Zentrum-Peripherie-Beziehungen nach Seers (1979) entsprach. Während die Industrialisierung der Region im Vergleich zu Regionen wie Madrid und Katalonien unbedeutend blieb, war es die Landwirtschaft, die als Motor der regionalen Wirtschaft fungierte und die Region in anderen Bereichen von ausländischem Kapital und Importen stark abhängig machte. Andalusien war der Garten Spaniens und galt weiters als Rohstoff- und Arbeitskräftelieferant für weiter entwickelte Regionen – ein klares Charakteristikum für periphere Regionen. Ein weiteres Charakteristikum für eine periphere Region, das auf Andalusien zutraf, war die große Bedeutung des Tourismus. Die Lage an der Mittelmeerküste und die bedeutende Architektur Andalusiens zogen bereits sehr früh nationale wie internationale Touristen an. Die Integration in den Weltmarkt führte zu einer

Festschreibung Andalusiens als Peripherie, sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext.

4. Die Herausbildung der autonomen Region Andalusien 1980 und die Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer Vorstellungen

Mit dem Tod Francisco Francos 1975 und der Ölkrise in der 1970er Jahre, welche beträchtliche Auswirkungen auf die spanische Wirtschaft hatte und zu einer großen wirtschaftlichen Instabilität führte, setzte gleichzeitig eine Pause der Umsetzung der spanischen Regionalpolitik, die zuvor im Rahmen der nationalen Entwicklungspläne stattgefunden hatte, ein. (Cuadrado-Roura 2010: 290) Diese wirtschaftlichen Instabilität der 1970er Jahre und das Ende der Franco-Diktatur weckten in vielen Teilen der Bevölkerung die Hoffnung auf eine grundlegende Veränderung. Es galt nun die Grundlage für ein neues Wirtschaftssystem in Spanien zu schaffen, das die Möglichkeit böte wirtschaftliche Krisen zu überwinden und welches im Einklang mit der Restrukturierung und den neuen Tendenzen der internationalen Wirtschaft stünde. (Delgado 2002a: 55f.)

4.1 Der Autonomieprozess in Spanien und wirtschaftspolitische Vorstellungen im andalusischen Autonomiestatut

Die spanischen Gewerkschaften, denen unter dem Franco-Regime nur wenige Rechte zugestanden wurden und die nur sehr niedrige Löhne durchsetzen konnten, nahmen im Rahmen der Autonomieverhandlungen eine bedeutende Rolle ein. Bereits in den 1960er Jahren, zu Zeiten der Liberalisierung und Internationalisierung Spaniens, traten die Gewerkschaften im Rahmen von Kollektivverhandlungen für die Rechte ihrer Mitglieder ein. Die Konsequenz daraus war eine noch stärkere Unterdrückung der Arbeiterschaft durch das Franco-Regime. Diese Repression der Arbeiterschaft förderte in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre wiederum den zunehmenden Verlust der Legitimation des Regimes und stärkte die Opposition. Auch die wirtschaftliche Elite, welche traditionell von dem franquistischen System profitierte, distanzierte sich zunehmend von diesem, unter anderem weil sie ihre Interessen in einem neuen System besser vertreten sahen. Nach dem Tod Francos 1975 setzten sich nach Auseinandersetzungen mit AnhängerInnen Francos, die für die Fortsetzung des alten Systems eintraten, schließlich die demokratischen Bewegungen durch. Damit begann ein Demokratisierungsprozess Spaniens, der auch als Bedingung für einen möglichen Beitritt in die Europäische Gemeinschaft galt. Der Arbeiterschaft kam im Rahmen der Autonomieverhandlungen in Bezug auf die Produktions- und Arbeitsbedingungen eine

wichtige Position zu. Der Autonomieprozess fand – wie bereits erwähnt – in einer Zeit der internationalen Rezession statt, in welcher Austeritätsvorstellungen die Wirtschaftspolitiken vieler Länder dominierten. Die neue politische Führung Spaniens, die ihre Legitimation aufgrund von einschneidenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht gefährden wollte, zielte deshalb auf einen langsamen Transitionsprozess ab. Die politischen Strukturen sollten schrittweise verändert und die Wirtschaftspolitik adaptiert werden. (Holman 1996: 57ff.) Mit Artikel 137 der Verfassung wurde ein Schritt zur Aufhebung der blockhaften Einheit des spanischen Staates gesetzt, in welchem bisher regionale Eigenheiten unterdrückt worden waren. Der Verfassungsgeber übergab die Handlungsmacht zur Schaffung eines Autonomiestaates anstelle des Zentralstaates nahezu gänzlich den zentralen und regionalen Autoritäten. (Wiedmann 1997: 364)

Der Autonomieprozess fand zu einem Zeitpunkt der Neuausrichtung der Staatlichkeit in Europa statt. Die Krise der 1970er Jahre und die begrenzten Wachstumsmöglichkeiten, die sich seit den 1960er Jahren für die keynesianischen Wohlfahrtsstaaten ergaben, zeigten die Notwendigkeit einer strategischen Reorientierung auf. Auf europäischer Ebene fand eine Restrukturierung der Integrationsweise statt, die das Ende keynesianischer Vorstellungen bedeutete. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat, wie er seit den 1940er Jahren in Europa maßgeblich war, wurde von dem neoliberalen Modell, das die „Wettbewerbsstaatlichkeit“ implizierte, abgelöst. (Ziltener 2000:88ff.)

Die Dezentralisierung erleichterte auch in Spanien eine verstärkte Einbindung neoliberaler Gesichtspunkte in die nationale Wirtschaft, was unter dem zentralistischen, durch zentrale Planung und Intervention geprägten Regime über lange Zeit nicht denkbar gewesen war. In dieser Zeit, in der nun Zentralisierung Schwäche bedeutete und das neoliberale Dogma immer stärker an Bedeutung gewann, galt es Barrieren abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Gebiete zu fördern, um so Investitionen und globales Geld, die für das neue Produktionsmodell unentbehrlich waren, anzuziehen. Diese Veränderungen sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene waren besonders im Kontext eines möglichen Beitritts Spaniens in die Europäische Gemeinschaft von großer Bedeutung. (Mackinnon/Cumbers 2011: 95f.)

Während unter dem keynesianischen Wohlfahrtsstaatsmodell in Europa eine räumlich ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung forciert wurde, die durch den Transfer von Ressourcen von reichen hin zu ärmeren Regionen erreicht werden sollte und einen „top-down“ Ansatz vorsah, führte die strategische Reorientierung auch im Bereich der

Regionalpolitik zu Veränderungen. Der Prozess der zunehmenden Globalisierung führte zu einer Stärkung der regionalen und lokalen Ebene. Der Staat übertrug den Regionen neue Verantwortungsbereiche, gerade im Bereich der regionalen Entwicklung. (Mackinnon/Cumbers 2011: 95)

Auch in Spanien entstanden im Prozess des Übergangs zur parlamentarischen Demokratie und dem beginnenden Autonomieprozesses Ende der 1970er Jahre neue Vorstellungen von regionaler Entwicklung, die ebenfalls die Stärkung der regionalen Ebene beinhalteten. (Nohlen/Schultze 1985: 34ff.)

Das Referendum zum Autonomieprozess Andalusiens wurde am 28. Februar 1980 abgehalten. Andalusien erhielt neben dem Baskenland, Katalonien und Galicien als eine der ersten spanischen Regionen das Recht auf Selbstregierung. Dem Referendum waren 1977 Demonstrationen voran gegangen, in denen die Forderung nach der Autonomie Andalusiens aufgrund seiner historischen und sozioökonomischen Eigenheiten laut wurde. (Junta de Andalucía o.J) Die Abhängigkeit vom spanischen Zentrum wurde als großes entwicklungshemmendes Problem Andalusiens erkannt und die Selbstregierung als möglicher Ansatz in Richtung einer größeren Unabhängigkeit propagiert. Mit dem Gesetz zur Harmonisierung des Autonomieprozesses, „*Ley Orgánica de Armonización del Proceso Autonómico*“ als Ausgangspunkt begann ein Prozess, der in der Ausarbeitung des andalusischen Autonomiestatuts und der Institutionalisierung der politischen Autonomie mündete. (Delgado 2002a: 58f.)

Ein Blick auf die andalusische Regionalverfassung zeigt unter anderem die zentralen Werte, Prinzipien und Ziele, die für die autonome Region formuliert wurden. Die Grundprinzipien des andalusischen Statuts sind Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und politischer Pluralismus für alle AndalusierInnen, in einem Rahmen der Gleichheit und Solidarität mit den restlichen autonomen Regionen Spaniens: „*El Estatuto de Autonomía propugna como valores superiores la libertad, la justicia, la igualdad y el pluralismo político para todos los andaluces, en un marco de igualdad y solidaridad con las demás Comunidades Autónomas de España.*“ (Parlamento de Andalucía 2007: Artikel 1, Absatz 2)

Artikel 157 nimmt Bezug auf wirtschaftliche Belange der Region und geht genauer auf die grundlegenden Ziele und Instrumente ein, die für ihre Erreichung bedeutend sind. Weiters werden hier wichtige Ausgangspunkte für die wirtschaftliche Entwicklung der Region angeführt. Die Freiheit der Unternehmen, die soziale Marktwirtschaft, die öffentliche Initiative, die wirtschaftliche Planung und die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten stellen

in wirtschaftlichen Belangen das Fundament der öffentlichen andalusischen Behörden dar. (idem Artikel 157, Absatz 1) Die Wirtschaftspolitik Andalusiens orientiert sich an Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, der Vollbeschäftigung, der Qualität der Arbeit und an einem gleichen Zugang zu Arbeit für alle AndalusierInnen, an sozialer Kohäsion und der Schaffung und der Umschichtung von Reichtum. Die andalusische Wirtschaftspolitik fördert nach Artikel 157 die Unternehmenskapazitäten und Unternehmensinitiativen, der Fokus liegt dabei unter anderem auf Mittel- und Kleinunternehmen, auf Aktivitäten der Sozialwirtschaft und autonomen UnternehmerInnen, auf der kontinuierlichen Weiterbildung von ArbeiterInnen, der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, der Beziehung zwischen Forschung, Universität und dem Produktionssektor und auf dem internationalen Einfluss andalusischer Unternehmen. (idem Artikel 157, Absatz 4)

Die Überwindung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ungleichgewichten innerhalb Andalusiens und damit verbunden die Förderung gegenseitiger Solidarität, die Förderung einer Politik der Bekämpfung von bestehenden Ungleichgewichten innerhalb des Staates und der Einhaltung der konstitutionell festgehaltenen Prinzipien der Solidarität zwischen den Regionen wird im Artikel 10 des andalusischen Statuts festgeschrieben. Das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Regionen Spaniens sollte durch den interterritorialen Kompensationsfonds (Fondo de Compensación Interterritorial) garantiert werden. Der Interterritoriale Kompensationsfonds wurde im Zuge der Verfassung 1978 entwickelt. Er wurde gegründet, um dem in der Verfassung festgeschriebenen Prinzip der Solidarität (vgl. VIII Artikel 138.1 der spanischen Verfassung) gerecht zu werden. Der Fonds ist darauf ausgerichtet, regionale Ungleichheiten zwischen den Autonomen Regionen Spaniens abzubauen. (Congreso de los Diputados 2003) Die finanziellen Mittel des Fonds standen den Autonomen Regionen zur Verfügung, welche wiederum im Gegenzug dazu verpflichtet wurden, regionale Entwicklungspläne zu entwickeln. (Mancha-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 58)

Die industrielle und technologische Entwicklung basierend auf Innovation, Forschung und öffentlichen und privaten Unternehmensinitiativen sollte das Fundament des harmonischen Wachstums in Andalusien bilden: *„El desarrollo industrial y tecnológico basado en la innovación, la investigación científica, las iniciativas emprendedoras públicas y privadas, la suficiencia energética y la evaluación de la calidad, como fundamento del crecimiento armónico de Andalucía“*. (idem Artikel 10, Absatz 11)

Neben der industriellen Entwicklung wurde der Reform der andalusischen Landwirtschaft ebenfalls eine große Bedeutung zugesprochen. Hier sollte ein Prozess der Transformation, Modernisierung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Strukturen in Gang gesetzt werden. Eine Politik des Wachstums, der Vollbeschäftigung und der Korrektur territorialer Ungleichheiten sollte beginnen und die Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Landwirtschaft im europäischen und internationalen Kontext steigen. (idem Artikel 10, Absatz 13) Die autonome Region wollte für die Modernisierung, Innovation und Entwicklung aller Wirtschaftssektoren Sorge tragen mit dem Ziel qualitative Produktionsstrukturen zu schaffen. Der Fokus lag hier vor allem auf den Bereichen Landwirtschaft, Jagd, Fischfang und Handwerk, um den Lebensstandard aller AndalusierInnen anzugleichen. (idem Artikel 163, Absatz 1) Die Konvergenz mit dem restlichen Spanien und der Europäischen Union, die Förderung und Erhaltung der dafür notwendigen Beziehungen mit dem spanischen Staat, der Europäischen Union und den anderen autonomen Regionen und die Verteidigung der andalusischen Interessen gegenüber der Europäischen Union finden sich in den grundlegenden Zielen des andalusischen Statuts. (idem Artikel 10, Absatz 9)

Die Gründung der autonomen Region Andalusiens schuf große Erwartungen in der regionalen Bevölkerung. Die begrenzten Erfolge der Regionalentwicklung wurden auf den bisher fehlenden institutionellen Rahmen zurückgeführt und der neue Rahmen der Autonomie sollte nun zu einer besseren Vertretung der Interessen der andalusischen Bevölkerung führen. (Márquez Guerrero 1996: 67) *„Las decisiones habían tomadas a lo largo de la historia sin tener en cuenta ,la voz de la región‘, y esto había convertido a Andalucía en una región dependiente, extravertida y atrasada.“* (Die Entscheidungen wurden im Laufe der Geschichte getroffen, ohne „die Stimme der Region“ zu berücksichtigen und dies hat Andalusien zu einer abhängigen, extravertierten und rückständigen Region gemacht.) (Márquez Guerrero 1996: 67) Dezentralisierung wurde von vielen Seiten als ein Instrument zur Ermöglichung lokaler Entwicklung, der Demokratisierung der sozialen Prozesse, der Anhebung der öffentlichen Beteiligung und eines gerechteren wirtschaftlichen Systems gesehen. Die Dezentralisierung als Instrument zur Beseitigung ungleicher Entwicklung darf jedoch nicht überschätzt werden. Nur mit parallelen Veränderungen in Bezug auf die Generierung, Aneignung und Verteilung von Reichtum und durch die Veränderung historisch gewachsener Wirtschaftsstrukturen kann ein Beitrag hin zur Verringerung regionaler Ungleichheit geleistet werden. (de Mattos 1990: 67ff.)

4.2 Realisierung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen in den regionalen Entwicklungsplänen

4.2.1 Die Region im Mittelpunkt – ein Paradigmenwechsel

Im Laufe der 1970er Jahre fand ein Wandel des allgemeinen Diskurses hinsichtlich der Regionalpolitik statt. Es handelte sich jedoch nicht um Fragen zur Notwendigkeit der Regionalpolitik, sondern es ging vielmehr um deren Funktionalität und Rechtfertigung im Rahmen der Wirtschaftspolitik. Ferner fand im Zuge der politischen Neukonstituierung eine Neuzuteilung der Zuständigkeiten für die Durchführung der Regionalpolitik statt.

Diese Veränderungen ließen sich nicht zuletzt im sprachlichen Diskurs erkennen. So war bis Mitte der 1970er Jahre von unterentwickelten Regionen, von interterritorialen Ungleichgewichten sowie von Polarisierung und Verbreitung von wirtschaftlichen Aktivitäten die Rede. Ab Mitte der 1970er Jahre wurden diese Themen in der allgemeinen wirtschaftlichen Debatte immer mehr in den Hintergrund gerückt und Themen wie die Unterentwicklung der Regionen wurden, wenn überhaupt, dann auf regionaler Ebene diskutiert. Nunmehr bestimmten Themen wie die Regionen in der Krise, die Restrukturierung der Wirtschaft, Deindustrialisierung, technologische Innovationen etc. den allgemeinen Diskurs. (Curbelo Ranero 1987: 65) Diese Veränderung ging nach dem andalusischen Politikwissenschaftler Curbelo Ranero nicht, wie vielleicht vermutet, von den wohlhabenderen Regionen aus, die ihre privilegierte Position bedroht sahen, sondern rührten vielmehr vom Wandel der Akkumulationsmodelle her. Die traditionelle Regionalpolitik unter Franco zielte stark darauf ab Vorteile aus dem positiven Wachstum zu ziehen, um in weiterer Folge durch den Zentralstaat – von oben herab – eine Umverteilung des Wachstums auf weniger begünstigte Regionen vorzunehmen. Ein wichtiges Instrument für diese Art von Regionalpolitik stellten die Wachstumspole dar, die stark von den Wohlstandsvorstellungen eines – wie Curbelo Ranero es nennt – „galanten Prinzen“ abhängig waren. (Curbelo Ranero 1987: 66) Die Regionalpolitik hatte somit der Expansion der Akkumulation sowie der sozialen Legitimierung gedient. (Habermas 1973 zitiert nach Curbelo Ranero 1987: 66) Bis zu einem gewissen Maß hatten auch entwickelte Regionen von jenen Maßnahmen profitiert, da günstige Umverteilungen der unterschiedlichen Aktivitäten der Wertschöpfungskette vorgenommen wurden. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde nun die Planung der regionalen Entwicklung an die einzelnen Regionen weitergereicht. Während auf nationaler Ebene der Fokus im Bezug auf makroökonomische Entscheidungen vermehrt auf die nationale Wettbewerbsfähigkeit gerichtet war, lagen die Aufgaben der regionalen Instanzen darin das

soziale Gleichgewicht und damit die regionale Entwicklung zu forcieren. (Curbelo Ranero 1987: 66) Die Grenzen des Handlungsspielraumes der regionalen Instanzen lassen sich hier bereits erahnen.

4.2.2 Regionale Entwicklungspläne als Instrument für die „Entwicklung von unten“?

Mit der Erlangung des Autonomiestatus, welcher 1978 in der spanischen Verfassung festgeschrieben wurde, wurde der Region eine Ausweitung der politischen Macht und finanzielle Autonomie zuteil. Damit war es der neuen andalusischen Regierung nun auch möglich eine eigene Entwicklungspolitik durchzusetzen, die sich von jener der zentralen Regierung und auch von den restlichen Autonomen Regionen unterschied. Die Ausrichtung dieser Politik wich beispielsweise deutlich von jener Kataloniens oder dem Baskenland ab. Im Gegensatz zu diesen beiden historischen Regionen, die von nationalistischen und konservativen Parteien regiert wurden, wurde in Andalusien, wo die sozialistische Partei führend war, eine enge Verbindung zwischen politischer Autonomie und wirtschaftlicher Entwicklung gesehen. (Márquez Guerrero 1997: 69)

Mit der Erreichung der Autonomie Andalusiens wurde im Statut im Artikel 18.1.1a die ausschließliche Zuständigkeit der Autonomen Region Andalusien für die Förderung und Planung der wirtschaftlichen Aktivität in Andalusien festgeschrieben. Die Planung fand nun in einer Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Unternehmensverbände und Berufsverbände mit dem andalusischen Parlament statt. (Consejería de Economía y Hacienda 1996: 11.210ff.)

4.2.2.1 Schaffung von Organisationen zur Umsetzung der regionalen Entwicklungspläne

Eine gewisse Kontinuität zur franquistischen Regionalpolitik blieb jedoch erhalten. So waren beispielsweise sowohl die „Grán Areas de Expansión Industrial“ wie auch die Entwicklungsgesellschaft SODIAN weiterhin von Bedeutung. (Hildenbrand 1985: 124) Ferner wurden neue Organisationen zur Förderung der regionalen Entwicklung gegründet. 1983 wurden sowohl die „Sociedad para la Promoción y Reconversión Económica de Andalucía“ (SOPREA), eine Gesellschaft zur Förderung und Umstrukturierung der andalusischen Wirtschaft, als auch das „Instituto de Promoción Industrial de Andalucía“ (IPIA), ein Institut zur Förderung der andalusischen Industrie, gegründet. (Valdivieso Amate 1987: 175) Die IPIA wurde aus der Notwendigkeit geschaffen, den Anteil der andalusischen Industrie an der nationalen zu steigern. Der Industrie wurde – wie auch schon im

andalusischen Statut festgehalten – eine bedeutende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zugestanden. Die aus einem höheren Industrieanteil resultierende positive Handelsbilanz sollte zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Migration führen und Andalusien so aus der Abhängigkeit befreien (Ley 1/1983). Arbeitslosigkeit und Arbeitsauswanderung hatten in Andalusien in den Jahren vor der Wirtschaftskrise der 1970/80er Jahre und während der Wirtschaftskrise große Dimensionen angenommen.

Mit Hilfe der IPIA sollte eine Industrialisierung gefördert werden, die von den vorhandenen Ressourcen profitieren und die Entwicklung der restlichen zerrütteten regionalen Wirtschaft unterstützen sollte. Gerade in Hinblick auf die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft stellte die Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft eine Priorität dar. (Ley 1/1983) Die Hauptaufgabe der Organisation war die Entwicklung einer endogenen Entwicklungsstrategie, die zu einer nachhaltigen Veränderungen der Situation der Industrie führten sollte. Im Aufgabenbereich der IPIA standen die Förderung öffentlicher und auch privater Initiativen zur Schaffung von Industrien, Maßnahmen zur Stimulierung eines Industrialisierungsprozesses sowie die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben. Ferner lag die Koordination bzw. Entwicklung des öffentlichen Industriesektors im Aufgabenbereich der IPIA. Subventionierte Kredite sowie Aktionspläne waren wichtige Instrumente der Organisation.

Die Aktiengesellschaft SOPREA wurde mit dem Ziel gegründet die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Andalusiens im Allgemeinen zu fördern. Dies geschah durch die Beteiligung an oder der Gründung von anderen Gesellschaften sowie durch die Gewährung von Krediten mit mittlerer bzw. langer Laufzeit, ferner durch die Förderung und Teilhabe an kollektiven Aktionen der Unternehmen zur Erreichung einer höheren Wettbewerbsfähigkeit. (Valdivieso Amate 1987: 175f.; Ley 1/1983)

Aus Effizienzgründen wurde im Jahr 1987, ein Jahr nach der Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft, das „Instituto de Fomento de Andalucía“ (IFA) gegründet. Aufgrund der mangelnden Koordination der vorherrschenden Institutionen zur Förderung der regionalen Entwicklung und der daraus resultierenden geringen Effizienz wurde das IFA mit dieser Aufgabe betraut. Ein nur noch einzelnes Organ war somit für die industrielle Entwicklung der Region zuständig, welches sich jedoch an generellen Zielvorgaben der regionalen Wirtschaftspolitik sowie an den regionalen Entwicklungsplänen zu orientieren hatte. In den Grundzügen glichen die Maßnahmen zur Förderung der regionalen Industrie der IFA jenen der IPIA. (Urbano Mármol 1990: 172) Von den Förderungen profitierten besonders

die Lebensmittelindustrie und der Tourismus, gefolgt von der Elektronikbranche, von Informationstechnologien, der chemischen Industrie sowie der mechanischen Industrie.

Die Ressourcen, die der IFA zur Förderung der Industrie zur Verfügung standen, waren drei Mal höher als jene von IPIA und SOPREA zusammen. Der effiziente Umgang mit den endogenen Ressourcen der Region stand im Zentrum der Bemühungen, um die externe Abhängigkeit zu verringern und ein möglichst hohes Wachstum zu generieren. Weiters kam der Organisation die Aufgabe der Verteilung der finanziellen Ressourcen auf die Provinzen entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten sowie die Konzeption strategischer Pläne nach Maßgabe der Sektoren bzw. des Territoriums zu. (Valdivieso Amate 1987: 181)

Seit 2005 ist nun die „Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía“ (IDEA), die „Agentur für die Innovation und Entwicklung Andalusiens“, für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region zuständig. Die Agentur handelt wie zuvor die IFA unter den von der andalusischen Regierung vorgegebenen Rahmenbedingungen, zu denen die Entwicklungspläne gehören, die in weiterer Folge genauer besprochen werden. Es lag im Aufgabenbereich der IDEA, wie es im ersten jährlichen Bericht der Agentur vom Jahre 2005 festgehalten wurde, sich den Herausforderungen, die mit der wirtschaftlichen Globalisierung der Region einhergingen, zu stellen und auf neue Herausforderungen zu reagieren. (Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía 2005: 10) Zu den Achsen und strategischen Vorgaben der Agentur gehören die Förderung und Lenkung von Innovationsprozessen innerhalb der Region, die Förderung und Verstärkung der Unternehmerkultur, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie sozialen und territorialen Kohäsion. Dabei war die Erstellung von Handlungsstrategien für einzelne Sektoren wie Metallindustrie, Lebensmittelindustrie und Tourismus, die wiederum für die Entwicklungspläne relevant waren, von Bedeutung. Weiters war die Agentur für die Unterstützung der Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren zuständig. Ein Beispiel für eine verbesserte Kommunikation, die die Innovationsfähigkeit und Innovationsfreudigkeit der andalusischen Unternehmen fördern sollte und von der IDEA forcierte wurde, war die engere Verbindung zwischen den andalusischen Universitäten und den Unternehmen, wovon unter anderem eine höhere Kreativität der andalusischen Unternehmen und eine höhere Innovationsfähigkeit erwartet wurde. (Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía 2005: 34)

4.2.2.2 Die regionalen Entwicklungspläne

Die Tradition der Planung von Entwicklung mit Hilfe von Entwicklungsplänen, wie sie bereits aus der Zeit von Franco bekannt ist, wurde auch nach dem Autonomieprozesses der Region bis heute weiter verfolgt. Eines der primären Ziele der ersten andalusischen Regierung stellte nach der Erstellung eines Notfallplans für Andalusien, welcher von der vorautonomen Regierung Andalusiens 1980 konzipiert, doch nie umgesetzt wurde, die Entwicklung eines regionalen Wirtschaftsplanes dar – der sogenannte „Plan Económico de Andalucía 1984-1986“ (PEA). (Ferraro 2012; Márquez Guerrero 1997: 69f.) Auf diesen Entwicklungsplan sollten dann noch fünf weitere Pläne folgen: „Programa Andaluz de Desarrollo Económico“ (PADE 1987-1990), „Plan Andaluz de Desarrollo Económico 1991-1994“, „Plan Económico Andalucía Horizonte 2000“ (1998-2000), „Plan Económico Andalucía Siglo XXI“ (2002-2005), sowie die „Estrategia para la Competitividad de Andalucía 2007-2013“ (Strategie für die Wettbewerbsfähigkeit Andalusiens). Diese Pläne beinhalteten jeweils eine Analyse der wirtschaftlichen Situation der Region und gaben in Folge die Hauptausrichtung und die grundlegenden Ziele für die Entwicklungspolitik der Region vor. Darunter ordneten sich dann die einzelnen territorialen, horizontalen und sektoralen Pläne (Zum Beispiel der IFA) ein, welche von der andalusischen Regierung genehmigt werden mussten. (Consejería de Economía y Hacienda 1996: 11.210ff.) Um Inkompatibilitäten mit der Politik der zentralen Administration zu vermeiden, wurde eine Kommission gegründet, die für die Koordinierung der Pläne der unterschiedlichen Autonomen Regionen zuständig war. (Rodero Franganillo 2006: 42)

Bei der Betrachtung der Entwicklungspläne fällt auf den ersten Blick die fehlende Kontinuität der regionalen Planung auf. So besteht zwischen dem dritten und dem vierten Plan ein Zeitraum von vier Jahren, der nicht in der regionalen Planung inkludiert wurde. Sowohl zwischen dem vierten und dem fünften Plan, als auch zwischen dem fünften und sechsten Plan sind es jeweils zwei Jahre, die nicht in die Planung mit eingeflossen sind. Grund für diese mangelnde Kontinuität stellten unter anderem langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Planungsakteuren oder bürokratische Ineffizienzen bzw. Hürden dar. (Rodero Franganillo 2006: 44)

Im Rahmen der ersten beiden Entwicklungspläne stand ein ganz neuer Ansatz für die Wirtschaftsplanung Andalusiens im Vordergrund. Im Gegensatz zur traditionellen Vorgehensweise der wirtschaftlichen Planung „von oben“ sollte der Planungsprozess „von unten“ richtungsweisend werden. Die von der sozialistischen Regierung Andalusiens

gewählte Entwicklungsstrategie, wie es zu Beginn den Anschein machte, war jene der endogenen Entwicklung, die auf einem integrierten regionalen Entwicklungsansatz basierte. (Márquez Guerrero 1997: 69f.) Die große Abhängigkeit der Region von einigen wenigen Sektoren wurde zunehmend als Problem der wirtschaftlichen Stabilität der Region erkannt. Zu diesen Sektoren zählten die Lebensmittelindustrie, das Gastgewerbe und der Bausektor. Sie waren es auch, die in erster Linie von Anreizen zur Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit profitierten. Im Zuge der neugeschaffenen Autonomie der Region fand eine Umorientierung der Vorstellungen von Entwicklung statt. Überlegungen in Bezug auf die Abhängigkeit der Region von industrialisierten Regionen bzw. vom spanischen politischen, aber auch wirtschaftlichen Zentrum Madrid wurden angestellt. (Marchena Gómez 1990: 112f; 117) Die große Abhängigkeit der andalusischen Wertschöpfung von der intensiven und wenig qualifizierten Nutzung von Ressourcen, die geringe Erfassung von Reichtum im Wertschöpfungsprozess, die Migration, die zunehmende Alterung der andalusischen Bevölkerung und die hohe Arbeitslosigkeit wurden in diesem Zusammenhang vermehrt als Entwicklungsbarrieren genannt. Durch das Entwicklungsmodell der 1970er Jahre, welches ja auf einer punktuellen Entwicklung von bestimmten Polen angesetzt hatte, waren die intraregionalen Ungleichheiten weiter gewachsen, welche ebenfalls als Probleme der Region erkannt wurden. (Marchena Gómez 1990: 119f.)

Zu Beginn des Autonomieprozesses, mit dem Entwicklungsplan von 1984-1986, wurde die Wirtschaftspolitik der Region stark von geografischen Aspekten und der territorialen Ordnung geleitet. (Ferraro 2012) Eigene Ressourcen sollten im Zentrum der Entwicklung stehen sowie das verstärkte Einbeziehen von lokalen Unternehmen und Organisationen. Dem öffentlichen Sektor kam in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle im Hinblick auf die Koordination und Förderung dieses Ansatzes zu. (Rodero Franganillo 2006: 45)

Die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft stand als langfristiges Ziel im Vordergrund der regionalpolitischen Bemühungen, die durch eine Ausweitung der Verarbeitungsschritte der in der Region vorhandenen Rohstoffe oder der Halbfertigprodukte erreicht werden sollte. Damit wurde die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Sektoren angestrebt. Ressourcen, die bisher nicht ausreichend genutzt wurden, sollten in den Produktionsprozess vermehrt integriert werden. (Márquez Guerrero 1997: 67)

Delgado (2002a) attestierte eine gewisse Überschneidung der sozialen und politischen Forderungen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahren in Bezug auf die Entwicklung und dem ersten Entwicklungsplan der Region. (Delgado 2002a: 128)

Das Hauptaugenmerk wurde im Rahmen des ersten Entwicklungsplanes auf die komparativen Vorteile der Region gelegt. Besondere Förderung erhielten Subsektoren im Bereich der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie, des Fischfang sowie der Tourismus. (Consejería de Economía y Hacienda 1984: 111) Hier lässt sich ein Widerspruch erkennen, denn zu Beginn der Entwicklungsüberlegungen problematisierte die neue andalusische Regierung die Abhängigkeit von eben diesen Sektoren und schrieb diesen noch entwicklungshemmende Effekte zu. Diese Ansicht schien im Rahmen des ersten Entwicklungsplanes nicht mehr vertreten worden zu sein.

Die Konzentration auf eben diese traditionellen Sektoren führte grundsätzlich eher zu einer Reproduktion der traditionellen Position als zu einer möglichen endogenen Entwicklung. (Delgado 2002a: 128f.) Auch wurden Überlegungen in Bezug auf die Integration der Region in die Europäische Gemeinschaft thematisiert. Diese Überlegungen waren jedoch hinsichtlich möglicher Anpassungen bzw. der Vorbereitung der regionalen Wirtschaft auf die Integration nur sehr vage formuliert. (Consejería de Economía y Hacienda 1984:199) Die durch die Krise bestimmte wirtschaftliche Situation und die vom Autonomieprozess beherrschte politische Lage jener Zeit erschwerten ferner die Umsetzung der im Plan vorhergesehenen Ziele deutlich. Für die andalusische Regierung war der erste Plan jedoch bereits ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und galt als Ordnungsrahmen zur Orientierung und Information der andalusischen Wirtschaftspolitik, mit Relevanz für die sozialen und wirtschaftlichen Akteure. (Pajuelo Gallego/Hernández Pavón 1991: 29)

Im Rahmen des zweiten Entwicklungsplanes „El Plan Andaluz de Desarrollo Económico. 1987-1990“ wurde die Vorgehensweise des ersten Entwicklungsplans zum einen kritisiert, zum anderen bestand eine gewisse Kontinuität, die sich vor allem im gewählten Entwicklungsparadigma der endogenen Entwicklung zeigte. Kritisiert wurde unter anderem die Spezialisierung der Region auf wirtschaftliche Aktivitäten mit komparativen Vorteilen, da dies zu einer nachteiligen Situation der Region führte und die Position der Region innerhalb des europäischen Wirtschaftssystems nicht ändern würde. Vielmehr wären eine Diversifizierung der Wirtschaft und eine langfristige Strategie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf das Angebot und die Anpassung an neue Märkte von Bedeutung. Ebenfalls wurde die mangelnde Koordinierung der vorangegangenen Planung und damit die wenig effiziente Vorgehensweise kritisiert. (Consejería de Economía y Hacienda 1985: 91f.)

Die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1986 (auf welche im 5. Kapitel noch genauer eingegangen wird) stärkte die Forderung nach einem funktionierenden Instrument der Planung der andalusischen Wirtschaftspolitik, zumal diese eine Grundvoraussetzung für den Zugang der Region zu finanzieller Unterstützung aus den Fonds der europäischen Gemeinschaft darstellte. (Pajuelo Gallego/Hernández Pavón 1991: 29) Auch wurden drei Ziele im Bezug auf die Integration der Region in die Europäische Gemeinschaft formuliert: Die Sicherung einer möglichst hohen finanziellen Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft, eine angemessene Wirtschaftsstruktur der Region in Anbetracht des künftigen Entwicklungsrahmens sowie die Ausübung von Druck auf die regionale Regierung, damit diese für die Region vorteilhafte Ergebnisse in den Beitrittsverhandlungen heraushole. Die Maßnahmen, die es dafür zu ergreifen galt, zeichneten sich jedoch durch eine geringe Präzision und vage Formulierungen aus. Von größter Bedeutung waren die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte, bessere Kommunikation und die Implementierung neuer Technologien. (Consejería de Economía y Hacienda 1984: 195ff.)

Die Analyse des Status-quo der andalusischen Wirtschaft im zweiten Entwicklungsplan unterschied sich nicht grundsätzlich von der im ersten, doch wurde im zweiten Plan auf die strukturelle Schwäche der andalusischen Unternehmen hingewiesen, welche in Anbetracht der Integration Andalusiens in den gemeinsamen europäischen Markt als Entwicklungshindernis erkannt wurde. (Delgado 2002a: 132) Ein weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge des zweiten Entwicklungsplanes herausgestrichen wurde, war die Tatsache, dass es nicht nur von großer Bedeutung war Wert innerhalb der Region zu schaffen, sondern diesen auch innerhalb der Region zu halten und wieder zu integrieren. (Consejería de Economía y Hacienda 1985: 90)

Ebenso wie im ersten Entwicklungsplan wurde auch im zweiten Entwicklungsplan die herkömmliche Rolle der Infrastruktur im regionalen Entwicklungsprozess kritisch analysiert. Anstatt die Region besser nach außen anzubinden, wäre vielmehr eine bessere Erschließung und Kommunikation innerhalb der Region von Bedeutung, um die Entwicklung des andalusischen Produktionssystems weiter zu stärken. Auch im zweiten Entwicklungsplan wurden neben diesen bereits erwähnten Faktoren noch weitere genannt, die auf einen endogenen Entwicklungsansatz hin deuten. (vgl. Consejería de Economía y Hacienda 1985) Die größten Entwicklungsmöglichkeiten der Region wurden im Rahmen dieses Planes im Bereich der Weiterverarbeitung von Agrarprodukten, dem Tourismus, der Chemieindustrie, sowie der Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten gesehen. Neben diesen Aktivitäten sollten aber auch aufstrebende Industrien gefördert werden wie Solarindustrie, Aquakulturen und andere Sektoren mit technologischen und innovativen Kapazitäten sowie die Entwicklung

von sogenannten Technologieparks. Im Zentrum der Entwicklungsbemühungen sollten somit nicht nur Sektoren mit komparativen Vorteilen stehen, sondern auch alternative Bereiche, die zu einer Selbstversorgung beitragen. (Consejería de Economía y Hacienda 1985: 91f.) Doch blieb die Formulierung dieser neuen Strategie für die einzelnen Sektoren wieder sehr vage. (Márquez Guerrero 1997: 122)

Während in den ersten beiden Entwicklungsplänen der endogene Entwicklungsansatz als Argumentationsgrundlage verwendet wurde, änderte sich dies im Rahmen der darauf folgenden Entwicklungspläne. Statt der Entwicklung „von unten“ stand nun die Entwicklungsstrategie der funktionellen Integration in ein komplexeres Wirtschaftsgefüge, wie das der Europäischen Gemeinschaft, verstärkt im Vordergrund. (Márquez Guerrero 1997: 67) Grund dafür war nicht zuletzt die Aussicht auf höhere finanzielle Unterstützung von Seiten der europäischen Regionalpolitik bei einer Anpassung der Entwicklungsstrategie an die europäischen Vorgaben. Aufgrund des steigenden Wettbewerbsdruck auf die regionale Wirtschaft wurden ausländische Investitionen, wie sie gerade im Tourismus- und Lebensmittelindustriesektor zu finden waren, dem endogenen Entwicklungsansatz vorgezogen. (Márquez Guerrero 1997: 122) Während in den vorhergegangenen Entwicklungsplänen die freien Marktkräfte als Bedrohung für die Region gesehen wurden und davon ausgegangen wurde, dass der freie Wettbewerb die Unterentwicklung der Region weiter vertiefen würde, änderte sich diese Annahme im dritten Entwicklungsplan, dem „Plan Andaluz de Desarrollo Económico. 1991-1994“. Die Integration in die Europäische Gemeinschaft, die verstärkte Liberalisierung und der Abbau von Handelshindernissen wurden als Chance für eine weitere Entwicklung Andalusiens gesehen; die Vorteile der Region gegenüber anderen Regionen sollten dafür genutzt werden. (Consejería de Economía y Hacienda 1991: 84)

Von Strukturanpassungsvorschlägen, welche aus den zwei vorhergegangenen Entwicklungsplänen resultierten, wurde abgesehen und vielmehr auf die freien Marktkräfte gesetzt. Schon bei der Analyse der wirtschaftlichen Situation der Region wird der Paradigmenwechsel im Rahmen des dritten Entwicklungsplanes deutlich. Während im Entwicklungsplan von 1987-1990 Kategorien wie Außenabhängigkeit, die Kontrolle andalusischer Unternehmen durch ausländisches Kapital als Probleme der Region erkannt worden waren, wurde diesen im dritten Entwicklungsplan und auch in den darauffolgenden Plänen keine Beachtung geschenkt. Fragen etwa nach der Position der Region innerhalb des neuen Wirtschaftssystems bzw. deren Veränderung waren in diesem Entwicklungsplan nicht von Bedeutung. Vielmehr sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Region durch die Anziehung

von ausländischem Kapital und ausländischen Unternehmen gesteigert werden. Der dritte Plan stellte somit einen klaren Gegenpol zu den bisherigen zwei Entwicklungsplänen dar. Diese Richtung wurde auch in den folgenden Plänen beibehalten. (Delgado 2002a: 138f.) Am Wechsel des Entwicklungsparadigmas zeigt sich auch, dass die lokalen Regierungen denselben äußeren Zwängen unterlagen wie die nationalen Regierungen. Die Öffnung der Wirtschaft, der steigende Wettbewerbsdruck, sowie der Anpassungsdruck an das vorherrschende wirtschaftliche System zeigten sich auch auf regionaler Ebene. (Marqu ez Guerrero 1996: 67)

Die Entwicklungsstrategie des fünften Planes (2002-2005) beispielsweise orientierte sich an folgenden Hauptpunkten: die Erreichung der realen Konvergenz mit den restlichen Ländern der europäischen Union durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung einer Wettbewerbsfähigkeit, die dem Konzept der Nachhaltigkeit gerecht wird, der ausländischen Kompetenz standhält sowie die soziale Kohäsion ermöglicht. (Rodero Franganillo 2006: 45) Als Prioritäten des letzten Entwicklungsplanes 2007-2013 wurde die Schaffung einer Wissensgesellschaft, die Entwicklung und Innovationen im Unternehmensbereich, Umwelt, Zugang zu Energie, Wohlstand und soziale Kohäsion, Verbesserung der Qualität des Humankapitals, ländliche und städtische Entwicklung, sowie die kontinuierliche Entwicklung im Bereich der Subsektoren Lebensmittelindustrie und Fischfang genannt. (Rodero Franganillo 2008: 254)

Die Entwicklungspläne, welche auf den dritten Entwicklungsplan folgten, ähneln sich sowohl hinsichtlich der Ausformulierung als auch der Abwicklung. Immer deutlicher wird in ihnen ferner die Konvergenz der regionalen Entwicklungspläne mit den Vorgaben der Europäischen Union für die Gestaltung solcher Pläne. Dies lässt sich nicht nur an der Struktur der Entwicklungspläne erkennen, die den Vorgaben der Europäischen Union Folge leisten, sondern auch anhand der formulierten Ziele und dabei verwendeten Begrifflichkeiten wie Wettbewerbsfähigkeit, soziale und reale Konvergenz, nachhaltige Entwicklung etc. Es handelt sich um eben jene Konzepte, die von der Europäischen Regionalpolitik vermehrt aufgegriffen wurden. Der letzte Entwicklungsplan der andalusischen Regierung, die „Estrategia para la Competitividad de Andaluc a 2007-2013“ unterschied sich nicht mehr von jenen, die für den Erhalt von finanzieller Unterstützung der europäischen Union vorgelegt werden mussten; sowohl in Bezug auf die Struktur als auch inhaltlich waren sie ident. Während bei den ersten Entwicklungsplänen noch argumentiert wurde, dass sich diese klar von den regionalen Entwicklungsplänen, wie sie die Europäische Gemeinschaft vorgab, unterschieden, da sie ein politisches Manifest darstellten und eine regionale Strategie ausdrückten, die innerhalb der

Region und im Interesse der Region entwickelt wurden, waren diese Argumente spätestens beim letzten Plan nicht mehr relevant. (Martín López 1987: 110)

Betrachtet man nun die einzelnen Entwicklungspläne, so wird ersichtlich, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verteilung des Einkommens und des Reichtums über die Jahre hinweg die bedeutendsten Ziele der andalusischen Entwicklungspläne darstellten. Bei den Zwischenzielen der Pläne bestand eine gewisse Varianz, die die Erreichung langfristiger Resultate erschwerte. Eine fehlende Stabilität in Bezug auf die strategische Ausrichtung der Pläne lässt sich im Zeitverlauf ausmachen. Was sich jedoch über die Jahre hinweg kontinuierlich durchzog, war die Bedeutung des Sektors der Weiterverarbeitung von Agrarprodukten bzw. der Lebensmittelindustrie sowie des Tourismus. Diese Sektoren hatten durchgehend Priorität. Die Konzentration auf die zwei traditionellen Sektoren ging jedoch auch auf Kosten der Diversifizierung der regionalen Wirtschaft. (Rodero Franganillo 2006: 46ff.)

In Bezug auf die Kontinuität der Pläne ist ebenfalls noch das Fehlen einer Evaluation der einzelnen Pläne zu erwähnen. Es scheint, als würden mit der Entwicklung eines neuen Planes die vorangegangenen Pläne in Vergessenheit geraten. So stellt es sich auch als schwierig heraus, aus Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen beziehungsweise an vorherigen Entwicklungen anzuknüpfen. (Rodero Franganillo 2006: 43) Während der erste Plan noch mit großen Kampagnen als die Entwicklungsstrategie der Region in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fand die Präsentation der letzten Entwicklungspläne in einem immer kleineren Rahmen statt; der öffentliche Bekanntheitsgrad hat scheinbar an Bedeutung verloren. (Rodero Franganillo 2008: 254)

Aus den andalusischen Entwicklungsplänen wird deutlich, dass im Kontext der Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft ein alternativer Ansatz für eine eigenständige regionale Entwicklung eine untergeordnete Rolle spielte. Vielmehr wurde dem Projekt der solidarischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung Spaniens Priorität eingeräumt. (Alburquerque 1987: 32)

Nach Alburquerque fehlte es der Region an Druckmitteln und Verhandlungsmacht um regionale Interessen vertreten zu können. Nicht zuletzt war die Region sehr stark von der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union abhängig. Somit war eine gewisse Anpassung der Entwicklungsvorstellungen unumgänglich. Es gelang den regionalen Autoritäten nicht, den regionalen Bedürfnisse gerecht zu werden. Vielmehr fand eine Unterordnung der regionalen Wirtschaftspolitik unter jene der nationalen Regierung bzw. der

Europäischen Union statt. Nach Albuquerque seien der Region allein die Brotbrösel der Transferzahlungen der Europäischen Gemeinschaft aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geblieben. (Albuquerque 1987:34)

4.3 Fazit: Ein ernüchterndes Ergebnis

Mit der Autonomie der Region Andalusiens und einer gewissen politischen und finanziellen Unabhängigkeit ging eine Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen einher. Ein neuer Blick auf die Position Andalusiens in der spanischen, aber auch internationalen Wirtschaftsordnung führte zu der Erkenntnis, dass die Abhängigkeit der Region von außen nur durch die Vertretung regionaler Interessen und eines endogenen Entwicklungsansatzes wie jenem Konzept von Stöhr (1981:41ff.) erreicht werden könnte. Das Verständnis von Region änderte sich in diesem Zusammenhang. Es war nicht mehr von einer Region als funktioneller Einheit die Rede, die dem übergeordneten Ziel der Stärkung der nationalen Wirtschaft dienen sollte, sondern vielmehr wurde die Region als historisch gewachsene Einheit mit sozio-ökonomischen Eigenheiten wahrgenommen. Unter der Verwendung von eigenen Ressourcen und durch Unterstützung regionaler Strukturen sollte eine Entwicklung der Region erreicht werden, die es ermöglichen sollte, die Außenabhängigkeit der Region ein für allemal zu beenden und den Fokus vermehrt auf die Befriedigung regionaler Bedürfnisse zu legen. Die Gründung von Organisationen und die Entwicklung von regionalen Entwicklungsprozessen sollten den Prozess der endogenen Entwicklung ermöglichen. Doch fehlte es diesem Vorhaben an einer effizienten und koordinierten Umsetzung und vor allem an Druckmitteln und Verhandlungsmacht. Schließlich wurde dem Projekt Europa und der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens gegenüber der regionalen Entwicklung Priorität eingeräumt. Der politische Druck war zu groß gewesen.

5. Integration Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft 1986

Nach einem langen Prozess der Anpassung und Demokratisierung gelang Spanien 1986 die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Der erfolgreiche Ausgang der langwierigen Verhandlungen war das Resultat von jahrelangen Annäherungsversuchen und Integrationsbemühungen. Die politischen Vorstellungen Spaniens der 1950er Jahre hatten nicht mit den Vorstellungen eines vereinten Europas übereingestimmt und somit hatte Spanien zu jener Zeit dem vereinten Europa noch keine Beachtung geschenkt. Erst in den 1960er Jahren wurden erste Überlegungen von Seiten Spaniens hinsichtlich einer politischen Annäherung angestellt. Erste Verhandlungen fanden dann in den 1970er Jahren statt. (Musto 1977: 47ff.)

Ein Präferenzabkommen aus dem Jahre 1970 führte zu einer lockeren Bindung Spaniens an die Europäische Gemeinschaft, und nach dem Tod Francisco Francos 1975 entwickelten sich konkretere Verhandlungsprozesse mit dem Ziel der Eingliederung Spaniens in die Europäische Gemeinschaft. (Von der Groeben/Möller 1979: 16)

In diesen Verhandlungen kam es zu ernüchternden Ergebnissen für beide Seiten. So musste die Europäische Gemeinschaft einige Zugeständnisse im Agrarbereich machen und auch eine weniger weitreichende Reduktion der spanischen Zölle auf Importe von Industrieerzeugnissen aus der EG akzeptieren. Spanien wiederum musste sich im Gegenzug mit einem Präferenzabkommen abfinden, dem wichtige politische, finanzielle, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Elemente fehlten. (Musto 1977: 57)

Es bestand jedoch die Hoffnung auf engere Beziehungen nach dem Ablauf der ersten Phase des Präferenzabkommens. Spanien stellte am 28.07.1977 seinen Beitrittsantrag. Nach zwei Phasen der kontinuierlichen Anpassung und zahlreichen Abwägungen in Bezug auf die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Beitrittskandidaten trat Spanien schlussendlich im Jahre 1986 der Europäischen Gemeinschaft bei. (Musto 1977: 57)

Die Integration Spaniens und damit auch Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft bedeutete eine tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen und auch institutionellen Rahmenbedingungen, in welchen sich die spanische Wirtschaft entwickelte. Zehn Jahre zuvor konnte Spanien noch als ein Musterbeispiel einer geschlossenen Volkswirtschaft dargestellt werden. Der Beitritt war aber nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer sowie sozialer Ebene von großer Bedeutung und führte zu einer Neupositionierung des

Landes. (Villalba Cabello 1997: 603) Mit dem Beitritt fand eine grundsätzliche Veränderung der Ausrichtung der spanischen Wirtschaftspolitik statt. Die Abschaffung der Zölle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hatte die endgültige Öffnung der spanischen Wirtschaft und ihre Gleichstellung mit den anderen Mitgliedsländern zur Folge. Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Umstrukturierung wurden Maßnahmen zum Abbau der protektionistischen Politiken sowie der Exportförderung getroffen. Der Beitritt unterstützte die reale Konvergenz, dh. die Angleichung der spanischen Volkswirtschaft an die europäischen Volkswirtschaften und hatte unter anderem große Auswirkungen auf die nationale Wirtschaftsstruktur, das Wirtschaftswachstum und auch auf die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen. (Jordán 2003: 117)

Die Integration wurde, wie bereits im Kapitel zur Regionalpolitik erwähnt, durchaus divers diskutiert. Das Ende der Isolation, die Hoffnung auf einen Modernisierungsprozess der Wirtschaft, den die Integration in einen der drei mächtigsten Blöcke des globalen Wirtschaftssystems zur Folge haben sollte, standen kritischen Überlegungen in Bezug auf die möglichen Chancen der nationalen Wirtschaft gegenüber. Würden die regionalen Wirtschaften Spaniens von der Integration profitieren können, oder führte die Öffnung der Wirtschaften vielmehr zu einer ungleichen Integration einiger spanischer Regionen? (Delgado 1996: 212)

Erwartungen an den künftigen Beitritt

Aus der Zeit des Beitrittsprozesses resultieren zahlreiche Studien zur Untersuchung der Auswirkungen des Beitritts auf die spanische Wirtschaft. Diese Studien analysierten die Produktionsstrukturen der 1970er und 1980er Jahre und antizipierten die möglichen Auswirkungen des Beitritts. (Holman 1996:151) Die Auswirkungen auf die spanische Landwirtschaft wurden in den Studien als durchaus positiv eingeschätzt. Die niedrigeren spanischen Preise für Agrarprodukte und die damit einhergehende höhere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Altmitgliedern sowie die Aussicht auf finanzielle Unterstützung aus dem Agrarfonds zur Verbesserung der Agrarstrukturen waren dafür ausschlaggebend. (Hasenpflug 1977: 115) Die Aussichten für Industrie und Handel waren wiederum weniger positiv. Für die Industrien der Neumitglieder wurde mit einem steigenden Importdruck aus der Neunergesellschaft gerechnet. Außerdem wurde ein Anstieg des Wettbewerbsdrucks aus Drittländern vorhergesehen, der sich aus der Anpassung der nationalen Zolltarife an den gemeinsamen Zolltarif ergeben sollte. Negative arbeitsmarktpolitische und zahlungsbilanzpolitische Auswirkungen wurden in diesem

Zusammenhang erwartet. Besonders schwere Auswirkungen wurden für die Klein- und Mittelbetriebe befürchtet. (Hasenpflug 1977: 117ff.)

In der Region Andalusien wurden im Vorhinein ebenfalls Überlegungen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen eines Beitritts vorgenommen, die im Rahmen des ersten regionalen Entwicklungsplanes 1984-1986 festgehalten wurden. Für die andalusische Landwirtschaft bestanden durchaus rosige Aussichten. Für einige Produkte, wie Olivenöl, Wein, Früchte und Gemüse waren die Erwartungen an die Öffnung und den Anschluss an den europäischen Markt sehr optimistisch. Außerdem wurden positive Entwicklungen im Bereich der Jagd erwartet. Ein Anstieg der Produktion und der Exporte wurde vorhergesehen und finanzielle, sowie technologische Unterstützungen aus den Fonds der Europäischen Regional- und Agrarpolitik wurden erwartet. (Consejería de Economía y Hacienda 1984: 193)

Für den Industriesektor wiederum waren die Erwartungen in Andalusien wie auch auf nationaler Ebene weniger optimistisch. Es wurden strengere Umweltauflagen und Konsumentenschutzkriterien sowie die Anwendung der Normen der Gemeinschaft in Bezug auf Patente erwartet. Aufgrund der Auflagen der Gemeinschaft in diesen Bereichen wurde mit höheren Kosten für die andalusischen Unternehmen gerechnet. Der Zollabbau hatte einen steigenden Wettbewerbsdruck zur Folge, der im Falle Andalusiens nicht durch niedrigere Preise der Industrieprodukte kompensiert werden konnte. Positive Auswirkungen des Zollabbaus wurden für die Bereiche Lebensmittelindustrie und Chemieindustrie prognostiziert. Für die Bereiche Transport, elektrische Maschinen sowie Textil- und Bekleidung waren negative Auswirkungen zu erwarten. Der gesamte Industriesektor würde jedoch von der Vergünstigung der industriellen Inputs durch den Zollabbau profitieren. Insgesamt wurde ein deutlicher Anstieg der Importe erwartet, begleitet von einem mit Abstand geringeren Anstieg der Exporte. Bis zu einem gewissen Grad bestand jedoch die Hoffnung auf eine Kompensation der größten negativen Effekte durch die finanzielle Unterstützung aus der europäischen Regionalpolitik (siehe dazu Kapitel 7.).

Für den Sektor Tourismus, der für die regionale Wirtschaft nicht unbedeutend war, wurden im Rahmen der Öffnung ebenfalls positive Aussichten antizipiert, galt die Region mit ihren Kulturschätzen aus maurischer Zeit und ihren weitläufigen Küstenlandschaften doch sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene als kulturelles und touristisches Zentrum.

Für den Arbeitsmarkt wurde eine Einwanderung von Arbeitskräften aus dem Nachbarland Portugal, sowie aus Nordafrika erwartet. Andalusien sollte nun im Vergleich zu den letzten

Jahrzehnten den Wandel von einer Auswanderungs- zu einer Einwanderungsregion erleben. (Consejería de Economía y Hacienda 1984: 196ff.)

5.1 Internationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Beitritts

Die Integration Spaniens fand zu einem Zeitpunkt der zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Ungleichentwicklung statt, - wie sie von Seiten der Region analysiert wurde - die es zu erwähnen gilt, um ein besseres Verständnis für den Kontext der Integration Spaniens bzw. Andalusiens zu bekommen. Die Entwicklung der weltweiten Wirtschaft in den Jahren vor dem Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft war geprägt von Versuchen der OECD-Ländern ihr wirtschaftliches Wachstum nach Krisenzeiten wieder anzukurbeln. Die geringen Wachstumsraten der OECD-Länder in den Jahren vor 1986 führten zu starken Ungleichheiten, hier sind zum Beispiel die gestiegenen Budgetdefizite zu nennen, welche ein zukünftiges nachhaltiges Wirtschaftswachstum immer mehr in Frage stellten. Ausnahmen stellten Deutschland und Japan dar, gefolgt von den südostasiatischen Ländern, die weiterhin Handelsüberschüsse erwirtschafteten. Als Reaktion auf diese zusehends von Polarisierung geprägte wirtschaftliche Situation wurden auf der einen Seite restriktive Politiken für den Abbau der Budgetdefizite umgesetzt und zum anderen Maßnahmen zur Stimulierung der internen Nachfrage und zum Abbau von Restriktionen im Bereich des Außenhandels. Länder mit Handelsbilanzüberschüssen sollten diese durch verstärkte Importe kompensieren. Nach und nach wurden verschiedene Währungen gegenüber dem Dollar abgewertet und auch die Erdölpreise gingen kontinuierlich zurück. Die Kaufkraft der rohstoffexportierenden Länder sank ebenfalls und einige europäische Länder profitierten von einem verstärkten Wirtschaftswachstum. Diese positive Entwicklung wurde jedoch durch die anhaltende niedrige externe Nachfrage aufgrund der geschwächten Exportmärkte und die Zunahme der Importe gemildert. In jenen Jahren nahmen die Ungleichheiten zu. Die Handelsbilanz- und Budgetdefizite der USA und einer Vielzahl von europäischen Ländern – unter ihnen Spanien – stiegen; dort hatte der Außenhandel negative Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt. Auf der anderen Seite standen Deutschland, Japan und südostasiatische Länder, die kontinuierliche Handelsbilanzüberschüsse aus den Exporten ihrer Konsum- und Investitionsgüter verzeichneten. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 103ff.)

5.2 Die forcierte Integration: Vom Garten Spaniens zum Garten Europas

Der spanische Beitritt in die Europäische Gemeinschaft fand in einer Zeit der zunehmenden wirtschaftlichen Polarisierung, aber zu Beginn eines neuen expansiven Wirtschaftszyklus statt. Spanien und auch die Region Andalusien gehörten im Jahre des Beitritts zu jenen Ländern, die ein dynamisches Wirtschaftswachstum aufwiesen, welches über jenem vieler wirtschaftlich weiter entwickelter Länder der Europäischen Gemeinschaft lag. (Osuno Llana 2010: 53)

Allerdings machten die veränderten Rahmenbedingungen, die sich aus der Integration Spaniens ergaben, Entwicklungsdefizite wie die geringe Produktivität der spanischen Unternehmen im Vergleich zur Mehrheit der Mitgliedsländer deutlich. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Unternehmen resultierte zu Beginn der EG-Mitgliedschaft in einem rascheren Anstieg der Importe im Vergleich zum moderaten Wachstum der Exporte und damit in einem wachsenden Handelsbilanzdefizit. (Parejo Barranco/ Zambrana Pineda 2008: 119) Als Folge der globalen wirtschaftlichen Situation und der gestiegenen internen Nachfrage sowohl bei Investitionen als auch beim Konsum stiegen die Importe Spaniens deutlich an. Spanien verfügte zu jener Zeit jedoch noch immer über eine positive Zahlungsbilanz. Das lässt sich durch die Einnahmen aus dem Tourismus und sonstigen Dienstleistungen erklären. Auf den ersten Blick profitierte die spanische Wirtschaft von der Situation auf internationaler Ebene und von den Wachstumseffekten der nationalen Nachfrage, was sich im Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 1986 von 3,3% zeigte. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 1,2%. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 105ff.)

Der Prozess der zunehmenden Globalisierung der andalusischen Wirtschaft und der zunehmende Wettbewerbsdruck von außen brachten Andalusien in eine grundsätzlich nachteilige Situation. Denn während die westlichen Länder einen über mehrere Jahre kontinuierlich verlaufenden Prozess der Liberalisierung und Öffnung der Wirtschaften durchliefen, begann dieser Prozess für Andalusien höchstens dreißig Jahre, wenn nicht eher zehn Jahre vor dem Beitritt. (Villalba Cabelo 1997: 603) Die durch Konflikte und Widersprüche gekennzeichnete Integration Andalusiens zeigte die Entwicklungsdefizite der Region deutlich auf. (Curbelo/Alburquerque 1992: 115) Die Region kennzeichneten zu jener Zeit im Vergleich zu anderen Regionen der Europäischen Gemeinschaft besonders ausgeprägte intraregionale Ungleichheiten, eine hohe Konzentration ökonomischer Aktivitäten, eine geringe Diversität der Wirtschaft und eine geringe Intensität der

wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Sektoren. Weiters trugen der vergleichsweise geringe Grad der Industrialisierung und die Abhängigkeit vieler industrieller Bereiche von den regionalen Rohstoffen sowie die hohe technologische Abhängigkeit und die Konzentration des andalusischen Exportsektors auf den Primärsektor negativ zur Wettbewerbsfähigkeit der Region bei. (Rodero Franganillo 1996: 307)

Die allgemeine wirtschaftliche Erholung, welche 1985 ihren Anfang nahm und zu hohen Wachstumsraten führte, kompensierte jedoch in der Region anfangs bis zu einem gewissen Grad die negativen Effekte, die die Integration in die Gemeinschaft mit sich brachte. (Bueno /Galán 1999: 204) Die andalusische Wirtschaft verzeichnete 1986 ein reales Wachstum des Bruttoinlandproduktes in Höhe von 3,6%, welches über dem nationalen Wachstum lag. Das BIP Andalusiens erreichte jedoch weiterhin nur 71,5% des nationalen BIP. (De Rus Mendoza u.a. 2001: 43)

Das auf den ersten Blick überraschende Wachstum der Industrie in Andalusien in den Jahren 1986/87 von 18,2 % (Tabelle 12) ist insbesondere auf das prosperierende Gewerbe sowie auf die Erholung des Schiffbaus zurück zu führen. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 108)

Die positiven Entwicklungen der Konjunktur führten zu einem deutlichen Anstieg der internen Nachfrage, die sich in einem Anstieg sowohl des öffentlichen als auch des privaten Konsums und der Investitionen äußerte. Aufgrund der von der Administration der Region verfolgten Wirtschaftspolitik hatte dies eine besonders expansive Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung Andalusiens. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 107) Der erleichterte Zugang zu Krediten führte zu einem Anstieg des Konsums. Die Verschuldung des Privatsektors insgesamt stieg in Andalusien ab dem Jahr 1986 drastisch an und lag damit deutlich über der Verschuldung auf nationaler Ebene. (Camacho Ballesta 1995:144ff.)

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten Andalusiens im Vergleich zu Spanien lässt sich in Tabelle 6 gut erkennen. Tabelle 7 zeigt das reale Wirtschaftswachstum nach Wirtschaftssektoren.

Tabelle 6: Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität: reale Wachstumsraten des BIPs

	Andalusien	Spanien	Differenz
1982	1.5	1.2	0.3
1983	2.3	2.0	0.3
1984	2.5	2.0	0.5
1985	3.4	2.1	1.3
1986	3.6	3.3	0.3
1987	6.3	4.8	1.5

(Quelle: eigene Darstellung nach Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 108)

Tabelle 7: Reale Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes nach Sektoren

	Andalusien		Spanien	
	1987	1986	1987	1986
Landwirtschaft	9.0	-6.6	9.0	-9.0
Industrie	8.1	10.1	3.5	4.0
Bau	7.3	4.6	5.0	6.0
Dienstleistungen	5.1	3.8	5.0	4.0

(Quelle: eigene Darstellung nach Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 108)

Die Arbeitsproduktivität Andalusiens wuchs zwischen 1989 und 1995 kontinuierlich, die durchschnittliche Wachstumsrate lag bei 2,13% jährlich, verglichen dazu lag der spanische Durchschnitt bei 2,66%. Diese doch relativ hohen Wachstumsraten der Produktivität basierten auf einem geringen Ausgangswert der Produktivität in dieser rückständigen Region. Doch auch innerhalb der andalusischen Wirtschaft bestanden große Unterschiede hinsichtlich des Produktivitätsniveaus. Grund dafür war die Dualität, welche besonders im Industriesektor zu finden war: Zum einen die Vielzahl traditioneller Aktivitäten mit geringer Kapital- und Technologieausstattung und zum anderen Subsektoren, welche Modernisierungsprozesse zu durchlaufen hatten und vergleichbar waren mit wirtschaftlich weiter entwickelten Ländern. Die Produktivität der andalusischen Industrie insgesamt blieb aufgrund des niedrigen Technologieniveaus weiterhin gering. Die Produktivitätsunterschiede im Vergleich zu anderen europäischen Regionen nahmen tendenziell zu, da sich Andalusien zunehmend hin zu traditionellen Bereichen spezialisierte, die weder kapital- noch technologieintensiv waren und sich aufgrund ihres Entwicklungsniveaus deutlich vom europäischen Durchschnitt unterschieden. Die Produktivität als Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Sektoren wurde von den Lohnstückkosten determiniert, die wiederum von der

Entwicklung der Löhne abhingen. In Andalusien waren die Lohnkosten deutlich geringer als in der restlichen Europäischen Gemeinschaft, jedoch höher als in den Schwellenländern. Die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der Schwellenländer und deren steigende Bedeutung als Zulieferer von wenig differenzierten Konsumgütern erschwerten die Position andalusischer Güter auf internationalen, aber auch nationalen Märkten deutlich. (Bueno/Galán 1999: 208f.)

5.2.1 Die Entwicklung des Außenhandels

Die Schwierigkeiten, denen die Region anlässlich der Öffnung der Wirtschaft gegenüberstand, spiegelten unter anderem die veränderten Verhältnisse des andalusischen Außenhandels wider. Die Importe Andalusiens machten 1980 noch 22% der regionalen Nachfrage aus und stiegen bis 1990 auf 24%. In Relation zum BIP machte dies einen Anstieg von 49% auf 54% aus. Bei den Exporten wurde eine gegenläufige Entwicklung verzeichnet: ein deutlicher Rückgang von 45% im Jahre 1980 auf 34% im Jahre 1990. Die Schwäche des andalusischen Industriesektors und die Spezialisierung auf Aktivitäten im Bereich des Bausektors und der Dienstleistungen führten zu einer unausgeglichene Struktur der Handelsbeziehungen. Unter den Exporten der andalusischen Wirtschaft dominierten Produkte aus dem Lebensmittel- und Energiesektor sowie Rohstoffe und Halbfertigprodukte. Der Primärsektor war 1990 der einzige Sektor, der einen positiven Beitrag zur Leistungsbilanz leistete. Im Sekundärsektor überstieg das Importvolumen das Exportvolumen um 37%. Im Tertiärsektor war der Beitrag der Exporte noch geringer, nur 22% der Importe wurden von den Exporten gedeckt. (Villalba Cabelo 1997: 607f.) Hauptziele der andalusischen Exporte waren 1986 die Europäische Gemeinschaft mit 61,3%, gefolgt von den USA mit 9%, den übrigen europäischen Ländern mit 7,9% und den asiatischen Ländern mit 7,8%. (Parejo Barranco/Zambrana Pineda 2008: 123)

Die Situation des Außenhandels verdeutlicht die große Abhängigkeit Andalusiens von der Außenwelt – dazu gehört auch Spanien – sowie die geringe Wettbewerbsfähigkeit der Region. (Villalba Cabelo 1997: 607f.) Die Öffnung der andalusischen Wirtschaft war jedoch relativ zu Spanien deutlich geringer. Während die Exportquote in Andalusien 1988 bei 9,41% lag und bis 1994 auf 10,93 stieg, lag jene auf nationaler Ebene bei 11,60% 1988 und 13,96% im Jahre 1994. Die Importquote betrug 9,20% bzw. 10,81% auf regionaler Ebene und 15,52% bzw. 17,63% auf nationaler Ebene. Der Anteil der andalusischen Wirtschaft an der nationalen Produktion betrug 1994 13,40% doch der Anteil der Importe und Exporte lag nur bei 7,30%

(1988) und 9,20% (1994). Die andalusische Wirtschaft war somit weniger in die internationale Wirtschaft integriert als die nationale. (Gutiérrez Fernández 1997: 561)

5.2.2 Ausländische Direktinvestitionen

Mit der Internationalisierung und Globalisierung Spaniens ging die Intensivierung des Waren- und Kapitalverkehrs mit anderen Ländern, vor allem der Europäische Gemeinschaft, einher. Darunter fielen auch die ausländischen Direktinvestitionen, welche in Spanien mit dem Beitritt in die EG drastisch an Bedeutung gewannen. (Pallas González u.a. o.J.: 2) Vor der Integration galt die spanische Volkswirtschaft und somit auch Andalusien als mehr oder weniger geschlossen mit einer ersten partiellen Öffnung in den Jahren um 1959. (Muñoz Guarasa 2002: 177) Mit dem Jahr 1986 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen drastisch. Andalusien verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg der Direktinvestitionen um 720%. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 122) Wie sich in Tabelle 8 erkennen lässt, waren die Investitionen in Spanien in höchster Weise geografisch konzentriert. Nur wenige Regionen profitieren von diesen Investitionen. (Muñoz Guarasa 2002: 177) Zwischen 1987 und 1997 flossen allein 70% der ausländischen Direktinvestitionen in die Regionen Madrid und Katalonien, danach folgt an dritter Stelle, jedoch mit großem Abstand, Andalusien. Werden die ausländischen Direktinvestitionen im Verhältnis zum Bruttoregionalprodukt Andalusiens gesehen, dann relativiert sich ihre Bedeutung. Nach diesen Kriterien befand sich Andalusien nur mehr auf den achten Platz. Jedoch war die Entwicklung der Investitionen zwischen 1987-1997 insgesamt positiver als jene auf nationaler Ebene. (Muñoz Guarasa 2002: 177ff.)

Die ausländischen Investitionen wurden in Andalusien hauptsächlich zur Akquisition von Unternehmen getätigt, ohne großen Einfluss auf die Produktionskapazitäten zu nehmen. Jedoch löste das Interesse großer multinationaler Unternehmen an der Region nach Angaben des Instituto de Fomento Industrial (1991) positive Erwartungen in Bezug auf die grundsätzliche industrielle Entwicklung der Region aus. (Bueno/Galán 1999: 210)

Tabelle 8: Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen nach Autonomen Regionen

Autonome Region	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Jahres- durchschnitt
Katalonien	32,74	23,84	24,58	30,05	42,97	29,01	29,61	23,90	25,39	23,92	26,44	28,40
Madrid	32,38	46,02	40,62	46,78	39,44	39,93	43,45	43,28	35,48	46,28	42,96	41,51
Summe Gruppe 1	65,12	69,86	65,2	76,83	82,41	68,94	73,06	67,18	60,87	70,20	69,40	69,91
Andalusien	4,96	7,62	12,87	4,61	5,47	5,29	5,92	8,55	5,32	3,84	7,91	6,58
Aragón	1,13	4,05	1,42	1,36	0,93	0,82	0,89	0,52	3,79	1,55	0,78	1,57
Asturien	0,05	0,20	0,15	0,51	0,70	0,31	0,27	1,36	1,92	1,89	0,84	0,74
Balearen	1,67	1,41	2,42	1,38	0,89	1,46	0,47	1,58	2,43	0,81	0,31	1,35
Kanaren	1,49	1,29	1,04	2,10	0,76	0,93	1,05	0,41	1,00	1,66	1,98	1,25
Kantabrien	0,35	0,17	0,79	0,15	0,08	0,73	0,21	0,10	0,78	0,62	1,16	0,47
Kastilien und León	2,08	0,52	1,11	0,66	0,45	1,02	0,89	3,24	1,18	0,68	0,84	1,15
Kastilien-La Mancha	0,46	0,79	0,25	0,47	0,27	0,56	0,59	0,87	1,06	0,43	0,49	0,57
Comunidad Valencia	1,25	2,56	2,75	2,16	2,18	8,73	4,61	1,68	6,23	1,89	1,68	3,25
Extremadura	0,17	0,09	0,12	0,12	0,71	0,07	0,15	0,17	0,10	0,18	0,11	0,18
Galizien	0,65	1,04	1,26	0,54	0,67	2,22	1,37	0,35	1,83	0,39	0,51	0,98
Murcia	0,08	0,20	0,57	0,51	0,56	0,55	1,53	0,94	0,38	0,95	1,28	0,69
Navarra	0,17	1,49	0,82	2,23	1,90	1,86	4,51	5,63	1,68	1,38	5,04	2,43
Baskenland	2,17	2,36	3,91	2,84	1,04	4,36	2,58	3,53	4,57	2,64	5,21	3,20
La Rioja	1,84	0,39	0,88	0,14	0,20	0,28	0,02	0,24	0,47	0,23	0,18	0,44
Summe Gruppe 2	18,52	24,19	30,37	19,77	16,82	29,18	25,06	29,16	32,73	19,14	28,32	24,85
Sonstige (*)	16,36	5,95	4,43	3,40	0,77	1,88	1,88	3,66	6,40	10,66	2,28	5,24

(Quelle: eigene Darstellung nach Muñoz Guarasa 2002: 177)

Anreize für Direktinvestitionen in Andalusien könnten unter anderem die verhältnismäßig niedrigen Lohnkosten, die Verfügbarkeit von qualifizierten wie auch unqualifizierten Arbeitskräften, Steuervergünstigungen oder der Zugang zu Rohstoffen gewesen sein. Ebenso lockte die Aussicht auf eine höhere Rentabilität der Investitionen in Bereichen wie dem Bausektor ausländische InvestorInnen an. (Muños Guarasa 2002: 180ff.)

Die für die andalusische Industrie bestimmten Direktinvestitionen wurden vor allem von OECD-Ländern vorgenommen, hier vor allem von ausländischen Unternehmen, die bereits über Niederlassungen in Spanien verfügten. Unter den Ländern der Europäischen Union investierten vor allem die Niederlande in die andalusische Industrie. Grund dafür könnte der dadurch erleichterte Zugang zu den Rohstoffen gewesen sein. (Junta de Andalucía 1996: 22)

Während auf nationaler Ebene 1986 die meisten Investitionen in die Sektoren Weiterverarbeitung von Metallen (29,91%), Dienstleistungen (36,32%) und andere Bereiche der weiterverarbeitenden Industrie und der Chemie flossen, unterschied sich die Verteilung der ausländischen Direktinvestition auf regionaler Ebene von jener auf nationaler Ebene. In Andalusien profitierte der Dienstleistungssektor (Finanzinstitute, Versicherungen, Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung) mit 36,2% der gesamten Direktinvestitionen am meisten. In das Gastgewerbe, den Handel und andere Dienstleistungen flossen 22,9% der gesamten Investitionen. Darauf folgten Investitionen in die Landwirtschaft, Viehhaltung und Fischfang (17,5%) und in die weiterverarbeitende Industrie (nur 11,9%). (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 124ff.)

Bei einer genaueren Betrachtung der Gesamtheit der Investitionen in die andalusische Wirtschaft wird die hohe Konzentration der Investitionen auf bestimmte Bereiche, aber auch nach geografischen Aspekten deutlich. Am meisten investiert wurde in die traditionellen Aktivitäten in Andalusien, welche sehr eng mit der Verarbeitung von Rohstoffen verbunden waren. In fünf Bereiche der andalusischen Industrie flossen im Zeitraum zwischen 1985 und 1990 66% der Investitionen: Lebensmittelindustrie, Getränke und Tabak, Energie, Produktion und Transformation von Metallen, Chemie, sowie die Verarbeitung nicht-metallischer Mineralstoffe. (Alcaide Castro u.a. 1992: 22) Unter geografischen Gesichtspunkten waren die Investitionen ebenfalls hoch konzentriert. Der Fokus lag hierbei auf jenen Teilen Andalusiens, in welchen der Industrialisierungsgrad am höchsten war. Diese hohe Konzentration der Investitionen auf bestimmte Regionen beziehungsweise Aktivitäten führte zu einer weiteren Polarisierung innerhalb der Region. Die Provinzen Sevilla, Huelva, Málaga, Granada, Cordoba, Cádiz und Jaén profitierten am meisten von den Investitionen. Aber auch innerhalb dieser Provinzen fand eine Konzentration statt und zwar vor allem auf die städtischen Gebiete. (Alcaide Castro u.a. 1992: 27)

Bemerkenswert ist hier, dass Andalusien jene Region Spaniens darstellte, in welche der höchste Beitrag der Direktinvestitionen in den Primärsektor floss. Die hohe Konzentration der ausländischen Direktinvestitionen nahm im folgenden Jahr tendenziell weiter zu. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 124ff.)

Der Fokus der ausländischen Direktinvestitionen zeigte einmal mehr die Position Andalusiens in der internationalen Arbeitsteilung auf. Neben den Investitionen in den Dienstleistungssektor, waren die Investitionen in höchstem Maße auf den Landwirtschaftssektor und auf die Weiterverarbeitung von Rohstoffen konzentriert.

5.2.3 Die Entwicklung der Industrie

Der Beitritt in die Europäische Gemeinschaft brachte einige Veränderungen für den spanischen Industriesektor mit sich. Im Bereich der Industrie sollten Anpassungsprozesse vorgenommen werden, die einige Opfer abverlangten, jedoch waren diese im Vergleich zur Landwirtschaft deutlich geringer.

Subsektoren wie Eisen- und Stahlindustrie und auch der Schiffbau verloren die staatliche Protektion und standen nun in direkter Konkurrenz zu den industrialisierten Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Rationalisierungsmaßnahmen in den Krisenindustrien sowie der

Abbau von Überkapazitäten² waren hier für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung. Wobei sich für den Eisen- und Stahlsektor ungünstige Verhältnisse im Zuge der Beitrittsverhandlungen ergaben und dieser in besonderem Maße von zukünftigen Importen bedroht war. Für die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie wurde aufgrund des Zollabbaus der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Staaten Afrikas, des karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) Rückgänge erwartet, da die Billiglöhne der Schwellenländer die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Produkte gefährdeten. Die technologisch vergleichsweise unterentwickelten und unrentablen Klein- und Mittelbetriebe, die in Spanien weit verbreitet waren, sahen sich durch die EG-Mitgliedschaft besonders gefährdet vom Markt verdrängt zu werden – mit allen negativen Folgen für den Arbeitsmarkt. In einer begünstigten Position aufgrund ihrer Position in den Handelsbeziehungen mit den übrigen EG-Mitgliedsländern waren 1986 die Bereiche Mineralölindustrie, Automobilindustrie (SEAT wurde 1986 von VW übernommen) und die Schuhindustrie. Für die Schuhindustrie ändert sich diese Position jedoch aufgrund des zunehmenden Angebots der Schwellenländer zunehmend. Auch für den Bergbau in Spanien erwartete man durchaus positive Folgen. (Saenz de Buruaga zitiert nach Nohlen 1992: 151)

Zum Zeitpunkt des Beitritts befand sich der andalusische Industriesektor in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Nach einem Jahrzehnt niedrigen industriellen Wachstums und negativen Entwicklungen im Bereich der andalusischen Industrie, die auf die Krise der 1970er und 1980er Jahre zurückgeführt werden konnten, und der darauf folgenden Phase der Anpassungsprozesse und des Strukturwandels fand in den Jahren 1986 und 1987 eine wirtschaftliche Erholung im Bereich des andalusischen Industriesektors statt. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 149) Im Gegensatz zu den Vorjahren, in welchen Andalusien ein negatives Wachstum im Bereich der Industrie verzeichnen musste, lag das Wachstum der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich 1986 bei 10,1% und im darauffolgenden Jahr erwirtschaftete die Region ein Wachstum in Höhe von 8,1%. Die Wachstumsraten der andalusischen Industrie lagen damit 1987 über jenen der nationalen Industrie. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 149) Auch war die Präsenz derjenigen Industriebereiche, bei welchen es die größten Probleme in Bezug auf die Eingliederung in die neue wirtschaftliche Realität gab, auf regionaler Ebene deutlich geringer. Andalusien verfügte somit während jener

² Die Industriereformen betrafen die von der Krise noch Anfang der 1980er am härtesten betroffenen Industriezweige: integrale Eisen- und Stahlerzeugung, Spezialstähle, Schiffbau, elektronische Haushaltsgeräte, sowie die Düngemittelproduktion. Mitte der 1980er Jahre wurden 216.165 Arbeitsplätze abgebaut. In Andalusien war der Schiffbau in der Provinz Cádiz in besonderem Maße vom Abbau der Arbeitsplätze betroffen. (Nohlen 1992: 71f.)

Jahre über eine Spezialisierung im Bereich der Industrie, welche das Wirtschaftswachstum verhältnismäßig begünstigte. (Aurioles Martin/Martin Rodríguez 1990: 79ff.)

Einen wichtigen Beitrag zur Erholung der Situation des Sektors leisteten Impulse der internen Nachfrage, der Rückgang der Energiepreise sowie der Rückgang der spanischen Währung im Vergleich zum Dollar-Wechselkurses. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 149) Ferner waren in Andalusiens industrielle Aktivitäten von großer Bedeutung, die auf nationaler Ebene die höchsten Wachstumsraten verzeichneten. Im Jahr 1988 machten die Subsektoren Lebensmittel-, Energie-, Chemie- und die Transportindustrie sowie die Weiterverarbeitung von metallischen und nichtmetallischen Produkten 72% der regionalen industriellen Bruttowertschöpfung aus. (Alcaide Castro u.a. 1992: 18) Abgesehen vom Energiesektor, dessen Entwicklung eigenen Dynamiken unterlag und der von den Schwankungen der internationalen Märkte für Erdöl abhängig war, waren es der Bergbau und der Chemiesektor, die 1986 die größten Wachstumsraten erzielten. 1987 schloss sich der Bereich der Weiterverarbeitung von Metallen den Sektoren mit den höchsten Wachstumsraten an. Der Lebensmittelsektor und die übrige verarbeitende Industrie waren jedoch jene Bereiche, die in jenen Jahren den höchsten Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Industriesektor lieferten. Der Bereich war nicht nur in Prozenten ausgedrückt der bedeutendste im Rahmen der andalusischen Industrie, sondern zählte auch die größte Anzahl an größtenteils klein- und auch mittelständischen Unternehmen. Im Vergleich zum Chemiesektor war in diesen Subsektoren die Wertschöpfung besser verteilt. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 149)

Gleich wie die Krise der 1970er Jahre im Bereich des Schiffbaus eine drastische Verschlechterung im Bereich der Weiterverarbeitung von Metallen nach sich zog, führte die Erholung des Schiffbaus auf internationaler Ebene gegen Ende der 1980er Jahre zu einem erneuten Aufschwung dieses Subsektors. (Eseca 1990 zitiert nach Aurioles Martin/Martin Rodríguez 1990: 80)

In Tabelle 9 sind die einzelnen Subsektoren mit ihrem jeweiligen Beitrag zur Bruttowertschöpfung des andalusischen Industriesektors zu erkennen. Die Dominanz der Lebensmittelindustrie sowie die Bedeutung des Energie- und Wassersektors, darauf mit deutlichem Abstand der Weiterverarbeitung von metallischen und nichtmetallischen Produkten sowie des Chemiesektors werden in dieser Grafik ersichtlich.

Tabelle 9: Verteilung der Bruttowertschöpfung nach Subsektoren der andalusischen Industrie 1987 (in %)

Subsektoren	Bruttowertschöpfung in %
Energie und Wasser	18,66
Mineralien und Metalle	4,31
Weiterverarbeitung v. mineral. und nicht-metall. Produkte	8,77
Chemische Produkte	8,42
Maschinenbau und Weiterv. metall. Produkte	11,50
Transportmaterial	4,43
Lebensmittel, Getränke und Tabak	25,88
Textilien, Leder und Schuhe	7,86
Papierverarbeitung und Grafik	3,75
Holz, Kork und Möbel	3,70
Gummi, Plastik und andere Gewerbe	2,62
Gesamt	100

(Quelle: eigene Darstellung nach Salgueiro 1991: 72)

Die positiven Entwicklungen des andalusischen Industriesektors zu Beginn der europäischen Mitgliedschaft waren jedoch konjunkturell bedingt und daher nicht von lang anhaltender Dauer. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Industrie zeigte sich in einem kontinuierlichen Rückgang der Diversität im Bereich der industriellen Aktivitäten. Der Fokus der regionalen Industrie lag zunehmend auf nicht-kapitalintensiven Produkten mit geringer Nachfrage, wie Metallen, Mineralien und nicht-metallischen Produkten, bzw. auf Produkten mit mittlerer Nachfrage, wie Lebensmittel, Getränke und Tabak. Die chemische Industrie, ein Subsektor der andalusischen Industrie, für welche ein höheres Technologieniveau und eine mittlere bis hohe Nachfrage charakteristisch waren, verzeichnete in jener Periode Rückgänge. Im Vergleich dazu nahm die Spezialisierung der andalusischen Industrie im Bereich der Transportindustrie zu, einem Bereich, der zwar über ein mittleres Technologieniveau verfügte, für welchen jedoch nur eine niedrige Nachfrage charakteristisch war. Insgesamt blieb jedoch die verarbeitende Industrie in Andalusien aufgrund des Mangels an Kapital und Technologie von relativ geringer Bedeutung. (Pajares 1997:54ff.)

Eine genauere Aufgliederung der Bedeutung der unterschiedlichen industriellen Aktivitäten Andalusiens in Anteilen am spanischen Industriesektor für den Zeitraum zwischen 1986 und

1992 werden in der Tabelle 10 ersichtlich. Sie zeigt einen geringen Rückgang des Anteils der andalusischen Industrie sowie die relative Stärke der Lebensmittelindustrie.

Tabelle 10: Anteil der andalusischen Industrie an der nationalen Industrie für die Periode 1986-1992

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1986-92
Energie	11,06	10,86	8,40	6,73	4,77	9,21	10,97	8,85
Industrie	9,59	9,63	9,73	9,62	9,40	8,78	8,79	9,32
Subsektoren								
Grundmetalle	12,09	11,39	11,05	13,92	12,58	9,76	12,36	11,97
Mineralien u. nicht-metall. Prod.	12,39	12,51	12,35	11,96	12,00	11,75	11,11	11,95
Chemie	12,39	12,31	11,33	10,42	8,06	7,39	6,84	9,56
Metall. Produkte	6,34	6,23	5,48	4,97	4,81	5,56	5,58	5,56
Ldw.- und Industriegeräte	2,60	1,95	1,91	2,19	2,86	2,66	2,95	2,48
Büromaschinen	7,23	6,57	14,21	12,53	5,41	8,40	7,19	8,86
Elektr. u. elektr. Geräte	3,80	4,60	4,71	4,38	3,30	3,44	4,61	4,08
Transportmat.	4,16	6,48	8,52	8,88	12,00	7,72	8,21	8,32
Lebensmittel, Getränke, Tabak	19,45	18,99	19,39	18,63	18,59	18,80	17,45	18,68
Textil-, Bekleidungsind.	5,97	5,96	5,77	6,27	6,22	6,36	6,37	6,15
Papierind.	6,31	6,46	6,50	6,74	6,15	5,17	4,65	5,19
Gummi u. Plastik	2,50	2,59	2,21	2,57	2,52	2,58	3,23	2,63
Holzverarbeitung	6,37	6,68	6,68	6,87	6,34	7,00	7,05	6,74

(Quelle: eigene Darstellung nach Pajares 1997: 55)

Ein Aspekt, der hier von Bedeutung ist und die Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Industrie beeinflusste, war die Beschaffenheit der andalusischen Unternehmen. Knapp 80% der andalusischen Unternehmen verfügten über höchstens fünf Beschäftigte. (García Ordoñez 1997: 245) Größere Unternehmen fanden sich in der Lebensmittelindustrie, der Transportindustrie, der Chemieindustrie, sowie der Eisen- und Papierindustrie. Der überwiegende Teil der Großunternehmen befand sich im Besitz von öffentlichem oder ausländischem Kapital, nur wenige dieser Unternehmen waren im Besitz des regionalen Privatkapitals. Mit der Integration Spaniens in die EG und der damit verbundenen Öffnung der andalusischen Wirtschaft waren besonders die Kleinunternehmen durch den steigenden Wettbewerbsdruck gefährdet und waren auch besonders krisenanfällig. (Ferraro 1998 zitiert nach Bueno/Galán 1999: 213)

Im andalusischen Außenhandel waren in den auf 1986 folgenden Jahren zunächst negative Entwicklungen zu verzeichnen. Die Krise der 1990er Jahre, welche durch das Platzen der Immobilienblase in Japan und den Anstieg des Ölpreises aufgrund des Golfkrieges ausgelöst wurde, wirkte sich auch auf die andalusische Wirtschaft negativ aus. Diese krisenhafte Entwicklung hielt in Spanien aber nur für zwei Jahre an. (Pajares 1997:58)

Während im Jahre 1986 noch einige andalusische Industriebranchen von komparativen Vorteilen profitiert hatten, waren jene Bereiche mit komparativen Vorteilen im andalusischen Außenhandel im Jahre 1994 so gut wie inexistent. Denn die vorteilhafte Position der Bereiche Lebensmittel, Getränke und Tabak reduzierte sich von 1986 bis 1994 deutlich. Der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie der Holz- und Metallverarbeitenden Industrie und anderen verarbeitenden Industrien kamen 1986 moderate Vorteile zu gute, doch drehte sich dies dann bis 1994 hin zu einer nachteiligen Position. Ferner verloren die Papierindustrie und auch die Chemieindustrie, die auf nationaler Ebene positive Entwicklungen verzeichneten, ihre günstige Position auf dem internationalen Markt. Demgegenüber verbesserten sich die Positionen der Transportindustrie sowie der metallverarbeitenden Industrie; dies gelang ebenfalls im Bereich der Mineralindustrie und der Verarbeitung von nicht-metallischen Produkten. (Pajares 1997:58)

Ein sehr positives Ereignis für die andalusische Industrie stellte Anfang der 1990er Jahre die Errichtung des Technologieparks in Málaga dar. Es war ein Projekt, welches zu einem guten Teil mit den Mitteln der europäischen Regionalpolitik finanziert wurde. Dieser Technologiepark wurde zum dynamischen Kern der andalusischen Industrie. Von der geographischen Bündelung von Wissen und Technologie wurde in weiterer Folge ein Prozess des technologischen Transfers erwartet, der sich sehr positiv auf die Entwicklung der regionalen Industrie auswirken sollte. Noch heute ist der Technologiepark von Málaga von großer Bedeutung und trägt positiv zur industriellen Wertschöpfung der Provinz Málaga bei. Der Einfluss des Technologieparks auf die regionale Industrie ist jedoch begrenzt. (Europäische Kommission 2014: 1)

5.2.4 Die Entwicklung der Landwirtschaft

Im Zuge der Beitrittsverhandlungen waren vor allem jene Sektoren der spanischen Wirtschaft in der Diskussion, in welchen Spanien eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit aufweisen konnte. So erwiesen sich die Verhandlungen um die Rahmenbedingungen für die spanische Landwirtschaft als sehr schwierig. Insbesondere Früchte, Gemüse und der Fischfang waren

verhältnismäßig wettbewerbsfähig und stellten eine Bedrohung für die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft dar. Vor allem die französische Landwirtschaftslobby, die einen erhöhten Wettbewerbsdruck durch die verhältnismäßig günstigeren spanischen Produkte damit verbundene Verdrängungseffekte befürchtete, erschwerte die Beitrittsverhandlungen. (Marín zitiert nach Dudek 2005: 73) Dem Landwirtschaftssektor wurde auch von Seiten der Gemeinschaft große Bedeutung zugemessen, da dieser zu jenem Teil der einheitlichen Gemeinschaftspolitik gehörte, der am weitesten entwickelt war und in den zwei Drittel des EG-Gemeinschaftshaushaltes flossen. (Musto 1977: 90)

Der Beitritt Spaniens zur EG hatte schlussendlich sehr positive Auswirkungen auf den andalusischen Agrarsektor. Die Entwicklungen der andalusischen Wirtschaft zwischen 1986 und 1995 zeigen, dass Andalusien Mitte der 1990er Jahre deutlich agrarischer und weniger industrialisiert war, als Ende der 1980er Jahre. Die Anteile der andalusischen Industrie an der regionalen Bruttowertschöpfung gingen im Vergleich zur Landwirtschaft zurück. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 132) Die landwirtschaftlichen Strukturen Andalusiens, welche zuvor noch durch eine starke Polarisierung von Klein- und Großunternehmen geprägt waren, hatten im Jahrzehnt davor wichtige Transformationsprozesse durchlaufen, die zu einer Modernisierung des Sektors geführt hatten. Die Anzahl an Großunternehmen hatte dabei deutlich zugenommen, was zu einer deutlichen Steigerung der Produktivität innerhalb des Sektors führte. Diese Entwicklungen gingen jedoch mit einem Rückgang der Beschäftigten innerhalb des Sektors einher, was aufgrund der mangelnden Perspektive am regionalen Arbeitsmarkt schwer zu verkraften war. (Delgado 1991: 102ff.)

Andalusien war jene Region Spaniens, deren Primärsektor vom EG-Beitritt am meisten profitierte, da Produkte wie Zitrusfrüchte, Obst, Frischgemüse, Speiseöl, Olivenöl und Wein von der EG-Politik besonders begünstigt wurden. Die EG-Politik förderte weiters den Anbau von Sonnenblumen, Baumwolle, Tabak und Reis im andalusischen Guadalquivir-Becken. Die Nachfrage nach Produkten aus der andalusischen Landwirtschaft, vor allem von Seiten der Europäischen Gemeinschaft, war groß. Dies zeigte sich deutlich am Anstieg der Exporte landwirtschaftlicher Güter. (Nohlen 1992: 99) 40% der landwirtschaftlichen Produktion der Region wurde für den europäischen Markt produziert, dieser Anteil sollte in den darauffolgenden Jahren noch deutlich ansteigen. Besonders profitierte Andalusien im Zuge des EG-Beitritts von den Preisgarantien und den europäischen Subventionen für den Agrarsektor. (Galdeano Gómez/De Pablo Valenciano 1997: 68f.)

Der Anteil der Landwirtschaft am andalusischen Bruttoregionalprodukt war doppelt so hoch wie jener auf nationaler Ebene. Auch bei der Beschäftigung war der Landwirtschaftssektor 1995 bedeutender als der Industriesektor und auch der Bausektor. Nur der Dienstleistungssektor mit dem Tourismus und dem öffentlichen Sektor hätte eine deutlich höhere Anzahl an Beschäftigten. (Galdeano Gómez/De Pablo Valenciano 1997: 64)

Die gemeinsame Agrarpolitik führte zu einem Anstieg der Löhne im Bereich der Landwirtschaft. Laut einer Umfrage des Statistikbüros der Europäischen Gemeinschaft profitierten die spanischen Landwirtinnen und Landwirte am meisten von der Anhebung der Löhne. Das landwirtschaftliche Einkommen stieg bereits in den Jahren vor 1986 kontinuierlich jährlich um durchschnittlich 3,4%. Zwischen 1986 und 1987 lag die Wachstumsrate bei 9,6%. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 132) Im Rahmen der Landwirtschaft wurde eine zunehmende Spezialisierung deutlich, die nicht zuletzt auf Modernisierungsprozesse zurückgeführt werden kann. (Pajares 1997: 53) Intensive landwirtschaftliche Anbauformen, die in Andalusien traditionell weit verbreitet waren, gewannen in dieser Zeit an Bedeutung. Gemüseanbau und Blumenzucht stiegen von 28% im Jahre 1986 bis Mitte der 1990er Jahre auf 40%, der landwirtschaftlichen Endproduktion. (Pajares 1997: 54) Die steigende Nachfrage nach Inputs (Dünger, Samen, etc.) und Investitionen, welche für die landwirtschaftliche Produktion benötigt wurden, führten zu einer Zunahme der Verschuldung der landwirtschaftlichen ProduzentInnen. Damit ging eine größere Außenabhängigkeit der andalusischen Landwirtschaft einher. (Delgado 1991: 105)

Dank der Modernisierungsprozesse und der Einbettung in die europäische Agrarpolitik kam dem Landwirtschaftssektor für die wirtschaftliche Entwicklung der Region gerade im Zuge der veränderten internationalen Rahmenbedingungen eine besondere Rolle für die Entwicklung der Region zu. In Almería, Granada, Málaga, Huelva und Cádiz waren besonders wettbewerbsfähige Produktionsstätten angesiedelt, für welche eine hohe Orientierung auf internationale Märkte charakteristisch war. (Galdeano Gómez/De Pablo Valenciano 1997: 63ff.)

5.2.5 Die Ausreißer: Bau und Dienstleistung

Doch nicht nur die Landwirtschaft verzeichnete dynamische Entwicklungen. Eine besondere Dynamik ließ sich in jener Zeit auch in den Bereichen Bauwirtschaft und Dienstleistungen erkennen.

Der andalusische wie auch der spanische Bausektor insgesamt verzeichneten sehr dynamische Wachstumsphasen, die nicht zuletzt auf den Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft zurückzuführen waren. Durch den Beitritt wurden die Errichtung neuer Unternehmen und die Ansiedlung ausländischer Unternehmen begünstigt sowie ein einfacherer Zugang zu Ressourcen ermöglicht. Preisunterschiede zu den restlichen Ländern der europäischen Gemeinschaft, den USA und Japan stellten ferner begünstigende Faktoren dar. (Rodríguez López 1991: 83f.) Die Wachstumsraten des Bausektors seit dem Beitritt bis Anfang der 1990er Jahre lagen bei 14%. Dem Bausektor kam ferner ein bedeutender Teil der regionalen Wertschöpfung zu, er trug 25% zu der durch die Region generierten Bruttowertschöpfung bei. (Delgado 1991: 94ff.)

Zwischen dem andalusischen Bausektor und der regionalen Industrie, die sich der Herstellung von Baumaterialien widmete, bestanden jedoch verhältnismäßig geringe Verbindungen. Somit waren die Effekte des wachsenden Bausektors auf andere regionale Sektoren verhältnismäßig gering. So stammten beispielsweise nur 20% der für den Bau benötigten Metalle aus der Region, die weiteren 80% wurden importiert. Der wachsende Bausektor führte zu einem Anstieg der Importe und der Nachfrage nach ausländischen Technologien. Dieser Sektor galt Ende der 1980er Jahre als ein unproduktiver Sektor, da er nur sehr geringe Auswirkungen auf die übrigen Sektoren der regionalen Wirtschaft hatte. (Delgado 1991: 94ff.)

Der andalusische Immobiliensektor wurde zunehmend zu einem profitablen Ziel für ausländische Investitionen. Die Hälfte des ausländischen Kapitals, welches 1988 in den spanischen Immobiliensektor floss, wurde in die Akquisition andalusischer Immobilien investiert. Aus diesen Entwicklungen resultierte wiederum eine Verdreifachung der Immobilienpreise, diese Verteuerung lag bedeutend über der allgemeinen Preis- und Lohnentwicklung. Diese Entwicklung der Immobilienpreise führte zu einer zunehmenden Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung, da einem großen Teil der regionalen Bevölkerung durch die unverhältnismäßige Preissteigerung der Zugang zu Immobilien erschwert bzw. verunmöglicht wurde. Die Verschuldung der Privathaushalte nahm im Zuge dessen kontinuierlich zu. (Delgado 1991: 94ff.)

Auch der Bau bzw. Ausbau der Infrastruktur, welcher besonders von der europäischen Regionalpolitik gefördert wurde (siehe Kapitel 7.4) war für die Bauwirtschaft von großer Bedeutung. Aufwändige Infrastrukturprojekte wurden in jenen Jahren realisiert. Von den Verbesserungen der Infrastruktur profitierten hauptsächlich wirtschaftlich dynamischere Provinzen bzw. Städte wie Sevilla. Wie aber auch im Rahmen des regionalen

Entwicklungsplanes von 1987-1990 erkannt wurde, diente der Ausbau der Infrastruktur hauptsächlich der Anbindung der Region an die Außenwelt und weniger der Verbesserung der Situation innerhalb der Region. (Consejería de Economía y Hacienda 1988: 15)

Neben dem Bausektor war der Dienstleistungssektor bereits in den Jahren vor dem Beitritt in die EG der Motor des andalusischen Wirtschaftswachstums gewesen. Auch nach dem Beitritt verzeichnete der Dienstleistungssektor sehr positive Entwicklungen, die jene auf nationaler Ebene übertrafen. (Consejería de Fomento y Trabajo 1988: 154) Gerade im Bezug auf die Zahl der Beschäftigten zeigten sich diese Entwicklungen. 58,3% der Beschäftigten im Vergleich zu 54,1% auf nationaler Ebene arbeiten in Andalusien im Dienstleistungssektor. (Rodríguez/Curbelo 1990: 144) Die Stärke des Sektors stellte in Andalusien jedoch nicht wie in manch anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ein Zeichen für eine entwickelte Wirtschaft dar. Der Anteil der Dienstleistungen für produktive Bereiche wie Industrie und Landwirtschaft war deutlich niedriger als auf nationaler bzw. internationaler Ebene. Die Zunahme der Bedeutung des Tourismus und des öffentlichen Sektors waren unter anderem ausschlaggebend für das Wachstum des Dienstleistungssektors. (Salgueiro 1991: 69)

Gerade der Tourismus war in Andalusien seit den 1960er Jahren von besonderer Bedeutung für die regionale Wertschöpfung. Andalusien zählte neben den Balearen und den Kanaren zu den Haupturlaubsdestinationen Spaniens. 1987 bereisten 20% aller Spanien-Touristen die Region. Die Einkünfte aus dem Tourismus machten 15% des Bruttoregionalproduktes aus. Nur die zwei spanischen Regionen der Kanaren und der Balearen übertrafen diesen Wert. Die kontinuierliche Zunahme des Tourismus begünstigte wiederum die Entwicklung des Immobiliensektors gerade an der andalusischen Mittelmeerküste, der Costa del Sol. (Rodríguez López 1991: 85) Besonders positive Effekte hatten der freie Personenverkehr im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sowie die zumindest anfangs im europäischen Vergleich deutlich niedrigeren andalusischen Preise. Die Zahl der Touristen aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft (insbesondere Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien) nahm kontinuierlich zu. Die Wertschöpfung im Bereich des Tourismus verdreifachte sich zwischen 1981 und 1991. (Buitrago Esquinas 1997: 685)

Während der andalusische Industriesektor und der Landwirtschaftssektor nur über geringe Kapazitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen verfügten, ersterer aufgrund der zunehmenden Schwäche und geringen Wettbewerbsfähigkeit und zweiterer aufgrund zunehmender Modernisierungsprozesse, wurden diese Entwicklungen durch die zwei dynamischen Sektoren

Bau und Dienstleistungen bis zu einem gewissen Grad kompensiert. (Rodríguez/Curbelo 1990: 143)

5.3 Fazit: Was zu erwarten war: Landwirtschaft für den großen Markt

Die Analyse der Integration der andalusischen Wirtschaft in den europäischen Markt lässt einige Merkmale erkennen, die die ungleiche Beziehung der Region mit den sogenannten Zentren der Europäischen Gemeinschaft im Sinne der Dependenztheorie offenlegen. Unterschiede zwischen der Region und den wirtschaftlich stärkeren Regionen Spaniens und auch der europäischen Union zeigten sich unter anderem in Form von einer Abhängigkeit der Region von außerregionalem Kapital und Technologie, in Form von Einkommensunterschieden sowie strukturellen Unterschieden bei der Gewichtung der Wirtschaftssektoren, insbesondere bei der Rolle von Landwirtschaft und Tourismus sowie bei den Abhängigkeiten im Bereich des Produktionssystems.

Die Integration stellte, wie Becker, Jäger und Weissenbacher (2013) feststellen, eine Integration ungleicher Partner dar. Das lässt sich besonders anschaulich anhand der Entwicklung des andalusischen Außenhandels zeigen. Die Erwartungen an den Beitritt, wie sie einleitend vorgestellt wurden, bestätigten sich überwiegend. Eine Ausnahme bildet die Entwicklung des Chemie- und des Transportsektors. Die chemische Industrie stellte sich als weniger wettbewerbsfähig dar als erwartet, die Transportwirtschaft hingegen entwickelte sich positiver als angenommen. Die starke Zunahme der andalusischen Importe gerade im Bereich der Industrie legte die starke Außenorientierung der Region offen und sowie die ausgeprägte Schwäche der andalusischen Industrie. Diese beiden Ausprägungen sind typische Merkmale für periphere Regionen. Im Vergleich dazu verzeichnete der andalusische Landwirtschaftssektor nach einer kurzen Umstellungsphase eine deutlich positive Entwicklung. Die Außenorientierung der andalusischen Landwirtschaft stieg im Zuge der Integration deutlich an. Gerade Gemüse, Blumen, Olivenöl und Wein verzeichneten hohe Wachstumsraten. Das Interesse der übrigen Mitgliedsländer an der Rolle Andalusiens als Exporteur von Agrarprodukten zeigte sich zum einen an der hohen Nachfrage nach diesen Produkten und zum anderen an dem bedeutenden Teil der Direktinvestitionen, der in die andalusische Landwirtschaft floss. Die von Seers (1979), Wallerstein (1985) und auch Papadantonakis (1985) beschriebenen charakteristischen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie zeigen sich im Zuge des EG-Beitritts deutlich. Die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie weiteten sich. Volkswirtschaften des Zentrums wie insbesondere Deutschland

steigerten die Industrieexporte und erzielten kontinuierliche Handelsbilanzüberschüsse sowie nutzten im Tourismus Regionen wie Andalusien zu Freizeitwecken. Für Regionen wie Andalusien brachte die Peripherisierung eine zunehmende Abhängigkeit von Rohstoffexporten sowie von landwirtschaftlichen Produkten und eine steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors aufgrund der positiven Entwicklung des Tourismus. Ein Ausreißer war der Bausektor, der in großer Abhängigkeit von ausländischem und auch öffentlichem Kapital im Zusammenhang mit dem Tourismus dynamische Entwicklungen verzeichnete.

Während Andalusien noch in den Jahren unter Franco und auch in den 1970er und 1980er Jahren als Garten Spaniens bezeichnet wurde, gelang der Region nun der „Aufstieg“ zum Garten Europas.

6. Die vertiefte Integration: Andalusien in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Nach der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollte das europäische Integrationsprojekt noch in einer Währungsunion mit einer gemeinsamen Geld- und Währungspolitik der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten eine weitere Vertiefung erfahren. Mit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahre 1992 wurde das Fundament für diesen weiteren, möglicherweise einen der wichtigsten Schritte der europäischen Integration, gelegt. (Secretaría General de Economía 1997: 19) Die Wirtschafts- und Währungsunion sah eine komplett freie Bewegung von Gütern, Personen, Dienstleistungen, Kapital, sowie fixe Wechselkurse der nationalen Währungen vor und sollte schlussendlich in einer gemeinsamen Währung münden. (Delors 1989: 12f.)

Die gemeinsame Währungspolitik, die sich aus der Währungsunion ergeben sollte, hatte eine hohe Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitiken sowie die Übereinstimmung einiger anderer Politikbereiche, etwa im fiskalpolitischen Bereich, zur Voraussetzung. (Delors 1989: 13) Ein Expertenteam, welches von dem Politik- und Wirtschaftswissenschaftler und achten Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Delors, geleitet wurde, wurde 1988 vom Europäischen Rat beauftragt die Planung für die Ebnung des Weges in die Europäische Währungsunion zu übernehmen. Der daraus resultierende Vertrag von Maastricht war für die Umsetzung der Europäischen Währungsunion von großer Bedeutung. Eine wichtige Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion war die Einhaltung der sogenannten Konvergenzkriterien, auch Maastrichtkriterien genannt. Konkret sahen die Konvergenzkriterien, welche sich im Vertrag der Europäischen Union wiederfinden, Kriterien in vier Bereichen vor: Preisstabilität, öffentliche Finanzen, Wechselkurse und langfristige Zinssätze. Durch die Einhaltung dieser Kriterien sollte eine größere Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern geschaffen werden, die zu einer höheren Stabilität des Systems als Ganzes führen und so die Möglichkeit für den Eintritt negativer Effekte begrenzen sollte. (Delors 1989: 13ff.)

Die Inflationsrate eines Landes durfte nicht mehr als 1,5% über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedsländer liegen. Im Bereich der öffentlichen Finanzen durfte die Defizitquote, also das Verhältnis zwischen öffentlichem Defizit und Bruttoinlandsprodukt, die 3%-Grenze nicht überschreiten. Die Verschuldungsquote, das Verhältnis zwischen öffentlichem Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt, durfte die 60%-Grenze nicht

überschreiten. Das Wechselkurskriterium war erfüllt, wenn die normale Bandbreite des Wechselkursmechanismus in den zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung eingehalten wurde. Das Kriterium der langfristigen Zinssätze besagte wiederum, dass der langfristige Nominalzins eines Landes um nicht mehr als zwei Prozentpunkte über jenen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer liegen durfte. (Art. 140 AEUV)

Die Wirtschaftspolitik Spaniens wurde darauf ausgerichtet, Teil der Währungsunion zu werden. Für Spanien bedeutete die Erreichung der Mitgliedschaft an diesem makroökonomischen Stabilitätsregime die Durchführung einiger weiterer bedeutender Transformationsprozesse. Die spanische Regierung entwickelte für den Zeitraum von 1992 bis 1996 einen „plan de convergencia“, der die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben durch eine straffe Fiskalpolitik, die Reduktion der Inflation und der Zinssätze vorsah. Ferner sah der Konvergenzplan die Deregulierung und Flexibilisierung des Kapital- und Arbeitsmarktes vor sowie die Kontrolle der Entwicklung der Nominallöhne und die Beschleunigung der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Politiken zur Förderung der Produktionssektoren, wie die Industrieförderung, deren Bedeutung gerade im Zuge der Auswirkungen der Währungsunion deutlich wurde, wurden im Rahmen dieser Anpassungsprozesse den Instrumenten der Rationalisierung und Privatisierung untergeordnet. (Holman 1996: 155f.)

Spanien war Mitte der 1990er Jahre eines der Länder, das sich von der Einhaltung der vereinbarten Kriterien am weitesten entfernt sah. Während bereits wirtschaftlich besser gestellte Länder der künftigen Währungsunion Anstrengungen auf sich nehmen mussten, um jene Kriterien einzuhalten, waren diese Anstrengungen für Spanien doppelt so groß. Finanzielle Unterstützungen aus der europäischen Regionalpolitik (siehe 7. Kapitel) sollten Spanien auf dem Weg der Reformen und Umstrukturierungsprozesse unterstützen. (Estrada u.a. 2009: 9)

Um den Konvergenzkriterien gerecht zu werden, unternahm Spanien Maßnahmen zur Reduzierung der in den 1990er Jahren verhältnismäßig hohen Inflation. Aus diesen Maßnahmen resultierten ein Rückgang des Outputs und ein Anstieg der Arbeitslosenrate. Ferner wurden Maßnahmen zur Sicherung der Preisstabilität gesetzt, die jedoch nur begrenzt erfolgreich waren. (Estrada u.a. 2009: 15ff)

Die Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes war ein bedeutendes Konvergenzkriterium. Das Defizit, welches in den 1990er Jahren rund 7% des BIP betrug, wurde ganz abgebaut. Weiters gelang es Spanien nominale Divergenzen gegenüber den wichtigsten Handelspartnern abzubauen. (Estrada u.a. 2009: 15ff.)

Von der Beseitigung der spekulativen Komponente des Wechselkurses wurden positive Entwicklungen in unterschiedlichen Bereichen erwartet. Zum einen wurde mit einem Rückgang der Kosten für den Handel gerechnet, was den Unternehmen zugutekommen und zu einem Anstieg der Rentabilität führen sollte, und zum anderen würden sich dadurch die Kosten für den Tourismus reduzieren. Die niedrigeren Kosten für den Handel innerhalb der Eurozone begünstigten engere Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedern und damit wurde mit einer Zunahme der Bedeutung der komparativen Kosten gerechnet. Die bedeutendste Konsequenz der Veränderungen, die sich im Zuge des Aufbaus der Währungsunion ergab, war die Verringerung der Zinssätze, die zusammen mit der vorgegebenen Preisstabilität der Währungsunion neue wirtschaftliche Aussichten ermöglichte. Eine expansive Geldpolitik wurde zum Paradigma jener Zeit und führte in Verbindung mit der weltweiten expansiven Finanzsituation zu besonders niedrigen Zinssätzen. Durch die sinkenden Zinsen erhöhte sich wiederum die Kreditfähigkeit der spanischen Haushalte. Davon wurde wiederum ein Anstieg der Nachfrage und des Konsums erwartet. (Estrada u.a. 2009: 15ff.)

6.1 Erwartungen an die vertiefte Integration

Die Auswirkungen, die die vertiefte Integration Spaniens auf die regionale Entwicklung und das Wachstum Andalusiens haben würden, waren im Vornhinein nicht klar abzusehen. Die Anstrengungen, die Andalusien auf sich nehmen musste, um den neuen Vorgaben zu entsprechen, waren aufgrund der deutlichen Entwicklungsdivergenzen zu der Mehrheit der Regionen der Mitgliedsländer entsprechend höher. Eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der realen Konvergenz mit den restlichen Regionen stellte der Abbau der existierenden strukturellen Ungleichheiten innerhalb der Region dar, um in weiterer Folge die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken.

Es wurde befürchtet, dass die Einhaltung der Stabilitätskriterien, wie die Reduzierung des Haushaltsdefizits, in einer Region wie Andalusien, die sehr stark von den Ausgaben der öffentlichen Hand abhängig war, besonders negative Effekte zeitigen würde. (Secretaría General de Economía 1997: 130f.)

In Zeiten der Globalisierung und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks, auf welchen nun nicht mehr mit Anpassungen des Wechselkurses oder anderen protektionistischen Maßnahmen reagiert werden konnte, war die Wettbewerbsfähigkeit einer Region wie Andalusien besonders gefährdet. In Andalusien hatte sich das Produktionssystem seit der Zeit

Francos nur in geringem Maße verändert. Die Region galt noch immer als Exporteur von Agrarprodukten und Rohstoffen und fand sich in einem Kontext des zunehmenden Wettbewerbs wieder, in welchem Exportorientierung und die Produktion hochtechnologischer Industriegüter der Entwicklungsweg der Länder des Zentrums waren. Doch hatte sich die Situation für Andalusien nicht grundlegend geändert. Die Entwicklungsblockaden waren noch immer dieselben wie bei dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft. Die Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten lag größtenteils auf Bereichen mit stagnierender Nachfrage, das gilt insbesondere für viele Bereiche der andalusischen Industrie. Noch immer war die andalusische Unternehmensstruktur von Klein- und Mittelbetrieben geprägt, für welche ein geringes Technologieniveau, geringe Produktivität, geringe Innovationsfähigkeit und geringe Qualifizierung des Humankapitals sowie hohe Finanzierungskosten charakteristisch waren. (Secretaría General de Economía 1997: 141)

Es bestanden jedoch Unterschiede bezüglich der zu erwartenden Effekte der Währungsunion auf Spanien bzw. Andalusien. Für die andalusische Wirtschaft waren ein geringes Niveau der Öffnung im Vergleich zur nationalen Wirtschaft und eine große Außenabhängigkeit charakteristisch. Diese relative Geschlossenheit der regionalen Wirtschaft war ein möglicher Grund dafür, warum die Währungsabwertung als Instrument zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für die andalusische Wirtschaft geringere Effekte hatte als für die nationale Wirtschaft. Für Wirtschaften mit einer hohen Außenabhängigkeit hatte wiederum eine starke Währung in Bezug auf ihre Produktionssysteme Vorteile, da eine feste Währung geringere Kosten für die Importe mit sich brachte und sich dadurch die Produktionskosten reduzieren könnten. (Torres Chacón 1997: 104) Grundsätzlich galt, je offener eine Wirtschaft war, desto mehr profitierte diese von der gemeinsamen Währungsunion. Grund dafür waren die geringeren Transaktionskosten, die durch die Währungsunion ermöglicht wurden. (Villaverde Castro 1997: 22)

Während VertreterInnen der neoklassischen Denkrichtung die Ansicht vertraten und auch noch heute vertreten, dass die freie Bewegung von Gütern, Kapital und Dienstleistung die reale Konvergenz zwischen Regionen fördert, waren KritikerInnen der Meinung, dass die Mechanismen des Marktes eher zu einer weiteren Betonung der ungleichen Entwicklung führten, da sie jene Größenvorteile und Agglomerationseffekte unterstützten, von denen wirtschaftlich weniger starke Regionen wie Andalusien nur in sehr geringem Maße und nur in wenigen Bereichen profitierten. (Pajares 1997: 50ff.)

6.2 Die Zunahme der internationalen Ungleichheiten

In einer Zeit, in welcher dem Wirtschaftswachstum deutliche Grenzen gesetzt wurden und dem produktiven Kapital nur geringe Rentabilität zugemessen wurde, bildeten sich auf globaler Ebene und, in diesem Kontext besonders interessant, auf europäischer Ebene zwei unterschiedliche Mechanismen als Antwort auf die rückläufige globale Nachfrage seit den 1970er Jahren heraus. Zum einen war es der kreditfinanzierte Konsum, der gerade in den Ländern der europäischen Peripherie wie Spanien, Portugal oder Griechenland an Bedeutung gewann, zum anderen die zunehmende Exportorientierung der Länder des europäischen Zentrums in Verbindung mit Niedriglohnpolitiken, wie an den Beispielen Deutschland oder Österreich gut zu erkennen war. In den Ländern der Peripherie wurde mit Hilfe einer großzügigen Vergabe von Krediten der Konsum stimuliert. Durch den kreditfinanzierten Konsum nahmen die Importe diese Länder zu, wovon wiederum die Länder des Zentrums in Form zunehmender Exporte profitierten. Diese ungleichen Entwicklungen hatten sich bereits zur Zeit des Beitritts Spaniens in die EG gezeigt, sie verstärkten sich jedoch im Zuge der Währungsunion deutlich. Ferner nahmen die Unterschiede hinsichtlich der Spezialisierung der nationalen Produktionssysteme weiter zu. Ein neuerlicher Prozess der Deindustrialisierung, wie auch schon in den 1970er und 1980er Jahre, konnte innerhalb der neu geschaffenen Währungsunion erkannt werden, der vor allem weniger wettbewerbsfähige Länder wie Portugal und Spanien betraf, während Länder wie Finnland, Österreich, Holland oder Deutschland ihre Position verbesserten, konstant hielten bzw. nur geringe Rückgänge der Anteile der nationalen Industrie verzeichneten. Es bestand somit ein Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Handelsbilanz und der vorherrschenden Spezialisierung der Produktionssysteme der einzelnen Länder. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 57ff.; 85ff.)

Im Rahmen der gemeinsamen Währungsunion war nur mehr eine Zentralbank für die Festlegung der nominalen Zinssätze zuständig. Aufgrund der gemeinsamen Währung entfielen die bilateralen Wechselkurse und der Wechselkurs der gemeinsamen Währung war nun von der Situation der gesamten Union abhängig. Einem einzelnen Land war es nicht mehr möglich auf ungleiche Entwicklungen im eigenen Land zu reagieren. Im Zuge dieser vertieften Integration verloren die Länder wichtige Instrumente für ihre makroökonomischen Politiken, nämlich das Instrument des Wechselkurses sowie die nationale Zinspolitik, mit deren Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes verbessert werden konnte. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 109)

Der Produktivität und insbesondere der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Regionen kam jedoch aufgrund der vertieften Integration eine noch größere Bedeutung zu. Die Effekte der Integration waren von asymmetrischer Natur, sie begünstigte jene Regionen mit hoher Wettbewerbsfähigkeit und hielt Instrumente bereit, um diese weiter zu stärken. Weniger wettbewerbsfähige Regionen hatten im Zuge der Integration mit negativen Effekten zu rechnen. (Secretaría General de Economía 1997: 13)

Unter den Annahmen, dass alle Länder ähnlichen Entwicklungen unterlägen und dieselben Probleme existierten, dieselben wirtschaftspolitischen Ziele verfolgen würden und auf Entscheidungen der zentralen Stellen gleich reagiert würde, würden die zentral getroffenen Entscheidungen über die Höhe der Zinsen und des Wechselkurses ganz den zuvor noch nationalen Politiken entsprechen. Die Realität entsprach und entspricht diesen theoretischen Annahmen jedoch nicht. Wie sich im Laufe der Jahre herausstellen sollte, verstärkten sich die Ungleichheiten zwischen den unterschiedlichen Ländern der Europäischen Währungsunion. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 109)

Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Mitgliedsländern bzw. zwischen den unterschiedlichen Regionen der Gemeinschaft, die aufgrund des fixen Wechselkurses nun endgültig nicht mehr beseitigt werden konnten, sollten nun mit Hilfe von Maßnahmen beseitigt werden, die an der wirtschaftlichen Struktur und den Kosten der Produktion ansetzten, um so negative Effekte in Bezug auf Output und Beschäftigung zu verhindern. (Delors 1989: 12) Bereits vor der Einführung der gemeinsamen Währung war eine Abwertung aufgrund der Ankerwährung der Deutschen Mark nicht mehr möglich. (Becker u.a. 2013: 38ff.)

Mit dem europäischen Integrationsprojekt ging somit eine zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten einher, welche sich überwiegend auf industriell diversifizierte Länder bzw. Regionen beschränkte, die hauptsächlich in Nord- und Westeuropa zu finden waren. Die wirtschaftliche Entwicklung der Länder und Regionen, welche immer enger mit der Exportfähigkeit der einzelnen Länder und Regionen verbunden wurde, führte zu einer verstärkten räumlichen Arbeitsteilung, wie im Falle Andalusiens seit der Integration in die EG immer deutlicher wurde.

6.3 Die fortschreitende Öffnung der andalusischen Wirtschaft und Andalusiens neue/alte Position in einer zunehmend globalisierten Welt

Zum Zeitpunkt des Beitritts Spaniens in die europäische Währungsunion 1999 befand sich die andalusische Wirtschaft in einer Phase des Wachstums. Bis 1995 war Andalusien durch eine wirtschaftliche Rezession hindurch gegangen, welche nicht zuletzt auch auf die Maßnahmen zur Einhaltung der im Vertrag von Maastricht festgelegten EU-Konvergenzkriterien, wie die Reduzierung des Haushaltsdefizits, zurückgeführt werden konnte und die in Andalusien eine Rekordarbeitslosigkeit in Höhe von 24,5% sowie einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Industrie, der Landwirtschaft und dem Bausektor zur Folge hatten. Die hohe Sensitivität der andalusischen Wirtschaft gegenüber konjunkturellen Schwankungen und die damit verbundene Krisenanfälligkeit wurden einmal mehr deutlich. (Osuna Llaneza 2010: 63f.) Grund für den neuerlichen Aufschwung der regionalen Wirtschaft ab dem Jahre 1995 war die Erholung der Wirtschaft sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. (Consejería de Economía y Hacienda 2000: 47)

Seit 1995 erwirtschaftete Andalusien stärker steigende Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes als auf nationaler Ebene. (Consejería de Economía y Hacienda 2000: 47) Zwischen 1996 und 2007 verzeichnete die Region ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Bruttoregionalproduktes in Höhe von 4%. Andalusien gehörte in diesen Jahren neben Madrid und Murcia zu den Regionen Spaniens mit den höchsten Wachstumsraten. Innerhalb Andalusiens waren es die zwei Provinzen Almería und Málaga, die sich als besonders dynamisch herausstellten. (Instituto de Crédito Oficial 2009: 4)

Das positive Wachstum der spanischen und auch andalusischen Wirtschaft stand im Zusammenhang mit einer steigenden internen Nachfrage. Die expansive Geldpolitik, die im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion jener Jahre niedrige Zinssätze zur Folge hatte, ermöglichte der breiten Masse der Bevölkerung einen leichten Zugang zu Krediten. Die erhöhte Kreditvergabe bewirkte einen deutlichen Anstieg des privaten Konsums. (Centro de Estudios Andaluces 2005: 3ff.) (Ein Überblick über die beachtlichen Dimensionen der privaten und öffentlichen Verschuldung in Spanien findet sich in Tabelle 13 in Kapitel 8.)

Die positive Entwicklung der regionalen Wirtschaft darf jedoch nicht überschätzt werden, zählte Andalusien doch immer noch zu den ärmsten Regionen der Europäischen Union. Die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen seit 1995 und die im Vergleich zur internationalen Wirtschaft nur geringen Wachstumseinbußen aufgrund der Krise im Jahre 2001 ermöglichten es Andalusien aber – wenn auch nur in sehr geringem Maße – die Einkommensunterschiede

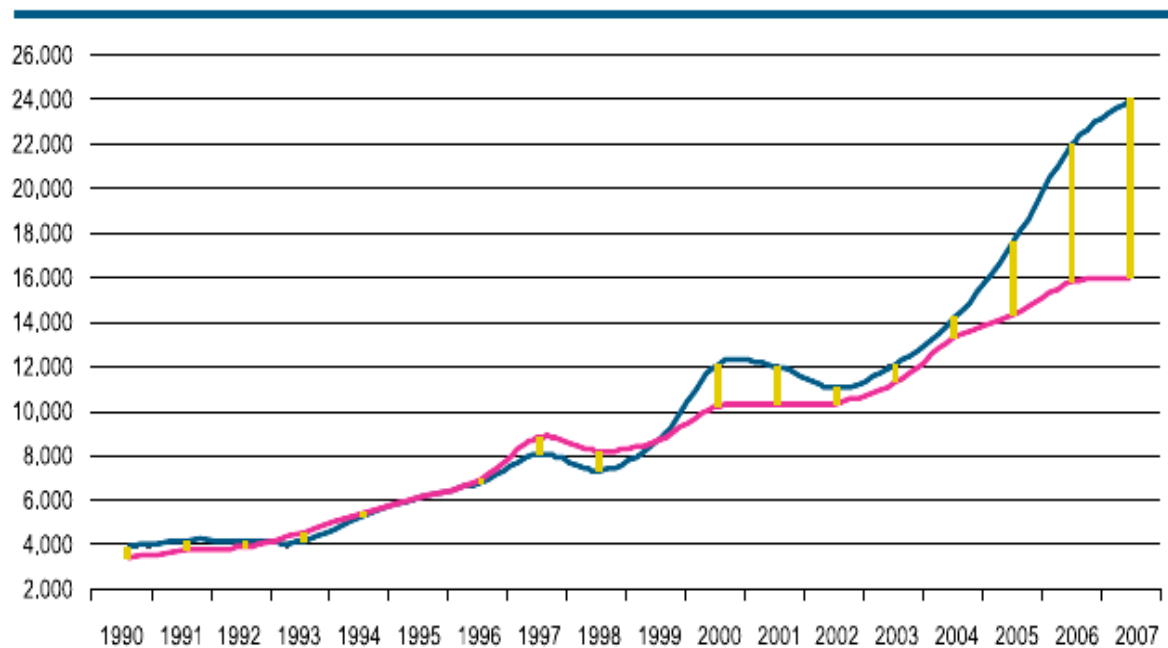
im Vergleich zu den Nachbarländern zu verringern. Im Vergleich zur nationalen Ebene veränderten sich die Einkommensunterschiede jedoch nicht. (García Villar u. a. 2007: 32)

6.3.1 Die Entwicklung des Außenhandels

Mit der zunehmenden Integration der Region in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion nahm auch der Grad der Öffnung bzw. die Internationalisierung der regionalen Wirtschaft zu. Die Außenhandelsbeziehungen Andalusiens vervierfachten sich im Zeitraum zwischen 1988 und 2001, im Vergleich zum spanischen Durchschnitt waren diese jedoch immer noch verhältnismäßig gering. Die Exportquote Andalusiens, also das Verhältnis zwischen den Exporten und dem Bruttoinlandprodukt, erfuhr seit dem Beginn des Aufschwungs nach der wirtschaftlichen Rezessionsphase Mitte der 1990er Jahre eine positive Entwicklung, sie stieg von 45,1% (1995) auf 59,9% (2001) an. 1988 war die Exportquote noch bei 9,41% gelegen. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 128ff.) Parallel dazu nahmen aber auch die Importe zu, die nun deutlich über den Exporten lagen. Zwischen 1995 und 2006 verzeichneten die andalusischen Importe ein Wachstum von 11,8%, welches über jenem auf nationaler Ebene lag, während die andalusischen Exporte im Vergleich zu den nationalen Exporten für denselben Zeitraum Wachstumsraten von 8,2% verzeichneten. (Instituto de Crédito Oficial 2009: 10) Im Jahr 2007 lag das Wachstum der Importe bei 9,2%, während die Exporte nur mehr um 1,1% anstiegen. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 181)

Andalusien verzeichnete für den gesamten Zeitraum zwischen 1999 und 2007 ein Handelsbilanzdefizit, welches von chronischem Charakter war. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 84) Die Anteile des andalusischen Außenhandels am gesamten spanischen Außenhandel waren Ende der 1990er Jahre deutlich geringer als zu Beginn der 1990er Jahre. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und wachsender internationaler Märkte, wie dies ab dem Jahre 2000 der Fall war, zeigten die Entwicklungen des andalusischen Außenhandels die benachteiligte Position Andalusiens im Integrationsprozess auf. In Abbildung 6 werden diese negativen Entwicklungen für den Zeitraum von 1990-2007 in Millionen Euro (2007) ersichtlich. (Parejo Barranco u.a. 2008: 120)

Abbildung 6: Andalusischer Außenhandel in nominalen Zahlen: 1990-2007



(Blau: Importe, Rosa: Exporte, Gelb: Außenhandelsbilanz; in Millionen Euro)

(Quelle: Secretaría General de Economía/Consejería de Economía y Hacienda 2008: 184)

Seit Anfang der 1990er durchlief der andalusische Außenhandelssektor zunehmende Spezialisierungsprozesse, was die Art der exportierten Güter anlangte. Die Exporte argarischer Güter stiegen, begünstigt durch den einfachen Zugang zum europäischen Markt, immer mehr an. Unter den zehn bedeutendsten Exportgütern waren vier agrarische Produkte zu finden, nämlich Paprika, Tomaten, Erdbeeren und Gurken. Der Landwirtschaftssektor zusammen mit der Lebensmittelindustrie machte Ende der 1990er Jahre die Hälfte des aus dem regionalen Außenhandel generierten Wertes aus, diese Entwicklungen hielten an und die Spezialisierung der Region nahm in den darauffolgenden Jahren weiter zu. (Parejo Barranco 2008 u.a.: 120) Im interregionalen Vergleich kam Andalusien eine führende Position im internationalen Handel agrarischer Produkte zu. Der Beitrag Andalusiens zu den nationalen Exporten von Lebensmitteln lag 2001 bei 20% und der Anteil der regionalen Importe an den Gesamtimporten Spaniens lag bei 10%.

Vergleicht man die Importe und Exporte Andalusiens im Bereich der Lebensmittelindustrie von 1991 mit jenen von 2001 wird ein deutlicher Anstieg sowohl der Exporte (38%) als auch der Importe (35%) deutlich. (Arias Ranedo 2004: 13f.) Zu den bedeutendsten Exportgütern zählten auch noch 2007 nach den Produkten aus der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie und mit einem gewissen Abstand Produkte aus der Metallindustrie, dem Energiesektor, der Erdölindustrie sowie der Chemieindustrie. (Consejería de Economía y

Hacienda 2008: 194) Die Konzentration auf Rohstoffe und Konsumgüter sowie die sehr geringe und abnehmende Bedeutung von industriellen Exportgütern wurden im Vergleich zu anderen Ländern der europäischen Union bzw. zum spanischen Durchschnitt besonders deutlich. (Parejo Barranco u.a. 2008: 119) Zu den bedeutendsten Importgütern zählten industrielle Halb- und Fertigprodukte, Energieprodukte und Produkte aus der Metallverarbeitung, sowie andere nicht-metallische Mineralien. Die wichtigsten Handelspartner waren auch noch im Jahre 2007 Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und Portugal. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 187ff.)

Während Andalusien über lange Zeit hinweg ausschließlich zu den Empfängern ausländischen Kapitals gehörte, änderte sich dies mit dem Jahr 2007. Erstmals tätigte die Region Investitionen im Ausland. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 70)

6.3.2 Der Boom der Bauwirtschaft und dynamische Entwicklung des Tourismus

Die positiven Entwicklungen der andalusischen Wirtschaft im Bereich des Bausektors und des Dienstleistungssektors, die bereits Ende der 1980er Jahre bestanden, nahmen im Rahmen der Währungsunion weiter zu. (Rodríguez López 2007: 68) Mitte der 1990er Jahre fanden drastische Umverteilungen der Ressourcen vom Industriesektor hin zum Immobiliensektor statt. (Confederación Nacional de la Construcción 2008: 15) Das Wirtschaftswachstum, welches 1997 seinen Anfang nahm, war zu einem beachtlichen Teil dem Bausektor zu verdanken. Der andalusische Bausektor profitierte von einem Immobilienboom, wie er zuvor hinsichtlich Intensität und Dauer noch nie in Andalusien vorgekommen war. Vor allem die Küstenregionen und hier die Provinzen Málaga, Almería und Cádiz waren von der stark wachsenden Nachfrage nach Immobilien betroffen. (Rodríguez López 2007: 68) Während die Bruttowertschöpfung des Sektors im Jahre 2000 bei 9,4% der gesamten regionalen Wertschöpfung lag, stieg diese in den darauf folgenden sieben Jahren auf 14,7% an. Im Jahr 2005 erlebte der Bausektor seinen Höhepunkt und machte 19% des Bruttoregionalproduktes aus. (Instituto de Crédito Oficial 2009: 5) In den Jahren 2005-2006 wurden in Andalusien 50.000 Wohnungen gebaut. Im Vergleich dazu waren es im Jahre 2012 nur mehr 1.110 Wohnungen. (Sánchez Orellana 2013) Der Bausektor galt in den Jahren vor der Krise immer mehr als Motor der andalusischen Wirtschaft und schuf eine bedeutende Zahl an neuen Arbeitsplätzen, welche halfen, die nur geringen Kapazitäten der restlichen Sektoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu kompensieren. Das Wachstum dieses Sektors wurde durch den Kapitalimport ermöglicht. (Secretaría de Análisis Económico de la UGT o.J.: 7)

Die vergleichsweise bessere Bezahlung in der Bauwirtschaft zog immer mehr ArbeiterInnen aus anderen Bereichen, wie der Landwirtschaft, an. Auch nahm die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft zu. (Osuno Llaneza u.a. 2010: 80) In jenen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs wurde ein historischer Beschäftigungsrekord verzeichnet. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich des Tourismus war es vor allem der Bausektor, dem dieser Anstieg der Beschäftigten zu verdanken war. (Secretaría de Análisis Económico de la UGT o.J.: 7)

Der Tourismus war seit langer Zeit ebenfalls ein unentbehrlicher Bereich der regionalen Wirtschaft. Der Tourismus erfuhr im Vergleich zum Bausektor deutlich weniger starke Zuwächse, jedoch fanden auch in jenem Bereich im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs deutlich dynamische Entwicklungen statt. Der Tourismussektor profitierte von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen auf nationaler sowie auf internationaler Ebene. Ferner profitierte der andalusische Tourismussektor von der Einführung der gemeinsamen Währung des Euro und den damit einhergehenden geringeren Transaktionskosten (Villaverde Castro 1997: 22). Viele Hoffnungen auf eine nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaft ruhten, wie bereits im Rahmen der regionalen Entwicklungspläne erwähnt wurde, auf ebendiesem Sektor. Eine zunehmende Diversifizierung des touristischen Angebots und der Ausbau der Infrastruktur wurde vorgenommen (Fernández Tables/Mendoza Bonet 2007: 118) Der Tourismus als Teil des Dienstleistungssektors war ebenfalls für die Schaffung neuer Arbeitsplätze von Bedeutung.

Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe verzeichnete in jenen Jahren bedeutende Wachstumsraten. Die Umverteilung von Beschäftigten aus dem Bereich der Landwirtschaft und dem Industriesektor hin zum Dienstleistungssektor war aufgrund der anhaltenden Unfähigkeit des primären und sekundären Sektors zur Schaffung von Arbeitsplätzen immer noch von großer Relevanz. Es bestanden strukturelle Unterschiede im Dienstleistungssektor auf regionaler und nationaler Ebene. So war der starke Anstieg des andalusischen Dienstleistungssektors in jenen Jahren neben dem Anstieg im Bereich des Tourismus auf das Wachstum des öffentlichen Sektors zurückzuführen und weniger auf den Anstieg der Dienstleistungen in Verbindung mit den restlichen Produktionssektoren. (Lizarraga Molinedo 2009: 51)

6.3.3 Die zunehmende Spezialisierung der Wirtschaft: Garten Europas

Tabelle 11: Verteilung des Wirtschaftswachstum auf die Sektoren in % 1987-1999

	Ldw.	Industrie	Bau	Dienstl.	Total	ØWirtschaftswachstum
1987-1999	15,79	8,60	11,38	64,23	100	2,91

(Quelle: eigene Darstellung nach Lizárraga Mollinedo 2009: 45)

Mit zunehmender Integration der Region in das wirtschaftliche Gefüge der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nahm der Spezialisierungsgrad der andalusischen Produktion weiter zu. (Lizárraga Mollinedo 2009: 45) Die traditionelle Abhängigkeit der regionalen Wirtschaft von der Landwirtschaft blieb über die Jahre der Umstrukturierung und Modernisierung der regionalen Wirtschaft abgesehen von konjunkturell bedingten Schwankungen erhalten, beziehungsweise vertiefte sich noch weiter. Diese Tendenz wird in Tabelle 11 ersichtlich. Grund dafür war die zunehmende Integration des Sektors in den globalen Markt und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit andalusischer Agrarprodukte. (Galdeano Gómez/ De Pablo Valenciano 1997: 64) Unterstützt wurde die Position der Landwirtschaft in der regionalen Wirtschaft auch durch ausländisches Kapital, welches diesen Sektor zunehmend begünstigte. Im Jahre 2001 flossen, neben den Subventionen aus der gemeinsamen Agrarpolitik, 47% der für den spanischen Landwirtschaftssektor bestimmten ausländischen Direktinvestitionen nach Andalusien. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 149)

Der Sektor verzeichnete in den Jahren zwischen 1996 und 2007 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 2,1%. (Observatorio Económico de Andalucía 2012: 20) Die andalusische Landwirtschaft wies jedoch in den Jahren der wirtschaftlichen Rezession zwischen 1993 und 1999 eine dynamischere Entwicklung aus als in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs, die auf die Rezession in den 1990er Jahren folgten. (Lizárraga Mollinedo 2009: 45) Im Gegensatz zu den Entwicklungen auf nationaler sowie internationaler Ebene, wo der Landwirtschaftssektor kontinuierlich an Bedeutung verlor, blieb die Landwirtschaft in Andalusien verhältnismäßig von großer Bedeutung. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 73) Trotz der Modernisierungsprozesse, welche in den 1980er und 1990er Jahre stattgefunden hatten, war in Andalusien weiterhin ein verhältnismäßig großer Anteil der aktiven Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Unter den Beschäftigten fanden sich zunehmend migrantische Arbeitskräfte. So arbeiteten auf regionaler Ebene im Jahre 2000 11,1% und auf nationaler nur 7,3% der aktiven Bevölkerung im Bereich der

Landwirtschaft. (Lizárraga Mollinedo 2009: 46) Die bedeutendsten wirtschaftlichen Aktivitäten der Region stellten abgesehen von der Bauindustrie im Jahre 2001 die Landwirtschaft, der Fischfang und die Lebensmittelindustrie dar. (Lizárraga Mollinedo 2009: 45f.)

Auf den ersten Blick scheint sich somit im Vergleich zu den 1960er Jahren im Bezug auf die Orientierung der wirtschaftlichen Aktivitäten nicht viel geändert zu haben. Auch damals bildeten jene Bereiche die Hauptpfeiler der regionalen Wirtschaft. (Delgado 2002b: 70f.) Der Landwirtschaftssektor gewann über die 1980er und 1990er Jahre im Vergleich zur Industrie noch an Bedeutung. (Lizárraga Mollinedo 2009: 45f.) Im Zuge der Globalisierung der regionalen Wirtschaft und des zunehmenden Wettbewerbsdruck innerhalb des gemeinsamen Marktes der Europäischen Union fanden jedoch innerhalb der Landwirtschaft Umstrukturierungsprozesse statt. Der Grad der Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion ging deutlich zurück. Die Monokultur setzte sich immer mehr als gängige Produktionsform durch. (Delgado 2002b: 70f.)

Für den intensiven Anbau agrarischer Güter war, wie für den Bereich der Industrie, eine hohe geographische Konzentration charakteristisch. So fand der Großteil dieser Produktion in der Provinz Almería statt. In Almería, die Provinz trägt auch den Spitznamen „Plastikmeer“, findet sich eine der weltweit größten Intensivkulturen. Die hochintensive und in Bezug auf die Umwelt hochproblematische Anbauweise von Gemüse und Obst, die hauptsächlich für den europäischen Markt angebaut werden und von hohen europäischen Subventionen profitieren, wurde nicht zuletzt in dem Dokumentarfilm *„We feed the world“* von Erwin Wagenhofer (2008) eindrücklich beschrieben. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Provinz Almería reduzierten sich zunehmend auf diesen Anbau landwirtschaftlicher Produkte. (Tolón Becerra/Lastra Bravo 2010: 3)

Die zunehmende Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf äußerst intensive Produktionsformen hatte eine gleichfalls zunehmende Bindung der Faktoren Kapital, Energie und Arbeitskraft zur Folge. Die Migrationsbewegungen, die sich im Laufe der Jahre von Aus- in Einwanderung umgekehrt hatten, ermöglichten die Beschäftigung von besonders günstigen Arbeitskräften. Die prekären Arbeitsverhältnisse wurden zumeist von der lokalen Bevölkerung nicht geduldet und so waren es überwiegend MigrantInnen, häufig afrikanische WanderarbeiterInnen ohne Dokumente, die bereit waren, jene Arbeit zu verrichten und die sich mit den geringen Löhnen und der problematischen Unterbringung abfanden. (Izcarra Palacios/Andrade Rubio 2004: 2)

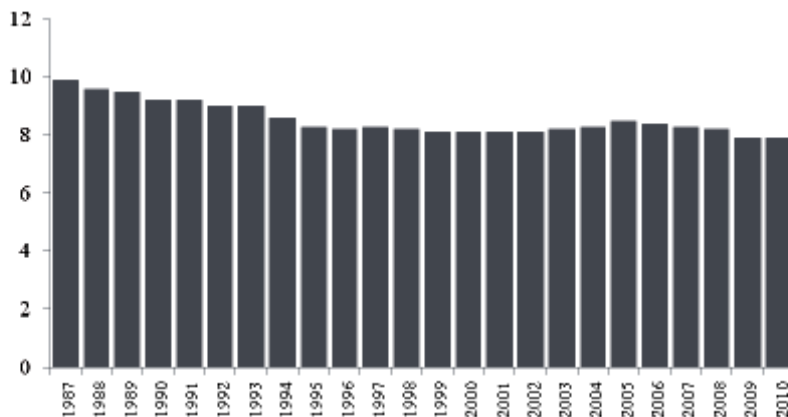
Der zunehmende Wettbewerbsdruck und der daraus resultierende Kostendruck auf der einen Seite und die steigenden Kosten für die für den Anbau benötigten Inputs hatten eine immer geringer werdende Rentabilität des in den Sektor investierten Kapitals zur Folge. Neben der intensiveren Nutzung der Böden und der Verwendung (wenn auch in vergleichsweise geringem Ausmaß) neuer Technologien, stellte die zunehmende Reduzierung der Löhne eine Maßnahme zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Landwirtschaft dar. (Delgado 2002b: 78) Es waren somit wenig nachhaltige Maßnahmen, die im Bereich der Landwirtschaft gesetzt wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region in einem ihrer wichtigsten Sektoren zu sichern. Ein in den letzten Jahren vermehrt diskutiertes Thema ist der Verbrauch von Wasser. Aufgrund der klimatischen Verhältnisse und der Beschaffung der Böden war eine künstliche Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen in Andalusien über weite Teile des Jahres von großer Bedeutung. Die verhältnismäßig geringen Niederschlagsraten führten in der Region zu einem übermäßigen Verbrauch von Grundwasser (75%) für die künstliche Bewässerung. (Dumont u.a. 2013: 72) In den 1980er und 1990er Jahren subventionierte die gemeinsame Europäische Agrarpolitik im Zuge der Intensivierung und des Ausbaus der landwirtschaftlichen Produktion die Kapazitäten für die künstliche Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen in Spanien. Daraus resultierten höchst problematische Konsequenzen für das spanische aquatische Ökosystem. Im Rahmen der Reformen aus dem Jahre 2003 setzte die Europäische Union strengere Umweltregulierungen fest, der Verbrauch von Wasser gerade im Bereich der Landwirtschaft, aber auch im Tourismussektor, ist in Andalusien aber weiterhin beachtlich. (Aldaya u.a. 2010: 55ff.)

6.3.4 Die Entwicklung der Industrie

Der andalusische Industriesektor verlor seit Mitte der 1980er Jahre hinsichtlich der andalusischen Exporte beständig an Bedeutung. Phasen des Wachstums des Sektors waren ebenfalls konjunkturell bedingt und damit eng verbunden mit den Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene. Konjunkturelle Aufschwünge führten kurzfristig zu einem Wachstum der Industrie, zwischen 1996 und 2001 verzeichnete der Sektor jedoch Rückgänge wie auch auf nationaler Ebene. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 85) Währenddessen nahmen die Importe industrieller Halb- und Fertigprodukte kontinuierlich zu, sie betrugen 2001 92,4% aller andalusischen Importe. Auch die Investitionen in den andalusischen Industriesektor, die zu Beginn der europäischen Mitgliedschaft noch Hoffnungen auf eine Entwicklung des Sektors ausgelöst hatten, gingen Ende der 1990er Jahre

deutlich zurück. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 148f.) Die Rückgänge des Anteils der andalusischen Industrie an der nationalen für den Zeitraum ab dem EG-Beitritt 1987 bis 2010 lassen sich in Abbildung 7 erkennen.

Abbildung 7: Anteile an der Bruttowertschöpfung der andalusischen Industrie an der nationalen Industrie: 1987-2010



(Quelle: INE nach Delgado 2012: 104)

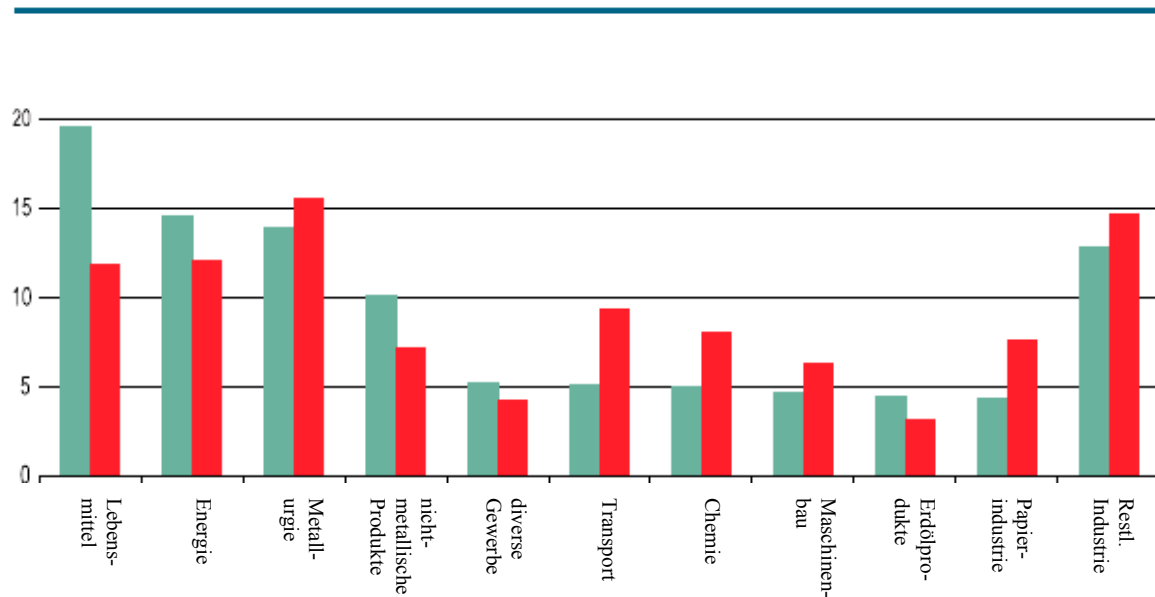
Mit der Erholung der regionalen Wirtschaft ab 1995 verzeichnete auch der Industriesektor zwischen 1999 und 2007 kurzfristige positive Wachstumstendenzen, wobei diese im Vergleich zu den restlichen Sektoren gering waren. Diese geringfügigen positiven Entwicklungen unterschieden sich jedoch von jenen auf internationaler Ebene. Die industrielle Produktion in den OECD-Ländern verzeichnete in jenem Zeitraum negative Wachstumsraten. Auch Spanien verzeichnete in jenem Zeitraum Rückgänge im Industriesektor, jedoch waren diese im Vergleich zu den restlichen OECD-Ländern geringer. Das moderate Wachstum in Andalusien war auf den Energiesektor, welcher jedoch grundsätzlich großen Schwankungen unterlag, und den Lebensmittelsektor zurückzuführen. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 45ff.) Ferner war die Verarbeitung von metallischen und nicht-metallischen Gütern ein weiteres wichtiges Standbein der andalusischen Industrie. Zusammen mit der Lebensmittelindustrie machten diese beiden Bereiche im Jahr 2000 51,9% und 2007 55% der regionalen industriellen Wertschöpfung aus. (Osuna Llaneza 2010: 87) Die Lebensmittelindustrie war weiterhin der wichtigste Subsektor der andalusischen Industrie.

Während die Diversifizierung der Wirtschaft in den wirtschaftlich entwickelten Ländern eine grundlegende Tendenz darstellte – die Diversifizierung der Wirtschaft war neben der steigenden Exportorientierung der Industrieländer ein bedeutender Bestandteil des neuen

Entwicklungsparadigmas – war in Andalusien eine gegenteilige Entwicklung erkennbar. In Abbildung 8 lässt sich die zunehmende Konzentration der Wertschöpfung im Bereich der andalusischen Industrie erkennen. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 122)

Es waren immer mehr jene industriellen Aktivitäten von Bedeutung, welche eng an die Rohstoffe der Region gekoppelt waren, wie die Gewinnung und erste Verarbeitung von Metallen und nicht-metallischen Mineralien oder von agrarischen Produkten. Die anschließende Weiterverarbeitung der Güter, die mehr Wertschöpfung generiert, wurde dann aber in anderen Regionen der Europäischen Union vorgenommen. Im Rahmen der Lebensmittelindustrie lassen sich Verschiebungen innerhalb der Wertschöpfungskette besonders gut aufzeigen. Während vor der Integration Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft die andalusische Industrie verhältnismäßig diversifizierter war, nahm die Bedeutung einiger Subsektoren der andalusischen Industrie aufgrund des zunehmenden Wettbewerbsdrucks weiter ab. Es verstärkte sich somit die Konzentration auf einige wenige traditionelle Industriebereiche, darunter, wie bereits erwähnt, die Lebensmittelindustrie, der Energiesektor, sowie die Weiterverarbeitung von metallischen und nicht-metallischen Rohstoffen. In Abbildung 8 werden die Anteile der einzelnen Subsektoren sowohl der spanischen als auch andalusischen Industrie an der gesamten Industrie ersichtlich.

Abbildung 8: Anteil der einzelnen Subsektoren der andalusischen und spanischen Industrie an der gesamten Industrie: 2007



(Blau: Andalusien, Rot: Spanien)

(Quelle: Consejería de Economía y Hacienda 2008: 122)

Die andalusische Lebensmittelindustrie

Die Lebensmittelindustrie stellte den stärksten und wettbewerbsfähigsten Subsektor der regionalen Wirtschaft dar und galt, wie bereits erwähnt, als bedeutendster Bereich des andalusischen Außenhandels. Die Bedeutung des Subsektors für die gesamte industrielle Produktion der Region nahm zwischen 1980 und 1995 deutlich zu. Während die Wertschöpfung der Lebensmittelindustrie 1980 34,3% der gesamten industriellen Wertschöpfung ausmachte, waren es 1995 bereits 43,4%. Im Laufe der darauf folgenden Jahren sollte der Anteil an der Wertschöpfung leicht zurückgehen, die Lebensmittelindustrie bildete aber auch noch 2007 einen der wichtigsten Subsektoren der regionalen Wirtschaft. (Delgado 2002a: 100)

Nach Katalonien war Andalusien jene Autonome Region Spaniens mit dem größten Anteil an der spanischen Wertschöpfung in der Lebensmittelindustrie. Im Jahre 2000 entstanden in Andalusien 16,4% der nationalen industriellen Produktion im Bereich dieses Subsektors. (Instituto de Estudios de Cajamar 2005: 8f.) Der Lebensmittelsektor war gleichzeitig jener industrielle Subsektor, welcher am deutlichsten von ausländischem Kapital durchdrungen war. 30% der für Andalusien bestimmten ausländischen Direktinvestitionen flossen im Jahre 2001 in den Lebensmittelsektor. Im Vergleich zu den Direktinvestitionen in den gesamten

spanischen Lebensmittelsektor wird die große Bedeutung des Sektors auf regionaler Ebene deutlich. Nach Andalusien flossen 2001 40% der gesamten in den spanischen Lebensmittelsektor investierten ausländischen Direktinvestitionen. (Consejería de Economía y Hacienda 2002: 149)

Mit der zunehmenden Integration Andalusiens in die europäische Union wurden Anpassungen des Subsektors notwendig, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Region in jenem Bereich stärken sollten. Der globale Lebensmittelsektor veränderte sich im Zuge der Globalisierung weltweit hin zu einer höheren Verarbeitung der Lebensmittel sowie damit verbunden zu komplexeren und längeren Wertschöpfungsketten. Es handelte sich um Entwicklungen, die zur zunehmenden Entfernung der verarbeitenden Industrie vom Landwirtschaftssektor führten. Es fand eine Verschiebung der komplexeren Aktivitäten, mit welchen diese höhere Wertschöpfung erzielt werden konnte, hin zu stärker industrialisierten Regionen und dort in städtische Gebiete statt. Die Aktivitäten der andalusischen Lebensmittelindustrie beschränkten sich immer mehr auf einige wenige Produkte, für welche eine enge Verbindung zum Landwirtschaftssektor von Bedeutung war. Die Produktion wurde somit vermehrt auf die Produkte Öl, Zucker, Wein und Bier ausgerichtet. (Delgado/ Román del Río 1995: 55ff.)

Ende der 1990er Jahre hatten die wichtigsten Unternehmen der andalusischen Lebensmittelindustrie bedeutende Restrukturierungsprozesse durchlaufen. Diese Restrukturierungsprozesse begannen – wie bereits erwähnt – Mitte der 1980er Jahre, in der Zeit der Integration und Öffnung der andalusischen Wirtschaft in ein System, in welchem die wichtigsten Wertschöpfungsprozesse von einigen wenigen großen multinationalen Unternehmen gesteuert wurden. Zahlreiche Fusionen und Akquisitionen führten zu einer starken Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten auf wenige Unternehmen. 1998 kontrollierten ca. zwanzig Unternehmen knapp ein Viertel der andalusischen Produktion, ein Fünftel der Beschäftigung sowie knapp die Hälfte der gesamten Investitionen des Subsektors. (Delgado/Márquez 1999 zitiert nach Delgado 2012: 105)

Die traditionelle, von Klein- und Mittelbetrieben geprägte Lebensmittelindustrie, wie sie in Andalusien über viele Jahrzehnte existiert hatte und in der über lange Zeit das regionale Kapital dominiert hatte, wurde nun vom globalen Kapital bestimmt. Zahlreiche regionale Klein- und Mittelunternehmen wurden geschlossen und die Zahl der Beschäftigten war in diesem Sektor ebenso rückläufig. Die regionalen Interessen wurden zugunsten der Steigerung der Rentabilität des ausländischen Kapitals immer mehr in den Hintergrund gerückt. Große Unternehmen, die über das notwendige Knowhow und die Technologie verfügten, steuerten

zunehmend die Entwicklung der Lebensmittelindustrie und deren strategische Entscheidungen unter anderem in Bezug auf Standort, Finanzierung und Produktion. (Delgado 2002a: 78f.) Unter den großen führenden Unternehmen fanden sich nach Delgado jedoch auch vereinzelt Unternehmen, die von der ehemaligen lokalen Elite geführt wurden. Diese Elite beteiligte sich nun an der prosperierenden Lebensmittelindustrie, welche eng mit großen globalen Unternehmen kooperierte. Zu den führenden Unternehmen im Bereich der andalusischen Lebensmittelindustrie zählten im Jahre 2000 Unternehmen wie Heineken Spanien mit einem Anteil der Bruttowertschöpfung am Subsektor von 15,3%, Rendelsur mit 12,1%, Pernod Ricard Spanien mit 5,6% sowie González Byass mit 2,9%. Während im Jahre 2000 zehn Unternehmen die Hälfte der Bruttowertschöpfung der Lebensmittelindustrie absorbierten, waren es im Jahre 2007 zwei Unternehmen, die über ein Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung des Subsektors verfügten. Das Unternehmen Heineken AG war allein für ein Viertel der Wertschöpfung verantwortlich, gefolgt von Rendelsur AG (12%) und Puleva Food (5,7%). (Delgado 2012: 107)

In Andalusien konzentrierten sich die Produktion von Gütern mit geringer Nachfrageelastizität sowie Aktivitäten, bei welchen Innovation und Entwicklung von neuen Produkten von geringerer Bedeutung waren. Die Produktion von komplexeren Produkten, für welche größere Transformationsprozesse notwendig waren, fand sich wiederum in wirtschaftlich stärkeren Gebieten konzentriert, wie in Katalonien oder anderen Regionen der Europäischen Union, die dem sogenannten Zentrum zugerechnet werden, wo ein größerer Kapitalstock sowie komplexere Technologiestrukturen vorhanden waren. (Delgado 2002a: 97)

Nicht nur in der Produktion, sondern auch im Handel und Vertrieb der Produkte fanden Restrukturierungsprozesse statt. Auf globaler Ebene war dies die zunehmende Konzentration des Handels von Lebensmitteln auf wenige große multinationale Unternehmen. Diese Entwicklungen ließen die Region nicht unberührt. (Instituto de Estudios de Cajamar 2005: 19f.) Im Zeitraum zwischen 1991 und 1998 verlor Andalusien 27,4% des traditionellen Handels, während zur selben Zeit die Bedeutung der großen Supermärkte drastisch anstieg. Ende der 1990er Jahre wurden 40% der Verkäufe im Bereich der Lebensmittelindustrie von internationalen Unternehmen kontrolliert. (Soler 2001: 8ff.)

In Anbetracht dieser Tatsache stellt sich nun die Frage, inwiefern regionale Eliten und damit ein kleiner, aber mächtiger Teil der regionalen Bevölkerung möglicherweise gar nicht an einer wirtschaftlichen Diversifizierung der Region interessiert waren und, wie bereits einige

Jahrzehnte zuvor, weiterhin von einem nur sehr gering diversifizierten und von Rohstoffen abhängigen Produktionssystem profitierten. Dieser Bereich der regionalen Wirtschaft war für eine Gruppe von ausländischen Unternehmen und einem sehr kleinen Teil der andalusischen Bevölkerung durchaus lukrativ, erfüllte jedoch, wie bereits erwähnt, Kriterien für soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht.

6.4 Fazit: Die Europäische Währungsunion: Zwei Seiten einer Medaille

Das Integrationsprojekt der gemeinsamen Währung hatte eine Vertiefung der Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union zur Folge. Das Binnenmarktpjekt mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, freier Arbeitskräftemobilität, sowie einer gemeinsamen Währung mit hoher Preisniveaustabilität führte gerade für Regionen wie Andalusien, die über eine wenig wettbewerbsfähige Wirtschaft verfügten, zu einer weiteren Schwächung der wirtschaftlichen Position. Zudem wurden in der Gemeinschaft restriktive Wirtschaftspolitiken verstärkt über die nationalen Politiken zur Förderung der Produktionssektoren gestellt. Während Länder mit starken Industrien wie Deutschland von der Fixierung der Wechselkurse und der darauf eingeführten gemeinsamen Währung durch steigende Handelsbilanzüberschüsse profitierten, steht die Region Andalusien für die andere Seite der Medaille. In einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, wie sie zwischen 1996 und 2007 in der Europäischen Union zu verzeichnen war, erlitt die andalusische Industrie kontinuierliche Rückgänge. Die Rolle der Region als Rohstoffexporteur wurde im Zuge des verschärften Wettbewerbs noch bedeutender. Aufgrund des Verlusts des letzten Schutzmechanismus, der Abwertung des Wechselkurses, erhöhte sich der Druck auf die zunehmend spezialisierte regionale Produktion, was wiederum einen massiven Druck auf die Löhne nach sich zog bzw. worauf mit einer Intensivierung der Produktion auf Kosten der Umwelt reagiert wurde. Während der überwiegende Teil der traditionellen Bereiche der regionalen Wirtschaft mit Ausnahme des Tourismus moderate Zuwächse bzw. Rückgänge verzeichnete, boomte die andalusische Bauwirtschaft. Es handelte sich hier jedoch um einen von außen stimulierter Boom, der durch den kreditfinanzierten Konsum der Haushalte und verstärkte ausländischen Investitionen ermöglicht wurde. Dieser Boom bildete jedoch eine Blase innerhalb der regionalen Wirtschaft, da die stimulierenden Effekte auf andere Sektoren weitestgehend ausblieben. Allein der Tourismus profitierte von den niedrigeren Transaktionskosten durch die gemeinsame Währung und den Ausbau der Infrastruktur durch die florierende Bauwirtschaft. In diesem Spiel mit bereits ungleichen

Ausgangsvoraussetzungen wurden nun die Spielregeln verschärft. Es war ein Spiel, das auf Kosten der europäischen Peripherie gespielt wurde.

7. Andalusien als Projekt der europäischen Regionalförderung

Die Europäische Union ist wohl auch global betrachtet eines der beeindruckendsten internationalen Integrationsprojekte. Beim Eintritt Spaniens 1986 in die Europäische Gemeinschaft umfasste sie 10 Mitgliedsländer, heute gehören ihr 28 an. Doch bereits 1968 sah sich die Gemeinschaft aufgrund der doch sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer und der damit einhergehenden steigenden Komplexität mit großen Herausforderungen konfrontiert. Diese Diversität ist auf regionaler Ebene noch deutlicher ausgeprägt, setzt sich doch die Europäische Union nun aus 271 Regionen zusammen. Die historisch bedingte sozio-ökonomische wie auch kulturelle Diversität stellt zum einen die Besonderheit der Europäischen Union dar, ist jedoch zum anderen auch die Ursache vieler Probleme bzw. eine Herausforderung für die bisherige und zukünftige Entwicklung der Europäischen Union, derzeit besonders auf wirtschaftlicher Ebene. Die verstärkte Integration durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes bzw. einer Wirtschafts- und Währungsunion wurden erschwert durch die großen Entwicklungsdisparitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsländern bzw. zwischen den einzelnen Regionen der Europäischen Union, wie das bereits am Beispiel Andalusiens gezeigt werden konnte. Aus diesem Grund wurde und wird der Europäischen Regionalpolitik von Seiten der Europäischen Union besondere Bedeutung zugemessen. (Villaverde Castro o.J.:5)

Für Spanien begann mit dem 1986 vollzogenen Beitritt in die Europäische Gemeinschaft mit zwei einschneidenden Veränderungen eine neue Phase der Regionalpolitik. Zum einen hatte Spanien nun Zugang zu den europäischen Fonds für Regionalentwicklung und zum anderen veränderte sich die Art und Weise, wie regionalpolitische Aktivitäten auf regionaler Ebene implementiert wurden. (Cuadrado-Roura 2010: 290f.)

7.1 Europäische Regionalpolitik zwischen Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit

“Europe sees its future as striking a balance between competition and cooperation, collectively trying to steer the destiny of the men and women who live in it. Is this easily done? No. Market forces are powerful. If we left things to their own devices, industry would be concentrated in the north and leisure pursuits in the south. But these market forces, powerful though they may seem, do not always pull in the same direction. Man’s endeavor

and political aspiration is to try to develop a balanced territory.” (Jacques Delors 1989, Präsident der Europäischen Kommission 1985-1995 zitiert nach Europäische Kommission 2011)

Das Thema der regionalen Entwicklungsunterschiede war ein bedeutendes Politikfeld für die Europäische Gemeinschaft und spätere Europäische Union, das – wie es der langjährige EG-Kommissionspräsident Jacques Delors 1989 formulierte – nicht den Kräften des Marktes überlassen werden sollte. Große Unterschiede in Bezug auf Wohlstand, Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Aktivitäten und die Beschaffenheit regionaler und nationaler Wirtschaften lassen sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausmachen. Seit Anfang der 1980er Jahre waren Konvergenzprozesse hinsichtlich der generierten Einkommen zwischen den wirtschaftlich weniger entwickelten und wirtschaftlich weiter entwickelten Ländern der Europäischen Gemeinschaft beobachtbar, wobei sich aber parallel dazu innerhalb der weniger entwickelten Länder die Entwicklungsunterschiede hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und hinsichtlich der Beschäftigung vergrößerten. (Farole u.a. 2010: 1090)

Die Krise der 1970er Jahre brachte die traditionelle Dichotomie zwischen den reichen Regionen und den armen Regionen ins Wanken und führte zu einer Verschärfung der Probleme der weniger begünstigten Regionen. Arbeitslosigkeit, demographische Strukturprobleme, der steigende Wettbewerbsdruck zwischen den einzelnen Ländern wie auch zwischen den einzelnen Regionen, die Notwendigkeit der industriellen Restrukturierung, der Rückgang der Investitionen usw. stellten bekannte Herausforderungen für die einzelnen Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dar, wobei die Regionen davon unterschiedlich betroffen waren. Marginalisierte und wirtschaftlich weniger entwickelte Regionen wie Andalusien waren besonders von der Entwicklung industrieller Strukturen hin zu Aktivitäten im Bereich der Hochtechnologie betroffen. Dies brachte für die an sich schon schwache Industrie Andalusiens eine deutliche Verschärfung ihrer Probleme mit sich und verdeutlichte die Notwendigkeit ihrer Integration in den Bereich der technologischen Innovationen, um die steigende Abhängigkeit von den Zentren der Innovation und Information abzubauen. (Casado Raigón 1989: 34)

Dem technologischen Entwicklungsstand sowie dem Zustand der Infrastruktur eines Landes wurden im Rahmen der europäischen Regionalpolitik große Bedeutung in Bezug auf Wirtschaftswachstum und mögliche Innovationen zugemessen. Im Zuge der Integration von Märkten spielte auch die geographische Nähe eines Landes zum wirtschaftlichen Zentrum eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang wird als weiterer Faktor die

organisationale und geographische Fragmentierung der Produktion angeführt. (Farole u.a. 2010: 1092) Die Europäische Kommission formulierte in ihrem sechsten Bericht zu der sozialen und wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Regionen vier Faktoren, die eine Erklärung für die regionalen Divergenzen in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt zwischen den unterschiedlichen europäischen Regionen lieferten. Als erster Faktor sind die Strukturen der wirtschaftlichen Aktivität einer Region von großer Bedeutung. Damit ist die Aufteilung der Beschäftigung auf die unterschiedlichen Sektoren gemeint, wie Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Bau, marktbezogene und nichtmarktbezogene Dienstleistungen. Regionen mit verhältnismäßig höherem Bruttoregionalprodukt wiesen eine höhere Konzentration der Beschäftigung im Bereich der marktbezogenen Dienstleistungen und der verarbeitenden Industrie auf. Weitere ausschlaggebende Faktoren für die Erklärung von regionalen Ungleichheiten innerhalb der EU sind diesem Bericht zufolge das Ausmaß an Innovationen, die Anschließung der Regionen an die allgemeine Transportinfrastruktur und das Niveau des Humankapitals. Diese vier Faktoren erklärten der Europäischen Kommission zur Folge 65% der regionalen Unterschiede gemessen am BIP. (Europäische Kommission 1999: 80)

Diese Überlegungen zu möglichen Ursachen für regionale Ungleichheiten machen deutlich, dass die Tendenzen in Richtung geographischer Agglomerationen in naher Zukunft nicht so einfach zu beseitigen sein würden. (Farole u.a. 2010: 1092) In der Europäischen Gemeinschaft ließen sich zunehmend auch innerhalb dieser ungleichentwickelten Regionen weitere Divergenzen wie beispielsweise klare Stadt-Land-Hierarchien finden. (Farole u.a. 2010: 1094)

Zu starke Entwicklungsdisparitäten, die möglicherweise zu einer Spaltung der Gemeinschaft in Kern- und Randeuropa führen könnten, und das daraus resultierende Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wurden auf lange Sicht gesehen als eine Bedrohung der Gemeinschaft an sich verstanden. Die Europäische Gemeinschaft zielte deshalb auf die Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts und eines damit in Verbindung stehenden ausgeglichenen Wachstums in allen Regionen ab. Diese Zielsetzung findet sich bereits in der Präambel des Vertrags von Rom aus dem Jahre 1958. In den 1970er Jahren wurden erstmals konkrete Gemeinschaftsmaßnahmen für die Koordination der einzelstaatlichen Instrumente und die Einführung von Finanzhilfen implementiert. (Europäische Union o.J.) 1975 wurde der europäische Regionalfonds geschaffen. (Tödtling/Maier 2010: 170)

Mit der Süderweiterung der Europäischen Union in den 1980er Jahren (Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986) bekam die regionale Dimension eine neue Bedeutung. Eine Antwort darauf stellte die Intensivierung der europäischen Regionalpolitik dar. Die Einführung des europäischen Binnenmarktes weckte hohe Erwartungen auf beträchtliche Wachstumsimpulse im gesamteuropäischen Raum, jedoch musste gerade für periphere und rückständige Regionen auch mit nachteiligen Effekten gerechnet werden, wie auch im Bericht von Cecchini (1988) festgehalten wurde. Die Europäische Gemeinschaft reagierte 1989 auf diese Befürchtungen sowohl mit einer Reform der europäischen Regionalpolitik und dem Einsatz der Strukturfonds als auch mit einer Erhöhung der finanziellen Ausstattung der Fonds. Die Regionalpolitik, welche seit 1986 ein eigenständiger Politikbereich der Europäischen Gemeinschaft darstellt, zielt auf eine Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, auf eine Nivellierung der Unterschiede der Regionen, damit auf eine harmonische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und verfolgt somit insgesamt ein Ausgleichsziel. (Tödtling 2012: 171)

Ein wichtiges Instrument der europäischen Regionalpolitik sind die Strukturfonds. Da vertiefende Integrationsschritte, wie beispielsweise der Binnenmarkt oder die Währungsunion, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aufgrund regionaler Ungleichheiten erschwert wurden, war die Schaffung von Fonds notwendig, die finanzielle Transferleistungen hin zu weniger entwickelten Regionen ermöglichten. (Europäische Union 1995-2013)

Neben dem Europäischen Sozialfonds, der auf Beschäftigung und die Mobilität der ArbeitnehmerInnen abzielte, errichtete die Gemeinschaft den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, der der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik diente, sowie den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, von dem speziell die Regionen mit Entwicklungsrückstand profitierten, und das Finanzinstrument für Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei. (Europäische Union 1995-2013) Im Rahmen der Reformen der Regionalpolitik 1986 wurden fünf Grundprinzipien festgelegt. Das Prinzip der Konzentration, welches besagt, dass die finanziellen Mittel der Strukturfonds auf die am meisten benachteiligten Regionen, die sogenannten Zielregionen, fokussiert wurden. Im Rahmen des Programmprinzips fand eine Umorientierung von der Förderung einzelner Projekte und Aktivitäten hin zur finanziellen Unterstützung regionaler, auf mehrere Jahre angelegter Entwicklungsprogramme und Finanzpläne statt. Mit dem Prinzip der Partnerschaft wird die Beteiligung bzw. die Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen (Region, Mitgliedstaat und Kommission), die von den Strukturmaßnahmen betroffen sind,

sichergestellt. Auch wenn die Strukturpolitik formell im Zuständigkeitsbereich der Kommission und der Mitgliedsstaaten liegt, kommt den Regionen bei der Vorbereitung und Durchführung der Programme Handlungsmacht zu. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollen die regionalpolitischen Maßnahmen soweit möglich von der regionalen beziehungsweise lokalen Ebene übernommen werden. Nach dem Grundsatz der Evolution gibt die Europäische Gemeinschaft anschließend eine kontinuierliche Evaluation der Programme vor. (Tödtling 2012: 171)

1992 wurde im Rahmen des Vertrags von Maastricht die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, die fortan Kohäsionspolitik genannt wurde, neben der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion und einer Gemeinschaft ohne Binnengrenzen als Kernziele im Vertrag der Europäischen Union festgehalten. Die im Prozess der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft integrierten verhältnismäßig armen Länder Spanien und Griechenland stimmten wie auch Irland dem Vertrag von Maastricht nur unter der Bedingung zusätzlicher Finanzhilfen zu. Der Grund für diese Forderung lag in der Befürchtung, dass die Vollendung des Binnenmarktes sich ganz ungleich auf die Regionen auswirken würde. Die Schritte zu einer vertieften Integration im Rahmen des gemeinsamen Binnenmarktes würden ohnedies zu Vorteilen für die wirtschaftlich stärkeren Länder und Regionen führen, mit welchen etwa Spanien und seine Regionen nicht rechnen konnten. (Lammers 2007: 290)

Ralf Dahrendorf, parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt zwischen 1968-1970 und später Mitglied der Europäischen Kommission, nahm im Rahmen eines vom Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages veranstalteten Anhörungsverfahrens ebenfalls eine eher kritische Position hinsichtlich der zu erwartenden Effekte einer Süderweiterung ein. Die Erweiterung brächte nach Dahrendorf wenig wirtschaftliche Vorteile für die Altmitglieder, eher entstünden für diese Länder finanzielle Verpflichtungen. Die Beitrittsländer Griechenland, Portugal und Spanien müssten mit großen wirtschaftlichen Problemen rechnen, da ihre Industrien dem neuen Wettbewerbsdruck nicht standhalten könnten. Die Regional- und Sozialpolitik der Gemeinschaft befände sich auf einem zu geringen Entwicklungsniveau, die neuen Beitrittsländer könnten sich somit zu jenem Zeitpunkt von dieser nur sehr wenig Hilfe erwarten. Nach Dahrendorf dienten die Regeln des gemeinsamen Marktes nur jenen Ländern, die über ausreichend Kapazitäten verfügten sich selbst zu helfen. Ländern, die sich nicht selbst helfen könnten, würden sie schaden. (Dahrendorf zitiert nach Von der Groeben/Möller 1979: 45)

Da die zentralen und reicheren Länder der Gemeinschaft die Umsetzung des Binnenmarktprogramms anstrebten, waren sie gewillt den Forderungen zu entsprechen. Spanien profitierte mit dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft somit von dem institutionellen und materiellen Ausbau der europäischen Regionalpolitik. Um die vertiefende Integration zu ermöglichen wurde zusätzlich der sogenannte Kohäsionsfonds eingerichtet. (Lammers 2007: 290) Mittel für Umwelt und Verkehrsprojekte aus dem Kohäsionsfonds erhielten grundsätzlich Mitgliedsländer mit einem Brutto Sozialprodukt von weniger als 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts. Der Kohäsionsfonds wurde mit dem Ziel entwickelt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft durch Fördermaßnahmen in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsinfrastrukturen zu erhöhen. (Europäischer Rat 1994: 1f.) Die für die Regionalpolitik zur Verfügung stehenden Mittel nahmen 1993 ein weiteres Mal deutlich zu, sie machten nun ein Drittel des gesamten Gemeinschaftshaushaltes aus. (Lammers 2007: 290) Während die Mittel der Strukturfonds 1988 15% des Gemeinschaftsbudgets betragen hatten, machten diese in der Planungsperiode 2007-2013 bereits 36% des Budgets der Europäischen Union aus. (García 2010: 4)

Die europäische Regionalpolitik zählt neben der gemeinsamen Agrarpolitik zu den Aufgabenbereichen mit den höchsten Ausgaben. Vereinzelt Änderungen der Regionalpolitik fanden im Zuge der Verhandlungen über den EU-Haushalt für die Periode 2000-2006 statt, diese waren jedoch nicht von allzu großer Bedeutung. (Lammers 2007: 290)

Die wichtigsten Erneuerungen wurden hinsichtlich der Zielsetzung der europäischen Regionalpolitik vorgenommen, die nun ganz im Sinne der Konvergenz, regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, sowie der europäischen territorialen Zusammenarbeit ausgerichtet war. (Europäische Union 1995-2013) Die Wettbewerbsfähigkeit der Länder und Regionen der Europäischen Union war und ist von zentraler Bedeutung, zumal die einzelnen Regionen auch im Wettbewerb zueinander stehen. Die Notwendigkeit die armen Regionen wettbewerbsfähiger zu machen, war vor allem mit der Einführung der gemeinsamen Währung gestiegen. (Europäische Kommission 1994 zitiert nach Boldrin/Canova 2001: 219)

Wichtige Bereiche in Bezug auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stellten bzw. stellen im Rahmen der europäischen Regionalpolitik unter anderem wissensintensive Dienstleistungen, forschungsintensive Industrien und die Innovationsfähigkeit der Branchen dar, wobei hier vor allem den gut angebundenen Städten

große Bedeutung zukam. Sie galten als Zentren des wissensbasierten Strukturwandels und der Kreativwirtschaft.

Doch in den letzten Jahren mehrten sich die kritischen Stimmen gegen die aktuelle Ausrichtung der europäischen Regionalpolitik. (vgl. von Frieling 2012: 1f.)

Verschiedene Fragen in Bezug auf die Europäische Regionalpolitik und deren Relevanz wurden gestellt. Inwiefern könnte durch eine Regionalpolitik, die unter anderem auf einem Standortwettbewerb der Regionen basiert, regionale Disparitäten abgebaut werden und lässt sich so wirklich der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt fördern? Ist es grundsätzlich möglich mit Hilfe der Strukturfonds Prozesse einer nachholenden Entwicklung in Gang zu setzen oder schaffen diese nicht eher Abhängigkeitsverhältnisse? Fördert der Standortwettbewerb der Regionen nicht eher die Krisenanfälligkeit mancher marginalisierter Regionen der Europäischen Union? (vgl. von Frieling 2012: 1f.)

7.2 Spanien und seine Regionen: Regionalpolitik im Lichte der Europäischen Gemeinschaft

Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1986 hatte große Auswirkungen auf die spanische Regionalpolitik sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene, da der Beitritt zu einer drastischen Veränderung der Ausrichtung der Regionalpolitik führte. Eine Adaptierung der rechtlichen und organisationalen Rahmenbedingungen fand statt und mit dieser verbunden war die Notwendigkeit, neue Regeln für das Akquirieren finanzieller Ressourcen für regionale Entwicklungsaktivitäten zu erlernen. (Mancha- Navarro/Garrido-Yserte 2010: 53)

Spanien war jenes Land in der Europäischen Gemeinschaft, das am schwersten von regionalen Ungleichheiten betroffen war. Dies lässt sich sowohl aus dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, dem Bruttoinlandsprodukt pro beschäftigte Person, der Arbeitslosenrate und aus der Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze schließen. Innerhalb der damals 160 europäischen Regionen befanden sich die 17 Autonomen Regionen Spaniens unter den 35 am wenigsten entwickelten Regionen. Andalusien nahm in der Reihung der am wenigsten entwickelten europäischen Regionen den dritten Platz ein. (Casado Raigón 1989: 35) Nicht nur die Differenz zwischen den Regionen Spaniens und jenen der Europäischen Gemeinschaft war sehr groß, sondern auch die zwischen den verschiedenen Regionen innerhalb Spaniens und auch innerhalb einzelner Regionen.

Einige Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen Autonomen Regionen ermöglichen es jedoch, diese doch sehr unterschiedlichen Regionen nach Kriterien der Europäischen Gemeinschaft in drei Gruppen einzuordnen. Jede dieser Gruppen wurde dabei einem der drei territorialen Ziele der europäischen Strukturpolitik zugeordnet. (Villaverde Castro o.J.: 21)

Spanien besteht aus 17 Autonomen Regionen sowie den zwei autonomen Städten Ceuta und Melilla, von diesen 17 fielen neun unter die europäische Ziel-1 Förderung. Zu diesen Regionen, für welche ein Entwicklungsrückstand charakteristisch war und die Förderung von Entwicklungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen vorgesehen war, zählten Asturien, Kanaren, Kastilien-La-Mancha, Kastilien-Léon, Valencia, Extremadura, Galizien, Murcia, Ceuta und Mellila sowie die Region Andalusien. Charakteristisch für diese Regionen war ein verhältnismäßig geringes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, welches unter oder nahe 75% des EG-Durchschnitts lag. (Werner 1996: 133)

Zu den europäischen Ziel-2-Gebieten, die ebenfalls finanzielle Unterstützungen erhielten, jedoch geringere Entwicklungsunterschiede zu den restlichen europäischen Regionen aufwiesen, gehörten in Spanien zum einen die Region Madrid und zum anderen Regionen im Nordostens Spaniens, also Kantabrien, das Baskenland, La Rioja, Navarra, Aragonien und Katalonien. Jedoch zählten hier nicht die gesamten Regionen zu den Ziel-2-Regionen, sondern lediglich Teile. Im Zeitraum zwischen 1980 und 1985 war in den Ziel-2-Regionen das Prokopfeinkommen um ca. 18% höher als im nationalen, spanischen Durchschnitt. Allerdings lag es weit unter dem durchschnittlichen Prokopfeinkommen der europäischen Gemeinschaft. (Werner 1996: 137) .

Zu den Ziel-5b Regionen zählten Teile der Regionen Navarra, Aragonien, Balearen, Katalonien, Madrid, Baskenland und La Rioja. Provinzen dieser Gebiete waren von Effekten der Überalterung der Bevölkerung, mangelhafter sozialer und wirtschaftlicher Infrastrukturen und großer Abhängigkeit vom Landwirtschaftssektor gekennzeichnet. (Villaverde Castro o.J.: 23)

Dem Konzentrationsprinzip der Europäischen Regionalpolitik zur Folge profitierten die Ziel-1-Regionen am meisten von den europäischen Mitteln. 70% Mittel flossen in Ziel-1-Regionen, 24% wurden auf die anderen Ziel-Regionen verteilt und die verbleibenden finanziellen Ressourcen wurden für andere Initiativen der Gemeinschaft genutzt.³ Spanien profitierte seit 1986 als eines der neuen Beitrittsländer im Rahmen der Süderweiterung in

³ Gemeinschaftsinitiativen: Interreg (Grenzüberschreitende Kooperationen), Urban (Stadtentwicklung), Leader (ländliche Entwicklung), Equal (Förderung von Gleichberechtigung)

hohem Ausmaß von den finanziellen Mitteln der Europäischen Gemeinschaft. 26% der europäischen Fonds flossen nach Spanien. (Mancho-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 73f.) Während Spanien für den Zeitraum zwischen 1994 und 1999 insgesamt 43 Milliarden Ecus an finanzieller Unterstützung von Seiten der Gemeinschaft bekam, waren es für Portugal und Griechenland für denselben Zeitraum nur 18 Milliarden Ecus. So wurden die Integrationsbemühungen Spaniens mit großzügiger finanzieller Unterstützung kompensiert, während die finanzielle Unterstützung im Zuge der Osterweiterung deutlich begrenzter war. Für die mittel- und osteuropäischen Länder wurden später insgesamt nur mehr 7 Milliarden Ecus zur Verfügung gestellt. (Holman 2002: 417)

Mit dem Vertrag von Maastricht und dem Beginn der Vorbereitungen für die zukünftige Währungsunion erhielt Spanien zusätzlich zu den finanziellen Ressourcen aus den Strukturfonds auch Mittel aus dem Kohäsionsfonds, der Spanien aufgrund seiner benachteiligten Situation in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion begünstigen sollte. (Mancho-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 75) Die Mittel des Kohäsionsfonds standen in keiner Verbindung mit den Autonomen Regionen, sondern waren allein den nationalen Regierungen zugänglich, denen hier Handlungsmacht zukam. Die Mittel des Kohäsionsfonds waren im Vergleich zu den Strukturfonds deutlich geringer. (Dudek 2005: 99)

Auch variierte die Höhe der finanziellen Unterstützung für Spanien in den unterschiedlichen Programmperioden, wie sich in Tabelle 12 sehr gut erkennen lässt. Während Spanien für die Programmperiode 1989-1993 18.707 Millionen Euro zur Verfügung standen, was wiederum ca. 21% der gesamten für die Europäische Regionalpolitik zur Verfügung stehenden Mittel ausmachte, stieg die Unterstützung im Zeitverlauf deutlich an. Für die Programmperiode 1994-1999 standen Spanien bereits 50.654 Millionen Euro zur Verfügung, dies machte 26,1% der gesamten Unterstützungen aus, und für den Zeitraum 2000-2006 waren es 61.890 Millionen Euro. (García 2007: 64) In der laufenden Programmperiode 2007-2013 standen Spanien 34.657 Millionen Euro aus der europäischen Kohäsionspolitik zur Verfügung. Für die zukünftigen Planungsperioden muss Spanien nun mit kontinuierlichen Kürzungen der Ressourcen aus der europäischen Regionalpolitik rechnen. (Mancho-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 76; Morata/Popartan 2009: 27)

Tabelle 12: Strukturelle Unterstützung für Spanien für die fünf Planungsperioden (1989-93, 1994-99, 2000-06)

	1986-1988	1989-1993	1994-1999	2000-2006	2007-2013
Strukturfonds	-	-	41.080	49.569	31.114
Kohäsionsfonds	-	-	9.574	12.322	3.543
Total	4.822	18.707	50.654	61.890	34.657

(Quelle: eigene Darstellung nach Mancha-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 76)

Spanien zählte in den ersten drei Planungsperioden zu den durch die Europäische Regionalpolitik am meisten begünstigten Ländern, sowohl hinsichtlich der Höhe der zugewiesenen Mittel aus den Strukturfonds als auch hinsichtlich des Kohäsionsfonds. Große Teile der Bevölkerung sowie große territoriale Teile der Regionen profitierten von den Ressourcen der Europäischen Regionalpolitik, wobei sich hier Unterschiede in Bezug auf die Höhe der den unterschiedlichen Regionen zugewiesenen Mittel wie auch hinsichtlich der Effizienz des Einsatzes der finanziellen Ressourcen ausmachen ließen. (García 2007: 64)

Neben den Struktur- und Kohäsionsfonds erhielt Spanien auch finanzielle Unterstützung von einigen anderen Fonds, unter anderem auch von den Landwirtschafts- und Fischereifonds, die als Instrument zur Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik verwendet wurden und die ländliche Entwicklung forcieren sollten. (Ministerio de Economía y Hacienda 2011: 97)

Die Annäherung Spaniens an die europäischen Mitgliedsländer erfolgte ab 1986 in einem relativ raschen Prozess, wie sich anhand der Entwicklung des Bruttosozialproduktes gut aufzeigen lässt. Während das Bruttosozialprodukt pro Kopf 1986 bei 70% des EU-Durchschnitts lag, stieg es bis Ende der 1990er Jahre auf 81,1%. Dieser Aufholprozess war unter anderem auch auf das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück zu führen. (Holmann 2002: 410)

7.3 Andalusien: eine der Ziel-1-Regionen der Europäischen Union

Andalusien mit seiner Lage im Süden von Spanien, an der Atlantik- und Mittelmeerküste am äußeren Rande der Europäischen Union gehört und gehörte im Vergleich zu dem wirtschaftlich starken Zentrum zu einem der am wenigsten entwickelten Gebiete der Europäischen Union. (Dirección General De Fondos Europeos o.J.: 9f.) Andalusien bildet sowohl in demographischen wie auch in territorialen Kategorien einen nicht unbedeutenden

Teil Europas sowie aufgrund seiner geographischen Lage eine der größten natürlichen Außengrenzen der Gemeinschaft. (Nieto Solís u.a. 1994:5)

Die Region zählte Ende der 1990er Jahre ca. sieben Millionen EinwohnerInnen, was in etwa zwei Prozent der europäischen Bevölkerung ausmachte. Die Fläche der Region lag bei zwei Prozent der europäischen Gesamtfläche. (Dirección General De Fondos Europeos o.J.: 9f.) Laut der Nomenklatur der Regionaldirektion REGIO zählte Andalusien seit Spaniens Beitritt in die Europäische Gemeinschaft zu den NUTS2 Regionen, also zu den mittleren Regionen gemessen an der Bevölkerungsgröße nach europäischer Definition. (Lima/ Cardenete 2008: 1145f.)

In wirtschaftlicher Hinsicht lässt sich diese Aussage nicht halten, denn Andalusien als eine Region, die ja im Gegensatz zu anderen Regionen der Europäischen Union über einen weiten Zeitraum von Modernisierungsprozessen ausgeschlossen war bzw. in vielen Aspekten blieb, zählte zu jenen Regionen Spaniens, die als besonders förderbedürftig eingestuft wurden und gehörte somit laut der Einordnung der Europäischen Union zu den Ziel-1-Regionen. Die Region zählte zu jenen Regionen Spaniens mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von weniger als 75% des spanischen Durchschnitts. (Dirección General De Fondos Europeos o.J.: 11; Gracia 2007: 69)

Im Jahre des Beitritts Spaniens in die Europäische Gemeinschaft lag das Bruttoregionalprodukt pro Kopf Andalusiens bei 56,3% des europäischen Durchschnitts. Trotz des kontinuierlichen Anstiegs im Laufe der 17 Jahre betrug es 2002 nur 66,5% des durchschnittlichen Bruttoregionalprodukts pro Kopf der Gemeinschaft. (Consejería de Economía y Hacienda 2003: 249)

Schwierigkeiten des regionalen Wirtschaftssystems bei der Umsetzung wirtschaftlicher Aktivitäten und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die kontinuierlich zunehmende Verschärfung der intraregionalen Ungleichheit wurden als entwicklungshemmende Faktoren erkannt. (Martín 1993 zitiert nach Ramos u.a. 2002: 196) Die mangelnde Diversität des andalusischen Produktionssystems und die Starrheit der Strukturen führten im Vergleich zu vielen anderen Regionen der damaligen Europäischen Gemeinschaft zu einer verlangsamten Entwicklung und zu Entwicklungsdefiziten. Da Strukturanpassungsmaßnahmen gerade bei Ziel-1-Regionen ein prioritäres Ziel darstellten, entstanden hohe Erwartungen an die europäische Regionalpolitik. (Ramos u.a. 2002: 196ff.)

Andalusien zählte seit dem Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft zu jenen Regionen, die in Bezug auf regionalpolitische Maßnahmen prioritär behandelt wurden, da mit

der Integration dieser Region aufgrund der genannten entwicklungshemmenden Faktoren besondere Schwierigkeiten erwartet wurden, welche es mit Hilfe der Mittel aus der europäischen Regionalpolitik zu kompensieren galt. (Illescas 1989: 37)

Die Unterentwicklung eines überwiegenden Teiles der spanischen Regionen und im besonderen Andalusiens ermöglichte den Zugang zu europäischen Fonds, um Modernisierungsprozesse der wenig entwickelten Sektoren und Gebiete in die Wege zu leiten. (Ramos u.a. 2002: 196ff.) Unterstützung erhielt Andalusien als Ziel-1-Region in erster Linie aus den europäischen Strukturfonds. Ferner wurde Andalusien aber auch durch die interne Verteilung der Mittel aus dem Kohäsionsfonds, welche Spanien für die Implementierung von Infrastruktur- und Umweltprojekten zugeteilt wurden, begünstigt. In vergleichsweise geringerem Ausmaß profitierte Andalusien von Initiativen der Gemeinschaft, welche ebenfalls strukturellen Charakter hatten, jedoch im Vergleich zu den anderen Maßnahmen von der Europäischen Kommission selbst bestimmt und konzipiert wurden. (García 2007: 75ff.)

In Bezug auf die Verwendung der finanziellen Ressourcen aus den Strukturfonds lassen sich zwei Handlungsebenen, die multiregionale und die regionale, unterscheiden. Die multiregionale Ebene sieht eine Kofinanzierung durch die nationale Regierung bzw. öffentliche Unternehmen und lokale Administrationen vor. Die Interventionen, die im Rahmen dieser Ebene stattfanden, waren nicht von vornherein auf den speziellen regionalen Kontext ausgerichtet, sondern vielmehr auf die Erreichung allgemeiner regionalpolitischer Ziele der Gemeinschaft. Auf regionaler Ebene wiederum fanden Aktivitäten im Handlungsbereich und mit der Kofinanzierung der regionalen Administrationen statt, in diesem Falle der autonomen Verwaltung Andalusiens bzw. der andalusischen Regierung. (García 2007: 77)

Die regionalpolitischen Maßnahmen für Andalusien, welche aus den Mitteln der Strukturfonds finanziert wurden, waren auf mehrjährige Programmperioden ausgerichtet und orientierten sich an den prioritären Zielen der Europäischen Union. (García 2007: 77) Die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen durch die Europäischen Institutionen wurde durch eine Kofinanzierung der spanischen Administration (auf nationaler, regionaler, lokaler Ebene) ermöglicht. Die Kapazitäten Spaniens wurden so sowohl auf nationaler als auch auf regionaler und lokaler Ebene gestärkt. Mittel- und langfristige Ziele unterlagen der regionalpolitischen Programmplanung, sogenannten Entwicklungsplänen, welche im Falle Andalusiens, wie bereits im Kapitel 4 angesprochen, zu Beginn noch eine adaptierte Version

der regionalen Entwicklungspläne waren, später dann existierte nur mehr eine den europäischen Vorgaben entsprechende Version. (Cuadrado-Roura 2010: 292ff.)

Bereits 1986 war Andalusien die von der Europäischen Regionalpolitik am meisten begünstigte Region Spaniens. 39,5% der gesamten Unterstützungen für Spanien flossen nach Andalusien. (Consejería de Fomento y Trabajo/Secretaría General de Economía y Fomento 1988: 161)

In der ersten Planungsperiode der Europäischen Strukturfonds für Andalusien 1989-1993 wurden die für Andalusien gedachten finanziellen Mittel nach den Vorgaben eines den Kriterien der Europäischen Gemeinschaft entsprechenden Entwicklungsplanes verteilt. Die Unterstützungen für diesen Zeitraum machten nahezu das Doppelte der gesamten öffentlichen Investitionen in die Region und das Fünffache der regionalen Investitionen aus. (Auriolles u.a. o.J.: 24) Durch den Einbezug Andalusiens in die Programmierung und Budgetverwaltung wurde die Region dazu ermächtigt, regionalspezifische Prioritäten festzulegen, sowie Projekte und Programme, die in der Kompetenz der Autonomen Region lagen, umzusetzen. (Ramos u.a. 2002: 202) In dieser ersten Programmperiode bezog Andalusien Ressourcen aus den drei Strukturfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft. Dabei leistete der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung den größten finanziellen Beitrag. 64,3% dieser Ressourcen dienten dem Ausbau bzw. der Verbesserung der Infrastruktur und des Kommunikationssystems der Region, zumal hier erhebliche Defizite festgestellt wurden, deren Behebung für die Teilhabe an dem gemeinsamen Markt mit freiem Güter- und Kapitalverkehr unumgänglich erschien. Der zweite wichtige Bereich war der Wasserbau, dem ein Viertel der Ressourcen des Regionalfonds zufließen. Die Ressourcen aus dem Europäischen Sozialfonds, die ein Viertel der gesamten für Andalusien geplanten Ressourcen ausmachten, flossen in die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte und in die Integration marginalisierter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt. (Auriolles u.a. o.J.: 22ff.) Die Unterstützung durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft war verhältnismäßig geringer, sie machte 7,5% der gesamten Andalusien zur Verfügung stehenden Ressourcen aus und die Mittel wurden in die Kommerzialisierung landwirtschaftlicher Produkte bzw. in die Förderung der Entwicklung marginalisierter ländlicher Gebiete investiert. (Ramos u.a. 2002: 202)

In der zweiten Planungsperiode 1994-1999 standen in der Rahmenplanung der Europäischen Regionalpolitik für Andalusien die spezifischen Strukturprobleme der Region im Fokus der Bemühungen. Die bestehenden Strukturprobleme sollten abgebaut werden, um so die

vorhandenen Entwicklungsdivergenzen zu den restlichen Regionen der Europäischen Union zu verringern. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten erstmals vorgegebenen strategischen Ausrichtungen Folge leisten. Das Hauptziel dieser Programmperiode war die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Wirtschaft. Spezifische Pläne für Maßnahmen in den Bereichen Industrie, Energie und Umwelt wurden dafür entwickelt. Prozesse der Modernisierung, Diversifizierung und Integration des andalusischen Produktionssystems, die Ausschöpfung der Stärken der andalusischen Wirtschaft, die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte und Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und des öffentlichen Kapitalstocks wurden angestrebt. (García 2007: 84ff.) Andalusien profitierte in jener Periode von einem deutlichen Anstieg der Ressourcen. Die Mittel für Projekte auf regionaler und multiregionaler Ebene sowie die Unterstützung durch Initiativen der Gemeinschaft machten insgesamt 24,3% der gesamten Ressourcen aus den Strukturfonds, die für die spanischen Regionen zur Verfügung standen, aus. (Ramos u.a. 2002: 204)

Während 1994-1999 die aus den Fonds der europäischen Regionalpolitik erhaltenen Mittel hauptsächlich für Ziele wie Integration und territorialen Zusammenhalt bzw. Infrastrukturprojekte verwendet wurden, rückten 2000-2006 Ziele wie die Verbesserung der Produktionsstrukturen, Forschung und Entwicklung, sowie die Steigerung der Innovationskapazitäten bzw. die Schaffung einer Wissensgesellschaft und die Verbesserung des Humankapitals in den Vordergrund. (García 2010: 7) Im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stand die Förderung der wirtschaftlichen sowie sozialen Kohäsion. Neben den Kohäsionsbemühungen wurde aber auch eine stärkere Fokussierung der Entwicklungsbemühungen angestrebt. Ein verstärkter Fokus auf bestimmte Ziele wurde in diesem Zusammenhang durchgesetzt. (Mancha-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 61)

Mit der Programmperiode 2000-2006 änderten sich dann einige Rahmenbedingungen der Regionalpolitik in Spanien. Im Rahmen des Berliner Gipfels 1999 wurde zum einen die Osterweiterung der Europäischen Union und damit der Anstieg der Mitgliedsländer mit einem unter dem europäischen Durchschnitt liegenden Einkommen beschlossen und zum anderen einigte man sich auf eine allgemeine Kürzung der Mittel der Strukturfonds. (Europäische Kommission 2008)

Die Europäische Kommission vereinfachte und dezentralisierte auch die Anwendung der regionalpolitischen Maßnahmen. Damit einhergehend beschloss sie eine Umverteilung von Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen. (Europäische Kommission 1999a: 3)

Die Schwierigkeiten, die sich für die Implementierung der europäischen Regionalpolitik aufgrund der Osterweiterung und der Kürzung der finanziellen Ressourcen ergaben und die bereits in der Planungsperiode 2000-2006 erkannt wurden, waren in der Planungsperiode 2007-2013 noch deutlicher spürbar. Während Spanien in der Periode von 2000-2006 61,89 Milliarden Euro zur Verfügung standen, fand aufgrund der Kürzungen im Zeitraum von 2007-2013 eine Reduzierung der Mittel um knapp die Hälfte statt. (Mancha-Navarro/Garrido-Yserte 2010: 64ff.) Da Andalusien jedoch weiterhin eine der Fokusregionen der europäischen Regionalpolitik darstellte, wurden keine Anpassungen der für Andalusien zur Verfügung stehenden Mittel im Vergleich zu der Planungsperiode 2000-2006 vorgenommen. (García 2010: 9) Die Prioritäten der Lissabon-Strategie, die mit dem Ziel entwickelt wurde, die EU zu einem der wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsräume der Welt zu machen, und auch die Göteborg-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung waren für diese Planungsperiode richtungsweisend. (Europäische Union 2005; Europäische Kommission 2002a:3)

Unterstützungen aus der gemeinsamen Agrarpolitik

Neben den Struktur- und Kohäsionsfonds spielte die gemeinsame Agrarpolitik für die Entwicklung der Region Andalusien eine nicht zu unterschätzende Rolle in Bezug auf den territorialen Zusammenhalt, auch wenn diese nicht direkt ein Instrument der europäischen Regionalpolitik darstellte. Die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Region Andalusien zeigt sich auch darin, dass die in Andalusien in der Landwirtschaft Beschäftigten ein Viertel der in der gesamten Landwirtschaft Spaniens Beschäftigten ausmachen. Während die Subventionen aus der gemeinsamen Agrarpolitik 1986 8,5% des landwirtschaftlichen Einkommens betrug, stiegen diese im Laufe der Jahre kontinuierlich an. Im Jahre 2000 lagen die Subventionen aus der gemeinsamen Agrarpolitik bereits bei 25% des landwirtschaftlichen Einkommens Andalusiens. Diese sehr hohen Subventionen hatte Andalusien vor allem dem Olivenanbau zu verdanken, der von den europäischen Agrarsubventionen in großem Ausmaß begünstigt wurde. Andalusien ist eine der Hauptanbauregionen von Oliven in Europa. (Ramos u.a. 2002: 208)

7.4 Konsequenzen der Regionalpolitik für Andalusien

Die Fortschritte, die aufgrund der Zuwendungen aus der europäischen Regionalpolitik seit 1986 für Andalusien erreicht wurden, sind vieldiskutiert, doch nicht klar nachweisbar. Im

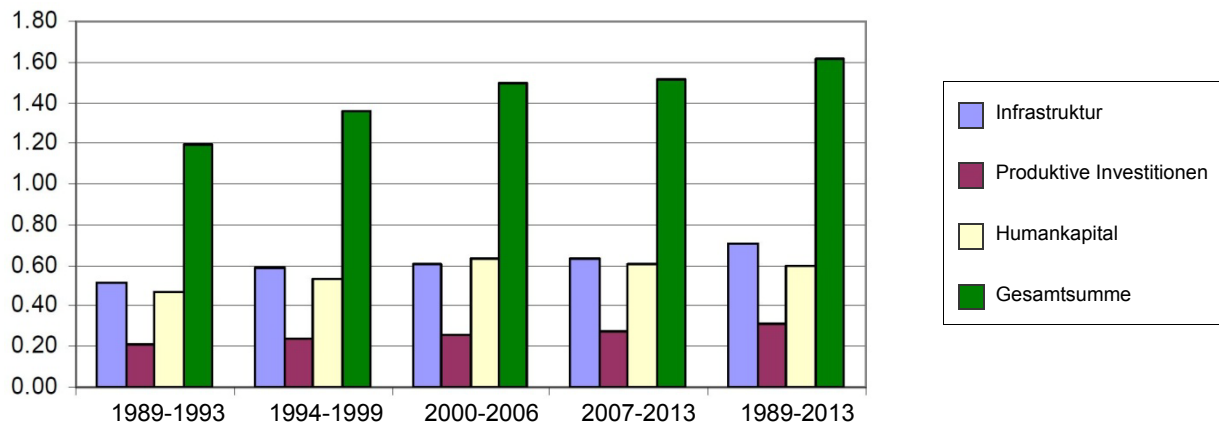
Zeitraum zwischen 1989-2013 flossen insgesamt 28.492 Millionen Euro (in Preisen aus dem Jahr 2000) aus den Ressourcen der Europäischen Regionalpolitik nach Andalusien. Die von Andalusien bezogenen Mittel machten für den Zeitraum von 1986-2006 1,60 % des realen BIPs und für den Zeitraum von 1989-2013 eine durchschnittliche Rate von 1,62% des realen andalusischen BIPs aus. (Sosvilla 2008: 6) Andalusien gehörte lange Zeit sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu jenen Regionen, die am meisten von den europäischen Struktur- und Regionalfonds profitierten. Am Beispiel Andalusiens lässt sich jedoch aufzeigen, dass keine direkte Beziehung zwischen der Höhe der zugewiesenen Strukturfonds und der Konvergenzrate – dem sogenannten Aufholprozess, hier die Annäherung des BIP pro Kopf an den nationalen Durchschnitt – bestehen muss. Die Konvergenzrate stieg verhältnismäßig nur sehr langsam. Denn Andalusien, eben jene Region Spaniens, welcher im Vergleich zu den anderen spanischen Ziel-1-Regionen der höchste Anteil der Strukturfonds zuteilwurde, verzeichnete für die Periode 1988-1998 (in der Andalusien in besonderem Ausmaß von den Unterstützungen der Regionalpolitik profitierte) eine Konvergenzrate in Höhe von 3%. Damit lag sie deutlich unter dem nationalen Durchschnitt und auch unter dem Durchschnitt der anderen spanischen Ziel-1-Regionen. In Bezug auf die Reduzierung der Arbeitslosenrate (-2,8%) lag die Region Andalusien über dem Durchschnitt der restlichen Ziel-1-Regionen (-2%), jedoch lag die Reduktion der Arbeitslosenrate in Andalusien deutlich unter dem Wert, der aufgrund der Höhe der bezogenen Mittel aus den Strukturfonds zu erwarten gewesen wäre. (Ramos u.a. 2002: 222)

Die bestehenden Entwicklungsunterschiede Andalusiens zu anderen europäischen Regionen können kaum auf ein Fehlen von Kapital oder an einem Mangel an Ressourcen festgemacht werden, vielmehr müssen Fragen hinsichtlich der Verwendung der Ressourcen und deren Ausrichtung gestellt werden. Der alleinige Zufluss finanzieller Mittel war für tatsächliche regionale Entwicklungsprozesse in Andalusien im Rahmen der europäischen Regionalpolitik nicht ausreichend, vielmehr wären tiefgreifende Strukturveränderungen notwendig, ansonsten könnte der Einsatz der erhaltenen Mittel zu einer reinen Reproduktion der unterentwickelten Situation Andalusiens führen. (Delgado 1991: 114)

Hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der regionalpolitischen Maßnahmen eröffnen sich ebenfalls unterschiedliche Überlegungen. Denn von den 28.492 Millionen Euro, die im Zeitraum von 1989-2013 für Projekte bzw. Programme in Andalusien zur Verfügung standen, wurden 53,07% in den Ausbau bzw. die Verbesserung der Infrastruktur investiert, 26,23% in den Bereich des Humankapitals und 20,70% in die Unterstützung von Unternehmen in Andalusien. (Sosvilla 2008: 6) In Abbildung 9 stellt die gemeinschaftliche Unterstützung für

die Region Andalusien im Verhältnis zum BIP für die einzelnen Planungsperioden und Investitionsbereichen dar.

Abbildung 9: Gemeinschaftliche Unterstützung im Verhältnis zum Regionalprodukt Andalusiens 1989-2013



(Quelle: Sosvilla 2008: 7)

Eine wichtige Determinante dieser Entwicklungsstrategie stellte somit der Ausbau der Infrastruktur dar. Eine bessere Vernetzung innerhalb der Region sowie die Verbesserung bzw. der Ausbau des externen Zuganges zu der Region wurde damit gesichert. Die freie Bewegung von Gütern, Kapital und Arbeitskräften sollte dadurch garantiert werden. Eine vollständige Integration in den gemeinsamen Markt sowie die Ausnutzung von Skaleneffekten und anderer sich aus dem gemeinsamen Markt ergebender Vorteile sollten dadurch erreicht werden. Eine bessere Verbindung zu den restlichen Regionen bzw. dem wirtschaftlich starken Zentrum der Europäischen Union sollte den marginalisierten Regionen der Europäischen Union die Möglichkeit eröffnen, besser von den Vorteilen des gemeinsamen Marktes bzw. in weiterer Folge von den Vorteilen einer gemeinsamen Währungsunion zu profitieren. (Márquez Guerrero 1991: 105ff.) Hier stellt sich die Frage, inwiefern Andalusien wirklich von einem besseren Anschluss an die übrige Europäische Union profitieren konnte bzw. ob durch diesen die bisherigen ungleichen wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den wirtschaftlich stärkeren Regionen der europäischen Union und den wirtschaftlich schwächeren Regionen weiter festgeschrieben wurden?

Es bestehen makroökonomische Modelle, wie das HERMIN-Spanien-Modell, die die Effekte der regionalpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union auf Größen wie BIP, Produktivität, Prokopfeinkommen etc. zu berechnen versuchen. Durchaus positive Ergebnisse wurden in diesem Zusammenhang in Bezug auf das reale BIP, die reale Produktion, den Arbeitsmarkt sowie auf das Einkommen pro Kopf errechnet. (vgl. Sosvilla 2008; García

2010;). Seit dem Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft 1986 erfuhr die andalusische Wirtschaft deutliche Impulse, die unter anderem auf die Unterstützung durch die Struktur- und Regionalfonds zurückgeführt werden können. Jedoch bedeutet die positive Bilanz für Andalusien nicht, dass die wesentlichen Mängel der andalusischen Wirtschaft abgebaut wurden. Es kann allerdings daraus geschlossen werden, dass seit 1986 ein Konvergenzprozess stattgefunden hat, der zu einer gewissen Annäherung der Region an den gemeinschaftlichen Durchschnitt der restlichen europäischen Regionen führte. (Consejo Escolar de Andalucía o.J.: 235) Das BIP Andalusiens lag 2010 bei 80% des europäischen Durchschnitts, wobei hier erwähnt werden muss, dass sich der europäische Durchschnitt durch die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedsländer kontinuierlich veränderte und Spanien längst nicht mehr zu den ärmsten Ländern der Gemeinschaft zählt. (OECD 2010a: 17)

In der Planungsperiode 2014-2020 wird Andalusien erstmals nicht mehr zu den Ziel-1-Regionen der Europäischen Union gerechnet. Andalusien gehört nun der Gruppe der Übergangsregionen an. Die neue Kategorie der Übergangsregionen wurde aufgrund der Austeritätsüberlegungen eingeführt, die die europäische Regionalpolitik seit dem Ausbruch der Krise 2008 in besonderem Maße prägten. Übergangsregionen stehen im Vergleich zu den am wenigsten entwickelten Regionen der Europäischen Union weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Dieser Einschnitt bei der Zuteilung von Ressourcen aus Initiativen der Gemeinschaft bedeutet auch einen deutlichen Einschnitt bei den Investitionskapazitäten auf regionaler Ebene. Übergangsregionen sind jedoch im Vergleich zu den Wettbewerbsregionen besser gestellt. (Cardenete 2013:2) Trotz der durchaus positiven Veränderungen in der andalusischen Wirtschaft, die im Rahmen der europäischen Regionalpolitik erreicht wurden, blieb Andalusien von der Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie noch weit entfernt. Die Region sah sich noch immer mit grundlegenden Strukturproblemen der Wirtschaft konfrontiert. Für die andalusische Wirtschaft war weiterhin eine große Krisenanfälligkeit kennzeichnend und die Produktivität blieb weiterhin recht gering. (García 2010: 11f.)

Es stellt sich hier die Frage, inwiefern die regionalpolitischen Maßnahmen tatsächlich zu einer nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen geführt haben, und ob es dadurch gelang negative Effekte der kontinuierlichen Integration Andalusiens in die Europäische Union abzufedern. Eine mögliche Antwort auf diese Frage liefert wohl die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008.

7.5 Fazit: Grenzen regionalpolitischer Projekte

Die europäische Regionalpolitik stellte ein Instrument zur Kompensation negativer Effekte, die für manche Mitgliedsländer aus der Integration in die Gemeinschaft entstanden, dar. Spanien zählte zu jenen Ländern, welche aufgrund der Beschaffenheit der nationalen Wirtschaft und den daraus resultierenden negativen Auswirkungen für das Land seit Beginn der Mitgliedschaft von der europäischen Regionalpolitik begünstigt wurden. Andalusien als eine der ärmsten Regionen Spaniens und bis zu Osterweiterung auch der europäischen Union gehörte zu den besonders förderungswürdigen Regionen des Landes.

Im Rahmen der europäischen Regionalpolitik konnten wichtige Erfolge für die Region Andalusien erreicht werden. Die finanzielle Unterstützung, die der Region aus diesem Bereich zufluss, finanzierte zu einem großen Teil die regionalen Entwicklungspläne, ermöglichte den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur sowie der Kommunikationssysteme, die Implementierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten etwa im Bereich der erneuerbaren Energien und auch in der Privatwirtschaft. Doch wurden hier auch die Grenzen des Vorhabens deutlich. Denn ohne einer grundsätzlichen strukturellen Veränderung der regionalen Wirtschaft unter stärkerer Berücksichtigung der lokalen Potentiale und Bedürfnisse bzw. ihrer mit einer Diversifizierung einhergehenden Neuausrichtung lassen sich auch mit hohen finanziellen Zuschüssen nur geringe Erfolge erreichen, die von wenig nachhaltiger Natur sind. Vielmehr resultiert daraus eine finanzielle Abhängigkeit, die traditionelle Strukturen weiter festschreibt und die strukturelle Abhängigkeit der Region nicht verringert.

8. Die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008: Vertiefte Peripherisierung

Die Krise, wie sie in Europa im Jahre 2008 ausbrach, wurde ein Jahr davor von der Krise des amerikanischen Subprime-Hypothekenmarktes ausgelöst. Diese tiefgreifende und multiple Krise zeigte sich zuerst in Form einer Finanzkrise, die auf wichtige Bereiche des internationalen Finanzmarktes überging, darauf folgte eine Krise des Wachstums und der Beschäftigung, welche große Effekte auf die Realwirtschaft hatte. Das Zusammenspiel dieser beiden Krisen mit dem institutionellen Gefüge der Eurozone und den falsch gesetzten Maßnahmen der Autoritäten als Reaktion auf die Krise führten schlussendlich zu einer Krise der Staatshaushalte. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 168)

Der tieferliegende Grund für diese Krise liegt jedoch in erster Linie in der Krise der kapitalistischen Produktionsweise, welche in den letzten Jahren unter neoliberalen und imperialen Gesichtspunkten umgebaut worden war. (Sablowski/Demirovic 2011: 78; Brand 2009: 2)

Dass diese Form der Kapitalverwertung des finanzdominierten Akkumulationsregimes – darunter versteht man die Organisation von Produktions- und Kapitalflüssen –, wie sie heute zu finden ist, in eine Krise geriet, hat ihre Wurzeln in der Krise des Fordismus, für welche die Rückgänge der Produktivitätszuwächse der tayloristisch-fordistischen Arbeitsorganisation und damit verbundenen Rückgänge der Profitrate charakteristisch sind. (Sablowski/Demirovic 2011: 78; Sablowski 2008) Die Krise der 1970er Jahre, der Rückgang der Profitabilität der Modelle der produktiven Akkumulation der Länder des Zentrums und die verstärkten Tendenzen der Finanzialisierung in eben diesen Ländern führte zu einer zunehmenden Internationalisierung des Kapitals. Die Attraktivität der Kapitalanlagen in peripheren Ländern wie in Spaniens bzw. Andalusien stieg damit an. (Becker u.a. 2013: 35)

Auf der Suche nach Profiten, die in der Realwirtschaft kontinuierlich zurückgingen, wurden verschiedene neue Wege eingeschlagen. Zum einen fand eine Verlagerung der Produktion in die Peripherie oder Semiperipherie statt, wie dies am Beispiel der Chemieindustrie in Andalusien aufgezeigt werden konnte. Die Position der Arbeiterschaft wurde durch Lohnsenkungen oder Massenentlassungen geschwächt und gleichzeitig wurden neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung geschaffen. Die höheren Profite in der Finanzwirtschaft führten zu steigenden

Ungleichgewichten zwischen der Real- und der Finanzwirtschaft. (Sablowski/Demirovic 2011: 80) Das überakkumulierte Kapital, welches im Kreislauf des industriellen Kapitals zunehmend an Profitabilität verlor, wurde vermehrt in dem Kreislauf des Finanzkapitals angelegt. Somit verzeichneten das zinstragende Kapital, insbesondere das fiktive Kapital und die Derivate in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zum industriellen Kapital starke Zuwächse. Diese Ungleichheiten zeigten sich besonders zwischen 1990 und 2007, als die Finanzanlagen ein deutlich höheres Wachstum als das weltweite Sozialprodukt erfuhren. (Sablowski/Demirovic 2011: 79)

Für periphere Wirtschaften hatte die Finanzialisierung vor allem den Zufluss von Kapital zur Folge, wobei dieses nicht selten auch wieder schnell abfloss. Die steigende Abhängigkeit von Kapitalimporten dieser Länder führte zur Implementierung attraktiver Politiken zugunsten des ausländischen Kapitals. (Becker u.a. 2010: 227f.) Eine profitable Anlageform für das nach Rendite suchende Kapital stellte der Bau- und Immobiliensektor bereit, auch die Investition in scheinbar sichere Finanzprodukte mit hohen Zinsen bot sich an. Über längere Zeit war diese Art der Anlageform möglich, da immer mehr Geld zur Deckung der Zinsen bereitgestellt wurde. (Sablowski/Demirovic 2011: 86) Ein zu hoher Grad an Finanzialisierung der Akkumulationsmodelle der peripheren Länder hatte einen Anstieg der Krisenanfälligkeit zur Folge. (Becker u.a. 2010: 225)

Bei einem großen Geldangebot besteht die Möglichkeit, dass eine Spekulationsblase die nächste nährt und damit den Zusammenbruch der Finanzmärkte kurzfristig verhindert. Dies zeigte sich im Falle der Dotcom-Blase, die sich in eine Immobilienblase verwandelte. (Weissenbacher 2008: 102) Die Krise brach 2007/2008 aus, als die Immobilienblase in den USA platzte und der Wertzuwachs der Immobilien die Kredite nicht mehr deckte sowie als ersichtlich wurde, dass die SchuldnerInnen die Zinsen nicht mehr bezahlen konnten und der amerikanische Subprime-Hypothekenmarkt zusammenbrach. (Sablowski/Demirovic 2011: 86)

Die Krise war keine Konsequenz eines einzelnen isolierten Ereignisses wie des Zusammenbruchs des amerikanischen Subprime-Hypothekenmarktes und auch kein alleiniges Phänomen des Finanzmarktes, sondern vielmehr lag eine Anhäufung von Ungleichheiten dahinter, die sich derart zuspitzten, dass sie vom System nicht mehr getragen werden konnten. (Álvarez Peralta 2013: 168)

Im Jahre 2008 begann eine langanhaltende und tiefgreifende Phase der wirtschaftlichen Rezession, die weitreichende Auswirkungen für die Wirtschaft auf globaler Ebene mit sich

brachte. Die zunehmenden Ungleichheiten zwischen den einzelnen Wirtschaften weltweit und auch insbesondere auf europäischer Ebene wurden durch die Krise offengelegt. Die ungleichen Entwicklungen innerhalb Europas hatten – wie bereits erwähnt – gerade im Zuge der engeren Bindung der einzelnen europäischen Länder untereinander im Rahmen der Integrationsprojekte, wie der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion, zunehmend an Bedeutung gewonnen. (Becker 2010: 9)

8.1 Spanien in der Krise

Die Krise, die auf den US-Finanzmärkten ihren Ausgang nahm, weitete sich schnell auf jene europäischen Länder aus, die über enge Verbindungen zu den US-Finanzmärkten verfügten, insbesondere auf den angelsächsischen Raum und die Benelux-Länder. Die mit der Krise verbundenen Kreditrestriktionen nahmen rasch Einfluss auf das Niveau von Produktion und Konsum. Länder mit starker Exportorientierung wie Deutschland verzeichneten Ende 2008 bzw. Anfang 2009 drastische Exporteinbrüche (Becker 2010: 9) Diese Einbrüche resultierten vor allem aus Absatzrückgängen in der europäischen Peripherie. Die auf Export ausgerichteten Volkswirtschaften, wie Deutschland konnten diese negativen Entwicklungen jedoch durch die intensivere Bearbeitung neuer Exportmärkte wie China, Brasilien, Indien und Russland relativ rasch kompensieren. (Becker/Weissenbacher 2012: 10)

Die Länder der europäischen Peripherie wiederum, zu denen Spanien zu zählen ist, wurden in besonderem Maße von der Krise getroffen – für sie gab es allerdings keine Kompensationsmöglichkeiten. (Becker u.a. 2013: 43)

In den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs war der steigende Konsum breiter Bevölkerungsschichten Spaniens durch Kredite finanziert worden. Aufgrund des unzureichenden Lohneinkommens war der kreditfinanzierte Konsum eine zentrale Komponente der neoliberalen Politiken geworden, er stellte eine Kompensationsstrategie zum Ausgleich der zunehmenden Einkommensunterschiede dar und war gerade für die Länder der europäischen Peripherie, wie Spanien, bedeutend geworden. (Becker 2010: 7ff.) Große Teile der Bevölkerung waren so durch den kreditfinanzierten Kauf von Wohneigentum eng an das sogenannte finanziarisierte Modell gebunden und somit abhängig von der Stabilität der internationalen Finanzmärkte. Dies wiederum war der Grund, warum große Teile der spanischen Bevölkerung direkt von den Folgen der Banken- und Immobilienkrise getroffen wurden. (Becker 2010: 7)

Der kreditbasierte Konsum war in Spanien in hohem Maße an den Immobiliensektor gebunden und war im Vergleich zu anderen Ländern massenbasiert. Aufgrund der steigenden Nachfrage wurden zwischen 2001 und 2008 doppelt so viele Wohnungen errichtet als in der Periode von 1991 und 2000. Der Bausektor hatte in den Boomjahren einen guten Teil des Wachstums der spanischen Wirtschaft ermöglicht, er war der sogenannte Motor der spanischen Wirtschaft gewesen. (Becker 2010: 10)

Im Vergleich zu den restlichen Ländern der Europäischen Gemeinschaft war der Bausektor für die spanische Wirtschaft schon über Jahrzehnte hinweg von besonders großer Bedeutung gewesen. Dies wurde bereits in den 1970er Jahren deutlich. Doch verstärkte sich dieser Trend Mitte der 1990er Jahre. Gründe für die boomende Bauindustrie in Spanien waren zu jenem Zeitpunkt die gemeinsame europäische Währung, die zu einem Rückgang der nominalen Zinssätze und zusammen mit der hohen Inflationsrate teilweise sogar zu negativen Zinsen führte. Die niedrigen Zinssätze zusammen mit Steueranreizen ergaben besonders günstige Konditionen. Weitere Gründe waren das durch Immigration und einen Babyboom ausgelöste Bevölkerungswachstum, sowie das steigende Interesse an Ferienwohnungen im Süden Europas. All dies führte zu einer steigenden Nachfrage auf dem Immobilienmarkt. Ferner bewirkten die negativen Entwicklungen auf den Aktienmärkten eine Umorientierung der Investitionen, die zu einem großen Teil den Bauboom mitfinanzierten. Der Immobiliensektor zog wegen der vergleichsweise hohen Rentabilität immer mehr InvestorInnen an. (OECD 2007: 76)

Dieser kreditfinanzierte Motor stellte sich jedoch als wenig nachhaltig heraus, sobald ihm der Sprit des Rendite suchenden Kapitals ausging. Neben dem kreditbasierten Konsum war auch eine zunehmende Importneigung ein Charakteristikum Spaniens. Gerade in den Boomjahren nahm aufgrund des steigenden öffentlichen und privaten Konsums das Leistungsbilanzdefizit Spaniens kontinuierlich zu. (Becker 2010: 10)

Tabelle 13 gibt einen Überblick über den beachtlichen Anstieg der öffentlichen, aber vor allem auch privaten Verschuldung gemessen am spanischen Bruttoinlandsprodukt. Die private Verschuldung der spanischen Haushalte gemessen am BIP erfuhr vor allem in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs vor der Krise einen drastischen Anstieg, ebenso die Verschuldung der Unternehmen.

Tabelle 13: Öffentliche und private Verschuldung Spaniens gemessen am BIP: 1980, 1990, 2000, 2010

	1980	1990	2000	2010
Verschuldung der Haushalte	24	41	54	91
Verschuldung der Unternehmen⁴	120	97	133	193
Öffentliche Verschuldung	27	49	71	72

(Quelle: eigene Darstellung nach Cecchetti u.a. 2011: 24ff.)

Die Immobilienblase, die sich in den Jahren vor der Krise aufgebaut hatte, wurde hauptsächlich durch die Banken jener Länder finanziert, welche eine hohe Sparquote aufwiesen. Ein Beispiel dafür ist Deutschland. Dies zeigt die enge Verbindung der unterschiedlichen Akkumulationsmodelle des europäischen Zentrums und der Peripherie auf, welche sich mit der Öffnung Spaniens und der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren kontinuierlich verstärkt hatte. Jenen Ländern wie Deutschland, die auf den Export von Waren und Kapital ausgerichtet waren, standen Länder wie Spanien gegenüber, die in einem hohen Maße von Importen abhängig waren. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 174) Es bestand und besteht eine beidseitige Abhängigkeit. Dieses Modell der finanzialisierten Akkumulation, die den spanischen Konsum über die Jahre hinweg stark von ausländischem Kapital abhängig gemacht hatte, erhöhte die Krisenanfälligkeit der nationalen Wirtschaft deutlich und führte zu einer hohen Verschuldung des Landes. (Becker 2010: 7)

Das Platzen der Immobilienblase hatte in Spanien deutliche Auswirkungen auf den Bankensektor. Doch breitete sich die Krise auch sehr schnell auf die Realökonomie aus. Der kreditfinanzierte Konsum, die private und auch öffentliche Verschuldung, die viele Jahre als Motor der Nachfrage funktionierten, erlitten aufgrund der restriktiven Kreditvergabe, die sich aus der Krise ergab, deutliche Einschnitte, was wiederum zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der Binnennachfrage in der gesamten Eurozone und insbesondere in Spanien führte. (Eurostat 2010: 5) Die daraus resultierende Rezession traf Spanien besonders stark. (Álvarez Peralta u.a. 2013: 17) Die Anti-Krisenpolitik führte in den Ländern der europäischen Peripherie aufgrund des rezessiven Charakters zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und gleichzeitig zu einem drastischen Anstieg der Verschuldung. Die geringere Binnennachfrage und die damit einhergehenden sinkenden Importe führten dann zu einer Abnahme der Leistungsbilanzdefizite, welche ja in den Jahren vor der Krise kontinuierlich

⁴ Ohne Berücksichtigung des Finanzsektors

zugenommen hatten. (Becker u.a. 2013: 43) Die Möglichkeit der Umsetzung einer antizyklischen Politik durch die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurde durch die Krisenpolitik der EU begrenzt. (Becker/Weissenbacher 2012: 8)

Die Krise zeigte sich in Europa mit unterschiedlichen Gesichtern. Während einige Länder hauptsächlich vom Platzen der Finanz- und Immobilienblase getroffen wurden, hatte für andere Länder der drastische Rückgang der Exporte große Auswirkungen, die jedoch durch die Erschließung neuer Märkte bzw. Vertiefung der Handelsbeziehungen kompensiert werden konnten. (Becker 2010: 6) Die Krise traf die finanzialisierten Wirtschaften, wie Spanien, aufgrund des deutlich zurückgegangenen Kapitalzuflusses beziehungsweise sogar des Kapitalabflusses besonders hart. (Becker/Weissenbacher 2012: 7) Doch waren es in Spanien nicht zuletzt auch strukturelle Probleme, Fehlentscheidungen in der Politik, so auch falsche bzw. verspätet gesetzte Maßnahmen der nationalen Autoritäten zur Eindämmung der Krise, die zur Schwere der Krise beitrugen. Die Strukturschwächen der spanischen Wirtschaft wurden von der Immobilienblase verdeckt, doch kommt ihnen eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu. (Fishman 2012: 67f.) So konnte ein Wirtschaftswachstum, das hauptsächlich auf dem Tourismus- und Bausektor aufbaute, nicht von nachhaltiger Natur sein, während für andere Bereiche eine niedrige Produktivität, schwache Innovationskraft und mangelnde Investitionen in Forschung und Entwicklung charakteristisch waren und dies die bestehende spanische Wettbewerbsschwäche noch verstärkte. (Bundeszentrale für politische Bildung 2010)

Hatte schon die vertiefte Integration zu einer zunehmenden Differenzierung und Spaltung innerhalb der Europäischen Union geführt, so hatte die Krise ein zunehmendes Auseinanderdriften der Entwicklungsmuster von Zentrum und Peripherie zur Folge, welches vor der Krise schon erkennbar war, sich jedoch im Zuge der Krise noch einmal deutlich zuspitzte. (Becker 2010: 6) Die politischen Maßnahmen, die im Rahmen der Anti-Krisenpolitik ergriffen wurden, leisteten keinen Beitrag zur Reduzierung der Entwicklungsunterschiede und damit zu einer nachhaltigen Krisenlösung, sondern strebten die Erhaltung der Vorkrisenstrukturen an. Ziele wie die vielgepriesene soziale und wirtschaftliche Konvergenz innerhalb Europas wurden im Rahmen der Krisenpolitik außer Acht gelassen. Vielmehr ging es darum den Banken- und Finanzsektor zu stabilisieren. (Becker u.a. 2013: 43)

8.2 Andalusien in der Krise

Die Krise in Andalusien wurde ebenfalls durch den Stopp in der Kreditgewährung ausgelöst, der dem exzessiven Akkumulationsprozess ein Ende bereitete. Der vereinfachte Zugang zu Krediten, der sich mit dem Beitritt in die Währungsunion ergeben hatte, ermöglichte ein rasches Wachstum, das sich auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene vor allem aufgrund der boomenden Bauindustrie ergab. (Estrada 2009: 122)

Der Stopp in der Kreditvergabe hatte große Auswirkungen auf den Finanzsektor Andalusiens. Dieser Einschnitt traf eine Region, die über lange Zeit unter chronischen Finanzierungsproblemen gelitten hatte, besonders hart. Im Vergleich zur nationalen Ebene war Andalusien in deutlich höherem Maße von externer Finanzierung abhängig. Das Finanzierungsproblem, welches bereits vor der Krise über Jahrzehnte hinweg vorhanden gewesen war, konnte bis zur Expansionsphase der regionalen Wirtschaft Ende der 1990er Jahre noch mit öffentlichen Transferzahlungen von Seiten Spaniens bzw. der Europäischen Union gelöst werden. Mit der Expansionsphase und dem steigenden Leistungsbilanzdefizit war jedoch eine zusätzliche Finanzierung notwendig geworden. (Observatorio Económico de Andalucía 2010: 15f.)

Die Verschuldung der andalusischen Wirtschaft betrug 2010, trotz krisenbedingter Rückgänge, 13% des Bruttoregionalproduktes. (Observatorio Económico de Andalucía 2010: 15f.) Die Verschuldung auf nationaler Ebene lag im Jahre 2010 bei 3,9% und damit deutlich darunter, während sie zu Beginn der Krise noch bei 9,2% gelegen hatte. (Serrano Sanz 2011: 67)

Das andalusische Finanzsystem und in diesem Zusammenhang vor allem die Sparkassen trugen nicht, wie es eigentlich hätte sein sollen, zur Bekämpfung der Krise bei, sondern stellten vielmehr einen der Gründe für die Krise innerhalb der Region dar. Statt die Entwicklung des regionalen Produktionssystems und den Wohlstand der Region zu fördern, hatte der andalusische Finanzsektor die Immobilienblase mitfinanziert. Damit trug dieser Sektor nicht nur dazu bei, dass die andalusische Wirtschaft in besonderem Maße von der internationalen Krise getroffen wurde, sondern der Sektor selbst wurde von der Krise geschwächt und er verunmöglichte, unter anderem durch die drastischen Einschränkungen der Finanzierung der übrigen Produktionssektoren, eine schnelle Erholung der wirtschaftlichen Situation. (Torres López 2010: 6)

So ging die Kreditvergabe des andalusischen Bankensystems beispielsweise im Jahre 2011 um 3% zurück, während diese in den Boomjahren zwischen 1996 und 2007 durchschnittliche

jährliche Wachstumsraten von 19% verzeichnete. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise funktionierte gewissermaßen als Katalysator für eine Reihe von Ungleichheiten, welche sich in Andalusien über die Jahre akkumuliert hatten und die durch die Krise aufgedeckt wurden. Die Krise führte bis zu einem gewissen Grad zu einem Ausgleich der Ungleichheiten und zu einem Einpendeln der wirtschaftlichen Situation auf ein Niveau, das der Situation der regionalen Wirtschaft vor dem Boom deutlich ähnlicher war bzw. rückte die Krise die traditionellen Produktionsbereiche in Bezug auf die Wertschöpfung wieder in den Vordergrund. (Observatorio Económico de Andalucía 2010: 15f.)

Während der Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1996 bis 2007 war das Wachstum des durchschnittlichen Bruttoregionalproduktes der Region mit 4,1% über jenem von Spanien (3,8%), Europa (2,4%), den USA (3,1%) und auch über dem weltweiten Wachstum (4%) gelegen. Nur die Regionen Extremadura, neben Andalusien eine der ärmsten Regionen Spaniens, Murcia, Mellila und Madrid verzeichneten im regionalen Vergleich höhere Wachstumsraten. (Osuna Llaneza u.a. 2010: 80) In jener Zeit gelang es Andalusien die Wohlstandskluft, die sich zwischen Spanien und der Region bisher tendenziell eher weitete als reduzierte, zu verkleinern. Mit der Krise kehrte sich dieser positive Trend jedoch wieder um und Andalusien verzeichnete im Vergleich zur nationalen Ebene deutlich größere Rückgänge des Bruttoregionalproduktes. (Observatorio Económico de Andalucía 2012: 14) Während das Bruttoregionalprodukt im Jahre 2007 noch eine Wachstumsrate von 3,6% verzeichnete, schrumpfte es im Jahre 2010 um -0,4%. Grund für den Rückgang des Bruttoregionalproduktes war vor allem der drastische Rückgang der regionalen Nachfrage, genauer genommen der Bruttoinvestitionen und des Privatkonsums, die aus den großen Einschnitten in der Kreditgewährung resultierten. (Torres López 2010: 9) Der öffentliche Konsum folgte diesen negativen Tendenzen im Rahmen der Konsolidierung der Staatsfinanzen im Jahre 2010. (Consejería de Economía y Hacienda 2009: 16;167f.)

Unter den Autonomen Regionen Spaniens stellte Andalusien wohl ein Musterbeispiel für das nicht-nachhaltige spanische Wirtschaftssystem der Boomjahre zwischen 1996-2007 dar. (Aurioles 2013) Die Krisenanfälligkeit der andalusischen Wirtschaft war im Vergleich zu jener auf nationaler Ebene deutlich höher. (Torres López 2010: 1ff.) Gründe für die hohe Krisenanfälligkeit waren die stark ausgeprägten strukturellen Schwächen der regionalen Wirtschaft. Diese strukturellen Schwächen waren auf regionaler Ebene noch deutlich stärker ausgeprägt als auf nationaler Ebene. Zu groß war die Abhängigkeit des dynamischen Wirtschaftswachstums von den Bereichen Bauwirtschaft und Tourismus, während die traditionellen Bereiche von dem starken Wachstum vor allem der Bauwirtschaft in den

Schatten gestellt wurden. Ferner hatte der zunehmende Wettbewerbsdruck in dem System der konkurrierenden nationalen Wettbewerbsstaaten, der sich aus der engeren Bindung der einzelnen Mitgliedsländer durch die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ergab, die regionalen Produktionsstrukturen geschwächt und außerdem zu einem Rückgang der Diversifizierung der regionalen Wirtschaft beigetragen. (Torres López 2010: 2f.)

Der regionale Markt war auch im Vergleich zu anderen spanischen Regionen noch immer deutlich begrenzt und nur unzureichend mit Produktionskapital ausgestattet. Die Position Andalusiens in der globalen Wertschöpfungskette, gekennzeichnet durch eine starke Abhängigkeit von Kapital oder Importen in den überwiegenden Bereichen, machte die Region besonders verwundbar. Der Wirtschaftswissenschaftler Juan Torres López zählt darüber hinaus das andalusische Unternehmertum, welches sich an das einfache Geschäft und an hohe Subventionen gewöhnt habe und über nur wenig Unternehmergeist verfüge, zu den möglichen Faktoren, welche zu der Heftigkeit der Krise beigetragen haben. (Torres López 2010: 2f.) Weiters ließen die Kürzungen der finanziellen Unterstützung durch die europäische Regionalpolitik und der Rückgang der nationalen Umverteilung Andalusien als eine Region, die stark von finanzieller Unterstützung abhängig war, nicht unberührt. Die Ungleichheiten auf regionaler Ebene, die aus der geografischen Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten (wie bspw. Landwirtschaft in Almería und Industrie in Sevilla) resultierten, trugen neben der besonders hohen Anzahl an unqualifizierten Arbeitskräften erschwerend bei. (Torres López 2010: 2f.)

8.2.1 Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Wirtschaftssektoren

In den Jahren des wirtschaftlichen Booms hatten, wie bereits erwähnt, vor allem der Bausektor und der Dienstleistungssektor das äußerst dynamische Wirtschaftswachstum der Region getragen. Das Wachstum des Bausektors war in jenen Jahren außergewöhnlich und lag auch deutlich über dem auf nationaler Ebene. (Confederación Nacional de la Construcción 2008:15) In den Boomjahren 1996-2007 hatte der Bausektor zusammen mit dem Dienstleistungssektor einen Anteil von 82% an der andalusischen Bruttowertschöpfung inne. (Observatorio Económico de Andalucía 2012: 17) Ferner hatte in den letzten Jahren die Expansion des Bausektors Multiplikator-Effekte auf andere Aktivitäten, welche eng mit dem Bausektor verbunden waren. Dazu gehörten Baumaterial, Dienstleistungen in Verbindung mit Immobilien, Haushaltsgeräte sowie Finanzdienstleistungen und der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. (Observatorio Económico de Andalucía 2012: 17) Abgesehen davon war

das Wachstum des Dienstleistungssektors auf den ebenfalls florierenden Tourismussektor zurückzuführen. (Fernández Tables/Mendoza Bonet 2007: 118)

Als im Zuge der Krise im Jahre 2008 die Nachfrage nach Immobilien zurückging, stützte der öffentliche Bereich den Sektor noch für kurze Zeit. Den öffentlichen Investitionen kam über lange Zeit gerade in Bezug auf die Errichtung von Infrastruktur eine große Bedeutung zu. Jedoch verzeichneten auch die Investitionen der öffentlichen Administrationen nach kürzester Zeit große Einbrüche und gingen bis zu 70% zurück. (Pellicer 2009) Die Jahre des Aufschwungs, in welchen deutlich über der Marktnachfrage produziert wurde, nahmen mit dem Stopp der Kreditvergabe ein schnelles Ende. (Sánchez Orellana 2013)

Die Entwicklung der gesamten regionalen Nachfrage machte die starke Verwundbarkeit des andalusischen Marktes durch externe Faktoren deutlich. Der Rückgang der Aktivitäten und des Einkommens führte wiederum zu einer Reduktion der Importe, die im Jahre 2009 10,6% betrug. Dies bedeutete zum einen zwar einen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits, zum anderen und von viel größerer Bedeutung zeigte es die Schwäche der regionalen Wirtschaft und deren wirtschaftliche Abhängigkeit von den übrigen spanischen Regionen, aber auch von der internationalen Finanzierung auf. (Torres López 2010: 2)

Die Krise traf alle Wirtschaftssektoren der Region, doch unterschieden sich die Auswirkungen der Krise je nach Sektor. Der Industriesektor verzeichnete 2008 Wachstumseinbrüche in Höhe von -3,3%, während diese auf nationaler Ebene bei -2% und in der gesamten Eurozone bei -1% lag. (Consejería de Economía y Hacienda 2008:117) 2009 lag der Einbruch der andalusischen Industrie bereits bei -10,9% und war somit vergleichbar mit jenem des vom Platzen der Immobilienblase getroffenen Bausektors. (Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2010: 8) Die Bruttoinvestitionen in den Industriesektor gingen im internationalen, aber auch im nationalen Vergleich deutlich zurück, ebenso der Konsum. Die Importe im Bereich des Industriesektors gingen allein im Jahre 2009 um -34,2% zurück, auch die Exporte verzeichneten negative Entwicklungen, jedoch waren diese mit -14,8% nicht ganz so drastisch, zumal die Exporte der andalusischen Industrie seit jeher nur begrenzt von Bedeutung waren. (Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2010: 60) Die größten Rückgänge verzeichnete innerhalb der andalusischen Industrie die Rohstoffindustrie, darunter Bereiche wie der Abbau und die Weiterverarbeitung von Kohle oder Anthrazit. Diese negativen Entwicklungen der Rohstoffindustrie waren von längerer Dauer. Zwischen 2012-2013 lagen die Rückgänge bei -26,2%. Im Vergleich dazu

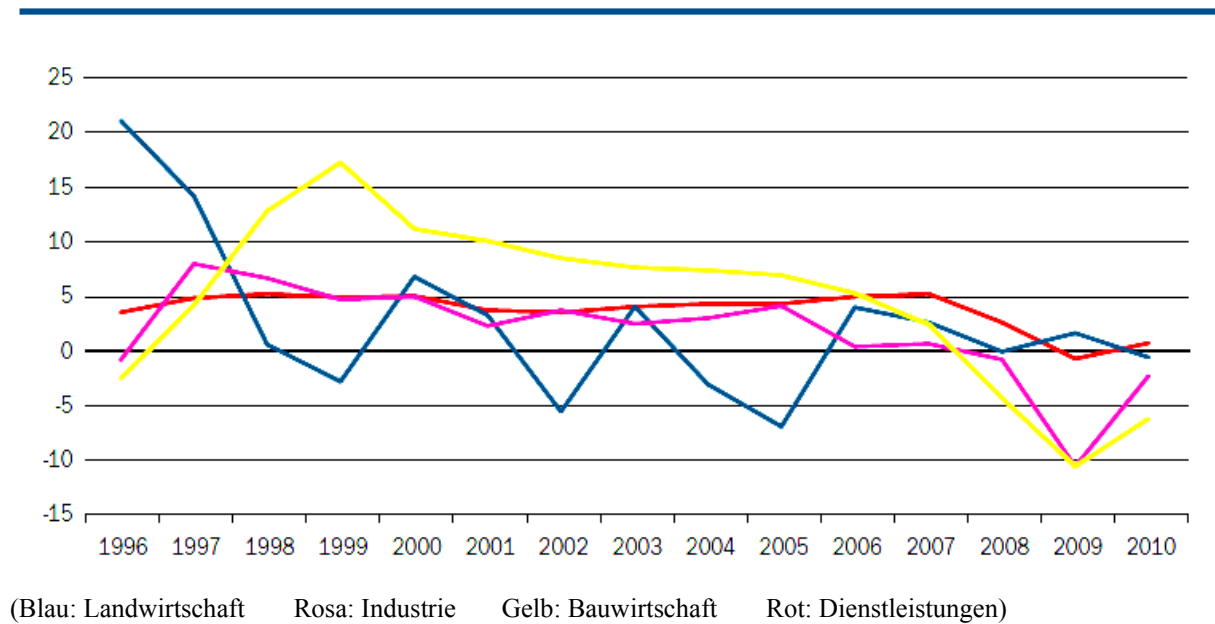
waren die Rückgänge in der weiterverarbeitenden Industrie geringer und lagen bei -3,2%. (Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2013: 2)

Der einzige Bereich der andalusischen Industrie, welcher verhältnismäßig positive Entwicklungen verzeichnete und welchem es gelang, die Effekte der Krise abzdämpfen war die Lebensmittelindustrie. Während die Wachstumsraten zu Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs verhältnismäßig gering waren, verzeichnete der Subsektor in den Jahren zwischen 2008-2012 im Vergleich zu den restlichen Industriesektoren deutlich geringere Einbußen und verzeichnete sogar ein geringes Wachstum zwischen 2008-2010. Auch der Abbau und die Weiterverarbeitung von Metallen verzeichnete geringe Zuwächse. (vgl. Consejería de Economía y Hacienda 2008; 2009; Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2010; 2011)

Der Landwirtschaftssektor wurde nur in geringem Maße von der Krise getroffen, so bestand in den ersten Jahren der Krise noch eine Nachfrage nach Arbeitskräften und auch in den Krisenjahren zwischen 2007-2012 war der Abbau im Bereich der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte gering. (Escobar Villegas u.a. 2012: 4; Torres López 2010: 9) Die Landwirtschaft war neben dem Dienstleistungssektor der einzige Bereich der regionalen Wirtschaft mit positiven Wachstumsraten. Sie verzeichnete im Jahre 2008 ein Wachstum von 0,8%, während auf nationaler Ebene negative Wachstumsraten in Höhe von -0,6% hingenommen werden mussten. Mit diesem Wachstum ging ebenfalls ein Anstieg der landwirtschaftlichen Exporte im Jahre 2008 gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 10,7% einher. (Consejería de Economía y Hacienda 2008: 105) Grundsätzlich stellte sich dieser Sektor, abgesehen von einigen Schwankungen wie im Jahre 2012, als relativ stabil heraus. (Consejería de Estadística y Cartografía de Andalucía o.J.)

Neben der Landwirtschaft hatte der Dienstleistungssektor die geringsten Wachstumseinbußen zu verzeichnen. Dasselbe gilt im Vergleich zur nationalen Ebene für die ebenfalls geringeren Rückgänge der Beschäftigung. Auch war der Dienstleistungssektor zusammen mit der Landwirtschaft jener Bereich der regionalen Wirtschaft, der weiterhin die größte Bruttowertschöpfung pro produzierte Einheit generierte. Die Auswirkungen der Krise zeigten sich im Tourismus im Jahr 2009 in Form von deutlichen Rückgängen. (Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2010: 151ff.) Die Abbildung 10 gibt einen Überblick über die Entwicklung des Wachstums der Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren der andalusischen Wirtschaft zwischen 1996 und 2010.

Abbildung 10: Wachstum der Bruttowertschöpfung der einzelnen Sektoren in %: Andalusien zw. 1996-2010



(Quelle: Consejería de Economía, Innovación y Ciencia 2011: 51)

Besonders eindrücklich zeigten sich die Krise und die darauf eingeleitete und von außen aufoktrozierte Anti-Krisenpolitik in der kontinuierlich ansteigenden Verschuldung der Region, die sich im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 verdreifachte (Junta de Andalucía o.J.: 1), und in der ansteigenden Arbeitslosigkeit in Andalusien. Die Region war nach Katalonien jene Region Spaniens, die am härtesten vom Abbau von Arbeitsplätzen betroffen war. (Consejería de Empleo 2010: 21) Aufgrund der strukturellen Schwächen maßgeblicher Sektoren der andalusischen Wirtschaft hatte die Region seit jeher mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen, doch nahm diese im Zuge der Krise drastisch zu. Die Arbeitslosigkeit betrug in Andalusien im vierten Quartal von 2007 12,57%. Im Vergleich dazu waren es im Baskenland beispielsweise 6,05% und in Madrid 6%. (Instituto Nacional de Estadística 2007: 5) Im Jahr 2012 waren 1.442.600 Personen in Andalusien ohne Beschäftigung. (López Pavón 2013) Der regionale Anteil am Zuwachs der nationalen Arbeitslosigkeit betrug 2007 22,75%. 27% aller spanischen Arbeitslosen fanden sich 2007 in Andalusien. (Auriolés 2013) Allein die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Andalusien im Jahre 2007 verdeutlicht die drastischen Rückgänge der andalusischen Wirtschaft und vor allem die große Abhängigkeit der andalusischen Wirtschaft von den Entwicklungen des Bausektors. Im Jahre 2013 waren 36,87% der aktiven andalusischen Bevölkerung ohne Arbeit. Auf nationaler Ebene wiederum lag die Arbeitslosigkeit im Jahre 2013 bei 27,16% und damit deutlich darunter. (Instituto Nacional de Estadística 2013) In Bezug auf die

Sektoren verzeichnete der Bausektor 2007-2012 die höchsten Rückgänge bei der Beschäftigung (-20,7%), gefolgt vom Industriesektor (-6,5%). Im Landwirtschaftssektor (-2,5%) und Dienstleistungssektor (-1,0%) waren die Rückgänge wiederum verhältnismäßig gering. (Junta de Andalucía 2012: 3) Im Dienstleistungssektor blieb die Situation relativ stabil, dies konnte auf den geringen Anteil der Aktivitäten des Sektors, welche für den Markt bestimmt waren, zurückgeführt werden. (Torres López 2010:7ff.)

Die hohe Arbeitslosigkeit bewirkte einen drastischen Anstieg der Armutsquote, die im Jahre 2010 30,1% betrug. Somit befand sich knapp ein Drittel der andalusischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze. In Baskenland waren es nur 11,6%. (Fundación Foessa 2012: 11) Die Zeitung El País berichtete am 18. September 2011 von einer neuerlichen Umkehr der Migrationsbewegungen. Während Andalusien in Zeiten des Aufschwungs von einem Auswanderungsland immer mehr zu einem Ziel arbeitssuchender Menschen geworden war, veränderte sich dies mit der Krise wiederum. Die meisten Arbeitskräfte, die ihren Job in der Bauwirtschaft verloren, suchten in der andalusischen Landwirtschaft Zuflucht. Doch waren diese Kapazitäten begrenzt und somit nahm die Emigration andalusischer Arbeitskräfte in Länder wie Frankreich, ebenfalls ein sehr stark von der Agrarwirtschaft geprägtes Land, deutlich zu. 10.500 WeinleserInnen migrierten allein im Jahre 2011 ins Nachbarland. Eine Zahl, die über ein Jahrzehnt nicht mehr erreicht worden war. Ferner nahm die Zahl zuwandernder Arbeitskräfte ab und parallel dazu stieg die Zahl der andalusischen Tagelöhner deutlich an. (Donaire 2011)

Auch im Jahr 2011 zählte Andalusien zu den Autonomen Regionen mit der höchsten Beschäftigung (29%) im Bereich der Landwirtschaft. Im Vergleich dazu war die landwirtschaftliche Beschäftigung in anderen agrarischen Regionen wie Galizien (11%), Murcia (9%) und Kastilien-Leon (8%) deutlich geringer. (Donaire 2011)

8.2.2 Fazit: Industrialisierung als Weg aus der Krise?

Die Krise der letzten Jahre zeigte einmal mehr die nachteilige Situation der Region Andalusien in der globalisierten Weltwirtschaftsordnung wie innerhalb der spanischen Volkswirtschaft auf. Ferner wurden im vertieften Integrationsprojekt der Europäischen Union Wirtschaftssektoren gefördert, wie am Beispiel Andalusiens die Bauwirtschaft, die sich über längere Zeit in der bisherigen Größe als nicht überlebensfähig herausstellten, während andere Sektoren vernachlässigt wurden. Die Abhängigkeit der Region von ausländischem Kapital und die nur sehr schwache Position, die ihr in der globalen Wirtschaftsordnung zukommt,

wurden in der Krise von 2008 ersichtlich. Die Krise trug ebenfalls zu einer Verstärkung der Entwicklungsunterschiede der Region zu anderen spanischen Regionen bzw. auch zwischen Spanien und anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union, wie Deutschland, bei. Dies wurde unter anderem anhand des besonders hohen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Emigrationsbewegung, der Verschuldung und des verhältnismäßig stärkeren Rückganges des Bruttoregionalproduktes deutlich. Im Gegensatz zu anderen Regionen der europäischen Gemeinschaft wird die Erholung der andalusischen Wirtschaft aufgrund der zerrütteten Wirtschaftssektoren längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Niveau der Wirtschaft, wie es vor der Krise erreicht wurde, wird die Region jedoch aufgrund des Abzugs von Kapital nicht mehr so schnell erreichen können. (Torres López 2010: 7)

Mit der derzeitigen Krise wurden die Grenzen des finanzialisierten Akkumulationsmodells aufgezeigt. Ferner führten die von der Europäischen Union vorgeschriebenen Austeritätspolitiken zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung zu einer Erhöhung der Verschuldung und zu einer weiteren Schwächung der peripheren Wirtschaften.

Die Krise könnte jedoch auch als Möglichkeit für einen Neuanfang hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen wie Andalusien gesehen werden. Eine verstärkte Politik zur Förderung von produktiven Sektoren wie Landwirtschaft und Industrie wären nun von großer Bedeutung. Diese waren ja schon vor der Krise aufgrund der Politiken zur Einhaltung der Stabilitätskriterien der gemeinsamen Währungsunion zu kurz gekommen. Die Gewerkschaft Andalusiens sieht einen möglichen Ausweg aus der Krise in einem Industrialisierungsprozess der Region. Diese Entwicklung der Industrie müsste jedoch mit einer parallelen Entwicklung der traditionellen Sektoren, die für das Bruttoregionalprodukt und für die Beschäftigung von Bedeutung waren und es heute noch sind, einhergehen. Es wird jedoch nicht darauf eingegangen, wie ein solcher Industrialisierungsprozess gestaltet werden könnte. (Union General de Trabajadores o.J.: 14) Wie in Kapitel 4. beschrieben wurde, stellte die Industrialisierung der Region bereits zu Beginn des Autonomieprozesses ein bedeutendes Ziel der ersten andalusischen Regierung dar. Bei einer genaueren Betrachtung der Entwicklung der andalusischen Industrie über einen längeren Zeitraum hinweg zeigten sich jedoch gegenteilige Entwicklungen. Machte der Anteil der andalusischen Industrie an der nationalen Industrie 1900 noch 17,2% aus, waren es 2011 nur mehr 7,9%. (Delgado 2013: 103f.) Im Bezug auf die Ausrichtung der andalusischen Produktion scheint sich über die Jahre nicht sehr viel verändert zu haben. Auch 2009 bestanden die wichtigsten Aktivitäten der andalusischen Wirtschaft noch immer in den Bereichen Erdölproduktion, Landwirtschaft, Fischfang, Bau, Lebensmittelindustrie, Handel, Dienstleistungen sowie bei den Immobilien,

dem Tourismus und dem Abbau von nicht-metallischen Mineralien. In dieser Reihung der wichtigsten Bereiche der regionalen Wirtschaft kam der Industrie nur eine untergeordnete Rolle zu. Im Vergleich dazu lag in der Region Katalonien an erster Stelle bereits die Chemieindustrie, ferner folgten die Bekleidungsindustrie, die Herstellung elektronischer Geräte, die Papierindustrie und der Maschinen- und Gerätebau als wichtigste Bereiche der regionalen Wirtschaft. (Delgado 2013: 114)

Ob die Industrialisierung der Region Andalusien somit ein realistischer und möglicher Weg aus der derzeitigen Krise darstellt, bleibt, zumindest aus historischer Perspektive betrachtet und auf die nahe Zukunft hin gesehen, sehr fragwürdig.

9. Zusammenführung und Schlussfolgerungen

Betrachtet man anhand der Tabelle 14 die wirtschaftliche Entwicklung Andalusiens zwischen 1955 und 2012, so fällt auf, dass sich der Anteil der industriellen Wertschöpfung am Bruttoregionalprodukt halbierte. Ein wesentlicher Rückgang erfolgte im Rahmen der europäischen Integration. Die nominale industrielle Wertschöpfung lag im Jahr 2012 bei 16.134,1 Millionen Euro (Consejería de Innovación, Ciencia y Empleo 2013: 103).

Der Index der industriellen Produktion, welcher Aussagen über deren Menge und Qualität ermöglicht, zeigt für Andalusien einen deutlichen Anstieg im Zeitverlauf. Traditionelle Bereiche mit geringer Wertschöpfung, wie die Lebensmittelindustrie und der Bergbau, dominieren noch immer die industrielle Produktion in Andalusien. Gleichzeitig weisen hochtechnologische Subsektoren innerhalb der andalusischen Industrie weiterhin eine Schwäche auf. Durch diese Faktoren lassen sich die Rückgänge der Anteile der andalusischen Industrie am Bruttoregionalprodukt erklären. (Parejo Barranco 2005: 26f.)

Der Dienstleistungssektor verdoppelte sich im genannten Zeitraum, allerdings in einer kontinuierlichen Entwicklung. Die Wertschöpfung im Bereich des Dienstleistungssektors betrug im Jahre 2012 96.141,2 Millionen Euro (Consejería de Innovación, Ciencia y Empleo 2013: 124). Die Zahlen der Bauwirtschaft zeigen u.a. die Jahre des Baubooms 2003-2008 an. Die nominale Wertschöpfung der Bauwirtschaft lag 2012 bei 12.619,8 Millionen Euro und jene der Landwirtschaft bei 6.843,2 Millionen Euro (Consejería de Innovación, Ciencia y Empleo 2013: 92; 114). Interessant ist die Entwicklung des Agrarsektors, der vor allem bis Mitte der neunziger Jahre schrumpfte, dann aber – durchaus im Gegensatz zur europäischen Entwicklung – stabil blieb. Aufschlussreich ist der Vergleich mit Spanien und Frankreich, die 2012 einen Agraranteil von 2,5% bzw. 2% auswiesen – Andalusien hingegen 5,2%. (Kushnir o.J.)

Tabelle 14: Anteile der andalusischen Sektoren am Bruttoregionalprodukt 1955-2012

	Landwirtschaft	Industrie	Bau	Dienstleistungen
1955 ⁵	29,42%	24,56%	7,17%	38,84%
1960	31,91%	22,52%	5,72%	39,85%
1967	21,68%	22,50%	7,45%	48,36%
1969	19,22%	23,41%	7,95%	49,43%
1973	19,69%	22,79%	8,24%	49,29%
1975	16,25%	24,55%	8,07%	51,14%
1981	12,48%	19,68%	8,14%	59,70%
1983	11,76%	19,71%	7,97%	60,56%
1987	10,75%	17,91%	7,93%	63,41%
1991	10,46%	15,89%	11,28%	62,37%
1995 ⁶	8,39%	14,82%	9,70%	67,09%
1999	7,84%	13,86%	10,87%	67,42%
2003	6,72%	12,70%	13,96%	66,62%
2006	4,94%	12,06%	16,50%	66,49%
2007	5,00%	11,51%	16,20%	67,28%
2008	4,72%	11,54%	15,60%	68,14%
2009	4,78%	10,25%	13,86%	71,11%
2010 ⁷	4,60%	10,60%	10,80%	73,90%
2011 ⁸	5,20%	11,60%	12,30%	70,90%
2012 ⁹	5,20%	12,20%	9,60%	73,00%

(Quelle: eigene Darstellung: Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía o.J a/b; Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo 2013/ 2012/ 2011)

Aus der Abbildung 11, die die Entwicklung des Bruttoregionalprodukts von Andalusien im Vergleich zum spanischen Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum von 1995 bis 2008 zeigt, geht hervor, dass während der Jahre des wirtschaftliche Aufschwungs 1999 bis 2007 die Konvergenzrate stieg, während sie mit der einsetzenden Krise wieder schrumpfte. Diese Entwicklung muss auch vor dem Hintergrund analysiert werden, dass der Boom ganz wesentlich mit einer zunehmenden Verschuldung der Region sowie des Landes einherging. Im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt stieg das durchschnittliche Bruttoregionalprodukt pro Kopf vom Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1986 von 56,3% auf 66,5% im Jahr 2002 – bei einem allerdings durch den Beitritt osteuropäischer Länder gesunkenen europäischen Durchschnitt. (Consejería de Economía y Hacienda 2003: 249)

⁵ 1955.1991: Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía o.J. a

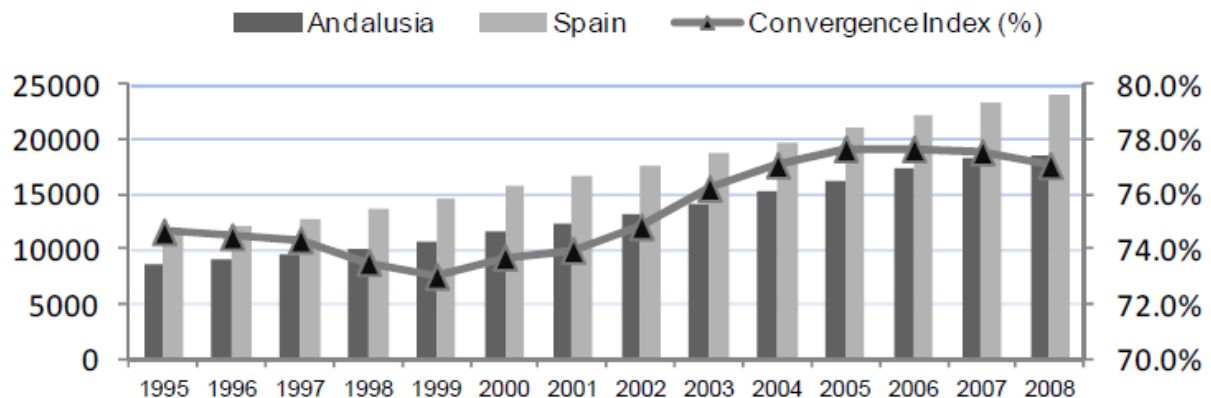
⁶ 1995-2009 Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía o.J. b

⁷ Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (2011)

⁸ Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (2012)

⁹ Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (2013)

Abbildung 11: Bruttoregionalprodukt Andalusien, Bruttoinlandsprodukt Spanien, Konvergenzrate 1995-2008



(Quelle: OECD 2010b: 50)

9.1 Krise der Entwicklungsmodelle

Im Zuge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise rückte das Thema der ungleichen Entwicklung innerhalb Europas ins Zentrum einer Reihe wissenschaftlicher und auch öffentlicher Debatten. Die Krise, wie sie 2008 in Europa ausbrach, zeigte deutlich die sehr begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten der Peripherie innerhalb der vorherrschenden Abhängigkeitsverhältnisse sowie die Grenzen der dominierenden konvergenzpolitischen Maßnahmen und Vorstellungen auf. Die divergenten Entwicklungsmuster von Zentrum und Peripherie innerhalb der Europäischen Union, die über lange Zeit erfolgreich durch Wirtschaftswachstum und Transfermaßnahmen kaschiert werden konnten, wurden von der Krise aufgedeckt.

Die am Rande der Europäischen Union gelegene südspanische Region Andalusien, ist ein Musterbeispiel einer peripheren Region, wie sie von den Dependenztheoretikern bereits in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren beschrieben worden war.

Aus dependenztheoretischer Sicht bedeutet die Integration einer peripheren Region in ein übergeordnetes System die Herausbildung von Abhängigkeiten. Immanuel Wallerstein leitet aus der ungleichen Entwicklung von Peripherie und Zentrum und der Ausrichtung der peripheren Ökonomien auf die Zentren eine kontinuierliche Peripherisierung ab. Spanien rechnet er der Kategorie „Semiperipherie“ zu, angesichts des Entwicklungsrückstands von Andalusien zu Spanien wäre Andalusien eindeutig als Peripherie einzuordnen. Dem entsprechen auch der geringe Industrialisierungsgrad und die große Bedeutung der Landwirtschaft. (Wallerstein 1985: 33ff.)

Die Austauschbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie produzieren Ungleichheit: Zu diesen Austauschbeziehungen gehören Arbeitsmigration von der Peripherie ins Zentrum, Freizeitmigration von den Zentren in die Peripherie, Import von Industrieerzeugnissen und Export von Agrarprodukten und Rohstoffen, sowie die Durchdringung regionaler Wirtschaften durch ausländisches Kapital. Wie alle diese Austauschbeziehungen sich im Rahmen der Einbindung von Staaten der europäischen Peripherie manifestieren könnten, untersucht Dudley Seers. (Seers 1979: 3ff.) Die Öffnung der peripheren Volkswirtschaften im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses würde diese verstärktem Wettbewerb aussetzen, der zur Verdrängung regionaler, nicht wettbewerbsfähiger Produktionsstrukturen und zu einer Abhängigkeit von transnationalen Konzernen führen werde. (Seers 1979: 27f.)

Kostis Papadantonakis konstatiert eine überwältigende Dominanz der Länder des nordeuropäischen Zentrums über die südeuropäischen Volkswirtschaften. Gleichzeitig betont er die wahrscheinliche Verstärkung der intraregionalen Differenzen zwischen höher entwickelten, zumeist städtischen Zentren und den agrarisch dominierten, ländlichen Gebieten. (Papadantonakis 1985: 87; 103)

Schon lange, bevor die aktuelle Krise die traditionellen entwicklungspolitischen Modelle verschärft in Frage stellte, bot Walter Stöhr einen alternativen Entwicklungsansatz, nämlich den einer selbstbestimmten, auf eigenen Ressourcen aufbauenden Entwicklung. Damit sollte die Abhängigkeit der Peripherien vom Zentrum bis zu einem gewissen Grad aufgebrochen werden und eine Stärkung der regionalen Positionen erreicht werden. Ins Zentrum der Betrachtungen rücken dabei die Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung und deren Wohlergehen ganz allgemein. (Stöhr 1983: 11)

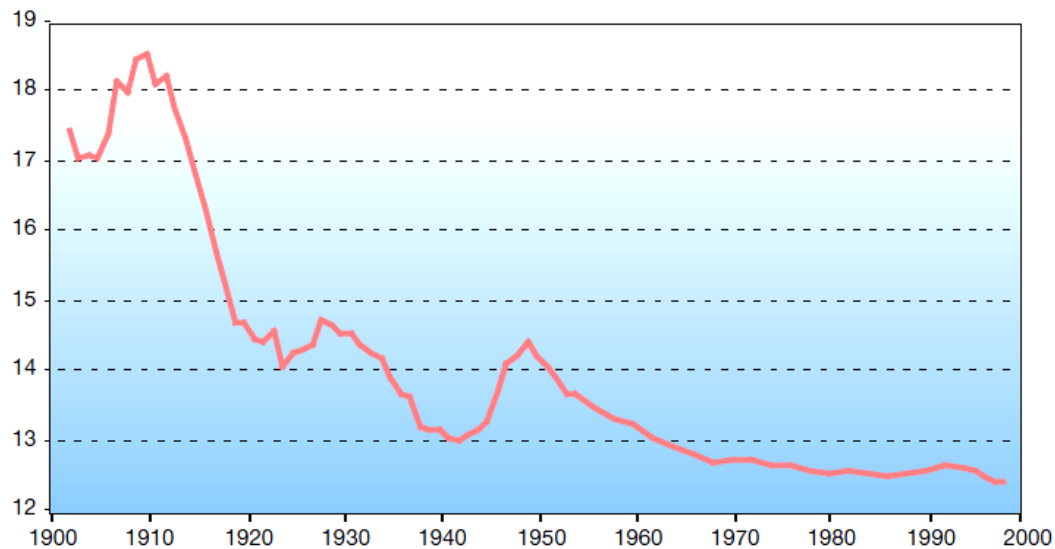
9.2 Eine periphere Region

Die periphere Position Andalusiens sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch im Vergleich mit anderen spanischen Regionen resultierte aus dem Jahrzehnte dauernden Integrationsprozess der Region in den Weltmarkt, der Andalusien als eine ungleiche Partnerin in ein hierarchisches System mit ungleichen Spielregeln einband. Das hierarchische System stellte sich für einige Länder als sehr profitabel heraus. Denn es ermöglichte ihnen trotz allgemein schwieriger Rahmenbedingungen, die auf die weltweite Konjunkturentwicklung zurückgeführt werden konnten, die Forcierung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, während verkehrt proportional dazu der Weg Andalusiens ein anderer war. Diese unterschiedlichen

Entwicklungswege bestätigen das Bild Wallersteins (1985: 33) vom Null-Summenspiel. Die Entwicklung der einen bedeutet die Unterentwicklung der anderen.

Die partielle Öffnung Andalusiens gegenüber dem Weltmarkt hatte Ende der 1950er Jahre bereits harte Anpassungsmaßnahmen der regionalen Wirtschaft zur Folge gehabt. Die Öffnung ging einher mit einer Desintegration traditioneller Wirtschaftsbereiche und der Durchdringung einzelner Bereiche der regionalen Wirtschaft durch ausländisches Kapital. Das ausländische Kapital ermöglichte in diesen Bereichen eine abhängige Entwicklung, die jedoch auf die Interessen der Kapitalgeber aus den Ländern des Zentrums ausgerichtet wurde und nur in sehr begrenztem Maße zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Region beitrug. Die Integration der übrigen begrenzt wettbewerbsfähigen und in mehrerer Hinsicht schwachen regionalen Wirtschaft in den Weltmarkt führte zu einer Verschlechterung der regionalen Position im Vergleich zu den Ländern des Zentrums sowie zu den anderen spanischen Regionen. Dies zeigt sich in einem Rückgang der regionalen Anteile an der Produktion (siehe Abbildung 12), dem Einkommen und insgesamt am Bruttoregionalprodukt im Vergleich zum nationalen BIP. Aus der Abbildung 12 geht für den Zeitraum zwischen 1910-1929 ein deutlicher Rückgang des Anteils der andalusischen Wirtschaft an der nationalen hervor, der auf die Auswirkungen des ersten Weltkrieges zurückzuführen ist, welche die regionale Wirtschaft im Vergleich zur nationalen deutlich härter trafen. Die Wirtschaftspolitik unter dem Regime von Primo de Rivera (1921-1929) führte zu einer Erholung der regionalen Wirtschaft. Der spanische Bürgerkrieg (1936-1939) hatte jedoch einen erneuten Rückgang der Anteile der regionalen Wirtschaft an der nationalen zur Folge. Nach einer kurzen Phase der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der regionalen Wirtschaft in den 1940er und 1950er Jahren verlor die andalusische Wirtschaft gegenüber der nationalen seit den 1950er Jahren kontinuierlich an Gewicht. (Lizárraga 2009: 37f.) Tortella (2000:435f.) sieht die Gründe für den relativen Abstieg der andalusischen Wirtschaft gegenüber der nationalen bis in die 1960er Jahre in der ungleichen Verteilung von Land, im niedrigen Bildungsniveau breiter Bevölkerungsschichten, sowie in den Autarkiebestrebungen des Franco-Regimes. Die autarke Wirtschaftspolitik unter Franco hätten für die exportorientierte Region hohe Einbußen zur Folge gehabt. Die Maßnahmen zur Anpassung der regionalen Verhältnisse an die neue internationale Arbeitsteilung führten zu einer zunehmenden Peripherisierung der Region, wie sie auch von den Dependenztheoretikern wie Wallerstein (1985: 33) und Seers (1979: 3ff.) beschrieben wurde.

Abbildung 12: Anteil der Wirtschaft Andalusiens in Prozent der spanischen Volkswirtschaft 1900-2000



(Quelle: Lizárraga 2009: 37)

9.3 Die Industrie in Andalusien zwischen Fördermodellen und Wettbewerbsdruck: Industrialisierung oder Deindustrialisierung?

Während der Diktatur Francos war für die Industrie Andalusiens charakteristisch, dass sie sowohl nach den Kriterien Technologie, Kapitalausstattung und Qualifikation der Arbeitskräfte unterentwickelt war. Dieser mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der andalusischen Industrie versuchte der Zentralstaat mit dem Konzept der Wachstumspole zu begegnen. Auslandskapital begann mit der beginnenden Öffnung Spaniens Ende der 1950er Jahre eine immer größere Rolle zu spielen. Für die auf den Wettbewerb nicht vorbereitete andalusische Industrie brachte diese Öffnung eine Schwächung der regionalen Position mit sich. Die franquistische Politik verstärkte auch die intraregionalen Ungleichheiten.

In der Krise der 1970er und 1980er Jahre war wiederum die der Landwirtschaft nachgelagerte Industrie unter Druck geraten, besonders empfindlich war der Einbruch der vormals bedeutenden Schiffbauindustrie. Die Unterschiede zu den höher entwickelten Industrieregionen Spaniens verstärkten sich weiter. Es bestanden Enklaven mit verstärktem ausländischem Kapital in der Chemieindustrie und Teilen der Lebensmittelindustrie. Die regionalen Entwicklungspläne, die die Ansiedelung von Industrien in der Region vorsahen, zeigten nur sehr begrenzte Erfolge.

Die Integration in den europäischen Markt zeigte die Schwäche des andalusischen Industriesektors in der Entwicklung des Außenhandels: Exportiert wurden Rohstoffe,

Halbfertigprodukte und Produkte aus dem Lebensmittel- und Energiesektor. Ausländisches Kapital floss in die Lebensmittelindustrie und die Chemieindustrie. Die industriellen Aktivitäten konzentrierten sich immer mehr in wenigen Zentren. Die positiven Entwicklungen in der Industrie zu Beginn der europäischen Mitgliedschaft waren nur konjunkturell bedingt und nicht auf Strukturentwicklung zurück zu führen.

Während des wirtschaftlichen Aufschwungs Ende der 1990er Jahre bis zum Ausbruch der Krise 2008 blieben jene industriellen Aktivitäten von Bedeutung, welche eng an die Rohstoffe der Region gekoppelt waren und die Wertschöpfungskette verschob sich allgemein weiter zu Ungunsten Andalusiens. Die Lebensmittelindustrie durchlief bedeutende Restrukturierungsprozesse und die Wertschöpfungskette wurde von einigen wenigen multinationalen Unternehmen gesteuert.

Der Verlust von Arbeitsplätzen, der sich durch die Internationalisierung der Wirtschaft ergab, und der durch die Krisen der 1970er und 1980er Jahre zusätzlich verstärkt wurde, führte zu einem starken Anstieg der Abwanderung von Arbeitskräften in andere, industrialisiertere Regionen Spaniens wie Madrid oder Katalonien, die innerhalb des Landes eine Zentrumsfunktion für Andalusien einnahmen. Austauschbeziehungen in Form von Arbeitsauswanderung von der Peripherie in die Zentren auf der einen Seite und Urlaubsreisen von den Zentren in die Peripherie auf der anderen banden Andalusien verstärkt an diese Zentren. Während bedeutende Aktivitäten der Wertschöpfungsketten vermehrt in die zentralen Regionen wie Madrid oder Katalonien bzw. in die europäischen Wirtschaftszentren ausgelagert wurden, siedelten sich in Andalusien vor allem jene Teile der Wertschöpfungskette an, die in Bezug auf die Schaffung von Wert von geringerer Bedeutung waren und nur einen geringen Technologie- und Kapitalstock voraussetzten. Andalusien nahm in der neuen Wirtschaftsordnung die Rolle eines Rohstoff- und Arbeitskräfteexporteurs mit einer überproportional bedeutenden Landwirtschaft sowie eines Feriendomizils ein. Auf der anderen Seite stellte die Region einen wichtigen Absatzmarkt für die Industriegüter der Länder des Zentrums dar, die aufgrund des Rückgangs der globalen Nachfragekonjunktur in den 1970er Jahren verstärkt auf die Absatzmärkte der Peripherie angewiesen waren. Immer deutlicher zeigten sich im Zuge der partiellen Integration Andalusiens in den Weltmarkt die strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie.

Die Einbindung Andalusiens in die Europäische Gemeinschaft und die Öffnung der andalusischen Wirtschaft gegenüber dem europäischen Binnenmarkt führten zu einer weiteren Festschreibung von Andalusiens peripherer Position in der europäischen Wirtschaftsordnung.

Die starke Zunahme der andalusischen Industrieimporte im Zuge des gemeinsamen Marktes bei anhaltender Schwäche der regionalen Industrie ist ein weiterer Hinweis auf die steigenden Disparitäten zwischen der Region und den Zentren. Der andalusische Landwirtschaftssektor sowie der Tourismussektor profitierten hingegen vom gemeinsamen Binnenmarkt. Das Interesse an der Rolle Andalusiens als Rohstoffexporteur zeigte sich sowohl durch eine hohe Nachfrage nach diesen Produkten als auch an dem bedeutenden Teil der Direktinvestitionen, der in die andalusische Landwirtschaft floss. Andalusien stieg vom Garten Spaniens, wie die Region unter Franco genannt wurde, zum Garten Europas auf.

Die Unterschiede zwischen Andalusien und den Zentren vertieften sich im Zuge der europäischen Integration 1986. Volkswirtschaften des Zentrums wie insbesondere Deutschland steigerten die Industrieexporte und erzielten kontinuierliche Handelsbilanzüberschüsse. Länder wie Spanien und Regionen wie Andalusien hingegen gerieten in zunehmende wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Abhängigkeit.

Durch den Beitritt in die europäische Währungsunion ging mit der Möglichkeit zur Währungsabwertung eines der wichtigsten Instrumente zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit verloren. Das erhöhte massiv den Rationalisierungsdruck in einer Region wie Andalusien sowie den Druck auf die Produktionskosten. Daraus resultierte ein massiver Druck auf die Löhne sowie die Intensivierung der Produktion auf Kosten der Umwelt. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbauflächen führte zu einer Schaffung von Arbeitsplätzen mit niederen Qualifikationsanforderungen und dementsprechend schlechter Bezahlung, die zunehmend von nordafrikanischen Wanderarbeitskräften besetzt wurden, die bereit waren die prekären Arbeitsverhältnisse hinzunehmen. Neue Zentrum-Peripherie-Beziehungen ergaben sich aus dieser Situation, und die Region Andalusien nahm nun auch eine Zentralfunktion für nordafrikanische Länder ein.

Auch innerhalb der Region reformulierten sich die Zentrum-Peripherie-Beziehungen aufgrund der starken geographischen Konzentration der attraktiven wirtschaftlichen Aktivitäten, was zu großen Entwicklungsunterschieden zwischen den Städten und der Küstenregion sowie dem jeweiligen Hinterland führte.

Die Boomjahre zwischen 1996-2007 mit hohen Wachstumsraten des Bruttoregionalproduktes, die erstmals nach langer Zeit die Generierung einer beachtlichen Zahl neuer Arbeitsplätze und einen Anstieg der Einkommen mit sich brachten, lösten für Andalusien die Hoffnungen auf einen Aufholprozess der Region gegenüber dem europäischen Zentrum aus.

In Spanien bestanden schon immer große Unterschiede im Hinblick auf die Verteilung von Einkommen. Andalusien war seit den 1950er Jahren neben Extremadura die spanische Region mit der größten Ungleichverteilung des Pro-Kopf-Einkommens. Mitte der 1950er Jahre waren die reichsten Teile der andalusischen Bevölkerung reicher und die ärmsten ärmer als im nationalen Durchschnitt. Ein wesentlicher Grund für die große soziale Ungleichheit innerhalb der Region war die ungleiche Verteilung von Land. (Lebon Fernandez 1980: 388f.) Während der Wohlstand pro Kopf seit den 1970er Jahren im Vergleich zum nationalen Durchschnitt deutlich stärker gestiegen ist, zeigt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für die Region Andalusien im Vergleich zum nationalen Durchschnitt einen deutlich geringeren Rückgang der Ungleichverteilung im Zeitverlauf. Der Gini-Koeffizient war 1973-74 bei 35,48% gelegen, sank bis zum Jahre 2007 auf 32,74% und lag im Jahre 2010 bei 34,2%. (Noguera 2009: 126f.; Garrido 2011) Im Vergleich dazu lag der Gini-Koeffizient von Österreich im Jahre 2010 bei 26,3%. (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2003: 5) Der Gini-Koeffizient misst die ungleiche Verteilung von Einkommen innerhalb eines Landes. Es gibt weitere Kennzahlen zur Messung von Ungleichheit, doch schließt der Gini-Koeffizient als integrales Konzept im Vergleich zur Gegenüberstellung von Extremwerten die gesamte Bevölkerung mit ein. (Sutcliffe 2005: 5f.)

Doch wurde spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich in Andalusien 2008 mit dem Platzen der Immobilienblase und einem drastischen Rückgang der Kreditvergabe zeigte, die geringe Nachhaltigkeit des andalusischen Wachstums der vorangegangenen Jahre deutlich. Es hatte sich dabei um ein Wachstum gehandelt, das in erster Linie auf die Bauwirtschaft zurückgeführt werden konnte und in hohem Maße von den Ländern des Zentrums finanziert worden war. Der Kapitalimport stellte eine Voraussetzung für dieses Wachstum dar. Mit dem Abzug des ausländischen Kapitals im Zuge der Krise rückten die traditionellen Produktionsbereiche der Region wieder vermehrt in den Mittelpunkt und die bestehenden Entwicklungsunterschiede und Abhängigkeitsverhältnisse zum europäischen Zentrum wurden einmal mehr verdeutlicht. Die negativen Auswirkungen der rezessiven Krisenpolitik mit der drastischen Verschuldung und dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führten zu einem weiteren Anstieg der Entwicklungsdivergenzen zwischen Andalusien und den Zentren. Die Ausrichtung der Krisenpolitik auf die Erhaltung des Banken- und Finanzsektors sowie die Stabilisierung des gemeinsamen Wechselkurses auf Kosten der Erholung der peripheren Länder machte die hierarchischen Verhältnisse innerhalb der Europäischen Union deutlich, die im Rahmen der europäischen Integrationsprojekte durch die engere Bindung der einzelnen Länder aneinander zusätzlich gestärkt worden waren.

Die periphere Position Andalusiens, die sich in der strukturellen Schwäche der regionalen Wirtschaft und deren Eingliederung in die Weltwirtschaft ausdrückte, wurde bereits Ende der 1950er Jahren als entwicklungshemmendes Problem erkannt. Seither setzten Spanien, die Region Andalusien und die Europäische Union regionalpolitische Maßnahmen zur Entwicklung der andalusischen Wirtschaft.

Das Franco-Regime sah im Rahmen der nationalen Entwicklungspläne die punktuelle Förderung und Entwicklung sogenannter Wachstums- und Entwicklungspole durch die Ansiedelung von Industrien vor, von denen Rückkoppelungseffekte auf die gesamte Region erwartet wurde. Das zentrale Ziel der regionalpolitischen Maßnahmen unter Franco stellte dabei die Erreichung eines möglichst schnellen Wachstums auf nationaler Ebene dar. Die erwarteten Rückkoppelungseffekte setzten jedoch nie ein. Die Förderung der Wachstums- und Entwicklungspole führte nur zu einer punktuellen Entwicklung, zur Bildung von Enklaven in der regionalen Wirtschaft, die die intraregionalen Entwicklungsdivergenzen weiter verstärkten und nur begrenzten Einfluss auf das Wachstum der regionalen Wirtschaft hatten.

Mit der Erlangung des Autonomiestatus 1980 entwickelte die neue andalusische Regierung regionale Entwicklungspläne, die zunächst eine Entwicklung der Region „von unten“ vorsahen. Die rückständige und durch starke Außenabhängigkeit geprägte Position der Region wurde in Verbindung mit der insgesamt großen Abhängigkeit der Region vom spanischen Zentrum gesehen, die die Entwicklung der Region behinderte. Eine Entwicklung „von unten“ sowie regionale Autonomie wurden als der einzig mögliche Weg für die Überwindung der strukturellen Abhängigkeit der Region vom wirtschaftlichen und politischen Zentrum gesehen. Die Industrialisierung der Region und die Modernisierung der Landwirtschaft stellten zwei bedeutende Ziele der ersten andalusischen Regierung dar. Der politische und regionale Wandel eröffnete, wie Saenz de Buruaga (1983: 122) erkannte, die Möglichkeit der Einführung eines neuen Entwicklungsansatzes. Mangelnde Druckmittel und Verhandlungsmacht der Region führten jedoch dazu, dass die regionalen Interessen dem Projekt der solidarischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung Spaniens untergeordnet wurden, die gerade mit Blick auf die künftige Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft von großer Bedeutung war.

Die Europäische Union sah in einer zu großen Ungleichheit der einzelnen Regionen der Gemeinschaft eine Gefährdung des europäischen Integrationsprojektes und setzte daher ebenfalls regionalpolitische Maßnahmen, die besonders benachteiligten Regionen wie Andalusien zugutekamen. Hohe finanzielle Unterstützungen erhielt Andalusien aus der

europäischen Regionalpolitik, die vor allem in die Entwicklung der Infrastruktur und damit einer besseren Anbindung Andalusiens an Zentrum, in die Ausbildung der Arbeitskräfte und die Unternehmensförderung flossen.

Stöhr (1983: 10) kritisierte eben jene regionalpolitischen Maßnahmen, wie sie in Andalusien implementiert wurden. Zentral initiierte Entwicklungsprozesse von oben führten nach Stöhr zu einer Schwächung der regionalen Kapazitäten. Maßnahmen wie finanzielle Anreizsysteme und Transfer von öffentlichen Mitteln zum Ausbau der Infrastruktur in peripheren Regionen zielten auf eine funktionelle Spezialisierung und die Integration der Regionen in ein übergeordnetes System ab. Der Ausbau der Infrastruktur ermöglichte demnach eine bessere Anbindung peripherer Regionen ans Zentrum. Das Wohlbefinden der regionalen Bevölkerung, die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft, sowie die Förderung lokaler Innovationskraft und Flexibilität seien dem Ziel der funktionellen Integration und Spezialisierung untergeordnet worden. Die Umverteilung von Wachstum, wie sie in Andalusien beispielsweise durch den Interterritorialen Kompensationsfond durchgeführt wurde, war nach Stöhr (1990: 2) einer nachhaltigen Entwicklung der regionalen Wirtschaften nicht förderlich. Diese Maßnahmen hätten vielmehr neue Abhängigkeiten geschaffen.

Im Rahmen der regionalpolitischen Maßnahmen auf nationaler, regionaler und supranationaler Ebene konnten punktuelle industriepolitische Erfolge verzeichnet werden, wie die Errichtung von Technologieparks, der Ausbau der Infrastruktur sowie der Kommunikationssysteme und die Förderung von Projekten zur Produktion erneuerbarer Energien. Diese punktuellen Erfolge bedeuteten jedoch keine grundlegenden strukturellen Veränderungen innerhalb der andalusischen Wirtschaft, die für eine Stärkung der regionalen Position in der internationalen Wirtschaftsordnung von Bedeutung wären. Sie führten vielmehr zu einer Reproduktion bestehender Abhängigkeitsverhältnisse bzw. verdeckten diese. Mit dem Ausbruch der Krise und dem Rückgang der finanziellen Unterstützung aus der europäischen Regionalpolitik wurden die großen Ungleichheiten zwischen den unterschiedlichen Regionen der Europäischen Union aufgedeckt, die teilweise durch die großzügigen finanziellen Unterstützungen sowie den nicht nachhaltigen Boom der Vorjahre erfolgreich verdeckt worden waren. Die Grenzen der traditionellen Entwicklungsstrategien „von oben“, wie sie von Saenz de Buruaga, Friedmann, sowie Stöhr und Tödtling bereits in den 1970er und 1980er Jahren aufgezeigt wurden, bestätigten sich am Beispiel Andalusiens.

9.4 Ausblick

Die Krise von 2008 verdeutlichte das Scheitern von Politiken, welche die Divergenzen zwischen einer peripheren Region wie Andalusien und den Zentren durch nachholende Entwicklung maßgeblich reduzieren wollten. Jahrelange und finanziell höchst intensive Bemühungen zur Förderung der Entwicklung Andalusiens brachten nur sehr begrenzte Resultate. Eine nachholende und nachhaltige Entwicklung konnte durch die bisher gesetzten Maßnahmen nicht erreicht werden.

Nun stellt sich die Frage, welche möglichen Wege einer Region wie Andalusien in der derzeitigen Wirtschaftsordnung offen stehen?

Einen möglichen Weg beschreibt der endogene Entwicklungsansatz, wie er von Stöhr (1983) vorgestellt wurde. Der Fokus liegt dabei auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Region durch Maßnahmen „von unten“ anstatt der traditionellen Entwicklungsstrategien „von oben“. Im Fokus stehen die Region sowie die regionalen Bedürfnisse und Interessen. Dabei gilt es spezifische regionale, wirtschaftliche, soziale, sowie humane Potenziale zu erkennen und in den Entwicklungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Die Kontrolle und die Verfügung über lokale Ressourcen stellt in diesem Ansatz eine maßgebliche Größe dar. Durch die Stärkung der regionalen Wirtschaft und ihre Diversifizierung wird die Deckung der materiellen Grundbedürfnisse der regionalen Bevölkerung angestrebt. Das Ziel des Ansatzes ist es durch die zunehmende Stärkung und Eigenständigkeit der regionalen Wirtschaft eine kontinuierliche Abkoppelung vom Zentrum zu erreichen und damit einen möglichst hohen Grad der regionalen Unabhängigkeit zu gewährleisten. (Stöhr 1983:11)

Ein weiterführendes Modell beschreiben Becker, Jäger, Weissenbacher und auch Fischer, die einen möglichen Austritt von Ländern wie Spanien aus der europäischen Union, die Aufrichtung von Schutzzoll-Barrieren zur Absicherung nationaler Industrien ins Auge fassen sowie die Fragen einer Post-Wachstumsökonomie stellen. Dem Konzept der „selective self-reliance“ wird in diesem Zusammenhang vermehrt Beachtung geschenkt. Nur die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit peripherer Regionen Europas bietet einen möglichen Weg aus der Unterentwicklung. Eine unabhängige und selbstbestimmte Entwicklung aus eigener Kraft, wie sie von Stöhr (1990: 41) vorgestellt wurde, sei hier von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang stellt sich nämlich für Fischer (2013: 24) die Frage, *„ob eine nachholende industrielle Entwicklung nach westlichem Vorbild in einer sich entnationalisierenden, globalen Akkumulationsdynamik wirtschaftlich möglich und ökologisch wünschenswert ist“*. Der Ansatz des „Self-reliant development“, wie er von Stöhr

(1985: 231f.) vertreten wurde, sah für die peripheren Regionen eine selbstbestimmte Entwicklung aus eigener Kraft vor. Wesentliche Grundvoraussetzungen stellten hierfür die Kontrolle und eigenständige Nutzung regionaler, endogener Ressourcen, sowie eine selektive Geschlossenheit gegenüber dem Einfluss von außen dar.

„Collective self-reliance“, ein Konzept an dem sich auch Stöhr orientiert, bedeutet demnach regionale Kooperationen, Berücksichtigung ökologischer Kriterien und die Orientierung an den materiellen und kulturellen Grundbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit. Dieser Ansatz zielt auf das Aufbrechen der Abhängigkeitsbeziehung von Zentrum und Peripherie und soll zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Eigenständigkeit bisheriger Peripherien führen. (Becker u.a. 2013: 45ff. Fischer 2013:)

Für die Region Andalusien könnte der Ansatz der endogenen Entwicklung durchaus interessante Perspektiven eröffnen. Es gilt die Stärken und das Potential der Region zu identifizieren und diese zu fördern. Das Wohlbefinden der andalusischen Bevölkerung sollte dabei vermehrt im Fokus der Entwicklungsstrategien stehen. Nur das Aufbrechen bestehender Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse ermöglichen neue Entwicklungswege. Die derzeitige Position Andalusiens in der Europäischen Union ist der Entwicklung der Region nicht förderlich.

Die Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivitäten sollte über das Ziel der Generierung von Wachstum hinausgehen und soziale sowie ökologische Aspekte vermehrt in den Fokus der Entwicklungsstrategien stellen. Ferner sollte die Konzentration auf lokale Märkte und lokale Produktion in den Vordergrund rücken. Gerade der Bereich der Weiterverarbeitung von in der Region vorhandener Rohstoffe bzw. die Lebensmittelindustrie wären Ausgangspunkte für Veränderungen. Überwiegend auf den Export ausgerichtete Bereiche der regionalen Wirtschaft decken die regionalen Bedürfnisse häufig nicht und machen Importe für die Befriedigung regionaler Bedürfnisse notwendig. Eine Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik, welche sich an den Interessen und Bedürfnissen der Region orientierte und von der Region selbst bestimmt würde, wäre dafür notwendig und in weiterer Folge dann Bemühungen um eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Strukturen ganz allgemein. Darunter fällt auch die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen durch adäquate Fördermaßnahmen. Die Reorientierung des regionalen Finanzsektors wäre ebenfalls notwendig, der über Jahre hinweg vor allem die Bauwirtschaft finanzierte und andere Produktionsbereiche der regionalen Wirtschaft vernachlässigte. Verstärkter Handel und Kooperationen mit anliegenden Regionen des Nachbarlandes Portugal könnten die regionalen

Strukturen stärken. Die Definition von Sozial- und Umweltstandards für eine nachhaltige und am Wohl der Region orientierte Wirtschaft wäre hier von Bedeutung, die beispielsweise der Niedriglohnpolitik im Agrarbereich ein Ende bereiteten.

Die engere Kooperation zwischen der Privatwirtschaft und den Universitäten, wie sie bereits forciert wird, könnte eine Quelle für alternative Ideen und Lösungen bieten. Der regionalen Zivilgesellschaft käme dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie würde ermächtigt den Entwicklungsweg der Region mitzugestalten und könnte beispielsweise auch durch die Umorientierung des Konsumentenverhaltens hin zu regionalen Gütern und Dienstleistungen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beitragen.

10. Bibliographie

- Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía (2005): Informe Anual 2005.
http://www.agenciaidea.es/c/document_library/get_file?uuid=5a48aa09-0acb-4b42-ad26-575579a2c1ab&groupId=10157 [25.12.2013]
- Alburquerque, Francisco (1987): Un Informe para una Estrategia de desarrollo regional alternativo para Andalucía. In: Revista de Estudios Andaluces, 8. 31-50.
- Alcaide Castro, Manuel; González Rendón, Manuel; Flórez Saborido, Ignacio (1992): La industria andaluza: el comportamiento espacial y sectorial de la inversión durante el periodo 1985-1990. In: Estudios Regionales, 32. 15-42.
- Alcaide Inchausti, Julio (1979): Los desequilibrios regionales en la economía española. In: Revista de Estudios Regionales, 4. 193-208.
- Álvarez Peralta, Ignacio; Luengo Escalonilla, Fernando; Uxó González, Jorge (2013): Fracturas y crisis en Europa. Madrid: Clave intelectual.
- Andalucia. Com SL: <http://www.andalucia.com/province/home.htm> [20.01.2014]
- Arias Ranedo, Antonio Jesús (2004): EL comercio exterior de Andalucía. In: Boletín Económico de ICE, 2823.
http://www.revistasice.info/cache/pdf/BICE_2823_0919_CDD2123F18F17AAD7772C2F88481542F.pdf [25.12.2013]
- Arrighi, Giovanni (1985): Fascism to Democratic Socialism. Logic and Limits of a Transition. In: Arrighi, Giovanni (Hg.): Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century. Beverly Hills, London, New Delhi. 11-27.
- Aurioles Martín, Joaquín (2013): El impacto diferencial de la crisis en Andalucía.
<http://www.anuariojolyandalucia.com/article/andalucia/1474746/impacto/diferencial/la/crisis/andalucia.html> [16.12.2013]
- Aurioles Martín, Joaquín; Martín Rodríguez, Manuel (1990): Economía andaluza (1985-1989). De la crisis a la recuperación. In: Papeles de economía española, 45. 77-97.
- Aldaya, Maite; Garrido, Alberto; Llamas, Ramón (2010): Water footprint and virtual water trade in Spain. In: Garrido, Alberto; Llamas, Ramón (Hsg.): Water policy in Spain. Leiden: CRC Press. 49-59.
- Aurioles Martín, Joaquín; u.a. (o.J.) : Andalucía en la Unión Europea.
<http://repositori.uji.es/xmlui/bitstream/handle/10234/42941/BruchureAndalucia.pdf?sequence=19> [30.10.2013]

Bachinger, Karl; Matis, Herbert (2009): Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen. Wien: Böhlau.

Becker, Joachim (2010): EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie. In: Kurswechsel, 1. 6-23.

Becker, Joachim, Jäger, Johannes; Leubolt, Bernhard; Weissenbacher, Rudy (2010): Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. In: Competition and Change, 14/3-4. 225-247.

Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Weissenbacher, Rudy (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung: Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. In: Journal für Entwicklungspolitik, XXIX, 3. 34-54.

Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (2012): Berlin Consensus and Disintegration. Monetary Regime and Uneven Development in the EU. 18th Conference on Alternative Economic Policy in Europe (EuroMemo Group), Poznan, Polen, 28.09-30.09.
http://www2.euromemorandum.eu/uploads/becker_weissenbacher_berlin_consensus_and_disintegration.pdf [22.12.2013]

Boldrin, Michele; Canova, Fabio (2001): Inequality and convergence in Europe's regions: reconsidering European regional policies. In: Economic Policy, 16/32. 205-253.

Bueno Casillas, José Carlos; Galán González, José Luis (1999): Evolución y cambio de la industria andaluza en las dos últimas décadas. In: Boletín Económico de Andalucía, 25. 203-218.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik.
http://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf [03.01.2014]

Buitrago Esquinas, Eva María (1997): El turismo en Andalucía. Congreso de Ciencia Regional de Andalucía: Andalucía en un umbral del siglo XXI.
http://www2.uca.es/escuela/emp_je/investigacion/congreso/mcp016.pdf [27.12.2013]

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2013): Sozialpolitische Indikatoren Österreich im internationalen Vergleich.
http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/9/0/3/CH2293/CMS1314019560422/sozialpolitik_im_internationalen_vergleich_-_05-13.pdf [31.01.2014]

Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise.
<http://www.bpb.de/apuz/32536/spanien-in-zeiten-der-globalen-wirtschaftskrise?p=all> [20.12.2013]

Buttler, Friedrich (1969): Einkommensredistributive und raumstrukturelle Regionalpolitik im Rahmen der spanischen Entwicklungspläne. Göttingen: Otto Schwartz&Co.

Camacho Ballesta, José Antonio (1995): Los créditos y los depósitos en Andalucía. In: Boletín Económico de Andalucía, 19. 143-162.

Cardenete, Alejandro; Delgado, Carmen; Lima, Carmen (2013): The Structural Funds in Andalusia for the Programming Period 2014-2020: Time for Tightening Belts. In: European Planning Studies. 1-24. <http://www.macardenete.com/wp-content/uploads/Cardenete-et-al-2013-EPS.pdf> [05.11.2013]

Casado Raigón, José-María (1989): La Financiación del Desarrollo Regional y el Banco Europeo de Inversiones. In: Boletín Económico de Andalucía, 11. 33-36.

Centro de Estudios Andaluces (2005): El gasto y el endeudamiento en las familias españolas. In: Actualidad, 05. http://centrodeestudiosandaluces.es/biblio/imagendoc/00000001_00000500/00000102/00000102_090h0201.PDF [20.12.2013]

Charnock, Greig Thomas; Ribera-Fumaz, Ramon (2013): The Limits to Capital in Spain. Paper presented at the EISA Conference, Warsaw, September 18-21.

Cecchetti, Stephen; Mohanty, Madhusudan; Zampolli, Fabrizio (2011): The real effects of debt. In: BIS Working Papers, 352. <https://www.bis.org/publ/othp16.pdf> [22.01.2013]

Confederación Nacional de la Construcción (2008): Informe Anual del Sector de la Construcción 2008. <http://www.portal-cnc.com/Master/archivoscnc/InformeCNC.pdf> [20.12.2013]

Congreso de los Diputados (2003): Constitución española. Sinopsis artículo 158. <http://www.congreso.es/consti/constitucion/indice/sinopsis/sinopsis.jsp?art=158&tipo=2> [16.10.2003]

Consejería de Economía y Hacienda (1984): Plan Económico para Andalucía 1984-1986. http://www.juntadeandalucia.es/opencms/opencms/system/bodies/contenidos/publicaciones/pubcice/Otros/pubcice_3678/PEA_84-86.pdf [15.11.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (1985): Programa Andaluz de Desarrollo Económico 1987-1990. http://www.juntadeandalucia.es/opencms/opencms/system/bodies/contenidos/publicaciones/pubcice/Otros/pubcice_3677/PADE_87-90.pdf [18.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (1991): Programa Andaluz de Desarrollo Económico 1991-1994. http://www.juntadeandalucia.es/export/drupaljda/1337169982PADE_91-94.pdf [18.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (1996): Decreto 350/1996, de 16 de julio, por el que se acuerda la formulación del Plan Económico-Andalucía Horizonte 2000.
<http://www.juntadeandalucia.es/boja/1996/104/boletin.104.pdf> [19.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (1998): Plan Económico Andalucía Horizonte 2000. Sevilla: Ed. Consejería de Economía y Hacienda.

Consejería de Economía y Hacienda (2000): Informe económico de Andalucía 1999.
<http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/economia/informe99.pdf> [28.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (2002): Informe Económico de Andalucía 2001.
<http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/economia/informe01.pdf> [23.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (2003): Informe Económico de Andalucía 2002.
<http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/economia/informe02.pdf> [23.10.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (2003): Plan económico Andalucía siglo XXI (2002-2005). Sevilla: Ed. Consejería de Economía y Hacienda.

Consejería de Economía y Hacienda (2007): Estrategia para la Competitividad de Andalucía 2007-2013.
http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/00608_Estrategia_para_la_Competitividad_de_Andalucia_2007-2013_completa.pdf [18.12.2014]

Consejería de Economía y Hacienda (2008): Informe Económico de Andalucía 2007.
<http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/economia/informe2007.pdf> [20.12.2013]

Consejería de Economía y Hacienda (2009): Informe Económico de Andalucía 2008.
<http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/economia/informe2008.pdf> [20.12.2013]

Consejería de Economía, Innovación, Ciencia (2010): Informe Económico de Andalucía 2009. <http://www.juntadeandalucia.es/educacion/vscripts/wbi/w/rec/4621.pdf> [20.12.2013]

Consejería de Economía, Innovación, Ciencia (2011): Informe Económico de Andalucía 2010. http://www.juntadeandalucia.es/export/drupal/MINICDinf_ec-2010.pdf [20.12.2013]

Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (2012): Informe Económico de Andalucía 2011.
http://www.juntadeandalucia.es/export/drupaljda/INFORME_ECONOMICO_2011.pdf [20.12.2013]

Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (2013): Informe Económico de Andalucía 2012.
http://www.juntadeandalucia.es/export/drupaljda/Informe_Economico_Andalucia_2012.pdf [15.12.2013]

Consejería de Empleo (2010): Análisis del impacto de la crisis en los mercados de trabajo urbanos andaluces en la globalización.

<http://www.idr.es/PrincipalesResultadosAnalisisImpactoCrisis.pdf> [02.01.2014]

Consejería de Fomento y Trabajo; Secretaría General de Economía y Fomento (1988): Balance en Andalucía de la adhesión a las Comunidades Europeas 1986/1987. Sevilla: Ed. Secretaría General de Economía y Fomento.

Consejo Escolar de Andalucía (u.a.): Programas y Fondos Europeos.

http://www.juntadeandalucia.es/educacion/vscripts/w_cea/pdfs/FP/FP-06.pdf [03.11.2013]

Cuadrado-Roura, Juan R. (2010): Regional Growth and Regional Policies: Lessons from the Spanish Experience. In: Cuadrado-Roura, Juan R. (Hsg.): Regional Policy, Economic Growth and Convergence. Lessons from the Spanish Case. Madrid: Springer. 285-311.

Cuevas, Sebastian (1979): Veinte años de depresión en Andalucía: 1955-75. In: El País, 23.01.1979.

http://elpais.com/diario/1979/01/23/economia/285894005_850215.html [19.11.2013]

Curbelo Ranero, José Luis (1987): Regiones subdesarrolladas y Planificación del desarrollo regional: algunos comentarios. In: Boletín Económico de Andalucía, 8. 65-69.

Curbelo, José Luis; Alburquerque, Francisco (1992): Las periferias del sur ante la Unión Económica y Monetaria. In: Estudios Regionales, 33. 115-138.

De Mattos, Carlos (1990): La descentralización, ¿una nueva panacea para impulsar el desarrollo local? In: Estudios regionales, 26. 49-70.

De Rus Mendoza, Ginés; Rastrollo Horrillo, María Ángeles (2001): Capitalización y crecimiento de la economía andaluza (1955-1998). Bilbao: Fundación BBVA.

Delgado Cabeza, Manuel (1981): Dependencia y marginación de la economía andaluza. Córdoba: Monte de Piedad y Caja de Ahorros de Córdoba.

Delgado Cabeza, Manuel (1988): Algunos rasgos de la economía andaluza en la crisis. 1973-1985. In: Revista de Estudios Andaluces, 10. 13-24.

Delgado Cabeza, Manuel (1989): La economía andaluza en un proceso de crecimiento desigual. 1955-1985. In: Revista de Estudios Andaluces, 13. 1-20.

Delgado Cabeza, Manuel (1991): La dinámica económica en Andalucía. In: Interdependencia e identidad andaluza ante la integración europea. Madrid: Fundación Encuentro.

Delgado Cabeza, Manuel (1996): Integración y reestructuración desde la periferia europea. In: Estudios Regionales, 44. 207-238.

Delgado Cabeza, Manuel (2002a): Andalucía en la otra cara de la globalización. Sevilla: Mergablum.

Delgado Cabeza, Manuel (2002b): Andalucía en el siglo XXI. Una economía crecientemente extractiva. In: Revista de Estudios Regionales, 63. 65-83. [26.12.2013]

Delgado Cabeza, Manuel (2012): La economía andaluza durante las tres últimas décadas. 1981-2011. In: Andalucía. Identidades culturales y dinámicas sociales. 85-122.

Delgado Cabeza, Manuel; Román del Río, Carlos (1995): Impactos territoriales de la reestructuración económica sobre el sector agroalimentario en el sur de Europa. El caso de Andalucía. In: Estudios Regionales, 42. 53-85.

Delors, Jacques (1989): Report on Economic and Monetary Unión in the European Community. Committee for the Study of Economic and Monetary Union.
http://aei.pitt.edu/1007/1/monetary_delors.pdf [26.12.2013]

Deutscher Bauernverband (2013): Situationsbericht 2012/13. Strukturentwicklung in der EU und in Deutschland.
<http://www.bauernverband.de/37-agrarstrukturen-eu-vergleich> [04.01.2014]

Dirección General De Fondos Europeos (o.J.): Plan de Desarrollo Regional 2000-2006. TOMO II- Detalle Regional. Regiones incluidas en el Objetivo nº1 de los Fondos Estructurales Europeos. <http://www.dgfc.sgpg.meh.es/sitios/dgfc/es-ES/ipr/fcpp0006/pri/ro1/Documents/Tomo2.pdf> [25.10.2013]

Dolores Correa, María; Manzanedo López, Juan (1998): Política regional española y europea.
<http://www.sepg.pap.minhap.gob.es/sitios/sepg/esES/Presupuestos/Documentacion/Documentos/DOCUMENTOS%20DE%20TRABAJO/SGFCC98012.pdf> [22.10.2013]

Donaire, Ginés (2011): La emigración vuelve a niveles de hace 10 años. In: El País, 18.11.2011.
http://elpais.com/diario/2011/09/18/andalucia/1316298123_850215.html [03.02.2014]

Dudek, Carolyn (2005): EU Accession and Spanish Regional Development. Winners and Losers. Bruxelles u.a.: P.I.E.-Peter Lang.

Dumont, Aurélien; Salmoral, Gloria; Llamas Ramón (2013): The wáter footprint of a river basin with a special focus on groundwater: The case of Guadalquivir basin (Spain). In: Water Resources and Industry 1-2. 60-76.

Entrena, Francisco; Gómez-Mateos, Jesus; Stephenson, Jean (2000): Globalization and Socio-Economic Restructuring in Andalusia: Challenges and Possible Alternatives. In: European Sociological Review, 16/1. 93-114.

Escobar Villegas, María Soledad; Galera Pozo, Ana Gema; Bermúdez Torres, Anastasia (2012): La evolución del empleo agrario en Andalucía a partir de la crisis: ¿El fin del jornalero inmigrante?

http://digital.csic.es/bitstream/10261/48361/1/ESCOBAR_S_EtAl_Bilbao2012.pdf [11.12.2013]

Estrada, Ángel (2009): Crisis económica y factores estructurales en España. In: Bernecker, Walther; Hernández, Diego; Maihold, Günther: Crisis? Qué Crisis?. España en busca de su camino. Madrid: Iberoamericana.

Europäische Kommission (1999): Sixth Periodic Report on the Social and Economic Situation and the Development of the Regions of the European Union.

<http://aei.pitt.edu/5712/1/5712.pdf> [15.10.2013]

Europäische Kommission (1999a): Los Fondos Estructurales y su coordinación con el Fondo de Cohesión. Directrices para los programas del período 2000-2006.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/guidelines/pdf/orientations_es.pdf [22.10.2013]

Europäische Kommission (2002): Las Acciones Estructurales Comunitarias en España y sus Comunidades Autónomas, Período 2000-2006.

http://ec.europa.eu/spain/pdf/tomo_1_es.pdf [15.10.2013]

Europäische Kommission (2002a): Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0082:FIN:DE:PDF> [22.10.2013]

Europäische Kommission (2008): The Structural Funds in Spain in the period 2000-06.

http://ec.europa.eu/regional_policy/country/overmap/e/es_en.htm [22.10.2013]

Europäische Kommission (2011): Regional Policy. History. 1989-1993: From projects to programmes. http://ec.europa.eu/regional_policy/archive/policy/history/index2_en.htm

[22.10.2013]

Europäische Kommission (2014): Leuchtturm Andalusien. Unterstützung für Großunternehmen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/projects/stories/pdf.cfm?sto=102&lan=4&country=ES [04.01.2014]

Europäische Union (1995-2013): Reform der Strukturfonds.

http://europa.eu/legislation_summaries/regional_policy/provisions_and_instruments/l60013_de.htm [11.10.2013]

Europäische Union (2005): El Consejo Europeo extraordinario de Lisboa (marzo 2000): hacia la Europa de la innovación y el conocimiento.

http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/community_employment_policies/c10241_es.htm [04.11.2013]

Europäische Union (o.A.): Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt.

http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/economic_social_cohesion_de.htm [11.10.2013]

Eurostat (2010): Pressemitteilung Euroindikatoren. Zweite Schätzungen für das dritte Quartal 2009.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-08012010-BP/DE/2-08012010-BP-DE.PDF

[20.12.2013]

Farole, Thomas; Rodríguez-Pose, Andrés; Storper, Michael (2010): Cohesion Policy in the European Union: Growth, Geography, Institutions. In: Journal of Common Market Studies, 49/5. 1089-1111.

Fernández Tabales, Alfonso; Mendoza Bonet, Aida (2007): La actividad turística en el territorio andaluz. Establecimiento de indicadores, distribución y evolución de los mismos. In: Boletín de la Asociación de Geógrafos Españoles (AGE), 44. 117-146.

<http://age.ieg.csic.es/boletin/44/06-fernandez.pdf>

[03.01.2014]

Ferraro, Francisco (2012): Política económica: Faltó rigor y sobró desorientación. In: 30 Años de Autonomía Andaluza 1982-2012.

http://especiales.grupojoly.com/elecciones_andaluzas_2012/wordpress/2012/03/09/politica-economica-falto-rigor-y-sobro-desorientacion/

[26.12.2013]

Fischer, Karin (2013): Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit: die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung. In: Journal für Entwicklungspolitik, XXIX/3. 9-33.

Fishman, Robert (2012): Anomalies of Spain's economy and economic policy-making. In: Contributions to Political Economy, 31. 67-76.

Frank, André Gunder (1969): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Frank u.a. (Hg.): Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Berlin: Wagenbach. 30-45.

Friedmann, John (1983): Life Space and Economic Space: Contradictions in Regional Development. In: Seers, Dudley; Öström, Kjell (Hsg.): The Crises of the European Regions. London und Basingstoke: The Macmillan Press LTD. 148-162.

Fundación FOESSA (2012): Exclusión y Desarrollo Social.

http://www.foessa.es/publicaciones_download.aspx?Id=4317

[15.12.2013]

Galdeano Gómez, Emilio; De Pablo Valenciano, Jaime (1997): Influencia de la UEM en la agricultura andaluza. In: Boletín Económico de Andalucía, 23.63-77.

Galy, Michel Andre; Pastor, Gonzalo Carlos; Pujol, Thierry (1993): Spain: Converging with the European Community. International Monetary Fund: Washington.

García Ordóñez, Juan Antonio (1997): Estudio de los factores que condicionan el éxito o fracaso de las PYMES en Andalucía. Congreso de Ciencia Regional de Andalucía: Andalucía en un umbral del siglo XXI.

http://www2.uca.es/escuela/emp_je/investigacion/congreso/mbc004.pdf

[19.12.2013]

García Villar, Jaume; Costa Sáenz de San Pedro (2007): La estadística regional en España y la colaboración institucional en estadística oficial. In: Información Estadística de Andalucía, 1/2. 27.30.

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/InformacionEstadistica/RevistaAniversario.pdf> [20.12.2013]

García, Murillo (2007): Análisis de los efectos económicos de la Política Regional Europea en Andalucía.

http://www.juntadeandalucia.es/consejoeconomicosocial/adjuntos/publicaciones/1_1494_analisis_efectos_economicos_politica_ue.pdf [16.10.2013]

García, Murillo (2010): Algunas reflexiones sobre Andalucía y el futuro de la política de cohesión europea.

http://centrodeestudiosandaluces.es/datos/factoriaideas/policypaper_8.pdf [04.11.2013]

Garrido, Francisco (2011): La desigualdad en Andalucía. Espacio de Pensamiento y Cooperación Política.

<http://www.paralelo36andalucia.com/la-desigualdad-en-andalucia/> [31.01.2014]

Garrido López, Carlos (2002): El regionalismo “funcional” del regimen de Franco. In: Revista de Estudios Políticos, 15. 111-128.

González Moreno, Miguel; Camacho Bailesta, José Antonio (1999): El papel de los servicios en la transformación de la economía andaluza. In: Boletín económico de Andalucía, 25. 219-232.

Goulet, Rafael (2008): Política de cohesión de la UE 1988-2008: Invertir en el futuro de Europa.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panorama/pdf/mag26/mag26_es.pdf [30.10.2013]

Grupo de Investigación Estructuras y Sistemas Territoriales (2005): Segundo informe de desarrollo territorial de Andalucía.

http://www.upo.es/ghf/giest/documentos/IDTA2/Actividades_Economicas_1.pdf [13.01.2014]

Gutiérrez Fernández, Arturo; Morán Álvarez, Juan Carlos; Fuentes Saguar, Patricia (1997): El sector exterior español y andaluz y la competitividad. Congreso de Ciencia Regional de Andalucía: Andalucía en un umbral del siglo XXI.

http://www2.uca.es/escuela/emp_je/investigacion/congreso/mcp009.pdf [19.12.2013]

Hasenpflug, Hajo (1977): Industrie- und agrarpolitische Probleme der Beitrittskandidaten. Ein Überblick. In: Hasenpflug, Hajo; Kohler, Beate: Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Wende oder Ende der Integration? Hamburg: Verlag Weltarchiv GmbH.

Hildenbrand, Andreas (1985): Regionale Entwicklungsdisparitäten und Regionalpolitik in Spanien. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Studienverlag Brockmeyer. 113-138.

Holman, Otto (1996): Integrating Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalization in Spain. London: Routledge.

Holman, Otto (2002): Die neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich. In: Prokla 128/3. 399-420.

Hudson, Ray; Lewis, Jim (1985): Introduction: recent economic, social and political changes in Southern Europe. In: Hudson, Ray; Lewis, Jim (Hg.): Uneven Development in Southern Europe. Studies of accumulation, class, migration and the state. London u.a.: Methuen. 1-53.

Illescas, Rafael (1989): Fondos estructurales comunitarios y globalización de la economía andaluza: algunos claroscuros. In: Boletín Económico de Andalucía, 11. 37-45.

Instituto de Crédito Oficial (2009): Situación Económica de Andalucía. Notas de la Economía Regional.

http://www.ico.es/web/descargas/paginas/487355_Situacion%20%20Economica%20ANDALUCIA%20%2002-02-09.pdf [22.12.2013]

Instituto de Estadística de Andalucía (2010): Atlas Estadístico de Andalucía.

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/institutodeestadisticaycartografia/atlas/publicacion/index.html> [13.01.2014]

Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía (2013): Andalucía. Datos Básicos. 2013.

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/dtbas/dtb13/ADB2013.pdf> [13.01.2014]

Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía (o.Ja): Indicadores Estadísticos de Andalucía.

http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/bd/indea/indea_VerTabla.js?p?tipo=T&amb=C&per=A&s=57%2C58%2C59%2C60%2C61&i57=C&i57=N&i58=C&i58=N&i59=C&i59=N&i60=C&i60=N&i61=C&i61=N [20.01.2014]

Instituto de Estadística y Cartografía de Andalucía (o.Jb): Indicadores Estadísticos de Andalucía.

http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/bd/indea/indea_VerTabla.js?p?tipo=T&amb=C&per=A&s=5332%2C5333%2C5334%2C5335&i5332=C&i5333=C&i5334=C&i5335=C [20.01.2013]

Instituto de Estudios de Cajamar (2005): El complejo agroalimentario andaluz. Presente y futuro. Documento de reflexión sobre la necesidad de fomentar la integración cooperativa en Andalucía.

<http://www.juntadeandalucia.es/educacion/vscripts/wbi/w/rec/4333.pdf> [23.12.2013]

- Instituto Nacional de Estadística (2007): Encuesta de Población Activa (EPA). Tercer Trimestre 2007.
<http://www.ine.es/daco/daco42/daco4211/epa0307.pdf> [15.12.2013]
- Instituto Nacional de Estadística (2013a): Tasa de paro por comunidad autónoma, sexo y según el tiempo de residencia en el municipio.
<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?type=pcaxis&path=/t22/p209/serie/10/&file=04006.px> [15.12.2013]
- Instituto Nacional de Estadística (2013b): Producto Interior Bruto Regional. Año 2012.
<http://www.ine.es/prensa/np774.pdf> [26.01.2013]
- Izcara Palacios, Simón Pedro; Andrade Rubio, Karla Lorena (2004): Inmigración y trabajo irregular en la agricultura: trabajadores tamaulipecos en Estados Unidos y jornaleros magrebíes en Andalucía. In: Revista de estudios rurales, 4/8.
<http://www.scielo.org.ar/pdf/magr/v4n8/v4n8a01.pdf> [22.12.2013]
- Jordá Borrell, Rosa (1989): Población y economía andaluza: tendencias y perspectivas: 1950-1986. In: Estudios Regionales, 25. 89-107.
- Jordán Galduf, Josep (2003): Balance de la integración de España en la Unión Europea. In: Información Comerical Española, ICE: Revista de economía, 811.
http://roderic.uv.es/bitstream/handle/10550/12809/57_ICE_811_113132_04757A14E53491E76A60A88A78E09FCA.pdf?sequence=1 [15.12.2013]
- Junta de Andalucía (1996): Las migraciones de la actividad industrial y los flujos de inversión directa en la Unión Europea. Sevilla: Junta de Andalucía, Consejería de Economía y Hacienda.
- Junta de Andalucía (2012): Empleo en el sector Turístico.
http://www.juntadeandalucia.es/turismoycomercio/export/sites/ctcd/archivos/estadisticas/estadisticas-no-oficiales/empleo_2012.pdf [17.12.2013]
- Junta de Andalucía (o.J): Momentos históricos.
<http://www.juntadeandalucia.es/ixlegislatura/gobiernosanteriores/momentos.html> [28.09.2013]
- Junta de Andalucía (o.J.a): Evolución del Endeudamiento.
http://www.juntadeandalucia.es/economiayhacienda/tes_end/endeudamiento/graficosevolucion/Evolucion_Endeudamiento_y_Carga_Financiera.pdf [03.01.2013]
- Kushnir, Ivan (o.J.): Die Wertschöpfung der Landwirtschaft Spaniens, 1970-2012.
http://de.kushnirs.org/makrookonomie/agriculture/agriculture_spain.html#t2_2 [26.01.2013]
- Lammers, Konrad (2007): Die EU- Regionalpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum. In: Raumforschung und Raumordnung 4, 288-300.

- Lange, Peter (1985): Semiperiphery and Core in the European Context: Reflections on the Postwar Italian Experience. In: Arrighi, Giovanni (Hg.): Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century. Beverly Hills, London, New Delhi. 179-214.
- Larrain, Jorge (1989): Theories of Development. Capitalism, Colonialism and Dependency. Cambridge: Polity Press.
- Lebon Fernandez, Camilo (1980): Andalucía: una crisis que viene de lejos. In: Revista de Estudios Regionales, 3. 387-402.
- Ley (1/1983). In: Boletín Oficial. <http://www.juntadeandalucia.es/boja/1983/19/d1.pdf> [24.12.2013]
- Liebert, Ulrike (1985): Relative Unterentwicklung Andalusiens und ungleiche Entwicklung in Spanien: Eine Evaluierung dependenztheoretischer Ansätze. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Studienverlag Brockmeyer. 95-112.
- Lima, Carmen; Cardenete, Alejandro (2008): The Impact of European Structural Funds in the South of Spain. In: European Planning Study 16, 10. 1445-1458.
- Lizárraga Mollinedo, Carmen (2009): El progreso económico de Andalucía en el siglo XX. <http://www.juntadeandalucia.es/educacion/vscripts/wginer/w/rec/3262.pdf> [24.12.2013]
- López Pavón, Teresa (2013): Andalucía cerró 2012 con una tasa de paro del 35,86%, la mayor de su historia. In: El Mundo, 25.01.2013. <http://www.elmundo.es/elmundo/2013/01/22/andalucia/1358856433.html> [24.01.2014]
- López Rodó, Laureano (o.J.): La política económica española posterior a la crisis del petróleo. https://racef.es/archivos/publicaciones/tomo19_pp241_245.pdf [15.11.2013]
- Love, Joseph (2004): Structuralism and Dependency in peripheral Europe: Latin American Ideas in Spain and Portugal. In: Latin American Research Review, 39/2. 114-140.
- Maier, Gunther; Tödtling, Franz; Trippel, Michaela (2010): Polarisierungstheorie. In: Maier, Gunther; u.a. (Hsg.): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 77-92.
- Mancha-Navarro, Tomás; Garrido-Yserte, Rubén (2010): The Evolution of Spanish Regional Policy (1977-2008). In: Cuadrado- Roura, Juan R. (Hsg.): Regional Policy, Economic Growth and Convergence. Lessons from the Spanish Case. Madrid: Springer. 53-84.
- Marchena Gómez, Manuel (1990): ¿California europea o periferia subdesarrollada? In: Boletín de la Asociación de Geógrafos Españoles, 11. 107-130.

Márquez Guerrero, Carolina (1991): Política regional europea y el desarrollo regional en Andalucía: el caso de las infraestructuras de transporte por carretera. In: Estudios Regionales, 29. 81-114.

Márquez Guerrero, Carolina (1996): Autonomía política y desarrollo regional: el caso de la política ferroviaria de la Junta de Andalucía. In: Revista Andaluza de Relaciones Laborales, 2. 65-81.

Márquez Guerrero, Carolina (1997): Regional development strategies of a new regional government: the Junta de Andalucía, 1984–1992. In: Progress in Planning, 48. 67-160.

Martín López, Manuel (1987): La Planificación y la Política regional en Andalucía. In: Estudios Regionales, 19. 107-114.

Martínez Romero, Francisca (1997): Origen y causas del subdesarrollo andaluz. Congreso de Ciencia Regional de Andalucía: Andalucía en el umbral del siglo XXI.

http://www2.uca.es/escuela/emp_je/investigacion/congreso/mac011.pdf [10.11.2013]

MacKinnon, Danny; Cumbers, Andrew (2011): Introduction to Economic Geography, uneven Development and Place. Harlow: Pearson Education.

Ministerio de Economía y Hacienda (2011): Relaciones Financieras entre España y la Unión Europea 2010.

<http://www.dgfc.sggp.meh.es/sitios/dgfc/esES/rpue/rfeue/Documents/RelacionesFinancieras2010.pdf> [25.20.2013]

Morata, Francesc; Popartan, Lucia Alexandra (2009): New rules for old players: adaptation processes within Cohesion policy in Spain. In: Institut Universitari d'Estudis Europeus (Hsg.): Introduction to European Cohesion Policy for Candidate and potential Candidate countries. Framework, Experiences and Instruments.

<http://www.iuee.eu/pdf-dossier/30/w4XR5Bsmz6FP3Aa4xNEEx.PDF> [04.11.2013]

Muñoz Guarasa, Marta (2002): Factores de localización de la inversión directa extranjera en Andalucía. In: Revista de Estudios regionales, 62. 171-190.

Musto, Stefan (1977): Spanien und die Europäische Gemeinschaft. Der schwierige Weg zur Mitgliedschaft. Bonn: Europa Union Verlag GmbH.

Narbona, Christina; Roman, Carlos (1979): Industrialización y desarrollo económico: El caso de Huelva. In: Estudios Regionales, 4. 123-140.

Nieto Solís, José Antonio; Utrilla de la Hoz, Alfonso (1994): Andalucía y la Unión Europea. Madrid: Comisión de las Comunidades Europeas, Representación en España.

Noguera, Jose Antonio (2009): Percepciones de justicia y conducta laboral: reflexiones sobre la viabilidad de una Renta Básica. III Jornadas de Sociología Desigualdad en las Sociedades contemporáneas.

http://www.centrodeestudiosandaluces.info/cursos/adjuntos/Antonio_Villar.pdf [30.01.2014]

Nohlen, Dieter (1992): Spanien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik. Opladen: Leske+Budrich.

Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (1985): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa. Externe Verursachungsfaktoren. Eine vergleichende Analyse der Regionalpolitik in Italien, Spanien, Portugal am Beispiel Mezzogiorno, Andalusien und der Südregion Portugals. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Studienverlag Brockmeyer. 17-75.

Observatorio Económico de Andalucía (2012): Un programa de ajuste y competitividad para Andalucía.

<http://www.oeandalucia.com/wp-content/uploads/2012/12/programaAjuste.pdf> [20.12.2013]

OECD (2007): Spain. In: Economic Surveys, 1.

<https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+0h756767633A2F2F6A6A6A2E627270712D7679766F656E656C2E626574++/docserver/download/1007011e.pdf?expires=1387811453&id=id&accname=ocid72023547&checksum=124BB3752AA778A1F077FEA5420FCA6B> [15.12.2013]

OECD (2010a): Economic Surveys. Spain.

http://www.thespanisheconomy.com/SiteCollectionDocuments/engb/Economic%20Policy%20Measures/110201_OECD_Economic_Survey.pdf [20.10.2013]

OECD (2010b): Higher Education in Regional and City Development. The Autonomous Region of Andalusia, Spain.

<http://www.oecd.org/spain/46528648.pdf> [26.01.2013]

Ortega Almón, Angeles (2003): La empresa pública estatal en Andalucía: Antecedentes históricos, Situación actual y Perspectivas de futuro. In: Cuadernos de Ciencias Económicas y Empresariales, 44-45. 11-33.

Osuna Llana, Llaneza, José Luis; Bueno Suárez, Carlos; Murciano Rosado, Juan Bautista; Otero Reina, Marina (2010): UGT Andalucía y la evolución de la economía andaluza en los últimos treinta años. El consenso y la participación, claves del desarrollo económico: del crecimiento al incremento del capital social. Fundación para el desarrollo de los pueblos de Andalucía.

http://www.fudepa.org/fudepaweb/Publicaciones/Libro_Sevilla/UGT-A_Evolucion.pdf [24.12.2013]

Pajares, Moral (1997): Andalucía en la Unión Económica y Monetaria. Especialización productiva y ventajas comparativas. In: Boletín Económico de Andalucía, 23. 49-61.

Pajuelo Gallego, Alfonso; Hernández Pavón, Enrique (1991): La Planificación Económica en Andalucía. In: Boletín Económico de Andalucía, 12. 27-35.

Pallas González, Julio; Miranda Torrado, Fernando; De Miguel Domínguez, José Carlos (o.J.): Inversión extranjera directa en España en el cambio de siglo. Localización regional: análisis y evolución.

http://www.uv.es/asepuma/XII/comunica/pallas_miranda_demiguel.pdf [20.11.2013]

Palma, Gabriel (1978): Dependency: A Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment? In: World Development, 6. 881-924.

Papadantonakis, Kostis (1985): Incorporation is Peripheralization: Contradictions of Southern Europe's Economic Development. In: Arrighi, Giovanni (Hsg.): Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century. Beverly Hills u.a.: Sage Publications. 86-106.

Parejo Barranco, Antonio (2005): Estadísticas históricas sobre el sector industrial, minero y energético en Andalucía. Siglo XX.

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/historicas/ehsi/ehsi.pdf> [25.12.2013]

Parejo Barranco, Antonio (2011): La industrialización, una asignatura pendiente. La economía andaluza a comienzos del siglo XXI. In: Centro de Estudios Analuces (Hsg.): Andalucía, 30 años de su historia. 18-24.

http://centrodeestudiosandaluces.es/actividades/sitios/archivos/especial_30AEstatuto.pdf [15.11.2013]

Parejo Barranco, Antonio; Zambrana Pineda, Juan Francisco (2008): Estadísticas Históricas sobre el Comercio, Interior y Exterior, los Transportes y las Comunicaciones en Andalucía (Siglo XX).

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/historicas/ehComercioyTransporte/ehComercioyTransporte.pdf> [20.11.2013]

Parlamento de Andalucía (2007): Estatuto de Autonomía para Andalucía. Ley orgánica 2/2007, de 19 de marzo; de Reforma del Estatuto de autonomía para Andalucía.

http://www.congreso.es/constitucion/ficheros/estatutos/e_63_espa.pdf [30.09.2013]

Patnaik, Prabhat (1982): On the Economic Crisis of the World Capitalism. In: Social Scientist, 10/5. 19-41.

Pellicer, Lluís (2009): España es el país de la eurozona más dependiente de la construcción. In: El País, 13.07.2009.

http://elpais.com/diario/2009/07/13/economia/1247436002_850215.html [12.12.2013]

QUERMONNE, Jean-Luis (1963): Vers un régionalisme "fonctionnel". In: Revue Francaise de Science Politique, 4/XIII. 849-876.

Ramos, Eduardo; Gallardo, Rosa; Romero, José Juan (2002): Andalucía y la UE: balance económico de quince años de adhesión. In: Revista de Estudios Regionales, 63. 195-228.

Rat der Europäischen Union (1994): Verordnung (EG) Nr. 1164/94 DES RATES vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1994:130:0001:0013:DE:PDF>

[11.10.2013]

Rodero Franganillo, Adolfo (1996): La industria andaluza en el período autonómico. In: Estudios Regionales, 44. 307-319.

Rodero Franganillo, Adolfo (2006): La Planificación económica en Andalucía. In: Revista de Estudios Regionales 75. 41-68.

Rodero Franganillo, Adolfo (2008): Reseña de “Estrategia para la Competitividad de Andalucía 2007-2013” de la Consejería de Economía y Hacienda. Junta de Andalucía (2007). In: Revista de Estudios Regionales, 83. 253-255.

Rodríguez López, Julio (1983): La economía de Andalucía: rasgos básicos y evolución en 1982. In: Boletín Económico de Andalucía, 0. 29-34.

Rodríguez López, Julio (1991): Andalucía: Construcción de viviendas. Una aproximación. In: Boletín Económico de Andalucía, 12. 83-93.

Rodríguez López, Julio (2007): La vivienda en Andalucía 1990-2010. In: Información Estadística de Andalucía. La transformación de Andalucía 1990-2010. 68-69.

<http://www.juntadeandalucia.es/institutodeestadisticaycartografia/InformacionEstadistica/RevistaAniversario.pdf>

[24.12.2013]

Rodríguez, Julio; Curbelo, José Luis (1991): Cambio estructural y adaptabilidad de la economía andaluza en los años ochenta. In: Estudios Regionales, 28. 139-158.

Ruiz Ligeró, Apolonio (2005): La política comercial española de la autarquía a la plena integración en el comercio multilateral. in: ice 75 años de la política económica española, Nov. 826. 179-194.

Sablowski, Thomas; Demirovic, Alex (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Prokla, 166,42,1. 77-106.

Sablowski, Thomas (2008): Das globale, finanzgetriebene Akkumulationsregime. In Zeitschrift marxistische Erneuerung 73.

<http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/608.das-globale-finanzgetriebene-akkumulationsregime.html>

[22.12.2013]

Saenz de Buruaga, Gonzalo (1980): Desarrollo Regional en la España de las Autonomías. In: Estudios Regionales, 5. 67-99.

Saenz de Buruaga, Gonzalo (1983): Towards a New Regional Policy in Spain. In: Seers, Dudley; Östrom, Kjell (Hsg.): The Crises of the European Regions. London and Basingstoke: The Macmillan Press LTD. 86-120.

Salgueiro, Rafael (1991): Industria y Desarrollo Tecnológico en Andalucía. In: Boletín económico de Andalucía, 12. 69-81.

Sánchez Carreira, Maria del Carmen (2009): el Papel de la Empresa Pública industrial en el desarrollo regional. In: Revista Galega de Economía, 18/1. 1-27.

Sánchez Orellana, Jesús (2013): La evaporación del ladrillo. In: El País, 26.1.2013.
http://ccaa.elpais.com/ccaa/2013/01/25/andalucia/1359141959_115194.html [12.12.2013]

Sanchez Díaz, Francisco José (1998): La articulación exterior de Andalucía. In: Boletín de la Asociación de Geógrafos Españoles, 26. 65-79.

Sánchez Orellana, Jesús (2013): La evaporación del ladrillo. In: El País 26.01.2013
http://ccaa.elpais.com/ccaa/2013/01/25/andalucia/1359141959_115194.html [22.12.2013]

Sarkar, Saral (2009): Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie. Köln: Initiative Ökosozialismus.
<http://www.oekosozialismus.net/krisendeskapitalismus.pdf> [04.01.2014]

Secretaría de Análisis Económico UGT (o.J.): Los efectos de la crisis sobre el empleo en el sector de la construcción. Unión General de los Trabajadores.
<http://www.ugt-andalucia.com/documents/10157/47501/crisis+empleo+construccion> [22.12.2013]

Secretaría General de Economía (1997): Andalucía ante la Unión Económica y Monetaria. Un reto de futuro.
<http://www.economiaandaluza.es/publicaciones/andalucia-union-economica-monetaria-reto-futuro> [22.12.2013]

Seers, Dudley (1979): The Periphery of Europe. In: Seers, Dudley; Schaffer, Bernard; Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations. Sussex: Harvester Press. 3-34.

Seers, Dudley (1979a): Introduction. In: Seers, Dudley; Schaffer, Bernard; Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations. Sussex: Harvester Press, XII-XXI.

Selwyn, Percy (1979): Some Thoughts on Cores and Peripheries. In: Seers, Dudley; Schaffer, Bernard; Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations. Sussex: Harvester Press. 35-43.

Serrano Saenz, José Maria (2011): De la crisis económica en España y sus remedios. Saragossa: Prensas Univ. De Zaragoza.

Soler, Martha (2000): Impactos económicos y territoriales de la reestructuración de la distribución comercial en Andalucía en los años 90.
<http://pendientedemigracion.ucm.es/info/ec/jec7/pdf/com8-8.pdf> [22.12.2013]

Sosvilla- Rivero, Simón (2008): El Impacto de los Fondos Europeos en la Economía Andaluza: 1989-2013.
<http://www.fedea.net/documentos/pubs/ee/2008/17-2008.pdf> [04.11.2013]

Stöhr, Walter; Tödtling, Franz (1977): Spatial Equity – Some Anti-theses to Current Regional Development Doctrine. In: Papers of the Regional Science Association, 38. 33-53.

Stöhr, Walter (1981): Development from Below. The Bottom-Up and Periphery- Inward Development Paradigm. In: Stöhr, Walter; Taylor, Fraser (Hg.): Development from Above or Below. The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries. Chichester u.a.: John Wiley and Sons. 39-72.

Stöhr, Walter (1983): Alternative Strategies for Integrated Regional Development of Peripheral Areas. In: Seers, Dudley; Öström, Kjell (Hsg.): The Crises of the European Regions. London and Basingstoke: The Macmillan Press LTD. 6-14.

Stöhr, Walter (1984): Selective Self-Reliance and Endogenous Regional Development- Preconditions and Constraints. Wien: IIR- Discussion 19.

Stöhr, Walter (1985): Selektive Self-reliance and Endogenous Regional Development- Preconditions and Constraints. In: Nohlen, Dieter; Schultze Rainer-Olaf (Hsg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer. 239-247.

Stöhr, Walter (1990): Introduction. In: Stöhr, Walter (Hsg.): Global Challenge and Local Response: Initiatives for Economic Regeneration in Contemporary Europe. New York u.a.: Mansell Publishing. 20-35.

Stöhr, Walter (1990): Synthesis. In: Stöhr, Walter (Hsg.): Global Challenge and Local Response: Initiatives for Economic Regeneration in Contemporary Europe. New York u.a.: Mansell Publishing. 1-20.

Stöhr, Walter (2001): Subsidiarity: A Key Concept for Regional Development Policy. In: Stöhr, Walter; Edralin, Josefa; Mani, Devyani (Hg.): New Regional Development Paradigms: Decentralization, Governance and the New Planning for Local-Level Development. Westport: Greenwood Press. 35-52.

Sutcliffe, Bob (2005): A Converging or Diverging World? DESA Working Paper, 2.
http://www.un.org/esa/desa/papers/2005/wp2_2005.pdf [30.01.2014]

Tödtling, Franz; Maier, Gunther; Trippl, Michaela (2012): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 4. Aufl., Wien: Springer.

Tolón Becerra, Alfredo; Lastra Bravo, Xavier (2010): La agricultura intensiva del poniente almeriense. Diagnóstico e instrumentos de gestión ambiental. In: Revista Electrónica de Medioambiente. UCM.

<http://www.ucm.es/data/cont/media/www/pag-41214/tolonlastraponientealmeriense.pdf>

[22.12.2013]

Torres Chacón, José Luis (1997): La pérdida del tipo de cambio como instrumento de ajuste macroeconómico: efectos sobre la balanza comercial e implicaciones para Andalucía. In: Boletín Económico de Andalucía, 23. 91-109.

Torres López (2010): La repercusión de la crisis en Andalucía. In: Revista de Estudios, 22.

<http://www.attacmadrid.org/wp/wp-content/uploads/La-repercusi%C3%B3n-de-la-crisis-en-Andaluc%C3%ADa.pdf>

[22.12.2013]

Tortella, Gabriel (2000): The Development of Modern Spain. An Economic History of the Nineteenth and Twentieth Centuries. Cambridge u.a.: Havard University Press.

Unión General de Trabajadores (o.J.): Los efectos de la crisis sobre el empleo en el sector de la construcción.

<http://www.ugt-andalucia.com/documents/10157/47501/crisis+empleo+construccion>

[15.12.2013]

Urbano Mármol, Antonio (1990): Políticas de promoción industrial: el caso de Andalucía. In: Estudios Regionales, 28. 159-180.

Valdivieso Amate, Antonio (1987): La coordinación de los instrumentos de promoción económica en Andalucía: el Instituto de Fomento Andaluz. In: Estudios Regionales, 19. 175-184.

Villalba Cabello, Francisco (1997): Andalucía y la globalización de la economía. Congreso de Ciencia Regional de Andalucía: Andalucía en el umbral del siglo XXI.

http://www2.uca.es/escuela/emp_je/investigacion/congreso/mcp012.pdf

[14.12.2013]

Villar Rodríguez, Carlos (1986): Gran área de expansión industrial de Andalucía. Una etapa de desarrollo regional. Consejería de Política Territorial.

<http://infodigital.opandalucia.es/bvial/handle/10326/934>

[27.09.2013]

Villaverde Castro, José (1997): La Unión Monetaria Europea y Andalucía. El reto del presente. In: Boletín Económico de Andalucía, 23. 19-32.

Villaverde Castro, José (o.J.): Las Comunidades Autónomas Españolas en la Unión Europea.

http://ec.europa.eu/spain/pdf/espanya_es.pdf

[28.10.2013]

Von der Groeben, Hans; Möller, Hans (1979): Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Beitritt der Länder Griechenland, Spanien und Portugal. Baden-Baden: Nomos.

Von Frieling, Hans-Dieter (2012): Regionalpolitik in der Krise – Thesen und Fragen.
<http://www.kritische-regionalwissenschaft.de/attachments/Thesen-Frieling-Regionalpolitik%20in%20und%20nach%20der%20Krise-2012.pdf> [28.10.2013]

Wallerstein, Immanuel (1979): The Capitalist World-Economy. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

Wallerstein, Immanuel (1985): The Relevance of the Concept of Semiperiphery to Southern Europe. In Arrighi, Giovanni (Hg.): Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century. Beverly Hills, London, New Dehli, 31-39.

Weissenbacher, Rudy (2005): Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration. Promedia: Wien.

Weissenbacher, Rudy (2007): Historical Considerations of Uneven Development in East Central Europe. In: Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (Hsg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis? 35-86.

Weissenbacher, Rudy (2008): Keeping up appearances: uneven global development in a system of structural imbalances. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIV/4. 78-121.

Weissenbacher, Rudy (2013): Auf der Suche nach alternative Gesellschaftsentwürfen: europäische Theoriebildung in Anlehnung an den lateinamerikanischen Dependenzansatz. Eine Skizze. (Manuskript)

Werner, Gabriele (1996): Die europäische Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen Wachstums- und Ausgleichspolitik. Die Rolle der Regionalpolitik im Integrationsprozess der Europäischen Gemeinschaft. Baden-Baden: Nomos.

Wiedmann, Thomas (1997): Die politische Erfindung des Autonomiestaates in Spanien. Eine staatsorganisatorische Alternative zum Bundesstaat. Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht.

http://www.zaoerv.de/57_1997/57_1997_2_3_a_363_408.pdf [05.01.2013]

Ziltener, Patrick (2000): Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa- regulations- und staatstheoretische Überlegungen. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot. 73-101.

11. Anhang

11.1 Zusammenfassung

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden in Anlehnung an die Dependenztheorie am Beispiel der südspanischen Region Andalusien mögliche strukturelle Gründe für die zunehmenden Entwicklungsdivergenzen innerhalb der Europäischen Union aufgezeigt. Die periphere Position Andalusiens innerhalb Spaniens sowie innerhalb der Europäischen Union hat nicht nur weiter zurück reichende historische Wurzeln, sondern resultiert auch aus dem Jahrzehnte dauernden Integrationsprozess der Region in den Weltmarkt bzw. in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, bei dem Andalusien als eine ungleiche Partnerin in ein hierarchisches System mit ungleichen Spielregeln eingebunden wurde. Während dieses hierarchische System einige Länder und Regionen begünstigte und deren wirtschaftliche Entwicklung forcierte, führten die Integrationsprozesse Andalusien in eine zunehmende wirtschaftlichen und finanzielle Abhängigkeit.

Ausgehend von einer Analyse der regionalen Wirtschaft im Kontext der unterschiedlichen Integrationsprojekte und der sich daraus ergebenden Position Andalusiens in der europäischen Wirtschaftsordnung untersucht diese Arbeit die Auswirkungen einiger auf verschiedenen Entwicklungsvorstellungen beruhenden regionalpolitischen Entwicklungsprogramme, die seit der partiellen Öffnung der andalusischen Wirtschaft Ende der 1950er Jahre von nationaler, regionaler und auch supranationaler Ebene umgesetzt wurden.

Die Krise, die im Jahr 2008 in Europa ausbrach, verschärfte die ungleiche Entwicklung der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Union und verdeutlichte das Scheitern der bisher implementierten Maßnahmen zur Reduzierung der Entwicklungsdivergenzen innerhalb der Gemeinschaft. Deutlich zeigten sich die Grenzen der nachholenden Entwicklung am Beispiel der südeuropäischen Länder. Die am Rande der Europäischen Union gelegene südspanische Region Andalusien gehört dabei zu jenen spanischen Regionen, die mit besonderer Härte von der Krise getroffen wurden.

Schlagwörter:

Andalusien, Spanien, Dependenztheorie, Zentrum-Peripherie-Beziehungen, periphere Integration, Industrie, Krise, ungleiche Entwicklung, Europäische Union

11.2 Abstract

Based on the dependency theory this thesis examines structural causes for the increasing development gap within the European Union using the example of the southern Spanish region Andalusia. The peripheral location of Andalusia within Spain as well as within the European Union not only traces back to historic roots but also results from the region's long process of continuous integration into the world market and the Economic and Monetary Union. Andalusia was an unequal partner in this process towards a hierarchic system with uneven playing fields. While the system strengthened several countries and regions and fostered their economic development, the integration process led to a growing economic and financial dependency of Andalusia.

Starting with an analysis of the regional economy this thesis deals with the position of Andalusia in the European economic order which is the result of a variety of integration projects. In the following the effects of a series of regional development programs are investigated. These programs are based on differing development concepts and have been implemented at national, regional and supranational level since the partial opening of the Andalusian economy in the late 1950s.

The crisis starting in 2008 in Europe exacerbated the uneven development of the individual member states of the European Union. Additionally it illustrates the failure of the measures that have been implemented to reduce the development divergences within the European community. The limits of the catch-up process become evident looking at the examples of southern European countries. Andalusia with its location at the geographical edge of Europe belongs to those regions that were hit particularly hard by the crisis.

Key words:

Andalusia, Spain, dependency theory, core-periphery relations, peripheral integration, industry, crisis, uneven development, European Union

11.3 Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Anna Luisa Dreier
Geburtsdatum: 31. Juli 1988
Geburtsort: Bregenz
Staatsbürgerschaft: Österreich
E-Mail: annaluisa3er@yahoo.com

Ausbildung

Seit 2008	Studium der Internationalen Entwicklung an der Hauptuniversität Wien
2007 – 2013	Studium der Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien; Abschluss mit dem Bachelor of Science (BSc.)
1998 – 2006	Gymnasium Gallusstraße, Bregenz
1994 – 1998	Volksschule Augasse, Bregenz

Berufserfahrung

07/2011 – 09/2011	Austrian Development Agency, Managua, Nicaragua: Praktikum
07/2010	Gender Alliance for Development Center, Tirana, Albanien: Praktikum
09/2009 – 10/2009	Wirtschaftsservice und Stadtmarketing, Bregenz: Praktikum
11/2006 – 06/2007	Casa Maria Amor, Cuenca, Ecuador: Volontariat San José de Calasanz, Cuenca, Ecuador: Volontariat
09/2004 – 06/2005	Lebenshilfe, Bregenz: Public Service

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Spanisch	Fließend in Wort und Schrift
Englisch	Fließend in Wort und Schrift
Französisch	C1

Zusatzqualifikationen

06/2012 – 06/2013	Wirtschaftspolitische Akademie, Wien
03/2012 – 03/2013	Kompetenznachweis Wirtschaftstraining: Ausbildungsschwerpunkt Wirtschaftstraining und Bildungsmanagement am Institut für Wirtschaftspädagogik der Wirtschaftsuniversität Wien
12/2012	Kurse aus dem Bereich Soziale Kompetenz an der Wirtschaftsuniversität Wien